

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

204



Volker Braun: Die Leute von Hoywoy

Globale Modernisierungs-Krise

Michael Brie, Martin Franzbach, Dietrich Goldschmidt,
Néstor Kohan, Otto Kreye, Werner Mackenbach,
Claude Meillassoux, Bastiaan Wielenga

Maria Oppen: Staats-Privatisierung und Frauen

Alexander Galkin & Yuri Krasin: Russische Wahlen

36. Jahrgang Heft 2 März/April 1994

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

1992/93 schrieben unter anderen

Ursula Aptsch, Georg Auernheimer, Régine Azria, Etienne Balibar, Hanna Behrend, Klaus Bochmann, Willi Brüggel, Elke Erb, Kathy E. Ferguson, Helmut Fleischer, Nancy Fraser, Eduardo Galeano, Clara Gallini, Dietrich Goldschmidt, Pablo González Casanova, Günter Grass, Wilhelm Heitmeyer, Jost Hermand, Joachim Hirsch, Jürgen Hoffmann, Kurt Jacobs, Fredric Jameson, Elfriede Jelinek, Eva Kaufmann, Arno Klönne, Helga Königsdorf, Wolfgang Kowalsky, Yuri Krasin, Ingrid Kurz-Scherf, Jürgen Link, Michael Löwy, Harry Magdoff, Armand Mattelart, Norbert Mecklenburg, Ursula Menzer, Ellen Messer-Davidow, Oskar Negt, Hans-Heinrich Nolte, Ute Osterkamp, Helmut Peitsch, Claudia Pinl, Ursula Püschel, Ruth Rehmann, Karen Ruoff, Salman Rushdie, Klaus R. Scherpe, Anna Schwarz, Ruth Seifert, Elaine Showalter, Dorothee Sölle, Gabriele Stötzer, Paul M. Sweezy, Claus Thomasberger, Ernst Tugendhat, Renate Wahsner, Peggy Watson, Susan Willis.

Redaktion

Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Alexander Honold, Peter Jehle, Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jan Rehmann (beurlaubt), Jo Rodejohann, Ulrich Schmid, Werner van Treeck, Thomas Weber

Autonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Ariane Brensell, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Ingeborg Musold, Antje Rapmund, Jutta Meyer-Siebert

Korrespondierende Redaktionsmitglieder

Georg Auernheimer, Soja Fiedler, Claudia Gdaniec, Karl-Heinz Götze, Christina Klenner, Michael Krätke, Dieter Kramer, Eva Kreisky, Ulrich Schmitz, Frieder O. Wolf, Erich Wulff, Gerhard Zimmer

Redaktion: Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel. (030) 611 41 82, Fax 611 42 70

Redaktionssekretariat: Antje Rapmund

Argument-Verlag, Rentzelstraße 1, 20146 Hamburg

Telefon (040) 45 60 18 und 45 36 80, Fax (040) 44 51 89

Auslieferung

Interabo, Wendenstr. 25, Postfach 103245, 20022 Hamburg, Telefon (040) 23 09 92

Buchhandel: Rotation, Mehringdamm 51c, 10961 Berlin, Telefon (030) 692 79 34

Direktversand: Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Tel. (030) 611 39 83, Fax 611 42 70

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1994 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 1072 (ca. 996 + LXXXVI) Seiten. – Einzelheft 14 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 11 DM. Jahresabo 72 DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57 DM zzgl. Versand. – Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. – Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2fache Ausfertigung). Autoren, die mit einem PC arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Francis (Bulletin Signalétique), Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Germanistik, Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur, Internationale Bibliographie der Rezensionen, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. – Umschlag: Johannes Nawrath, Foto: © Robert Dawson (Flooded Saltair Pavilion, Great Salt Lake, Utah) – Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Postgiroamt Berlin West 5745-108, Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BiG) 11 44 0 13 00, BLZ 100 101 11, Fotosatz: Steinhardt, Berlin. Druck: alfa Druck, Göttingen. – März/April 1994. – Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6.

Belegangabe: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe Prospekte der Volkswirtschaft und des Argument-Verlags

Editorial

Der Diskurs der Moderne gleicht dem, was man bei den Rosen eine Hybride nennt: edle Blüte und Duft, auf einen wilden Stamm gepfropft. Die wilde Grundlage der Moderne ist die kapitalistische Produktionsweise. Deren zweideutiges Wesen ist im *Kommunistischen Manifest* hymnisch angeprangert: Sie »kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. (...) Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen früheren aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.« (MEW 4, 465)

Der seitdem unablässig weiterkreisende und sich beschleunigende Maelstrom der Moderne ist nirgends besser beschrieben worden. »Es ist«, schreibt Marshall Berman*, »vermutlich die definitive Vision der modernen Umwelt, jener Umwelt, die von Marxens Zeit bis auf den heutigen Tag eine erstaunliche Fülle modernistischer Bewegungen hervorgerufen hat.« (21) Berman sieht im *Manifest* – außer allem anderen – »the first great modernist work of art« (102). Bei Nietzsche findet er verwandte Töne, die aber immer dabei sind, umzukippen in die historistisch verkleidete Vision vom germanisch wiedererweckten »Griechentum«.

Ist der Maelstromcharakter der kapitalistischen Produktionsweise, der inzwischen auch die auf Marx sich berufende Alternative verschluckt hat, im *Manifest* gültig beschrieben, so hat sich die dort formulierte Erwartung, die Menschen würden durch diese Dynamik dazu getrieben, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse »mit nüchternen Augen anzusehen«, nicht erfüllt. Dies mag mit dem merkwürdigen Sachverhalt zusammenhängen, daß keiner die Produktivität des Kapitalismus so hervorgehoben hat wie sein Kritiker Marx, der zugleich seine Destruktivität dachte. Es gibt kein entsprechend unverstelltes bürgerliches Selbstbild. Die bürgerliche Bewußtwerdung erfolgte und erfolgt immer wieder verschoben, in der Ideologie. So sind alle Diskurse der Moderne, die sich über der kapitalistischen Grundlage unter Umgehung einer Kritik der politischen Ökonomie entfalten, ihrerseits von unaufhebbarer Zweideutigkeit. Machen sie sich Illusionen über die Realität, so glauben sie nicht nur an die Realität ihrer Illusion, sondern sind auf ihre Weise realitätsmächtig.

Der Diskurs der Postmoderne bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Er wächst auf demselben wilden Stamm des Kapitalismus wie der Diskurs der Moderne. Er bildete sich ein, das Ende der Moderne zu bedeuten, und ist doch nur das vorläufig letzte ihrer Kinder gewesen. Wie die ideologische Mutter wendet

* In seinem »Klassiker« (Anderson) über die »Erfahrung der Moderne« (*All That Is Solid Melts Into Air. The Experience of Modernity*, New York, London usw. 1982 – der Titel ist dem oben zitierten Passus aus dem *Manifest* entnommen).

sich ihre feindliche Tochter nach oben ab von ihrer wilden Unterlage. Wo sie die Welt nach ihrem Bild modeln wollen, könnte man beiden, mutatis mutandis, mit Marx vorhalten, daß ihre Ideen nichts sind als »der Reflex der gegenwärtigen Welt und daß es infolgedessen total unmöglich ist, die Gesellschaft auf einer Basis rekonstruieren zu wollen, die selbst nur der verschönerte Schatten dieser Gesellschaft ist«. Indem »der Schatten Gestalt annimmt, bemerkt man, daß diese Gestalt, weit entfernt, ihre erträumte Verklärung zu sein, just die gegenwärtige Gestalt der Gesellschaft ist.« (MEW 4, 105) Diese schlägt zurück auf ihre Ideologie. »The energies of modernity«, schrieb Perry Anderson in einem Diskussionsbeitrag zu Berman, »once generated by capitalism, are now ever more trapped and compromised by it.« (*A Zone of Engagement*, London, New York 1992) Die Postmoderne, heute bereits abgetragen wie eine Mode von gestern, versuchte, aus der Diskreditierung der Moderne ihr Kapital zu schlagen. Und sie ist auf ihre Weise so zweideutig wie die Moderne: geladen mit befreienden Ideen und just darin im Griff eines mutierenden Kapitalismus, der seine Unschuld verloren hat und seine Schuld abwirft: die Versprechen, die die Moderne auf seiner Grundlage gegeben hatte und deren in den Widersprüchen ihrer gesellschaftlichen Bedingungen gefangene Einlösungsversuche inzwischen als zwanghaft empfunden werden, sollen als Schnee von gestern verschwinden.

Die Moderne war beides, der Geist der Individualisierung und Rationalisierung, der Auflösung der Tradition, und das Deckwort über der Ära des Kapitalismus. So die Modernisierung. Ihre Doppelnatur ist tückisch: Sie verspricht Freiheit von Unterwerfung, Armut, Angst, und sie bringt Unterwerfung unter sachliche Verhältnisse, die Angst vor der unkontrollierbaren Dynamik, das Meer der Armut um die Reichtumsinseln. Seit das zum Alptraum geratene Projekt einer alternativen Modernisierung beim Versuch seiner Reformierung zusammengebrochen ist und die kapitalistische Produktionsweise (fast) die gesamte Welt im Griff zu haben scheint, tritt ihre Unmöglichkeit als Weltregime zutage. Auch wenn es in den Reichtumsinseln auf den ersten Blick anders aussehen mag, dämmert so manchem Ideologen des Wirtschaftsliberalismus eine verschobene Ahnung dieses Sachverhalts. Einer nach dem andern merkt, daß der verlorene Feind geholfen hatte, die Selbstfeindschaft in Schach zu halten. Spät wanderte diese Ahnung aus dem Feuilleton über den politischen Leitartikel in den Wirtschaftsleitartikel der FAZ: »Die marktwirtschaftliche Ordnung ist heute gefährdeter denn je, weil das negative Gegenstück der kommunistischen Kommandowirtschaft zusammengestürzt ist und die Marktwirtschaft nun allein an sich selbst gemessen wird.« Der Satz richtet sich gegen Sozialpolitik: »Da die Freiheit nicht mehr von der Diktatur bedroht erscheint, wächst die Versuchung, sie stückweise im Namen der sozialen Gerechtigkeit wegzugeben.« (Jürgen Jeske, FAZ, 3.1.94) Dagegen scheint es den konservativen Wirtschaftsliberalen richtiger, die soziale Gerechtigkeit stückweise im Namen der Freiheit (der Kapitalverwertung) wegzugeben. Der Freiheit wird das so wenig bekommen wie der Demokratie.

Der gegenwärtige Moment ist überdeterminiert: Der Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise havariert in seiner ersten großen Krise. Augen zu und durch, dabei die alten Werte anrufen, scheint die Devise. Aber Krise ist nicht

Zusammenbruch, und auch wenn die entfesselte und entfremdete Dynamik von nun an gegen die ökologischen Grenzen unserer Daseinsbedingungen anbrandet und der Mehrzahl der Völker jeder Glaube an eine leuchtende Zukunft abhanden gekommen ist, so kommt es desto mehr darauf an, die Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten für die nächste Runde sozialer Kämpfe auszumessen.

Zu den Beiträgen

Der Untergang der DDR bescherte Robert Kurz eine anders undenkbare Rezeption: Seine Lehre vom Zusammenbruch der Modernisierung erschien vielen der Geschlagenen des historischen Kommunismus wie ein Trost nach der Logik: je schlimmer, desto besser. Michael Brie, der zu DDR-Zeiten zu den radikalen Reformern und Demokratisierern gehört hat, wendet gegen kurzschlüssigen Radikalismus der illusionären Produktionsweise einer Revolution gegen die Moderne (»Abschaffung der Tauschwert-Wirtschaft«) die Perspektive einer Revolutionierung der Modernisierung. Die folgenden Beiträge liefern Mosaiksteine: je einer über die hochentwickelte kapitalistische Erste Welt und das, was einmal die staatssozialistische Zweite Welt war; alle übrigen behandeln Aspekte der Krise im Blick auf die Dritte Welt.

Maria Oppen erforscht die Formen, die die kapitalistische Modernisierung in den Reichtumszentren in bezug auf den öffentlichen Sektor angenommen hat. – Der Germanist und Faschismusforscher Alexander Galkin und der Politologe Yuri Krasin, beide aus dem Leitungsstab der Gorbatschow-Stiftung, analysieren die russischen Wahlen in den Widersprüchen der Modernisierungsrühen sowjetischen Typs und der scheiternden neokapitalistischen Modernisierung.

Otto Kreye stellt an Hand präziser Zahlen dar, was aus der Weltschuldenkrise geworden ist: weil von den Westbanken zu ihrem Vorteil gehandhabt, ist sie aus den Schlagzeilen verschwunden, während sie die Drittweltländer anscheinend rettungslos in den Fängen hat. – Der Anthropologe Claude Meillassoux (*Die wilden Früchte der Frau*, dt. 1983) untersucht die bevölkerungspolitischen Krisen Afrikas als Erscheinungsform der stagnanten Durchkapitalisierung. – In den Arbeiten des niederländischen Theologen Bastiaan Wielenga, einem Schüler von Helmut Gollwitzer, der am *Centre for Social Analysis* in Madurai (Südindien) lehrt und vor allem durch seine Schrift *Marxist Views on India in Historical Perspective* (Madras 1976) bekannt geworden ist, kreuzen sich Befreiungstheologie und kritischer Marxismus mit Erfahrungen aus der Ersten und vor allem der Dritten Welt. Sein Versuch einer Reartikulation von Handlungsperspektiven angesichts der Millionen in die Verzweiflung treibenden Modernisierungskrise in Indien verknüpft eine fortschrittskritische Linie Marx-Benjamin mit biblischen Orientierungen an Elementen des ursprünglichen Gemeinwesens. – Dietrich Goldschmidt, lange Jahre Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung und *Argument*-Förderer der ersten Stunde, zieht Konsequenzen aus dem Scheitern der schematischen Implantation von Universitäten westlichen Typs in Entwicklungsländern; dagegen schlägt Goldschmidt eine behutsam sich auf die örtlichen Bedingungen einlassende Förderung und Höherentwicklung angestammter Formen der Wissensvermittlung vor.

Der Aufstand von Chiapas hat die Schattenseiten der mexikanischen Modernisierung im Schlepptau der USA ins Bewußtsein der Welt gehoben. Der argentinische Autor Néstor Kohan zeigt, daß in Gestalt des Zapatismus keine nostalgische Rückwärtsgeandtheit, sondern eine Forderung nach Revolutionierung der Modernisierungsweise aufgetaucht ist. – In Fortsetzung der Kuba-Diskussion brandmarkt der Romanist Martin Franzbach den Führerkult dessen, was von der kubanischen Revolution übrig geblieben ist, und sieht faschistische Potentiale. Werner Mackenbach, der in den letzten Jahren vor allem über den Sandinismus geforscht hat, erklärt diese Sicht mit der Enttäuschung darüber, daß Kuba nicht das Muster gewesen ist, das man in ihm illusionär sah: eher gleicht die rigorose Ordnung einer Prothese, die nicht so gut ist wie gesunde Glieder, die man aber im Krankheitsfall nicht einfach wegwirft. WFH

Verlagsmitteilungen

»Wer nicht pennt/liest Argument«, reimte einst Martin Buchholz wie aus der Pistole geschossen, als wir Werbeideen für diese Zeitschrift diskutierten. Viel zu viele lesen *Argument* nicht, obwohl sie keineswegs pennen, sondern weil sie nicht damit in Berührung kommen. Auf Abhilfe sinnend haben wir beschlossen, daß es künftig wieder für jedes Heft ein Plakat geben soll. Plakate allein nützen nichts: wir sind auf Hilfe angewiesen für den Aushang in Buchhandlungen, an Universitäten, Volkshochschulen, Instituten, Bibliotheken, in Klubs, Kneipen usw. Wer dazu bereit ist, teile uns bitte mit, wieviele Exemplare wir jeweils schicken sollen. Wir werden uns mit einem *Ariadne*-Thriller erkenntlich zeigen.

Zwei neue Ariadne-Krimis: P.M. Carlsons vierter hat längere Zeit auf sich warten lassen, weil eine neue Übersetzerin für diese Autorin gesucht werden mußte. Sigrid Sengpiel, die bereits *Zuchtrosen*, *Das liebe Geld*, *Tod nach Lehrplan* und den Wilson-Roman *Unbescheidene Frauen* für *Ariadne* übersetzt hat, übernimmt nun auch die Carlson-Bände. So kann der im angelsächsischen Sprachraum berühmte, oft mit Dorothy Sayers' Wimsey-Krimis verglichene Zyklus um das detektivisch rege Pärchen Ryan/O'Connor endlich weitergehen – mit *Makler und Mord* (*Ariadne* 1052): Die Makler fluchen auf den sicheren Mietvertrag der verrückten alten Mrs. Northrup, weil er das Haus schwerer verkäuflich macht. Schauspieler Nick und Statistikerin Maggie machen die Bekanntschaft dieser Frau, die an Brechts Figur der »unwürdigen Greisin« erinnert. Das Haus gefällt ihnen, Mrs. Northrup auch – die Leiche im Obergeschoß weniger ... Dieser Krimi brachte uns übrigens ursprünglich dazu, uns um Pat Carlson als Autorin für *Ariadne* zu bemühen.

Gleichzeitig erscheint *Artemis' Töchter* (1053), der dritte von Laureen Wright Douglas mit ihrer coolen Privatdetektivin Caitlin Reece. Die findet sich hier in einem ungewohnten moralischen Konfliktfeld: Während im allgemeinen sie als Schlägertypen und Anhängerin des Auge-um-Auge-Prinzips unangenehm auffällt, muß sie sich diesmal nicht nur mit durchgedrehten Machos, sondern auch mit einer militant auf Selbstjustiz setzenden weiblichen Schutzwehrtuppe herumschlagen. Und obendrein führt ihr Computer ein geheimnisvolles Eigenleben ...

Volker Braun

Die Leute von Hoywoy

Dreißig Jahre nach den kleinen Erdarbeiten im mitteldeutschen Loch, die mich die Jugend gekostet hatten, sah ich auf dem Bildschirm jene einst berühmte Stadt, in der wir gehaust hatten, in einer entsetzlichen Verwirrung. Ganze Haufen ihrer Bewohner waren in aufgeregter Bewegung auf ein großes Gebäude zu, und sie schleuderten ihre Arme – nicht wie einst an den Schaufeln, im Schlamm –: mit Drohgebärden, und um Steine und Brandflaschen in die Fenster zu werfen. Die Werkzeuge, mit denen wir gearbeitet hatten, schleppten sie als Waffen, und die Worte waren ganz unverständlich geworden. NIGGER-SCHWEINE, VERPISST EUCH. WIR BRINGEN EUCH UM. Ich versuchte, auf den Film starrend, die Gesichter zu entziffern – trugen sie noch die Züge der Bauarbeiter, ich gehörte zu ihnen, lange ist's her, die sich bewegt hatten von Bauplatz zu Bauplatz, für Geld und gute Losungen in die FROHE ZUKUNFT. Ich sah haßkalte Fressen von Jünglingen, und die satten Gesichter Erwachsener, die aus ihren Wagenburgen Beifall grinsten.

Was für eine Rasse, fragte ich mich, hatte sich hier eingenistet, in den banalen Neubauten, auf den rohen Maschinen. Was hatte sich ausgebildet in dem faulen Frieden, in der Langeweile des Staats. In dem Schreberland zwischen Losung und Leben. Sie waren seßhaft geworden. Sie waren nicht weitergereist in die Zukunft, nicht in die Welt. Sie hatten sich eingerichtet in ihrem billigen *Eigentum*. Sie sprachen keine Sprache, außer der eigenen. Sie kannten nicht der Erde viel-farbene Menschheit. Unwissend und argwöhnisch betrachteten sie die Fremden, denen die Stadt Obdach bot; ahnungslos böse, toll vor Verachtung. Und sie ruhten nicht und ließen randalieren, bis das Pack auf Transport ging.

Aber ich hatte sie eben noch, an diesem gespenstischen Gerät, gesehen mit ratlosen, schamlosen, zerflossenen Mienen. Geduckt in Korridoren, in Sessel geworfen. Verzweifelt schwafelnd oder schweigend. Es war ihnen, den Erbauern von einst, den berühmten Leuten, etwas zugestoßen. Man war mit ihnen umgesprungen, wie kein Polier, kein Polizist es einst gewagt hatte. Es war etwas hereingebrochen, eine namenlose, eine Naturgewalt, die das Gelände entseelte und die Betriebe verödete. Die sie *enteignete* ihres unbestimmten Besitzes, ihrer Sicherheit. Zersiebt, zerstreut, entlassen; außer Kraft gesetzt ihr Leben. Wer waren sie nun. Ihre Blicke, ihre Rechnungen sagten: verächtliche Wesen. Das hatte man mit ihnen gemacht. – Und nun zeigten sie ihre Kraft, den Schwächeren, und erwiderten die Gewalt, die sie erfuhren auf einen Schlag. Sie konnten, sie mußten wünschen, nicht die Letzten zu sein im Staat, nicht die Allerletzten. Nun schlugen sie zu.

Was für Elendsgestalten, dachte ich. Ein unterentwickeltes Land! Eine Dürrezone des Mitgeföhls! Ein Katastrophengebiet! Sie waren selber Fremde, im

Ausland hier, auf der Flucht. Wohin wollten sie, wohin geraten? Ich stellte den Kasten ab, um Stillschweigen zu bewahren oder sie zu verbergen in der Dunkelheit. Aber sie waren jetzt im Raum. Glück auf, sagten sie. Antworte uns, GLÜCK AUF. WEM GEHÖRT DIE WELT. Glück auf, Kollegen. – Ich gehörte noch zu ihnen.

Aus: Volker Braun, *Die Zickzackbrücke – Ein Abrisßkalender*, 1992. Mit freundlicher Genehmigung des Mitteldeutschen Verlags, Halle.

Editorial	163
Volker Braun: Die Leute von Hoywoy	167
Nachrichten aus dem Patriarchat	169

Globale Modernisierungs-Krise

Michael Brie Kollaps der Modernisierung oder globale Revolution der Modernisierungsweise? Wider den Pessimismus der Revolutionäre ...	171
---	-----

Maria Oppen Modernisierung als Privatisierung Folgen für den öffentlichen Sektor und die Frauen im Westen	185
---	-----

Yuri Krasin und Alexander Galkin Russische Wahlen in den Ruinen sowjetischer Modernisierung	199
--	-----

Otto Kreye Weltschuldenkrise revisited	211
---	-----

Claude Meillassoux Kapitalistische Produktion von »Überbevölkerung« in Afrika	219
--	-----

Bastiaan Wielenga Reorientierungsversuch in der Modernisierungskrise	233
---	-----

Néstor Kohan Chiapas – Aufstand und Moderne	247
--	-----

Dietrich Goldschmidt Auf Maxim Gorkis Spuren: Universitäten in der Dritten Welt	257
--	-----

Kuba-Diskussion

Martin Franzbach Das Volk, nicht die Herrschaftsform verdient Unterstützung	263
--	-----

Werner Mackenbach Wert und Unwert einer Prothese	271
---	-----

Kongreßberichte

Afrikanische Philosophie (G.-R.Hoffmann); Feministische Ethik (R.Wecker); Feministische Fachtagung der Grünen (G.Werner)	277
---	-----

Besprechungen

Philosophie und Marx; Arnold Zweig; anticlassische Ästhetik; Kunstgeschichte; Filmtheorie; Black Feminism; Bildungsreform; Psychoanalyse; Geschichte Rußlands und der Sowjetunion	283
---	-----

Verfasser/innen, Zeitschriftenschau, Summaries	325
--	-----

II

Besprechungen

Philosophie

<i>Braun, Eberhard: »Aufhebung der Philosophie« – Marx und die Folgen (M.Richter)</i>	283
<i>Balibar, Etienne: La philosophie de Marx (P.Jehle)</i>	285
<i>Kaplan, E. Ann, und Michael Sprinkler: The Althusserian Legacy (F.O.Wolf) ..</i>	286

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Midgley, David, Hans-Harald Müller und Luc Lamberechts (Hrsg.): Arnold Zweig. Psyche, Politik und Literatur. Akten des II. Internationalen Arnold-Zweig-Symposiums Gent 1991 (R.Cohen)</i>	288
<i>Bieke, Sibylle: Die künstlichen Paradiese in der französischen Literatur des 19. Jahrhunderts (C.Feldmann)</i>	290
<i>Pütz, Susanne: Vampire und ihre Opfer. Der Blutsauger als literarische Figur (S.Howald)</i>	291
<i>Werber, Niels: Literatur als System. Zur Ausdifferenzierung literarischer Kommunikation (F.Semmelroth)</i>	293

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Aulinger, Barbara: Kunstgeschichte und Soziologie. Eine Einführung (W.Kühnert)</i>	294
<i>Berndt, Andreas u.a. (Hrsg.): Frankfurter Schule und Kunstgeschichte (N.Badenberg)</i>	295
<i>Winter, Rainer: Filmsoziologie. Eine Einführung in das Verhältnis von Film, Kultur und Gesellschaft (J.Paech)</i>	297
<i>Vorderer, Peter: Fernsehen als Handlung. Fernsehfilmrezeption aus motivationspsychologischer Perspektive (W.Neumann-Bechstein)</i>	299

Soziologie

<i>Pinl, Claudia: Vom kleinen zum großen Unterschied. »Geschlechterdifferenz« und konservative Wende im Feminismus (K.Hauser)</i>	300
<i>hooks, bell, and Cornell West: Breaking Bread. Insurgent Black Intellectual Life (F.Haug)</i>	302
<i>Collins, Patricia Hill: Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment (F.Haug)</i>	303
<i>Müller-Rückert, Gabriele: Frauenleben und Geschlechterverhältnis in der ehemaligen DDR (K.Hauser)</i>	304
<i>Engler, Steffani: Fachkultur, Geschlecht und soziale Reproduktion (H.Schaeper)</i>	305
<i>Silberzahn-Jandt, Gudrun: Wasch-Maschine. Zum Wandel von Frauenarbeit im Haushalt (S.Andresen)</i>	308
<i>Cockburn, Cynthia: Blockierte Frauenwege (Ch.Raschke/R.Puchert)</i>	308

(Fortsetzung Seite XII)

Nachrichten aus dem Patriarchat

Krisenmanagement

Eine große Chemiefaserfabrik in P. wird abgewickelt. 600 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die immer noch davon überzeugt sind, daß es schon irgendwie weitergehen wird, »werden in den Sand geschickt«, wie frau/man in Brandenburg sagt. Für die 300 zu entlassenden Arbeitnehmerinnen wird kurz vor der Auflösung des Betriebes eine Frauenbeauftragte damit beauftragt, auf schnellstem Wege Frauenprojekte, sprich: Erwerbsarbeitsplätze für Frauen zu schaffen (Planungs- und Finanzierungsmöglichkeiten siehe Programme der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen).

P.S.: Abgesehen von der Überforderung für die gewählte Frauenbeauftragte sind die Arbeitnehmerinnen inzwischen – nach der Auflösung des VEB – nicht mehr erreichbar. Ein Projektantrag »Angorawolle statt Chemiefaser«, der die nachfolgende Weiterverarbeitung der Angorawolle durch Frauen beinhaltet, wartet noch auf Umsetzung.

Die Ideen für verschiedene Frauenprojekte entwickelten die Arbeiterinnen der Chemiefaserfabrik selbst und brachten sie in Form und Antrag. Ein Haus des ehemaligen volkseigenen Betriebes wurde für die zu schaffenden Frauenarbeitsplätze aus den Liegenschaften des VEB angemietet. Zwischen der Idee und der Verwirklichung dieser Projekte liegen realistischweise aber oft Monate oder gar Jahre.

Seit »gestern« gibt es nun jedoch einen Käufer, der das Haus (und auch die Ideen) für eine Mark von der Treuhand übernimmt und 12 Millionen investieren will.

Die Frauen bleiben außen vor und werden nicht übernommen.

IM

Sozialpartnerschaft

Ein Kongreß zum Thema »Arbeit, Technik, Umwelt«. Sie kommt zu spät, weil mit dem Zug von 500 km entfernt. Der Saal ist gefüllt mit Männern. Dunkle Anzüge bestimmen das Bild, darunter vielleicht zwei, drei Frauen.

Das Thema wird auf altbekannte Weise verhandelt – deshalb konzentriert sie sich darauf, zu beachten, worüber geredet, worüber geschwiegen wird. Sie legt sich eine Strichliste an: wie oft kommen »Menschen« vor – wie oft »Frauen«. Die Vorträge bleiben subjektlos, die Blätter leer: ein Strich für Mensch, keiner bei Frau.

Der Kongreß wird später in den Medien als ein großer Beitrag zur Sozialpartnerschaft gepriesen.

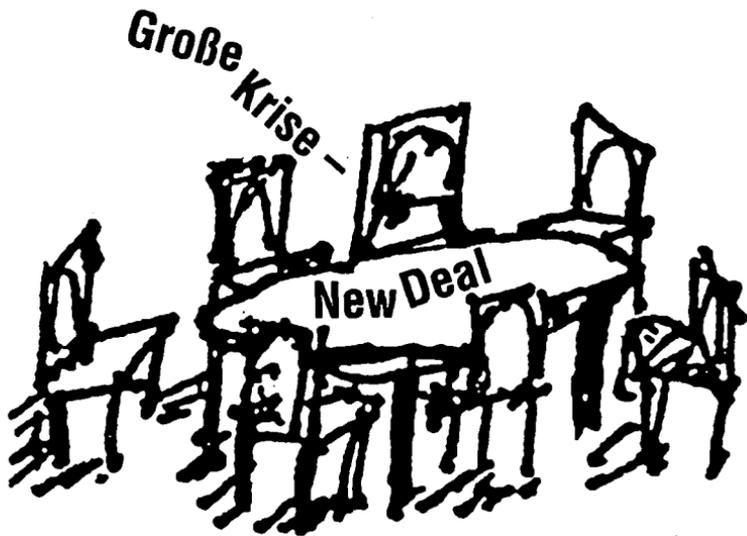
AB

volks uni 94



Politik
Kultur und
Wissenschaft
in Bewegung

Pfingsten, 20. bis 23. Mai 1994
in der Humboldt-Universität Berlin



Die Reformalternative in Diskussion

Standort Erde – Streitort Deutschland

Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit

Backlash und feministische Gegenschläge

Osteuropa: Kämpfe um die Zivilgesellschaft

Öko-Bilanzen

Infos, Programmbuch- und Kartenbestellung? Bitte schreiben oder anrufen...

Volksumi, Grominger Str. 50, 13347 Berlin, Telefon (030) 455 99 98

Michael Brie

Kollaps der Modernisierung oder globale Revolution der Modernisierungsweise?

Wider den Pessimismus der Revolutionäre

Vorbemerkung

Am Telefon sagte mir Robert Kurz – in Vorwegnahme unserer Kontroverse¹ und auf jene bezogen, welche die moderne Gesellschaft reformieren wollen –: »Na, dann zieht Euch mal warm an.« Im Nachdenken über diesen Satz und beim erneuten Lesen seines Buches* stellte ich mir folgende Geschichte vor: Es treffen sich zwei Ameisen in Ägypten am Fuße der Cheops-Pyramide. Sagt die eine: »Die Pyramide versperrt uns den Weg. Ich will sie in eine Landstraße durch die Wüste umbauen.« Antwortet die andere: »Da zieh Dich mal warm an. Laß uns doch lieber die Pyramide einfach zur Seite kippen und dann weitergehen.«

Wenn angesichts der drängenden Nöte der Gegenwart über Alternativen laut nachgedacht wird, dann stellen sich drei Fragen: 1. Was soll verändert werden? Es ist dies die Frage der sittlichen Vernunft. 2. Welches sind die Ursachen des Notstands, und ist es überhaupt denkbar, ihn zu beheben bzw. zu lindern? Es ist dies die Frage der theoretischen Vernunft. 3. Wie ist eine Bewegung zur Beseitigung des Notstandes zu organisieren? Dies ist eine Frage der praktischen Vernunft, der *politeia* im weitesten Sinne des Wortes. Ich werde mich bemühen, in den Diskurs der theoretischen Vernunft einzutreten und der folgenden Problemstellung nachzugehen: Ist eine Lösung der gegenwärtigen Zivilisationskrise überhaupt denkmöglich? Kann sie – wenn schon zur Zeit nicht realisiert – so doch wenigstens nach den Regeln gegenwärtiger wissenschaftlicher Gemeinschaften gedacht werden? Dazu werde ich erstens den Kern der Konzeption von Robert Kurz nachvollziehen, zweitens eher wissenschaftswissenschaftliche Fragen verschiedener Kritikmodelle berühren, um drittens in mehreren Schritten Möglichkeiten der Aufhebung der Marxschen Kapitalismustheorie zu skizzieren.

1. Robert Kurz' Marx-Lektüre und Gegenwartsprognose

Die Geschichte der modernen Gesellschaften ist immer auch die Geschichte ihrer Selbstbeschreibungen gewesen. Diese Autoporträts zeichnen den Januskopf des Fortschritts jeweils aus anderer Perspektive. Sie verheißen uneingeschränkte irdische Glückseligkeit oder warnen die Menschheit vor selbstverursachter Apokalypse. Das Jahr 1991 macht da keine Ausnahme. Einen Tag nach dem Ende des legalistischen Staatsstreichs in Moskau im August 1991 veröffentlichte die FAZ ein Hohelied auf die Marktwirtschaft. Unter dem Titel »Am Ende

* Kurz, Robert: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernenkommunismus zur Krise der Weltökonomie. Eichborn Verlag, Frankfurt/M 1991 (289 S., Ln., 38,- DM)

der verordneten Gewißheit« heißt es dort: »Die Marktwirtschaft ist das erfolgreichste Rezept für die Bewältigung der Unsicherheit, das die Menschen je erfunden haben. Der Westen kann es als – kostenlosen – Exportartikel anbieten.« Von der Marktwirtschaft erhofft sich der Autor, Hans D. Barbier, ein Doppeltes, »die individuelle Planung auf der kurzen Strecke des Absehbaren und die spontane Anpassung an die nicht vorhersehbaren Windungen der Geschichte«.

Einen Monat später erschien *Der Kollaps der Modernisierung* von Robert Kurz. Seine Diagnose ist von unbarmherziger Schärfe. Höhnisch geißelt sie die marktwirtschaftlichen Reformvorstellungen als die seichteste oder zynischste aller Illusionen. In den achtziger Jahren sei erstens der Versuch der nachholenden Modernisierung der Dritten Welt gescheitert. Die Auflösung der traditionellen, stark agrarischen Gesellschaften, die Verwandlung der Menschen in eigentumslose Subjekte auf einem Markt, der ihrer Arbeitskraft nicht bedarf, werde in einer unvorstellbaren Katastrophe enden. In den achtziger Jahren habe aber auch die auf die Staatsmacht sich stützende »realsozialistische« Variante der nachholenden Modernisierung versagt. Da die Konkurrenz ausgeschaltet wurde, sei der Staatssozialismus nur die schlechtere Ausgabe einer auf Ausbeutung abstrakter Arbeit gegründeten Marktwirtschaft gewesen.

Dem Zusammenbruch der Dritten und der Zweiten Welt würde nun, so Robert Kurz, die Krise in der Ersten Welt, in den Metropolen der globalen Marktwirtschaft folgen. Die Stunde ihres weltweiten Sieges sei die Stunde der Wahrheit – der Beginn des »dunkle(n) Zeitalter(s) der Krise des warenproduzierenden Systems« (259). Die Versuche des Westens, diese Krise »gegen die Mehrheit der Weltbevölkerung und gegen eine wachsende Minderheit in seinem eigenen Innern« zu behaupten, würden nicht den »Ewigen Frieden« des weltbürgerlichen Zeitalters (Immanuel Kant), sondern dessen Gegenteil herbeiführen: »Die endlich als solche verwirklichte und anerkannte *Eine Welt*, gebannt in die krisenhaft sich auflösende Fetischform des warenproduzierenden Systems, enthüllt sich als Horror- und Terrorvision eines beginnenden Weltbürgerkriegs, in dem es keine festen Fronten mehr gibt, sondern nur noch blinde Gewaltausbrüche auf allen Ebenen.« (230)

Während andere Marx totsagen und in einem Beton-Sarg ähnlich dem in Tschernobyl endzulagern suchen, greift Robert Kurz gerade auf ihn zurück und gewinnt von dort die theoretische Substanz seiner Krisenanalyse. Marx habe eine dialektische Entwicklungstheorie der Selbstaufhebung des Kapitalismus mit einer voluntaristischen proletarischen Revolutionstheorie verschmolzen. Aus der Aufspaltung dieses Kerns von Marxens Theorie will Kurz die gewaltige kritische Energie seines Denkens neu freisetzen.

Hatte Marx in der Arbeiterklasse jenes Subjekt gesehen, das »an sich« schon über den Kapitalismus hinaus ist, so verweist Kurz auf die Befangenheit dieser Klasse in der kapitalistischen Produktionsweise. Hatte Marx in der Diktatur des Proletariats den Weg der Überwindung der Marktwirtschaft prognostiziert, so sieht Kurz darin nur eine Überhöhung des Versuchs der Arbeiterbewegung, den Markt sozialstaatlich zu bändigen. Er greift auf die eigentliche Tiefenschicht von Marxens Kapitalismusanalyse zurück – auf die Evolutionslogik der kapitalistischen Produktionsweise. Aus ihr hatte Marx seine so oft berufene Zusammen-

bruchshypothese gewonnen. Er sah voraus, daß das Kapitalverhältnis zu einer immer weiteren Verwissenschaftlichung der Produktion führen müsse. Die Maschinerie würde zu einem automatisierten System werden, in dem die Anwendung menschlicher Naturkräfte nur noch stören kann. Die unmittelbare Arbeit würde aufhören, »die große Quelle des Reichtums« zu sein. Dann aber, so Marx, kann man diesen Reichtum auch nicht mehr an der für seine Erzeugung aufgewendeten Arbeitszeit messen. Mit einer umfassenden Automatisierung bräche also letztlich »die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen« (*Grundrisse*, MEW 42, 601).

Eine große Prophetie spricht aus Marx, wenn er mit Blick auf eine umfassende Automatisierung schreibt:

»In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint. Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts.« (Ebd.)

Was bei Marx eine Tendenz-Voraussage ist, nimmt bei Robert Kurz angesichts der Krisenprozesse der achtziger Jahre dieses Jahrhunderts apokalyptische Züge an: Einerseits seien heute fast alle Völker und Menschen auf den freien Markt der Lohnarbeit gezwungen, wo sie sich nur als zahlungsfähige Käufer erhalten können. Dazu aber müssen sie in einen Produktionsprozeß integriert sein, der weltmarktfähige Produkte erzeugt. Kaum jemand kann mehr auf eine sich selbst genügende Subsistenzwirtschaft zurückgreifen. Fast jeder braucht den Weltmarkt und wird an der »Vernutzbarkeit« für diesen Weltmarkt gemessen. Andererseits aber habe die Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft die »billige Arbeitskraft« buchstäblich wertlos gemacht. Immer weniger Länder und Regionen könnten die explodierenden Kosten für jene Investitionen tragen, die notwendig sind, um überhaupt konkurrenzfähige Produkte herstellen zu können. Immer mehr Länder und Regionen fallen damit aus der Weltwirtschaft heraus, ohne sich aber getrennt von ihr erhalten zu können. 1,5 Billionen DM sind notwendig, um das kleine Ostdeutschland weltwirtschaftlich konkurrenzfähig zu machen. Jeder Arbeitsplatz kostet mehrere hunderttausend Mark. Wer also sollte wohl jene Investitionen aufbringen, um die Milliarden von Menschen in der ehemaligen Zweiten und Dritten Welt nach den heutigen Effizienzkriterien zu beschäftigen, wenn es die reiche Bundesrepublik nicht einmal für ihre paar Millionen Beigetretenen vermag?

Robert Kurz' Diagnose ist genauso knapp wie zugespitzt: Das Kapital habe die unmittelbare Arbeit, die Anwendung menschlicher Naturkräfte mit der Entwicklung von Wissenschaft und Maschinerie schrittweise obsolet gemacht, immer weniger Arbeit könne deshalb betriebswirtschaftlich »auf der Höhe des Weltstandards der Produktivität« vernutzt werden (190), und so gebe es immer

weniger produktive Kaufkraft. In der Folge komme es in den nächsten Jahrzehnten zur Endkrise für das gesamte warenproduzierende Weltsystem. Es entsteht, so Robert Kurz, ein katastrophaler Zyklus: Immer weniger Gewinnern stehen immer mehr Verlierer gegenüber. Eine moderne Wüste von nutzlosen Riesenstädten der Arbeits- und Obdachlosen breitet sich aus über den Planeten. Die doppelte Freiheit der Lohnarbeit wird zum Fluch. Die Mehrheit der Menschen wird in Überbevölkerung verwandelt.

Die Geschichte der kapitalistischen Warenwirtschaft scheint dieser Darstellung nach der Entwicklung eines sonnenähnlichen Sterns zu gleichen. In seinem letzten, »höchsten« Stadium strahlt er noch einmal auf wie eine »Supernova«, bevor er zum »dunklen Zwerg« einer toten Welt kollabiert. Die Moderne wäre nur der Kurzschluß zwischen Mittelalter und Apokalypse bzw. einem kommunistischen Neuanfang. Wir leben, so Robert Kurz, im »dunklen Zeitalter der Krise des warenproduzierenden Systems« (259).

Die Konsequenz aus dieser Diagnose ist eindeutig: »Es hat gar keinen Sinn, angesichts dieser kollektiven Selbstmordaktionen im Weltmaßstab über einzelne 'Reformen' überhaupt noch zu diskutieren, solange dies nicht in einer Perspektive der radikalen Abschaffung der modernen Ware und ihres Weltsystems geschieht.« (270) Dieses »Weltsystem der Rentabilität und der abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzungsprozesse« müsse »überall zum Stehen gebracht und so schnell wie möglich beseitigt werden« (271).

2. Von der Verantwortung der Kritik

Zur Verantwortung von Wissenschaftlern, den »professionals« der theoretischen Vernunft, gehört wohl vor allem und in erster Linie die Beantwortung der Frage nach »der Geeignetheit der Mittel bei gegebenem Zwecke«, wie Max Weber es formuliert (1922, 149).² Gäbe es keine Mittel zur Lösung dieser Krise oder wäre die Anwendung dieser Mittel schlimmer als die Nichtlösung der Krise, dann würde es das Ethos gebieten, laut vor jeder Anwendung dieser Mittel zu warnen. Die Mittel zur Bearbeitung sozialer Probleme sind aber immer vor allem organisatorisch-institutioneller Natur.³ Nur in Institutionen werden dauerhaft soziale Leistungen erbracht und Veränderungen verstetigt (vgl. Schüle 1987, 148).

Gesellschaftskritik, die es nicht vermag, institutionelle Alternativen zu entwickeln, wäre dazu verdammt, die moralisierende Position schöner Seelen einzunehmen. Prinzipiell sind drei Möglichkeiten gegeben. Erstens kann das Fehlen institutionell gedachter Alternativen zur eigentlichen Alternative gemacht werden. Dies ist der Standpunkt des Anarchismus, der in der These vom Absterben des Staates, des Marktes usw. im Marxismus durchaus latent ist, und der auch von Robert Kurz kultiviert wird. Eine zweite Möglichkeit ist die von Wolfgang Zapf (1991, 46; 1989, 54) im Mainstream bundesdeutscher Wissenschaft immer wieder vertretene Position einer weitergehenden Modernisierung bei Kontinuität in der Gesamtheit der Basisinstitutionen moderner Gesellschaften. Von diesem Standpunkt aus verschwindet jede Chance einer nichtmoralisierenden Kritik moderner Gesellschaften, da die »Vorstellung von institutionellen Alternativen zur Bewältigung der dramatisch beschriebenen Probleme« für prinzipiell

unmöglich erklärt wird (Zapf 1992, 14). Das Set der Basisinstitutionen von »Markt«, »Wohlstands- oder Überflußgesellschaft« und »Sozialstaat« sei prinzipiell alternativlos.

Der Versuch, die Kritik moderner Gesellschaften produktiv fortzuführen, muß im Gegensatz zu den beiden genannten Positionen erstens nachweisen, daß institutionelle Alternativen zumindest theoretisch möglich sind, daß sie zweitens die Grundeigenschaft moderner Gesellschaften, die wirtschaftlichen, politischen und geistigen Wettbewerbsstrukturen, nicht aufheben⁴, sondern unter den durch die modernen Gesellschaften reflexiv selbst veränderten Bedingungen zu kontinuierieren vermögen, und daß sie drittens über eine auf die alten und neuen Probleme bezogene überlegene Bearbeitungskapazität für diese Probleme verfügen.

Derartige Gesellschaftskritik war immer mit der Kategorie *Aufhebung* verbunden. Während Robert Kurz *Aufhebung* eigentlich nur als *Negation* benennt, sehe ich *Aufhebung* vor allem als *Übergang* auf eine höhere Stufe der Evolution. Wenn es sich nicht einfach um den Abbruch der Entwicklung moderner Gesellschaften, wenn es sich nicht nur um den Bruch und den Beginn von etwas nicht-modern Anderem handeln sollte, wenn wir den Werten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität, der freien Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller verpflichtet bleiben wollen, dann ist *Aufhebung* nicht zuletzt *Sicherung* und *Bewahrung*. Sie ist *auch* konservativ. Das Pathos des absoluten Bruchs ist leer. Es kann menschenverachtend werden, wenn es praktisch würde.

Wenn heute ein Weiter-So unmöglich wird, wenn ein wirkliches Zurück weder möglich ist noch gewollt werden kann, steht der Übergang zu einer höheren evolutionären Gestalt sozialer Entwicklung tatsächlich auf der Tagesordnung. Aber das Höher-Sein, das Darüber-Hinaus-Gehen ist eine Bewegung, die nur dann möglich ist, wenn sie gegenwärtige Funktionsmechanismen in ihren Dienst zu stellen vermag, wenn sie heutige Prinzipien der sozialen Reproduktion erhält und zugleich neu ausrichtet, wenn sie fähig ist, solche neuen Wirkprinzipien, Institutionen oder solche neuen »Ordner« – wie der Synergetiker Hermann Haken sie nennt – einzuführen, daß die bisherigen Teile sich mit ihren Eigenarten einerseits »wie von einer unsichtbaren Hand getrieben [neu] anordnen. Andererseits aber die Einzelsysteme durch ihr Zusammenwirken diese unsichtbare Hand erst wieder schaffen.« (Haken 1981, 19) Eine Strategie, die nicht zugleich drei Prozesse zu realisieren vermag – die Neusetzung von anderen »Ordnern«, die Bewahrung erfolgreicher evolutionärer Formen und die Beseitigung überholter Institutionen – ist keine Strategie der *Aufhebung*, sondern nur eine Strategie der *Zerstörung*. Und wir wissen aus staatssozialistischer und Perestrojka-Erfahrung: Manchmal – in Krisenzeiten – kann das Überrennen von Apparaten ein Kinderspiel, ein bloßes Fest der Zerstörung sein. Aufbauen aber ist immer schwer. Es gehört zur Verantwortung der Intellektuellen, ihrer Lust an der radikalen Kritik die Zügel eines gemäßigten Konservatismus anzulegen und sie so zu gestaltendem Denken zu läutern. Das Pathos der Kritik muß in das Pathos eines gehaltvollen, institutionell konkreten Entwurfes münden.

Eine Analyse der Kernstruktur moderner Gesellschaften, die nicht in einer konkreten Vision resultiert, ist defizitär, da sie nicht jene Momente aufzuspüren

vermag, die über den gegenwärtigen Zustand hinausführen. Sie ist totalitär, da sie die Spuren des Widersetzlichen, Gegenläufigen, Abweichenden in der gegenwärtigen Wirklichkeit eliminiert hat. Sie ist unfruchtbar, da sie nichts Neues in die Welt bringt. Und sie ist hochmütig, da sie sich ohne Begründungsanstrengung im Bewußtsein einer konkreten Alternative überlegen dünkt.

Es ist ein Mythos, daß die Intellektuellen in der Moderne für alle Katastrophen verantwortlich sind. Wer eine fatalistische Linie von Rousseau zur Guillotine, von Marx zum GULAG oder von Nietzsche zu Auschwitz zieht, verkennt dabei, daß die Welt des Geistes und die der Tat institutionell (und zumeist auch personell) getrennt sind. Normenbegründungs- und Normendurchsetzungsverfahren sind auseinanderzuhalten (Lübbe 1978, 38ff). Es ist aber auch ein Mythos, daß die Intellektuellen prinzipiell wirkungslos sind und sich im Glasperlenspiel erschöpfen. Die Notizen des Herrn Montesquieu auf seinem Schloß und der Entwurf der amerikanischen Verfassung bilden einen Zusammenhang. Aber er wurde durch die machthabenden Praktiker ausgewählt. Die Werke von Marx haben gerade der deutschen Arbeiterbewegung zeitweise jenes Bewußtsein einer Mission verliehen, mit der sie für eine bestimmte Zeit zur schlechthin erfolgreichsten Vorkämpferin des Sozialstaates werden konnte. In die Konstitution der modernen Gesellschaften sind die Ergebnisse eines »Theoretisierens von Menschen über ihr Handeln« (Giddens 1992, 79) und über die Strukturen ihres Handelns folgeschwer eingegangen: »Wenn sie überhaupt interessant sind, können die 'Entdeckungen' der Sozialwissenschaften nicht sehr lange Entdeckungen bleiben: je aufschlußreicher sie sind, desto wahrscheinlicher werden sie in das Handeln eingehen. Sie werden dadurch zu vertrauten Prinzipien des sozialen Lebens.« (Ebd., 409) Dies gilt für die Marktwirtschaft, den Rechts- und den Sozialstaat genauso wie für den modernen Krieg.

Wenn ein System wie das gegenwärtige Weltsystem weitab vom Gleichgewicht in immer größere Schwankungen gerät, wenn seine Erhaltung in der gegebenen Gestalt immer unwahrscheinlicher wird, wenn es sich dem Punkte einer unvermeidlichen Bifurkation genähert hat, dann kann die kleinste Intervention entscheidend sein dafür, welche der möglichen Richtungen das System wählt. Dies belädt jedes Handeln in Krisenzeiten mit höchster Verantwortung. Ein falsches Wort zur richtigen Zeit kann dann Weltgeschichte beenden und ein richtiges einen neuen Beginn ermöglichen.

3. Die Aufhebung von Marxens Kapitaltheorie und die Aufhebung der kapitaldominierten Produktionsweise

Der Zeitpunkt scheint gekommen, die bornierte, an das 19. Jahrhundert gebundene Gestalt von Marxens monolithischer Theorie und Methodologie der Moderne abzustreifen, sie damit zu negieren *und* ihren Kern zugleich als Sonderfall in einer allgemeineren Theorie zu bewahren – der Theorie einer reflexiven Modernisierung der modernen Gesellschaften und ihres Übergangs zur nachhaltigen, sich selbst tragenden und auch perspektivisch sichernden Entwicklung. Einige der möglichen Grundzüge seien im folgenden thesenhaft angedeutet.

Erste These

In arbeitsteiligen Gesellschaften müssen die Produkte von Tätigkeiten bewertet werden, um das Maß ihres wechselseitigen Austausches festzulegen. Wert ist eine Kategorie der gesellschaftlichen Reproduktion arbeitsteiliger Gesellschaften. Die These vom Arbeitswert basiert auf der Idealannahme, daß der Produzent das Maß der gesellschaftlich durchschnittlich aufgewendeten Arbeit, die in diesem Produkt steckt, zurückerhalten muß, um sich reproduzieren zu können. Der Lohn ist danach verfremdeter Ausdruck jener Aufwendungen an abstrakter Arbeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. Der Arbeitswert ist nur ein Spezialfall eines *Reproduktionswerts*.

Anders als zu Marx' Zeiten ist die Masse der gesellschaftlichen Produktion in den hochentwickelten Ländern heute darauf konzentriert, die Reproduktionsbedingungen von allgemeiner anstelle von unmittelbarer Arbeit zu erzeugen. Und wenn damit die unmittelbar aufgewendete Arbeit tatsächlich aufhört, die wichtigste Quelle des gesellschaftlichen Reichtums zu sein, wenn die Erhaltung der Natur, wenn die Bildung von Menschen, ihrer Fähigkeiten, Bedürfnisse und Genüsse sowie ihrer lebensweltlich sinnstiftenden Solidarität, wenn Wissenschaft, Organisation, Öffentlichkeit usw. usf., wenn die Vielfalt der Tätigkeiten, die dies ermöglichen und befördern, für die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens auf der Erde und auf allen ihren Kontinenten in den Vordergrund tritt, dann müßte der gesellschaftliche Wert dieser Tätigkeiten tendenziell zum weltwirtschaftlich und sozial bestimmenden Wert werden. Der gesellschaftliche Reichtum müßte dann eine neue Substanz und ein neues Maß finden.

Heutzutage bestimmen jene Volkswirtschaften und jene multinationalen Konzerne, die andere bei der Schaffung bzw. Nutzung solcher allgemeiner Produktionsbedingungen zu übertreffen vermögen, das Preisniveau auf dem Weltmarkt. Die Gesamtheit der Kosten, die für die Aufrechterhaltung dieser exzeptionellen Produktionsbedingungen notwendig sind, gehen heute mit in die Wertbestimmung ein. Wenn jener gesellschaftliche Wert, der auf unmittelbarer abstrakter Arbeit, auf dem Wirken der Menschen als maschinell und organisatorisch dressierter Naturkraft basiert, an seine Grenzen gelangt ist, wenn seine Vorherrschaft menscheitsbedrohend wurde, dann ist auch seine Aufhebung angesagt. Positiv formuliert: *Der Arbeitswert ist – bei Strafe des Untergangs der Menschheit – in einen anderen Wert, in einen anderen Reproduktionswert zu überführen, den Reproduktionswert nachhaltiger Entwicklung*. Und im Reproduktionswert bliebe der Arbeitswert zugleich als dessen immanentes Moment aufbewahrt.

Im Unterschied zum Arbeitswert bestimmt sich der Reproduktionswert aus jenen gesellschaftlich durchschnittlichen Aufwendungen, die zur zukünftigen Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen einer entsprechenden Volkswirtschaft oder eines Konzerns etc., inklusive der Erhaltung ihrer bzw. seiner Innovationsfähigkeit, notwendig sind. In seiner historischen Entfaltung wäre der Reproduktionswert also immer auf ein bestimmtes, von anderen abgegrenztes Sozialgebilde orientiert, dessen allgemeine Arbeit, dessen Leistungen bei der Produktion und Reproduktion menschlicher Subjektivität und sozialisierter Natur zum entscheidenden Reichtumsfaktor würde. Aus der Produktion

und Reproduktion einer Gesellschaft von Waren und Dingen entsteht so tendenziell ein neuer Reproduktionsprozeß, der den alten nur als untergeordnetes Moment enthält. Aber noch gehen in die Wertbestimmung nicht die eigentlich notwendigen Kosten für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Sicherung der Völker der sogenannten Dritten Welt, der Erzeugung neuer solidarischer und sinnstiftender Lebensbezüge mit ein. Noch ist der Übergang vom Arbeitswert zum Reproduktionswert bestenfalls im Interesse der industriell entwickeltesten Länder begonnen worden. Es ist ein halbiertes, machtborniertes Übergang, der zu einer weiteren Verschärfung der Zivilisationskrise beiträgt und zu einer sozialen Sprengbombe in den hochentwickelten Ländern selbst geworden ist.

In den letzten hundert Jahren hat es schon einmal einen grundlegenden Wandel in der Bestimmung des Reproduktionswerts gegeben. Dieser Wandel war mit dem Wirken der Gewerkschaften, dem Entstehen des Sozialstaats und dem fordistischen Modell des gutbezahlten Arbeiters verbunden, dessen konsumtive Nachfrage zur Grundlage der ungeheuren Ausdehnung des Produktionsfeldes geworden ist. Durch diese Entwicklungen wurde der Wert der Arbeitskraft völlig neu bestimmt, gingen in den Reproduktionswert die gewaltigen Kosten eines relativ hohen Lebensstandards, der umfassenden Gesundheitsfürsorge, der Bildung und Alterssicherung sowie der kulturellen Betätigung der großen Masse der Bevölkerung mit ein. Eine neue Akkumulationsweise und ein neues Akkumulationsregime sind entstanden.

Wenn heute wie schon vor hundertundzwanzig und vor sechzig Jahren über den Mangel an Nachfrage geklagt wird – der damals durch die sozialstaatliche und fordistische Explosion der individuellen Konsumtion gelöst wurde –, und wenn eine neue derartige Ausdehnung der individuellen Konsumtion in den industriell fortgeschritteneren Ländern nicht möglich scheint, dann ist eine andere Lösung denkbar: Die bisher weithin ignorierten Aufwendungen für Naturerhaltung und solidarische Weltentwicklung wären in die Wertbestimmung mit aufzunehmen. Natürlich ist dies nur überregional und global möglich. Durch die damit verbundene generelle Erhöhung der zu erstattenden Kosten entstünde eine grundsätzlich neue und quantitativ fast unbegrenzte Nachfrage nach bezahlter reproduktiver Arbeit. Es gibt m.E. nicht zu wenig Arbeit, sondern vor allem eine künstlich niedrig gehaltene Nachfrage. Die Reproduktion ist global gefährdet, da die reproduktiven Tätigkeiten in der Natur und in der Dritten Welt, aber auch in den Bereichen der Altersfürsorge, die Aufwendungen für Invalidität, für Erziehung von Kindern usw. in einem ungeheuren Maße deshalb nicht getätigt werden können, weil der Reproduktionswert die eigentlich längst unverzichtbaren Aufwendungen nicht mit aufgenommen hat. Die Krise der Arbeitsgesellschaft ist vor allem eine Krise des Reproduktionswerts. Dessen Übergang vom Arbeitswert zum Wert der nachhaltigen Entwicklung ist zu einer Überlebensforderung geworden.

Und so wie auch der Arbeitswert nicht subjektlos ins Leben getreten ist, so wie auch damals die Arbeitswerttheoretiker seine Durchsetzung intellektuell vorbereitet und ermöglicht haben, so muß auch der Reproduktionswert nachhaltiger Entwicklung geistig antizipiert und durch bewußte gesellschaftliche Interventionen

eingeführt werden, soll es nicht bei jenen zumeist desaströsen spontanen Entwicklungen bleiben, die sich aus den aggressiven Strategien jener Gruppierungen ergeben, die die wirtschaftliche, politische und auch militärische Macht hochmonopolisiert haben.⁵

Gerade weil die Reproduktion der Menschheit und der Menschen so gefährdet ist, weil sie ein knappes Gut geworden ist, weil Zeit, Kräfte und Energie dafür gespart und dorthin umgeleitet werden müssen, ist die These von Robert Kurz, das »Weltsystem der Rentabilität« müsse »überall zum Stehen gebracht und so schnell wie möglich beseitigt werden« (271), eine theoretisch unverantwortliche Orientierung. Die »Ordner« für Rentabilität, d.h. der Wert und sein Maßstab, die Institutionen der Bestimmung dieses Werts sind zu verändern. Neben dem Sozialstaat wären heute wohl weltweit einheitliche Systeme der Besteuerung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen oder der Ströme des Geldkapitals als neue Basisinstitutionen unverzichtbar. Die Rentabilitätskriterien sind grundsätzlich umzuwälzen. Aber ein abstraktes Maß ist notwendig, um in vielen Bereichen vergleichbar zu machen, wer effizienter mit den knappen Ressourcen im Sinne der Reproduktion der Menschheit und der Bürger dieser Erde, der heutigen und der zukünftigen, umgeht, an wen über Kredite die in vielen Bereichen weniger werdenden Ressourcen verteilt werden müssen.

Marx ging davon aus, daß mit dem Arbeitswert auch die Waren- und Geldform der Produktion verschwindet. Der Wandel der Werts substanz von der abstrakten Arbeit zur Tätigkeit bei der konkreten Reproduktion universeller Subjektpotentiale und bestimmter Naturbedingungen nimmt das Problem des gesellschaftlichen Austauschs aber nicht von der Tagesordnung, sondern stellt es eher mit verschärfter Dringlichkeit. Die Gestaltung von besonderen Reproduktionskreisläufen bei gleichzeitig sprunghaft ansteigender Vernetzung und das Bedürfnis nach quantitativer Bewertbarkeit und längerfristiger Berechenbarkeit nehmen neue Formen an. In quantifizierenden Interaktionsmedien wie Geld und insbesondere Kreditgeld, in der Fülle finanzieller, rechtlicher und administrativer Steuerungsinstrumentarien hat Marx' These vom universellen Verkehr eine für ihn selbst noch unvorstellbare Gestalt angenommen. Seine Geldtheorie ist in einer Theorie universalisierter Kommunikationsmedien aufzuheben.⁶ Dabei behält Geld auch dann seine spezifische Bedeutung, wenn die kulturelle Evolution der Moderne zur Dominanz gelangen würde (vgl. Krüger 1991). Es ist unersetzbar, da es einen verdinglichten, zumindest partiell starr an das Produktionssystem gekoppelten Meßvorgang von Reproduktionsinvarianzen ermöglicht, über die bei Strafe des Untergangs nicht nur einfach »geredet« werden darf (Land 1991).

Zweite These

Nachdem er die Warenproduktion zu einem alternativlosen und subjektlosen Zwangssystem erhoben und den moderne Staat auf die Funktion seines Geburtshelfers und Sterbeverzögerers reduziert hat, bleibt Robert Kurz eine einzige Hoffnung: »Die Krise wäre nur zu überwinden, wenn der bloßen Krisenverwaltung eine bewußte gesellschaftliche Aufhebungsbewegung entgegenrät, die diese Apparate wohl auch mehr oder weniger gewaltsam überrennen müßte.« (260)

Das verlockende Bild der Abschaffung der Apparate und ihrer Macht taucht wieder auf.

Marx hatte begonnen, eine Kritik der Politischen Ökonomie zu schreiben und sein Hauptwerk *Das Kapital* genannt. Die geplanten Bücher zum Grundeigentum und zur Lohnarbeit blieben ungeschrieben. Die Betrachtung der modernen Politischen Ökonomie als Lehre von der Reproduktion des Kapitals ist nur eine der möglichen Perspektiven, wenn auch die für Marx bestimmende. Er geht davon aus, daß die Reproduktion des Kapitalverhältnisses die Art und Weise der Reproduktion aller anderen Verhältnisse bestimmt. Die moderne Produktionsweise ist für ihn deshalb eine kapitalistische Produktionsweise.

Eine Produktionsweise kann als dominant kapitalistisch definiert werden, wenn die gesellschaftliche Reproduktion der des Kapitaleigentums untergeordnet ist. Dies drückt sich laut Marx formell in der Selbstverwertung des Werts und stofflich in der Dominanz der Entwicklung der Produktionsmittel aus. Gesellschaftliche Reproduktion ist aber nur möglich, wenn die Gesamtheit der notwendigen Produktionsbedingungen wiederhergestellt wird. Dies gilt für bestimmte Naturvoraussetzungen genauso wie für die Arbeitskraft. Wie schon ausgeführt, müssen heute hochkomplexe Sozialgebilde mit je originären Subjektivitäts- und Kommunikationspotentialen reproduziert werden. Dies ist nur möglich, wenn entweder die Reproduktion dieser Komplexität spontanes Nebenprodukt der Reproduktion des Kapitals ist, oder wenn eine mehr oder minder bewußte Gewaltenteilung der gesellschaftlichen Reproduktionsmacht stattfindet.

Die Herausbildung und Entwicklung der Gewerkschaften, die Tarifautonomie, der Sozialstaat waren solche Formen einer Teilung der Gewalten und der Regulierung ihres Verhältnisses zueinander im Rahmen des reproduktiven Ganzen der Gesellschaft. Es entstand ein strukturiertes Netzwerk von Mächten, aus deren Kooperation und Konkurrenz die Richtung sozialer Evolution in diesem Jahrhundert in hohem Maße hervorging. Eine Gesellschaft, deren Reproduktion und Entwicklung ausschließlich dem Kapital subsumiert worden wäre, hätte niemals diese Komplexität von Leistungen und Potentialen freisetzen können. Die methodologische Reduktion der zeitgenössischen westlichen Gesellschaft auf »Kapitalismus« zwang die orthodoxen Marxisten immer von neuem, zu erklären, warum dieser Kapitalismus ganz im Gegensatz zu den theoretisch so stringent abgeleiteten Prognosen Lösungspotentiale freisetzen konnte, die denen des Realsozialismus auf fast allen Gebieten überlegen waren.

Angesichts neuer Fragen im globalen und regionalen Maßstab, angesichts einer neuen großen Krise dieser Gesellschaften könnte man entweder wiederum den totalen Zusammenbruch voraussagen und dies aufs neue mit dem totalen Reduktionismus auf eine bestimmte Art von Systemzwängen begründen. Es wäre aber auch möglich, sich – endgültig belehrt – aus dieser methodologischen Sackgasse zu befreien und einen veränderten Ansatz zu wählen, der die frühere Fragestellung integriert und so gleichzeitig bewahrt und relativiert.

Ich schlage deshalb vor, auch in dieser Frage von einer Universalisierung der Marxschen Problemstellung auszugehen und *die Kapitaltheorie zur Theorie pluraler Machtstrukturen moderner Gesellschaften zu erweitern*. Dies würde einschließen, die Vorstellung der Diktatur einer aufgeklärten Avantgarde/Klasse

etc. durch die einer republikanisch zu denkenden Prozedur der ständigen reflexiv gewaltenteiligen Neuverfassung der Macht- und Kommunikationsstrukturen auf globalem, regionalem und lokalem Niveau abzulösen. Ich möchte Kurz' Auffassung der kapitalistischen Warenproduktion als einem monolithischen System die Kontraposition entgegenstellen, daß wir nicht so sehr mit zuviel Macht, sondern a) mit zu wenigen Mächten und b) teilweise den falschen konfrontiert sind. Nicht die Abschaffung des Kapitals, insofern es betriebswirtschaftliche Rentabilitätsinteressen vertritt und seine Tätigkeit am Profit mißt, ist das Problem, sondern die Tatsache, daß es nicht genügend starke, artikulations- und wirkungsfähige Akteure und entsprechende Apparate anderer Reproduktionsinteressen der Menschen auf diesem Planeten gibt. Wer vertritt heute mit der notwendigen Macht das Interesse an der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen? Wer hat genügend Einfluß und Gestaltungskraft, um eine nachhaltige Entwicklung in der sogenannten Dritten Welt zu ermöglichen? Wer wird die Integration der aus den Wohlstandinseln ausgeschlossenen Parias durchsetzen? Wer vermag den Leistungs- und Konsumdruck zu mäßigen? Apparate sind zu schaffen und Machtpositionen dafür zu besetzen.

Es kann schon aus den Erwägungen der theoretischen Vernunft heraus keinesfalls »die« eine, die gute Kraft, Macht usw. sein. Es wird auch nicht die Masse der »guten Menschen« sein. Im Gegenteil: Eine auf die Reproduktionsinteressen der Menschheit und der Menschen bezogene *Gewaltenteilung* steht auf der Tagesordnung.

Dritte These

Die Sprache von Robert Kurz ist die des Fatalismus. Die Unausweichlichkeit der eigenen Prognosen – auch hier ganz in der Tradition von Marx – scheint ihn mitzureißen, wenn er schreibt: »Das Prinzip der Rentabilität hat noch einen letzten Amoklauf vor sich, bevor es endgültig seinen Doppelweg von 'negativer Emanzipation' und sozialökologischer Zerstörung bis zu Ende durchlaufen hat.« (238) Von dem damit postulierten »Kollaps der Modernisierung« geht eine doppelte ästhetische Faszination aus – die der Beschreibung eines grandios unaufhaltbaren Untergangs des Abendlandes wie die des Genusses, diesen Untergang zumindest eloquent auf den Punkt gebracht und so die eigene Überlegenheit über diese Welt in der Konstatierung völliger Ohnmacht doch noch gerettet zu haben. Man sollte fragen, ob nicht an diesem Punkt – wie schon bei Marx angelegt – die Analyse in eine irdische Heilsideologie übergeht. In Thomas Manns *Doktor Faustus* (664f) beschreibt Serenus Zeitblom, das andere Ich jenes Adrian Leverkühn, den Schluß von dessen letztem Werk wie folgt: »Nein, dies dunkle Tongedicht läßt bis zuletzt keine Vertröstung, Versöhnung, Verklärung zu. Aber wie, wenn der künstlerischen Paradoxie, daß aus der totalen Konstruktion sich der Ausdruck – der Ausdruck als Klage – gebiert, das religiöse Paradoxon entspräche, daß aus tiefster Heillosigkeit, wenn auch als leiseste Frage nur, die Hoffnung keimte? Es wäre die Hoffnung jenseits der Hoffnungslosigkeit, die Transzendenz der Verzweiflung – nicht der Verrat an ihr, sondern das Wunder, das über den Glauben geht.«

Das wissenschaftlich wie publizistisch faszinierende Essay wider den Zeitgeist ist jedem zu empfehlen, der das Wiederentstehen eines bestimmten Typs von Moderne-Kritik verstehen will. Dazu aber – so der Rat aus eigener Leseerfahrung – sollte er sich nicht der Ästhetik der Apokalypse unreflektiert ausliefern und sehr genau auf den Umschlag von »totaler Konstruktion« in das »Wunder« achten. Fast am Ende des Buches taucht sie dann auf – die »Hoffnung jenseits der Hoffnungslosigkeit«, jener letzte Ton, »das hohe g eines Cellos, das letzte Wort, der letzte verschwebende Laut, in Pianissimo-Fermate langsam vergehend«: »Der vermeintlich gescheiterte Kommunismus, mit dem die Zusammenbruchsgesellschaften nachholender Modernisierung verwechselt wurden, ist weder Utopie noch ein fernes, nie zu erreichendes Ziel weit jenseits der Realität, sondern *er ist schon da*«. Er sei dies innerhalb der kapitalistischen Hülle, und er sei es in verkehrter, in negativer Form – als »*Kommunismus der Sachen*« (Kurz, 265). »Dann ist nichts mehr –«, so Thomas Manns Dr. Zeitblom, »Schweigen und Nacht. Aber der nachschwingend im Schweigen hängende Ton, der nicht mehr ist, dem nur die Seele noch nachlauscht, und der Ausklang der Trauer der war, ist es nicht mehr, wandelt den Sinn, steht als Licht in der Nacht.« (666)

Wie bei Marx aber bleibt auch bei Robert Kurz offen, was der »richtige *Kommunismus der Menschen*«, institutionell gedacht, denn sein soll, wie Vergesellschaftung jenseits von Markt, Recht und Staat möglich wäre, woher diese Gesellschaft die Kraft nehmen könnte, sich vor den Rückfällen in die Antagonismen der traditionellen oder modern-kapitalistischen Systeme zu schützen. Eine abstrakte Utopie der Apokalypse und eines nur negatorisch bestimmten Reiches der Wert-, Waren- und Staatslosigkeit läßt uns am Ende in der Redseligkeit der aufgeklärten Resignation und einer entleerten Heilsgewißheit zurück. Dies scheint der unvermeidliche Gegenpol zu einem triumphierenden und redseligen Zeitgeist zu sein. Ist ein Drittes wirklich nicht gegeben?

Meine letzte Kontrathese ist, daß es sich bei der gegenwärtigen globalen Krise um das Ende einer bestimmten Art der Modernisierung handelt. Und dieses Ende kann zum Kollaps der Modernisierung und der Menschheit überhaupt entarten – wie jedes Ende heute –; es kann auch zum Beginn eines neuen Zyklus moderner Sozialentwicklung werden. Die jetzige Zivilisationskrise wäre dann eine neue Chance. Meine Diagnose lautet im Unterschied zu der von Robert Kurz: Die Moderne ist nicht am Ende, aber sie ist zu wesentlichen Teilen immer noch halbmodern, ja, unmodern. Ihr fehlen wesentliche »Basisinstitutionen«, um sich in neuer Gestalt auf Dauer zu stellen. Vor allem ist sie nicht in der Lage, ihre eigene Entwicklung in bezug auf die Sicherung eigener zukünftiger Erhaltung zu regulieren. Nachhaltige Entwicklung braucht eine eigene Kommunikationsweise, eine eigene symbolische Repräsentationsweise, eigene machtvolle Akteure und eigene, rechtlich geregelte Entscheidungsformen und -gremien. Sie sind in hohem Maße erst noch zu schaffen.

Wenn man den kommunistischen utopischen Horizont aufgibt, wenn man die kapitalistische Produktionsweise nur als eine der möglichen historischen Gestalten der Moderne begreift (wie den Staatssozialismus im übrigen auch), wenn man die Spezifik der jeweiligen Evolutionspotentiale, Machtstrukturen und Interpretationsweisen nicht auf ein monistisches Ganzes reduziert, das einem

Prinzip unterzuordnen wäre, dann könnte es letztlich auch möglich sein, *die Formations-, Krisen- und Revolutionstheorie von Marx im Evolutionsparadigma einer offenen und alternativen Sozialgeschichte aufzulösen*. Die Geschichte der modernen Gesellschaften wäre dann theoretisch als ein Nebeneinander und Aufeinander verschiedener Typen moderner Gesellschaften mit je unterschiedlichen Basisinstitutionen zu interpretieren. Nur durch einen zyklischen Wandel des jeweiligen Sets der Institutionen vermag die Moderne trotz der durch sie selbst so gründlich immer wieder veränderten Bedingungen erhalten, ihr innovativer Wettbewerbscharakter bewahrt werden.

Die von Marx mit größter Schärfe aufgedeckten Grenzen des Kapitals sind dann nur Grenzen einer bestimmten Gestalt des Kapitals innerhalb einer bestimmten Gestalt der Moderne. Der Kollaps der Modernisierung erweist sich in dem von mir hier gewählten Interpretationsrahmen dann »nur« als Kollaps einer bestimmten Art der Evolution moderner Gesellschaften und als Chance für den Übergang zu einer neuen, einer reflexiven Weise der Modernisierung moderner Gesellschaft, als Übergang zur nachhaltigen, sich selbst tragenden Entwicklung im globalen wie im lokalen Maßstab.

Das eingefügte »nur« bezieht sich aber ausschließlich auf die Relativierung der theoretischen Interpretation. Praktisch kann dieser Kollaps auch total sein. Praktisch kann jede evolutionäre Krise, und so auch diese, tödlich enden. Praktisch können wir sogar jetzt schon längst keine Chance mehr haben, die Dinge und vor allem uns selbst zu wenden. Praktisch ist überhaupt nicht gesagt, daß Marx' These, eine Aufgabe entspringe nur dort, »wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind« (MEW 13, 9), mehr als ein Überrest eines deterministischen Optimismus ist, den zumeist die vermeintlichen Sieger der Geschichte vertreten. Praktische Fragen können auch nur praktisch entschieden werden.

Dem Motto der letzten Volksuniversität – »Daß es so weitergeht ist die Katastrophe« – möchte ich das Motto eines internationalen Studentenprojekts hinzufügen: »Es ist besser, eine einzige Kerze anzuzünden, als dauernd über die Dunkelheit zu fluchen.« Gegen die These vom Kollaps der Modernisierung plädiere ich für eine globale Revolution der Modernisierungsweise.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag wurde für die Diskussion mit Robert Kurz bei der Eröffnung der Volksuniversität 1993 vorbereitet. Bei der Überarbeitung und Erweiterung wurde der Stil einer Polemik beibehalten.
- 2 »Eine empirische Wissenschaft vermag niemanden zu lehren, was er *soll*, sondern nur was er *kann* und – unter Umständen – was er *will*.« (Weber 1904, 151)
- 3 »Aller Geist, der nur individualistisch wirkt, verflattert; sobald der Geist als Organisationsgeist auftritt, wird er konstruktiv.« (Gehlen 1956, 44)
- 4 Wolfgang Zapf scheint konkretere institutionelle Lösungsformen für Probleme der Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts mit derart allgemeinen Evolutionsstrukturen moderner Gesellschaften zu identifizieren.

- 5 Dazu könnte z.B. eine soziale Grundsicherung, die flexible Lebenszeitregelung, wie sie André Gorz vorschlägt, ein bewußtes Herausnehmen des Basispreises für Naturressourcen aus der Regulation durch den Weltmarkt, die Subvention der Entwicklung und Anwendung sanfter Technologien und die Förderung nicht-industriegesellschaftlicher Sozialstrukturen und Lebensweisen gehören.
- 6 Dieses Problem ist seit Simmel (1900) ein zentraler Gegenstand moderner Sozialtheorie, der in den Werken von Parsons (vgl. 1976) und Luhmann (vgl. 1988) seine Weiterentwicklung fand.

Literaturverzeichnis

- Gehlen, A., 1956: Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen. Wiesbaden 1986
- Giddens, A., 1992: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/M., New York
- Haken, H., 1981: Erfolgsgeheimnisse der Natur. Synergetik: Die Lehre vom Zusammenwirken. Stuttgart
- Krüger, H.-P., 1991: »Strategien radikaler Demokratisierung. Ein normativer Entwurf«. In: R. Deppe, H. Dubiel, U. Rödel (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/M
- Land, R., 1991: »Ist wirtschaftliche Entwicklung gestaltbar? Zur Besonderheit des Kommunikationsmediums Geld«. In: M. Brie, D. Klein (Hrsg.): Umbruch zur Moderne? Hamburg
- Lübbe, H., 1978: »Politische Praxis der Normenbegründung«. In: W. Oelmlüller (Hrsg.): Materialien zur Normendiskussion. Bd. 1: Transzendentalphilosophische Normenbegründungen. Paderborn
- Luhmann, N., 1988: Ökologische Kommunikation. Opladen
- Mann, Th., 1975: Doktor Faustus. Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde (1947). In: Romane und Erzählungen, Bd. 6. Berlin/DDR
- Marx, K., 1857/58: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW 42
- ders., 1859: »Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort«. In: MEW 13
- MEW = Marx-Engels Werke. Berlin/DDR 1956ff
- Parsons, T., 1976: Zur Theorie sozialer Systeme. Opladen
- Schüleln, J.A., 1987: Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptuelle Analyse. Opladen
- Simmel, G., 1900: Philosophie des Geldes. Neuausgabe Frankfurt/M 1989
- Weber, M., 1904: »Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis«. In: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922
- Zapf, W., 1989: »Sozialpolitik in gesellschaftlichen Modernisierungskonzepten«. In: G. Vobruba (Hrsg.): Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik. Berlin
- ders., 1991: »Der Untergang der DDR und die soziologische Forschung«. In: B. Giesen, C. Leggewie (Hrsg.): Ein sozialer Großversuch. Berlin
- ders., 1992: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. AG Sozialberichtserstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin

Maria Oppen

Modernisierung als Privatisierung

Folgen für den öffentlichen Sektor und die Frauen im Westen

Die Tertiärisierung der Wirtschaftsstruktur hat in den meisten hochentwickelten Ländern erheblich zur Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit beigetragen. Dem Staat als Arbeitgeber und Unternehmer kam hierbei eine wichtige Rolle zu – wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Expansion staatlicher Aufgaben und die Ausdifferenzierung öffentlicher Dienstleistungen schlug sich in einer deutlichen Zunahme der Beschäftigung im öffentlichen Sektor nieder, von der in den meisten Ländern Frauen überproportional profitiert haben. In der Bundesrepublik hat sich die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen von 3 Millionen im Jahr 1960 auf 4,6 Millionen im Jahr 1989 erhöht. An diesem Zuwachs waren die Frauen mit knapp zwei Dritteln beteiligt (Breidenstein 1988). Entsprechend erhöhte sich ihr Anteil im öffentlichen Dienst im angegebenen Zeitraum kontinuierlich von 28 auf 41 Prozent.

Dabei hat der Ausbau des Sozialstaates nach sozialdemokratisch inspiriertem Leitbild der Wohlfahrtssteigerung die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt in spezifischer Weise tangiert. Durch den Ausbau insbesondere der personenbezogenen Dienstleistungen in familien-, gesundheits- und bildungspolitischen Bereichen ist einerseits das Volumen an attraktiven, professionellen und semiprofessionellen Arbeitsplätzen erheblich erweitert worden. Andererseits sind Frauen durch die Vergesellschaftung vor allem von Kinderbetreuung und Pflegeleistungen von zuvor unbezahlter Dienstleistungsarbeit in und für die Familie entlastet worden, was einem Teil von ihnen die Aufnahme und Verstetigung der Erwerbsarbeit im Lebensverlauf überhaupt erst ermöglichte.

Die Phase der expansiven Sozialpolitik wurde mit der Krise Mitte der siebziger Jahre abgelöst durch eine Konsolidierungsstrategie. Ausgabenbegrenzungen durch Leistungsabbau, Beschränkung der leistungsberechtigten Personenkreise und des Leistungsspektrums sowie Kostenbeteiligung waren Instrumente hierzu. An den Grundprinzipien sozialer Sicherung und staatlicher Aufgabenwahrnehmung wurde aber im wesentlichen festgehalten. Die staatliche Sparpolitik hatte allerdings eine Verlangsamung des Beschäftigungszuwachses im öffentlichen Dienst zur Folge, der nur noch im Bereich der Teilzeitbeschäftigung stattfand.

Gegenwärtig geht es – vor dem Hintergrund extrem verengter Verteilungsspielräume – nicht mehr nur um eine Beschränkung staatlicher Leistungsprogramme und um Kürzungen der Sozialleistungen. Vielmehr lassen sich auf breiter Ebene eine Reihe von Reformmaßnahmen in bezug auf die Erstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen beobachten, die im Kern darauf gerichtet sind, die »Produktions«-Strukturen zu erneuern und die Rolle des Staates in der Ökonomie nach dem angelsächsischen Vorbild des »New Public Management« zurückzuschneiden. Es geht hierbei um die Neudefinition unmittelbar staatlicher Funktionen und Aufgabenbereiche, um den umfassenden Neuzuschnitt der

Arbeitsteilung und Koordinierung zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Neben der direkten Privatisierung zielen Restrukturierungsprozesse auf die Verringerung der »Leistungstiefe« des Staates durch die Fremdvergabe der Leistungserstellung und grundlegende Reorganisationsmaßnahmen auch der öffentlichen Leistungs-»Produktion«. Mit der Einführung wettbewerblicher Strukturen und Anreize ist auch hierzulande ein Entwicklungspfad zur Transformation der politisch administrativen Hierarchie in ein marktähnliches Netzwerk von vertikal und horizontal koordinierten Organisationen öffentlicher, halböffentlicher und privater Form eingeschlagen worden.

Jenseits der sehr grundlegenden Fragen etwa nach den neuen Steuerungsproblemen des Staates oder den sozialpolitischen Verteilungseffekten dieses Prozesses geht es im folgenden um die Frage, inwieweit die gegenwärtig verfolgte Strategie der Modernisierung des öffentlichen Sektors zu einem Wandel der Arbeits- und Arbeitsmarktstrukturen auch von Frauen beiträgt. Wenn die These richtig ist, daß mit dem Ausbau der Staatstätigkeit und der Zunahme relativ qualifizierter und sicherer Arbeitsplätze die Integrationschancen von Frauen in den Arbeitsmarkt deutlich zugenommen haben und der öffentliche Sektor zugleich eine Vorreiterfunktion in bezug auf die Frauenförderung und die Herstellung von mehr Chancengleichheit hatte, so stellt sich die Frage nach den diesbezüglichen Potentialen im Zuge der Neubalancierung von traditionellen Konstruktionsprinzipien öffentlicher Aufgabenwahrnehmung. Der angepeilte »schlanke« Staat und die »lean administration« nach privatwirtschaftlichem Vorbild könnte unter bestimmten Voraussetzungen ebenso zur Attraktivitätssteigerung der betreffenden Arbeitsplätze, zu verbesserten Partizipations- und Aufstiegschancen für Frauen führen wie auch zur Restauration der Geschlechterhierarchie durch Neuverteilung der Arbeit zugunsten der Männer im Zuge des Rationalisierungsprozesses. Insbesondere auf Basis ausländischer Erfahrungen, deren Konzepte erst neuerdings in Deutschland rezipiert und erprobt werden, sollen hierzu einige Überlegungen angestellt werden.

Reformerfordernisse

Die Diskussion über Reformen des öffentlichen Sektors ist in Deutschland nicht neu. Neu ist die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs und die Einmütigkeit, mit der Umstrukturierungserfordernisse von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen inzwischen anerkannt werden. Im Interesse von Klienten, Beschäftigten und Steuerzahlern müssen öffentliche Aufgaben kostengünstiger, zugleich aber qualitativ hochwertiger und effektiver ausgeführt werden – so die weithin geteilte Auffassung. Inzwischen wird die Modernisierung für den öffentlichen Sektor selbst zunehmend zur Überlebensfrage in Teilbereichen, etwa angesichts des Privatisierungsdruckes im Zuge von EU-Integration und wirtschaftlicher Globalisierung; mangelhafte Leistungsfähigkeit und geringe Effizienz trotz hoher staatlicher Aufwendungen werden darüber hinaus als Standortnachteile für die deutsche Wirtschaft thematisiert (Bundesminister für Wirtschaft 1993). Mit dem Staat ist offensichtlich kaum mehr »Staat zu machen«, hierzulande noch weniger als in anderen hochentwickelten Industrieländern, folgt man der

Einschätzung von Experten, die der deutschen Verwaltung einen im internationalen Vergleich besonders ausgeprägten »Rationalisierungsrückstand« attestieren (Naschold 1993).

Basale Reformfordernisse sind in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in der reformfreundigen Phase seit Ende der sechziger Jahre konstatiert worden, umfassendere Lösungsentwürfe aber bereits im Ansatz »versandet« oder in der Durchführung mehr oder weniger gescheitert (z. B. Dienstrechts- und Haushaltsreform, funktionale und Gebietsreform, Rechts- und Vereinfachung oder Entbürokratisierungsstrategien). Auch damals aufgestellte Forderungen nach mehr Bürgernähe, Transparenz und Dienstleistungsqualität sind eher in vordergründige Maßnahmen wie veränderte Öffnungszeiten, freundlichere Umgangsformen oder durchschaubarere Zuständigkeiten gemündet, als daß die gesamte Leistungserstellung klienten- und dienstleistungsadäquat neu zentriert worden wäre. Ebenso wenig ist es im Zuge des verstärkten Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechniken in den achtziger Jahren gelungen, breit angelegte Prozesse der »systemischen Rationalisierung« (Baethge/Oberbeck 1986) der integrierten Umgestaltung von Arbeitsmitteln, -organisation und -prozessen sowie der Beziehungen zu Umwelt bzw. Klienten in Gang zu setzen. Innovationspotentiale, die über die Automatisierung und technische Unterstützung im Rahmen mehr oder weniger strukturkonservativer Arbeitsteilungsmodelle hinausgehen, sind nicht nur den Begrenzungen der bürokratischen Rechts- und Organisationsstrukturen, sondern weitgehend auch den restringierten Handlungskompetenzen und -fähigkeiten sowie den Beharrungstendenzen im politisch-administrativen System zum Opfer gefallen. Und selbst die seit Mitte der siebziger Jahre nicht abreißen lassen Finanzkrisen der öffentlichen Hand haben strukturelle Neuerungen und Umorientierungsprozesse nicht wirksam initiieren können. Sparprogramme zeichnen sich durch punktuellen Leistungsabbau, Belastungverschiebungen zwischen verschiedenen Haushalten oder durch sporadische pauschale Stellenkürzungen aus; letzteres eher verbunden mit dem Effekt von weiteren Leistungseinschränkungen und Qualitätsminderungen als mit dem systematischen Abbau von Produktivitätshemmnissen.

Bilanzieren läßt sich somit eine jahrzehntelange, weitgehende Immunität des öffentlichen Sektors gegenüber Veränderungen. Mit den verpaßten Innovationschancen wurden daher bürokratische Instrumente, tradierte hierarchische Organisations- und Personalstrukturen sowie die vorherrschende regelorientierte Verwaltungskultur zunehmend inkompatibel mit den sich wandelnden Aufgabenstrukturen und veränderten Umwelтанforderungen. Heute steht der öffentliche Sektor vor der Aufgabe, bei extrem verengten Ressourcenspielräumen für die ungelösten Probleme der Vergangenheit sowie für die Bewältigung bereits absehbarer Erfordernisse in der nächsten Zukunft zügig Restrukturierungsstrategien entwickeln und grundlegende Umorientierungsprozesse einleiten zu müssen, ohne hierbei in relevantem Ausmaß auf eigene systematisierte Reorganisationserfahrungen und Wissenspotentiale, auf entwickelte Kommunikationskompetenz und Lernfähigkeit zurückgreifen zu können. Verständlich ist aus dieser Perspektive die nunmehr – wenn auch mit Verspätung – einsetzende Auseinandersetzung in Wissenschaft und Praxis mit Ansätzen der internationalen Reformdebatte.

Denkanstöße und konzeptionelle Bausteine für den erforderlichen Umbau werden gegenwärtig vor allem aus der »New Public Management«-Bewegung und den Ansätzen zu (bzw. den Erfahrungen mit) neuen Organisationsdesigns zur Erledigung öffentlicher Aufgaben bezogen. Der Blick über die Grenzen zeigt nämlich, daß spätestens seit Anfang der achtziger Jahre vor allem in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern übergreifende Konzeptionen zur Weiterentwicklung und Erneuerung des öffentlichen Sektors diskutiert, zwischen den beteiligten Akteuren vereinbart, zum Teil bereits gesetzlich normiert und erprobt werden.

Die »New Public Management«-Debatte

Unter diesem Begriff werden radikale Restrukturierungskonzepte zusammengefaßt, die mit national unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen auf einen umfassenden Neuzuschnitt des öffentlichen Sektors zielen, und zwar auf die Neubestimmung der Interaktionsbeziehungen zwischen Politik und Verwaltung sowie zwischen Verwaltung und ihren Klienten durch Stärkung des Marktmodells. Marktliche oder quasi-marktliche Organisations- und Produktionsstrukturen, Verantwortlichkeiten und Anreizsysteme, Steuerungs- und Kontrollmechanismen sollen Effizienz und Effektivität der Erstellung und Verteilung bzw. Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen und Güter steigern.

Diese Reformperspektive war zunächst die auf Druck von konservativen bzw. neoliberalen Regimes insbesondere in Großbritannien und den USA entwickelte Reaktion auf das Anwachsen staatlicher Interventionen und Bürokratien. Es wurde davon ausgegangen, daß der stetige Ausgabenanstieg nicht mehr zu entsprechenden Wohlfahrtszuwächsen führt. Zugleich sei die wachsende Abgabenglast Arbeitgebern wie Arbeitnehmern nicht mehr zuzumuten; der Staat entziehe zunehmend für weniger produktive Zwecke dem privaten Sektor Ressourcen wie auch Betätigungsfelder (Mascarenhas 1993). Theoretische Begründungen bezog die Reformdebatte im wesentlichen aus ökonomisch orientierten Ansätzen von »public choice«-Vertretern, die den Konsumenten von öffentlichen Leistungen als wesentlich rational agierenden Individuen größere Wahlmöglichkeiten einräumen wollen. Hierzu ist eine Pluralität von Institutionen und Leistungsanbietern oder Quasi-Märkten erforderlich, die den unterschiedlichen Präferenzen der Bürger entspricht und die zugleich qua Wettbewerb die Effizienz der Leistungsproduktion und der Ressourcenverteilung reguliert. Weiter sollen solche Koordinationsstrukturen und Anreizmechanismen auf den öffentlichen Sektor übertragen werden, die entsprechend transaktionskostentheoretischen Annahmen und »principal-agent«-Modellen das Akteurshandeln in privatwirtschaftlichen Organisationen steuern (ebd.). Kompakte bürokratische Hierarchien sollen ersetzt werden durch ein »agency system«, dessen Effizienz und Effektivität durch Übertragung von Kosten- und Leistungsverantwortung an die einzelnen Agenturen gesichert wird. Der hierarchische Steuerungsmodus wird ersetzt durch Verhandlungen und Verträge, um zu optimaleren Entscheidungen zu kommen und Ineffizienzen, die »opportunistischem Verhalten« sowie Steuerungs- und Kontrolldefiziten in großen Bürokratien geschuldet sind, zu vermeiden (v. Otter 1993).

Die zunehmende Universalisierung der »New Public Management«-Bewegung samt ihrer Begründungszusammenhänge wird der Internationalisierung von Wirtschaft und ökonomischen Krisenerscheinungen zugeschrieben wie auch dem hiermit bedingten Druck auf die öffentlichen Ressourcen bei zunehmenden wohlfahrtstaatlichen Kompensationserfordernissen. Ebenfalls transnationale Erscheinungen sind die wachsende Unzufriedenheit der Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen mit deren Qualität und Uniformität vor dem Hintergrund veränderter Werthaltungen, sich ausdifferenzierender Lebensstile und Individualisierungstendenzen. Die sinkende Attraktivität der Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor – so ein weiteres Argument – wird zum spürbaren Wettbewerbsnachteil gegenüber der Privatwirtschaft bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal. Die Verbreiterung dieses Konzeptes wird zudem nicht unwesentlich durch international agierende Beratungsunternehmen vorangetrieben, die zunehmend in der Umstrukturierung öffentlicher Einrichtungen ihr »Geschäft der neunziger Jahre« ausmachen (Westermann 1993).

Zu beobachten ist, daß inzwischen in mehr oder weniger allen hochentwickelten Ländern – ungeachtet der Differenzen in den historischen, rechtlichen, organisatorischen und ideologischen Fundamenten von Staat und Verwaltung – die Notwendigkeit der Effizienzsteigerung der Produktion öffentlicher Leistungen als dominantes Ziel anerkannt wird. Die nationalen »Revitalisierungsprogramme« sind dem Marktmodell verpflichtet, und mit ihnen werden Philosophien, Strategien und Instrumente des privaten Sektors übertragen oder adaptiert; andere Werte und Orientierungen der »benevolenten Bürokratie« wie Gleichbehandlung, Objektivität, Regelbindung oder demokratische Kontrolle treten dahinter zurück. Ähnlichkeiten zwischen den Ländern bestehen auch hinsichtlich der praktischen Schwierigkeiten bei der Implementation der intendierten Modernisierungsziele.

Konstruktionsprinzipien

Kernelemente und zentrale Konstruktionsprinzipien des vorherrschenden Reformprogramms nach dem »New Public Management« lassen sich analytisch zweiteilen:

- Auf der Makroebene geht es um eine neue Ordnungspolitik des öffentlichen Sektors, um die »Verschlankung« des Staates. Im Zentrum steht die Neubestimmung der »Leistungstiefe« des öffentlichen Sektors, die Beschränkung der Staatstätigkeit auf die sogenannten Kernaufgaben und der Abbau von Überkapazitäten. Das politisch-administrative System soll enthierarchisiert werden durch Segmentierung der Problembearbeitung nach »Produkten« und Leitungstypen oder nach Marktsegmenten. Instrumente hierzu sind neben der Privatisierung öffentlicher Unternehmen oder Aufgabenbereiche (»buy outs«) vor allem »contracting out« und »competitive tendering«: Zu prüfen ist, welche spezifischen Leistungen und Güter zugekauft bzw. billiger und besser extern hergestellt werden können. Ein weiteres Instrument ist die rechtliche, ökonomische und organisatorische Verselbständigung von Verwaltungseinheiten. Dezentrale Budgetverantwortung, Leistungsgestaltung und personalpolitische

Autonomie wird z.B. durch »Center«-Konzepte oder die Bildung von Agenturen oder »Konzernstrukturen« angestrebt. Gesetzt wird hierbei auf eine neue Mischung aus öffentlicher und privater Aufgabenerfüllung, auf die Einführung marktähnlicher Mechanismen oder geregelter Konkurrenzverhältnisse in die Bereitstellung öffentlicher Leistungen und Güter sowie auf die Aufhebung der Monopolstellung öffentlicher Anbieter.

- Auf der Mikroebene geht es um die binnenorganisatorische Restrukturierung der Leistungserstellungsprozesse zur Produktivitätssteigerung, um die Modernisierung traditionell bürokratischer »Produktions«-Strukturen innerhalb bestehender oder neu konstituierter Einheiten: um die »lean administration«. Instrumente hierfür sind neue Managementbefugnisse und Verantwortlichkeiten, z.B. durch Zielvereinbarungen, die Flexibilisierung der Budgets und strategisches bzw. operatives Controlling. Neue Führungsinstrumente und -stile sollen dem strategischen Stellenwert der Humanressourcen sowie der neuen Kunden- und Marktorientierung Rechnung tragen. »Total Quality Management«, leistungsorientierte Entlohnungs-, Beurteilungs- und Selektionskriterien sowie eine stärkere Gewichtung von Qualifizierung markieren konzeptionell die Abwendung von der Personalverwaltung und die Hinwendung zur Personal- und Organisationsentwicklung (Reichard 1993). Als organisatorische Voraussetzung für die Beseitigung von Produktivitätsrückständen wird eine weitreichende Dezentralisierung, die Verlagerung von Kompetenz und Verantwortung vom Zentrum einer Organisationseinheit an die Peripherie angesehen; neue Formen der Aufbau- und Ablauforganisation, gekennzeichnet durch Aufgabenintegration und Teamarbeit, zielen sowohl auf Rationalisierungseffekte als auch auf lernförderliche Arbeitsstrukturen. Veränderte Anreizmechanismen und Partizipationsformen sollen dazu beitragen, Leistungsbereitschaft, Kreativität und Qualitätsbewußtsein bei den Dienstleistungsproduzenten zu fördern.

Der »New Public Management«-Ansatz setzt also an den Organisations- und »Produktions«-Strukturen der Leistungserstellung an. Der Kerngedanke ist die Enthierarchisierung und Entflechtung des politisch-administrativen Systems durch die Bildung weitgehend unabhängiger und eigenverantwortlicher Organisationseinheiten auf der operativen Ebene mit einem professionellen Management an der Spitze. Die Einführung kontraktueller Arrangements unter wettbewerblichen Bedingungen schließt »make-or-buy«-Entscheidungen ein, womit öffentliche Dienstleistungsproduzenten sowohl untereinander als auch mit privaten Leistungsanbietern um Aufträge konkurrieren können oder müssen (wie z.B. im Falle des »compulsory competitive tendering« in Großbritannien). Die Konsumentenmacht der Bürger als Adressaten öffentlicher Leistungen soll durch Wahlmöglichkeiten gestärkt, ihre »Kaufentscheidung« mit der Festlegung von Gebühren oder Preisen durch Kosten-Nutzen-Kalküle geleitet werden. Von der Ablösung des tradierten Bürokratiemodells durch die Modellierung von »Produktions«-Strukturen nach dem New Public Management-Konzept verspricht man sich erhebliche Produktivitätszuwächse. Die Einführung von marktlichen oder marktähnlichen Konkurrenzelementen führt hiernach zu einem Anpassungsdruck, der Prozesse der Organisationsentwicklung unumgänglich macht und fast

automatisch einen Wandel der Arbeitsstrukturen in Gang setzt, der zu Kostensenkung und Leistungssicherung führt und zugleich die Attraktivität der Arbeitsplätze wie des Dienstleistungsangebotes erhöht (Greve 1993).

Obwohl die meisten der geschilderten Konstruktionsprinzipien in Staaten, die Reformen nach dem New Public Management-Ansatz verfolgen, zu finden sind, gibt es doch auch beträchtliche Unterschiede. Prioritäten und Schwerpunkte unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der verfolgten Reformziele, der Reforminhalte als auch hinsichtlich der Reformstrategien (Reichard 1993). Während etwa in Großbritannien ein »autokratischer« Reformtypus mit deutlicher Ausrichtung auf Kostenreduzierung ausgemacht wird, lassen sich für die skandinavischen Länder graduelle Reformen bei staatlicher Unterstützung mit einer stärkeren Partizipations- und Demokratisierungsorientierung ausmachen. Dementsprechend ist auch die Reichweite bzw. die Erfahrungsbasis mit derartigen Reorganisationsprozessen unterschiedlich. Während in dem zentralstaatlich gesteuerten Modell Großbritanniens der Transformationsprozeß zunächst an den eher peripheren Dienstleistungsbereichen (Reinigung, Wartung oder Catering) oder den Ver- und Entsorgungsbetrieben angesetzt hat, sind z.B. in Schweden modellhafte Reformvorhaben eher ganzheitlich angegangen worden (»free communes«) bzw. spezifische Politikfelder wie Gesundheitsversorgung und -pflege oder Bildung, als in besonderem Maße demokratischen Zielen verpflichtet, zunächst priorisiert worden.

Auch wenn in Deutschland ein globales, zentralstaatlich forciertes Modernisierungskonzept vergleichbar dem in anderen Ländern nicht entwickelt worden ist, tragen doch sowohl größere Umstrukturierungsprogramme (Post- und Bahnreform), regionale und lokale Einzelinitiativen und Modellprojekte (z.B. der Aufbau kommunaler Konzernstrukturen nach ausländischem Vorbild wie in den Städten Offenbach oder Duisburg, die Privatisierung von Versorgungsunternehmen) oder das Experimentieren mit marktlichen Strukturen im Bereich der Sozialversicherung (z.B. private Arbeitsvermittlung oder die Einführung des neuen Wettbewerbsmodells in der gesetzlichen Krankenversicherung) deutliche Züge des »New Public Management« oder sie greifen einzelne Elemente davon auf. Unter der Hand scheint sich so auch hier ein neues Produktionsregime, oder besser »Governance Regime«, der »Produktion« öffentlicher Güter und Dienstleistungen durchzusetzen, das dem des »New Public Management« nicht unähnlich ist – auch wenn die öffentliche, politische und wissenschaftliche Debatte über Begründungszusammenhänge, Vor- und Nachteile alternativer Optionen sowie möglicher Nebeneffekte hierzulande vergleichsweise unterentwickelt ist.

Humanisierungspotentiale

In der konzeptionellen Logik des Reformansatzes nach dem »New Public Management« liegen zweifelsohne erhebliche Innovationspotentiale in bezug auf die »Produktions«-Strukturen und Arbeitsprozesse im öffentlichen Sektor, die auch für deutsche Restrukturierungsmaßnahmen durchaus attraktiv sind. Zur Disposition gestellt wird grundsätzlich das tradierte und verkrustete Bürokratiemodell für Arbeitsorganisation und Personaleinsatz; hohe Arbeitsteiligkeit, die

exakte Abgrenzung von Kompetenzen und das rigide System von Über- und Unterordnungsverhältnissen und Kontrollstrukturen (Amtshierarchie), die enge Regelbindung und die kaum zu überschreitenden Grenzen von Besoldungs- und Laufbahnvorschriften sowie von Personalstrukturen könnten – so wird nahegelegt – schon bald der Vergangenheit angehören. Und damit vielleicht auch die geringe Attraktivität des Staates als Arbeitgeber bzw. die bisher weitgehend frustrierten neuen Erwerbsansprüche und Arbeitsorientierungen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor. Denn auch hier – dies haben empirische Untersuchungen vielfach aufgedeckt – hat im Zuge des Wertewandels die Suche nach persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten im Beruf und entsprechenden Handlungs- und Gestaltungsspielräumen Platz gegriffen. Der Wunsch nach ganzheitlichen und problemorientierten Arbeitsstrukturen, nach sozialen Kommunikations- und Interaktionsbezügen hat gegenüber instrumentellen Aspekten der Arbeit zugenommen. Bevorzugt werden überschaubare, teamartig-professionelle Organisationsprinzipien und Entscheidungsstrukturen. Das Vordringen solcher »postmaterieller« Werthaltungen ist längst in Widerspruch zu den idealtypischen bürokratischen Basistugenden wie Traditionsorientierung, Verantwortungsverzicht, Unterordnungsbereitschaft oder Überkorrektheit geraten (Mayntz 1978, Bosetzky/Heinrich 1982). Forderungen nach veränderten Personal- und Organisationsstrukturen, neuen Formen der Mitbestimmung und Verantwortungsbeteiligung sind von den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen längst aufgegriffen worden, wobei auch auf den engen Zusammenhang zwischen Qualität der Arbeitsbedingungen und Qualität der Dienstleistungen verwiesen wurde (Wulf-Mathies 1988).

Vor allem mit der Verbreitung von Kommunikations- und Informationstechniken in Organisationen des öffentlichen Sektors wurden in Kreisen der Wissenschaft und der Praxis große Hoffnungen auf das hierin angelegte Potential zur humanen Umgestaltung besonders der administrativen Funktionen gesetzt. Aufgabenintegration, Dezentralisierung von Verantwortung und Abflachung von Hierarchien sowie die Freisetzung von Kreativität für die dienstleistungsorientierten Tätigkeiten durch Automatisierung der Routinearbeit waren seit den achtziger Jahren zentrale Themen. Der große Schub im Sinne einer »systemischen Rationalisierung«, der Neugestaltung von Arbeitsmitteln, -organisation und -prozessen sowie der Beziehungen zur Außenwelt ist ausgeblieben, ähnlich wie schon in den siebziger Jahren die globalen Reformvorhaben (Dienstrechts-, Funktional- und Gebietsreform, Verwaltungs- und Rechtsvereinfachung etc.) die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben.

Zumindest konzeptionell spielen auch in der gegenwärtigen Debatte Aspekte wie Arbeitsanreicherung, arbeitsplatzbezogene Partizipationsformen und eine breite Entwicklung der »Humanressourcen« vom Standpunkt der angestrebten Produktivitätssteigerung eine zentrale Rolle. Von den Dienstleistungs-»Produzenten« wird ein sehr viel höheres Maß an Initiative und Effektivität erwartet. Motivationssteigernd sind nach neuer Lesart nicht mehr nur veränderte Anforderungsstrukturen und erweiterte Handlungsspielräume; vor allem leistungsbezogene Entlohnungsformen und Beförderungsstrukturen stellen im neuen Marktmodell wesentliche 'incentives' dar, um die Arbeitsergebnisse zu verbessern.

Was also in vorangegangenen Phasen mit den Mitteln »Recht« und »Technik« nicht gelang, eine grundlegende Revitalisierung der öffentlichen Leistungsproduktion, soll nunmehr über das Steuerungsmittel »Geld« erreicht werden – so ließe sich mit Blick auf die deutsche Reformgeschichte formulieren. Und dies, ohne die Bedingungen des Scheiterns früherer Optionen systematisch zu kalkulieren, um sie überwinden zu können.

Das aus Sicht der Beschäftigten emanzipatorische Potential der neuen »Produktions«-Konzepte öffentlicher Leistungen muß, sofern es nicht der gegenwärtig dominierenden Zielperspektive der Sparpolitik geopfert werden soll, erst entwickelt und genutzt werden. Ein solcher Transformationsprozeß, bei dem es im Kern um die fundamentale Ablösung des bürokratischen Hierarchiemodells durch das Modell vernetzter, marktorientierter Organisationen gehen soll, ist mühsam, langwierig und kostet Ressourcen. Rückschläge, Barrieren und personale Beharrungstendenzen auf diesem Weg müssen einkalkuliert, Interessenausgleiche mit den potentiellen VerliererInnen gefunden werden. Solche Umbauprozesse – das zeigen auch weniger ambitionierte Reorganisationsmaßnahmen im privaten Sektor – erfordern partizipationsorientierte Handlungs- und Gestaltungskonzepte, die über die Einführung neuer Aufgabenzuschnitte, Anreizstrukturen oder Qualifizierungsmaßnahmen deutlich hinausgehen.

Gerade diesbezüglich bleibt der »New Public Management«-Ansatz merkwürdig vage. Prozeßdimensionen des Wandels, Unterstützungsstrukturen und Konfliktregulierungsstrategien sowie die Akteure der Umgestaltung in ihren je spezifischen Interessen- und Machtkonstellationen sind konzeptionell nur schwach ausgeleuchtet. Nicht zuletzt aus diesem Grunde bleibt nur der Blick auf die Realprozesse in den verschiedenen Ländern, will man erste Anhaltspunkte für mögliche Entwicklungspfade von Arbeit und Beschäftigung im öffentlichen Sektor gewinnen. Zwei Typen lassen sich gegenwärtig ausmachen, die zwei Pole innerhalb eines breiten Spektrums markieren.

Dem in Großbritannien und den USA verfolgten Ansatz und seiner Konkretisierung wird Struktur determinismus und eine mechanistische Grundphilosophie vorgehalten, nach der die Einführung von Wettbewerbselementen grundlegende Innovationen in Gang setzen soll (Pollitt 1990). Ebenjener Kritiker diagnostiziert vor dem Hintergrund einer engen personalkostenorientierten Rationalisierungsstrategie in beiden Ländern einen Realtrend zum administrativen Neotaylorismus, gekennzeichnet durch strikte quantitative Leistungsvorgaben und die umfassende Kontrolle ihrer Einhaltung, eine Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse nach privatwirtschaftlichem Muster und eine enge Personalbemessung. Es gibt bereits Hinweise auf eine weitverbreitete »Demoralisierung« unter den Beschäftigten des öffentlichen Sektors in ihrem täglichen Kampf, wenigstens das Basisgeschäft aufrechtzuerhalten, und einen tiefen Verdruß über die Art und Weise des Umgangs mit ihnen (ebd.).

Schweden dagegen repräsentiert mit seinem Revitalisierungsprogramm des öffentlichen Sektors – begonnen allerdings unter Bedingungen ökonomischer Prosperität in den achtziger Jahren – den anderen Pol. Die Auswertung einer Reihe von Fallbeispielen (Gustafsson 1991; von Otter 1993) verweist hier auf eine alternative Entwicklungsrichtung, die das Ende der bürokratischen Arbeitsteilung

bedeuten könnte. Qualifizierungsprogramme und erweiterte Partizipationschancen bei der Redefinition von Arbeitsstrukturen, die Einführung von »self-managed teams« (in so unterschiedlichen Bereichen wie Pflege, Gebäudereinigung oder Kommunalverwaltung), Selbstverantwortung für Arbeitszeit- bzw. Dienstpläne, Erweiterung von Zuständigkeiten und Rotation von Aufgaben sind relevante Aspekte. In vielen Fällen sind deutliche Anzeichen von höherer Arbeitszufriedenheit wahrzunehmen; sinkende Krankheitszeiten, Arbeitsunfallzahlen und Fluktuationsraten schlagen als zusätzliche Kostensenkung positiv zu Buche.

Für beide Innovationspfade ist aber zu bilanzieren, daß sich eine Entwicklung hin zur Angleichung des »Humanressourcen«-Managements, der Arbeitsbedingungen, der Anforderungsstrukturen und Beschäftigungsverhältnisse sowie der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten des öffentlichen Sektors an nationale privatwirtschaftliche Standards vollzieht.

Gleichstellungsperspektiven

Bisher liegen keine systematischen, vergleichenden Untersuchungen über die Auswirkungen der Modernisierungsanstrengungen der »öffentlichen Hände« auf quantitative und qualitative Beschäftigungsaussichten vor; noch viel weniger über die spezifische Situation der weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Sektor bzw. über die Möglichkeiten und Grenzen zur Verwirklichung von mehr Chancengleichheit im Zuge des Umbaus. Es kann daher im folgenden nur darum gehen, das wenige, punktuelle Material zusammenzutragen, um erste Anhaltspunkte zu gewinnen.

Die besondere quantitative Integrationsfunktion des öffentlichen Sektors für die Frauenerwerbsbeteiligung durch einen weiteren Ausbau öffentlicher Dienstleistungen gehört – so läßt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen – der Vergangenheit an. Eine prospektive dramatische Reduzierung des Personals im öffentlichen Dienst wird dabei durch eine Doppelbewegung verursacht: durch Privatisierungsstrategien oder 'contracting out' findet eine Verschiebung der Beschäftigung zugunsten des privaten Sektors statt, und durch binnenorganisatorische Rationalisierungsprozesse wird der Personalbedarf in öffentlichen Einrichtungen gesenkt, was schließlich transnational eines der erklärten Ziele des »New Public Management« ist.

Soweit überhaupt verfügbar, schwanken die Angaben erheblich. Für Großbritannien gibt Walsh (1993) eine Größenordnung von 50 000 bis 100 000 verlorenen Arbeitsplätzen an (ohne Angabe einer Bezugsgröße). Für Schweden wird für die achtziger Jahre zunächst eine moderate Reduzierung von insgesamt rund zwei Prozent des Beschäftigungsvolumens angesetzt (von Otter 1993). Angesichts der krisenhaften Entwicklungen hat die Regierung dort 1990 ein Sparprogramm aufgelegt mit der Maßgabe, in drei Jahren zehn Prozent der Ausgaben einzusparen. Großangelegte Entlassungsaktionen folgten der Schließung, Fusionierung und Verkleinerung von Einrichtungen. Im Zuge der »Normalisierung« des öffentlichen Arbeitsmarktes entsprach das Entlassungsrisiko zusehends demjenigen für Industriearbeiter (ebd.). Die gegenüber dem privaten Sektor höhere Arbeitsplatzsicherheit – sieht man von dem höheren Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse im

öffentlichen Dienst ab – war gerade für Frauen mit Familienpflichten attraktiv. Sie ist auch in Deutschland mit Personalreduzierungen im Zuge von Reorganisationsmaßnahmen (Post- und Bahnreform, Bettenabbau in Krankenhäusern oder Kindertagesstättenschließungen), durch Sozialplanlösungen und Abfindungszahlungen oder unakzeptable Umsetzungsangebote zunehmend erodiert.

Wie auch für andere Branchen bekannt, besteht im deutschen öffentlichen Dienst eine starke berufliche Segregation. Sieht man von den Beamtinnen ab, so sind allein mehr als 60 Prozent der weiblichen Beschäftigten als Büroangestellte (von Angelernten- bis zu Vorgesetztenpositionen) und weitere 13 Prozent als Reinigungskräfte tätig (Schmid 1991). Andere »frauentypische« Berufe liegen in der Sozialarbeit und im Bildungs- und Gesundheitssektor. In zukunftssträchtigen, typischen Männerdomänen wie Ingenieurwesen, Datenverarbeitung oder Rechtspflege sind Frauen eher unterrepräsentiert, auch wenn sie in den achtziger Jahren, vermutlich im Zuge der Verbreitung von Frauenförderungsprogrammen, etwas stärker Fuß fassen konnten.

Zudem konzentrieren sich Frauen auch im öffentlichen Sektor trotz der gegenüber dem privaten Sektor größeren Verbreitung von Antidiskriminierungsregelungen nach wie vor überproportional auf die unteren Hierarchie- bzw. Statuspositionen. Immerhin betrug ihr Anteil 1988 in dem obersten Segment (höherer Dienst, Beamte und Angestellte) noch 18 Prozent (ebd.), ein Anteil, der sich für den privaten Sektor nach keiner gängigen Kategorisierung errechnen ließe. Und sie haben ihre Positionierung – wenn auch nicht im angestrebten Ausmaß – verbessern können: ihr Anteil an Beförderungen überstieg in Teilbereichen ihren Beschäftigungsanteil.

Traditionell treffen Rationalisierungsmaßnahmen innerhalb eines Sektors nicht alle Beschäftigten gleichermaßen: die Randbelegschaften auf Arbeitsplätzen mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen, niedrigem Einkommen und geringem Status sind in aller Regel die VerliererInnen. Deutliche Anzeichen für eine solche Ungleichverteilung der negativen Folgewirkungen der Reduzierung der »Leistungstiefe« des öffentlichen Sektors zu Lasten vor allem des weiblichen Beschäftigungssegmentes lassen sich erkennen. In Großbritannien wurden die höchsten Kostenersparnisse mit Einführung des 'compulsory competitive tendering' (nach zugestandenermaßen nicht ganz unproblematischer Berechnungsmethode) im Bereich Gebäudereinigung mit 30 Prozent veranschlagt; bei Straßenreinigung und Müllabfuhr dagegen nur mit acht bzw. sieben Prozent (Walsh 1993). Als wesentlicher Grund wird der massive Anpassungsdruck durch den Wettbewerb mit privaten Unternehmen und deren bekanntermaßen prekären Beschäftigungskonditionen angeführt. Um im obligatorischen Ausschreibungsverfahren konkurrenzfähig zu sein, sieht sich der öffentliche Sektor zur Einführung vergleichbarer Methoden veranlaßt: Reduzierung der Arbeitsstunden zur Einsparung von Sozialversicherungsabgaben, Arbeitsintensivierung durch hohe standardisierte Leistungsvorgaben bei gleichzeitiger Inkaufnahme abgesenkter Qualitätsstandards. Vergleichbare Entwicklungen werden sogar in Schweden im Bereich etwa des Transportwesens beobachtet: konkurrenzfähig ist der öffentliche Sektor nur nach Absenkung der Löhne.

Bei den Kernaufgaben im Bereich der professionellen Angestelltenarbeit, die

sich in Großbritannien künftig auch dem Wettbewerb mit Privaten stellen soll, sieht Walsh annähernde Einsparpotentiale nicht als realisierbar an. Eine Fremderstellung in Bereichen wie juristische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung im Energiesektor oder die Privatisierung von Gefängnissen wäre vor dem Hintergrund der damit verbundenen Transaktionskosten weder unter Effizienz- noch unter Qualitätsaspekten sinnvoll. Die Problematik der Entwicklung von Qualitätsstandards für die Vertragsgestaltung und für die Kontrolle ihrer Einhaltung wird, so läßt sich vermuten, auch zukünftig Bereiche der hochqualifizierten, männlich dominierten Angestelltenarbeit im öffentlichen Sektor vor rigiden Regulierungen neo-tayloristischer Prägung schützen.

Für die einfachen Tätigkeiten impliziert also die Einführung des Marktmodells allem Anschein nach auch zukünftig keine Verbesserung der Einkommenssituation für die Beschäftigten. Wie stellt sich diese Situation nun in den Bereichen qualifizierter Arbeit dar, für die ja stärker leistungsorientierte Anreizstrukturen nach dem »New Public Management«-Ansatz vorgesehen sind? Die wenigen empirischen Anhaltspunkte legen auch diesbezüglich keine sehr optimistische Perspektive nahe. Bei der Vorgabe von Leistungsstandards wird tendenziell auf einheitlich quantifizierbare Indikatoren oder auch »Ersatzgrößen« abgestellt, die mit der konkreten Ausfüllung von Tätigkeiten nur bedingt verbunden sind, denen aber Frauen oft weniger genau entsprechen.

Schon bisher sind Frauen gegenüber Männern im öffentlichen Sektor im Einkommen benachteiligt. Dies gilt auch beim Vergleich innerhalb von Statuspositionen, da ununterbrochene, langjährige Beschäftigung die Basis für senioritätsbezogene Einkommensbestandteile und Regelaufstiege darstellt. Selbst bei gleicher Eingangsentlohnung entsteht so eine Schere zwischen Männern und Frauen in höheren Altersgruppen. Vor diesem Hintergrund gibt es Hinweise, daß sich diese Differenz mit der Abkehr von der »solidarischen« hin zu einer mehr wettbewerbsorientierten Lohnpolitik in Schweden (Schmid 1991) stärker zu Lasten der Frauen verschoben hat. Seit 1985 können ArbeitnehmerInnen, deren Qualifikation im privaten Sektor stark nachgefragt wird, in den öffentlichen Verwaltungen eine Marktzulage erhalten. Die meisten dieser Zulagen gehen an Männer, so daß hier bereits von »Männerzulagen« gesprochen wird.

Zu ähnlich geschlechterdiskriminierenden Resultaten könnte die Leistungs- politik der Stadt Offenbach führen. Mit der Verwaltungsstrukturreform, die neben der Ausgliederung von Aufgabenbereichen zur Sanierung des Haushalts führen soll, sind Zulagen und Höhergruppierungen für solche Beschäftigten vorgesehen, die dauerhaft Mehrarbeit auf Grund von Stellenstreichungen und Nichtbesetzungen übernehmen (Grandke u.a. 1993). Soweit das damit vorgegebene Arbeitsvolumen nicht im Rahmen der üblichen Arbeitszeit bewältigt werden kann, sondern Einsatzbereitschaft und Flexibilität (orientiert an »Normalitätsvorstellungen« männlicher Prägung) erfordert, sind Frauen (und Männer) mit Familienaufgaben systematisch ausgeschlossen von solchen »Sanierungsgratifikationen«.

Zu erwarten ist generell, daß nicht nur Einkommenschancen und berufliche Karrieremöglichkeiten, sondern auch Arbeitsplatz- und Statussicherung in der zukünftigen, marktorientierten »Unternehmensverfassung« öffentlicher Einrichtungen

viel stärker als bisher von der zeitlichen Verfügbarkeit der Beschäftigten abhängen werden. Nicht nur die »einzelwirtschaftliche« Leistungspolitik, sondern auch Qualifizierungsanforderungen und arbeitsplatzorientierte Beteiligungs- und Gestaltungsmodelle im Zuge der Reorganisationsprozesse erfordern oft zusätzliche Zeit- und Energieressourcen, die Frauen in spezifischen Lebensphasen nicht »investieren« können. Der hierüber gesteuerte Ausschluß von Frauen nicht nur aus zukunftssträchtigen Positionen, sondern aus der Partizipation an der Gestaltung ihrer zukünftigen Arbeitsbedingungen hat sich schon früher bei der Restrukturierung privatwirtschaftlicher Verwaltungs- und Dienstleistungsarbeit, z.B. in Banken und Versicherungen, bemerkbar gemacht (Oppen 1989).

Elemente des »New Public Management«-Ansatzes, die noch am ehesten eine wirksame Verbindung von Effizienzsteigerung und Humanisierung der Arbeit versprechen – auch mit der Zielperspektive der »Verflachung« der Geschlechterhierarchie –, sind der Neuzuschnitt von Tätigkeiten durch den Abbau von Arbeitsteilung und Hierarchie und durch die Förderung von Teamarbeit und die Entwicklung entsprechender Arbeitsorientierungen. Demarkationslinien, die bisher zu frauendiskriminierenden Segmentations- und Segregationsprozessen beigetragen haben, könnten abgebaut bzw. durchlässiger gemacht werden, sofern Differenzierungen und Positionszuweisungen nicht mehr nach Seniorität, sondern nach Fähigkeiten, Qualifikationen und Verantwortungsübernahme erfolgen würden. Gerade in diesen Bereichen sind aber augenscheinlich die geringsten Erfolge vorzuweisen, sieht man von z.T. sehr weitreichenden Innovationen in den skandinavischen Ländern ab. Obwohl das australische, staatlich institutionalisierte Reformprogramm von 1984 stärker als viele andere nationale Konzepte Ziele der Effizienzsteigerung mit Prinzipien der Partizipation und Chancengleichheit zu verbinden suchte und dabei die Arbeitsgestaltung eine zentrale Rolle spielte, wird bisher nur in Einzelfällen ein wirklicher Wandel der Arbeit konstatiert (Shaw 1992). Als zentrale Ursachen für die Konservierung tradierter Formen werden starke Widerstände gegen eine Verschiebung der Machtverhältnissen in den Bürokratien und gegen die Umverteilung höherwertiger, z.B. dispositiver Funktionen genannt; dazu die generelle Angst vor Neuerungen eher auf den unteren Hierarchieebenen und insbesondere die inadäquate Ausgestaltung von Informations-, Partizipations- und Qualifizierungsprozessen (ebd.).

Das Potential des Neuzuschnitts von Aufgaben ist nicht zu einer Synthese von Rationalisierung und Demokratisierung genutzt worden, sondern in erster Linie zur kurzfristigen Effizienzsteigerung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer zentralstaatlich verordneten pauschalen Budgetkürzung.

Folgerung

Als vorläufige Schlußfolgerung ergibt sich aus diesen wenigen und punktuellen empirischen Erfahrungen, daß nicht in erster Linie das Konzept des »New Public Management« als solches die Herstellung von mehr Chancengleichheit und besseren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen verhindert bzw. in Teilbereichen eher eine Verschärfung der Geschlechterhierarchie bewirkt hat. Die sich bislang abzeichnenden Entwicklungen sind vielmehr den besonderen

– allerdings national unterschiedlichen – Interpretationen dieses Reformkonzeptes bzw. der je spezifischen Ausformung des zugrundeliegenden Marktmodelles und den Bedingungen seiner Umsetzung geschuldet. Vielfältige Spannungsverhältnisse müssen in diesem Prozeß ausgeglichen werden: zwischen politischen und ökonomischen Anforderungen, zwischen Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, zwischen Rationalisierung und Demokratisierung, zwischen zentraler Steuerung bzw. Moderierung und dezentraler Partizipation. Das besondere strategische Dilemma scheint darin zu liegen, daß ein grundlegender Entwicklungs- und Lernprozeß in Gang gesetzt werden muß, der auch langfristig die Qualität der Arbeit und der Produkte verbessert. Dies kann nur unter Einbeziehung der Beschäftigten auf allen Ebenen gelingen, und es erfordert Zeit; längere Zeiträume als diejenigen, in denen Politiker üblicherweise denken. Eine Politik dagegen, die auf kurzfristige Sanierungs- bzw. Kostenreduzierungserfolge setzt, kann nachhaltige Innovationen nicht garantieren; Chancen können letztendlich sogar langfristig vertan werden, wenn Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft der DienstleistungsproduzentInnen einmal in ihr Gegenteil umgeschlagen sind.

Literaturverzeichnis

- Baethge, M., und H. Oberbeck, 1986: *Zukunft der Angestellten*. Frankfurt/M, New York
- Banner, G., und C. Reichard, 1993: *Kommunale Managementkonzepte in Europa*. Anregungen für die deutsche Reformdiskussion. Köln
- Bosetzky, H., und P. Heinrich, 1982: »Mensch und bürokratische Organisation«. In: *Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, Sonderheft 13*
- Breidenstein, W., 1988: »Frauen im öffentlichen Dienst«. In: *WiSta 9*
- Bundesminister für Wirtschaft, 1993: *Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland*. Bonn
- Grandke, G., u.a., 1993: »Schlanke Verwaltung für fettes Stadtsäckel: Das Sanierungskonzept der Stadt Offenbach«. In: *Der Städtetag 4*
- Greve, G., 1993: »Jenseits von Parkinson«. In: *Die Mitbestimmung 5*
- Gustafsson, L., 1991: *Marketising Public Services – Transitions for Politicians, Clients and Staff*. A discussion paper prepared for: *Work Life in Transition*. Stockholm (unveröff. Ms.)
- Mascarenhas, R.C., 1993: »Building an Enterprise Culture in the Public Sector: Reform of the Public Sector in Australia, Britain and New Zealand«. In: *Public Administration Review 4*
- Mayntz, R., 1978: *Soziologie der öffentlichen Verwaltung*. Heidelberg, Karlsruhe
- Naschold, F., 1993: *Modernisierung des Staates. Zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors*. Berlin
- Oppen, M., 1989: *Zukunft der Büroarbeit – Frauenarbeit mit Zukunft? Berlin: Veröffentlichungsreihe der Abteilung Regulierung von Arbeit des Forschungsschwerpunktes Technik-Arbeit-Umwelt des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, FS II 89-204*
- Oter, C. von, 1993: *The Public Sector in Sweden – At the Crossroads*. Stockholm (unveröff. Ms.)
- Pollitt, C., 1990: *Managerialism and the Public Services – The Anglo-American Experience*. Cambridge
- Reichard, Ch., 1993: *Internationale Ansätze eines »New Public Management«*. Berlin (unveröff. Ms.)
- Schmid, G., 1991: *Die Frauen und der Staat. Beschäftigungspolitische Gleichstellung im öffentlichen Sektor aus internationaler Perspektive*. WZB discussion paper FS I 91-12
- Shaw, A., 1992: *When the immovable Object meets the irresistible Force. Reconciling Democracy and Efficiency in Public Sector Reform in Australia*. Melbourne: Labour Research Center (unveröff. Ms.)
- Walsh, K., 1993: *Competition and Contracts in Government: The British Case*. Report for the Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (unveröff. Ms.)
- Westermann, K., 1993: »Die Unternehmensberater entdecken den öffentlichen Dienst«. In: *Die Mitbestimmung 5*
- Wulf-Mathies, M., 1988: »Fortschritt durch Wandel«. In: *Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV (Hrsg.), Zukunft des öffentlichen Dienstes*. Frankfurt/M

Yuri Krasin und Alexander Galkin

Russische Wahlen in den Ruinen sowjetischer Modernisierung

Informationen zum Nachdenken

Über die Parlamentswahl in Rußland wurde viel geschrieben. Die volle Wahrheit ist aber noch nicht gesagt worden, und sie ist nicht nur für Rußland, sondern zumindest auch für unseren ganzen Kontinent von Bedeutung. Man braucht eine unvoreingenommene Analyse der Zahlen im Kontext der ablaufenden Ereignisse, hinter denen der angespannte Kampf von entgegengesetzten Tendenzen in der sich schnell verändernden russischen Gesellschaft deutlich hervortritt.

I.

Das Modell der Wahlen in einer relativ stabilen Gesellschaft unterscheidet sich kraß vom Wahlprozeß in einem desorientierten, aufgewühlten Land. Von Bürgern, die schon seit einigen Jahre unter den Bedingungen einer Erschütterung der Grundfesten des Staates, der Untergrabung von Grundlagen der Volksmentalität, des verzweifelten Kampfes ums Überleben leben, ist eine rationale Ausgewogenheit der Urteile schwerlich zu erwarten.

Viele Analytiker erklären die unerwarteten Wahlergebnisse vor allem damit, daß die Wahl im Dezember 1993 die erste freie Willensäußerung in Rußland seit 1917 war. Davon rühre die Unerfahrenheit und Ungewandtheit der Wähler her. Hier sei nur bemerkt, daß die Bürger Rußlands schon die Möglichkeit gehabt hatten, ihren Willen sowohl 1989 als auch 1990 zu bekunden – und gerade mit ihren Stimmen wurde Boris Jelzin zum Präsidenten gewählt, worauf seine gegenwärtige Legitimität beruht. Aber auch wenn man die These über die Launen der ersten freien Wahl akzeptiert, so waren doch für ihren Ausgang ganz andere Faktoren von Bedeutung. Dazu gehörten folgende Umstände:

- die allgemeine Krise, in die das heutige Rußland gestürzt worden ist, wurde keineswegs aufgehalten, sondern vertieft sich weiter;
- die Entfremdung der zivilen Gesellschaft vom politischen System und des Volkes von der Macht, die Rußland eigen ist, hat einen wahrhaft dramatischen Charakter angenommen;
- die Wahlen selbst wurden in einer außergewöhnlichen Atmosphäre abgehalten: kurz nach den blutigen Ereignissen im Oktober, nach dem Zusammenschießen des Parlaments und dem Verbot einer Reihe von politischen Parteien und Presseorganen.

Die Zeit zur Vorbereitung der Wahlen war so kurz und das Tempo der Vorbereitung so hoch, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht die Zeit hatte, sich vom September/Okttober-Schock zu erholen. Im Laufe von nur zwei Monaten sollten Wahlstrukturen geschaffen, Wahlblöcke konstruiert, Kandidaten ausgewählt, die zu ihrer Nominierung notwendigen Unterschriften gesammelt (um kandidieren zu können, mußten sich die Parteien die Unterstützung von mindestens 100000 Bürgern sichern), Wahlprogramme formuliert und die Wahlagitiation durchgeführt

werden. Dabei hatten es die Wähler mit einem ihnen unbekanntem komplizierten Wahlgesetz zu tun, das in Eile hauptsächlich nach dem Vorbild des Wahlgesetzes der BRD verfaßt worden war. Hinzu kam noch, daß die Wahlen mit einem Volksentscheid verknüpft waren, dessen Text ebenfalls in Eile verfaßt worden war. Bis zu 90 Prozent der potentiellen Wahlteilnehmer hatten keine Zeit, sich mit ihm bekannt zu machen.

Wäre es deshalb richtig, für den Ausgang der Wahlen die unzureichende demokratische Reife der russischen Wähler verantwortlich zu machen? Sinnvoller wäre es, Gegenfragen zu stellen: Hätte man in der entstandenen Situation etwas anderes erwarten können? Und ist das Ergebnis der Wahlen im Dezember nicht die am wenigsten negative Variante von allen wirklich möglichen? Versuchen wir, diese Fragen unter dem Aspekt der konkreten Wahlergebnisse zu betrachten.

II.

Die Bürger Rußlands sollten ein Zweikammernparlament wählen: die Staatsduma und den Rat der Föderation. Der ersten wurde die Rolle des Unterhauses, dem zweiten die des Oberhauses zugewiesen. Die Hälfte der 450 Abgeordneten der Staatsduma sollte nach dem Verhältniswahlssystem über Parteilisten, die andere Hälfte in Einmandatswahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt werden. In den Rat der Föderation sollten je 2 Vertreter der 89 Subjekte der Föderation (Republiken, Gebiete, Regionen) delegiert werden. Sie wurden nach dem Mehrheitsprinzip, jedoch in Zweimandatswahlkreisen gewählt.

13 Parteien und Blöcke gelang es, sich trotz zahlreicher Schranken die Eintragung in die Bundesliste der Organisationen zu erkämpfen, die kandidieren durften. Die anderen behielten die Möglichkeit, ihre Kandidaten individuell in Ein- und Zweimandatswahlkreisen aufzustellen. Die 13 registrierten Parteien und Blöcke kann man zur besseren Anschaulichkeit in mehrere Richtungen untergliedern.

Zur ersten gehörten der Block »Rußlands Wahl«, der von Jegor Gaidar und anderen Regierungsmitgliedern angeführt wurde, die Partei der Einheit und Eintracht Rußlands (PRES) von Schachraj und Schochin (ebenfalls Mitglieder des Kabinetts), der Block »Jawlinskij-Boldyrew-Lukin« (J-B-L) und teilweise auch »Rußlands Bewegung für demokratische Reformen« (RDDR) (Gawril Popow, Anatolij Sobtschak). Mit diesen oder jenen Vorbehalten unterstützten diese Kräfte den eingeschlagenen Kurs der Politik.

Die zweite Richtung neigte zum Zentrismus. Hierzu gehörten die Bürgerunion, »Rußlands Zukunft – neue Namen« und teilweise die RDDR.

Für die dritte Richtung war die linke Opposition gegen den eingeschlagenen Regierungskurs kennzeichnend. Das waren die kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die Agrarpartei sowie auch in gewisser Hinsicht die Demokratische Partei Rußlands (DPR) und der Block »Frauen Rußlands«.

Zur vierten Richtung gehörten die Blöcke mit allgemein-demokratischer Orientierung: »Würde und Barmherzigkeit« und der Block der Umweltschützer »Kedr« (Zirbelkiefer).

Einen besonderen Platz in der Konstellation der politischen Kräfte nahm schließlich die von Wladimir Shirinowski angeführte ultranationalistische Liberal-Demokratische Partei Rußlands (LDPR) ein.

Von den 105,3 Millionen registrierten Wählern nahmen an den Wahlen ca. 56 Millionen oder 53,2 Prozent teil; die endgültige Zahl der Wähler ist bislang nicht bekanntgegeben. Über ihre politischen Präferenzen kann man anhand der unten angeführten Tabelle urteilen.

Verteilung der Stimmen im Bundeswahlkreis und der Abgeordnetenmandate in der Staatsduma

Partei oder Block	Prognose für die Abstimmung nach Parteilisten in %	Ergebnisse der Abstimmung nach Parteilisten in %	Zahl der Abgeordneten nach Parteilisten in %
Rußlands Wahl	35 – 45	16	40
LDPR	7 – 10	23	59
KPRF	15 – 20	12	32
Block J-B-L	15 – 25	8	20
Agrarpartei	7 – 8	8	21
Block »Frauen Rußlands«	4 – 7	8	21
PRES	10 – 12	7	18
DPR	10 – 12	5	14
RDDR	6 – 8	4	*
Bürgerunion	7 – 9	*	*
Konstruktive ökologische Bewegung – »Kedr«	2 – 3	*	*
»Rußlands Zukunft – neue Namen«	2 – 4	*	*
Block »Würde und Barmherzigkeit«	2 – 3	*	*

* Offizielle Angaben sind bis Mitte März nicht veröffentlicht worden. Nach inoffiziellen Angaben haben 3,9% aller Wähler gegen alle Parteien gestimmt, 7,5% der Stimmen waren ungültig, 0,5% einfach verschwunden. Die Unabhängigen Abgeordneten haben sich nach Parteifraktionen verteilt.

Die Abgeordneten im Oberhaus vertreten in erster Linie nicht die Parteien und Blöcke, sondern die entsprechenden Regionen – Subjekte der Föderation. Da in den Rat der Föderation eine große Zahl von Regierungschefs aus den Regionen gewählt wurde, hat »Rußlands Wahl« im Oberhaus die Mehrheit bekommen. Das Gesamtergebnis bietet vier Hauptaspekte: 1. die Niederlage des regierungstreuen Blocks »Rußlands Wahl«; 2. den Erfolg der chauvinistischen Strömung, vertreten durch die LDPR; 3. den Mißerfolg der Parteien der zentristischen Strömung; und 4. eine gewisse Festigung der Positionen der linken Kräfte. Gehen wir nun auf jedes dieser Ergebnisse im einzelnen ein.

III.

Die Niederlage von »Rußlands Wahl« ist kein Zufall, also durchaus kein Ergebnis fehlerhafter Taktik. Natürlich hat es Fehler in der Wahlpolitik gegeben, darunter einen groben Druck auf die Wähler mit Hilfe von Massenmedien, der eine entgegengesetzte Reaktion hervorgerufen hat, die künstliche Entfernung einer Reihe von linken und national-patriotischen Parteien und Blöcken von der

politischen Arena, die Konzentration der Kritik auf die KPRF, die sich merklich in Richtung auf eine konstruktive Opposition bewegte. Ein taktischer Fehler der Regierenden war auch der Beschluß, den Abgeordneten, die nach den Listen der politischen Parteien gewählt werden sollten, entgegen einer zuvor getroffenen Vereinbarung 50 Prozent der Abgeordnetensitze in der Duma zuzugestehen. Die Berechnung, daß der gut organisierte Regierungsblock ohne große Anstrengungen die Mehrheit der Mandate bekommen wird, erwies sich als falsch. Zu den Fehlkalkulationen kann man auch die übermäßige Demonstration ehrgeiziger Bestrebungen der Führer der demokratischen Blöcke sowie die Trägheit ihrer Wahlaktionen zählen.

Entscheidend aber war, daß der eingeschlagene Kurs und vor allem die radikal-revolutionären Methoden seiner Realisierung in Widerspruch zu den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung geraten waren.

Schon nachdem der erste Ausbruch der Perestrojka-Euphorie vorbei war, bestand Klarheit, daß dem Land ein langer, schwerer Marsch zu den demokratischen Formen des gesellschaftlichen Aufbaus bevorsteht. Für die bevorstehenden Veränderungen waren angesichts ihres Ausmaßes nicht Monate, nicht Jahre, sondern Jahrzehnte erforderlich. Der Reformprozeß verlangte objektiv von den an die Macht gekommenen politischen Kräften, einen ausgewogenen Kurs gemäßigter reformerischer Tätigkeit auf der Grundlage des nationalen Einvernehmens zu steuern. Selbstverständlich ist das sehr schwer, und dies vor allem wegen der traditionellen Dominanz einer politischen Kultur, die auf Konfrontation orientiert, der Intoleranz gegenüber den Opponenten, der Neigung zur radikalen Handlungsweise.

In den Jahren der Perestrojka wurde dieser Tendenz ein Reformkurs entgegengesetzt, der zum Ziel hatte, tiefgreifende Veränderungen bei Aufrechterhaltung des Bürgerfriedens, der Einheit von Gesellschaft und Staat vorzunehmen. Als Initiator und Gestalter eines solchen Kurses trat, wie bekannt, Michael Gorbatschow auf. Leider wurde dieser Kurs nicht eingehalten. An die Stelle der gemäßigten Reformer traten die Liberal-Radikalen, die autoritäre Methoden der Aufzwingung schneller und schroffer Wandlungen, die das soziale und das nationale Gewebe von individuellen und Gruppenbeziehungen zerstören, in ihr politisches Arsenal aufnahmen.

Im Januar 1992 wurde das sozialökonomische Experiment der »Schocktherapie« begonnen.¹ Die Liberalisierung der Preise bei einem extrem hohen Monopolisierungsgrad der Produktion, die forcierte Privatisierung bei mangelnder Vorbereitung der notwendigen Voraussetzungen, die fehlende Aufmerksamkeit für die soziale Abfederung hatten traurige Folgen. Die Mehrheit der Bevölkerung wurde von einer Handvoll Neureicher und Nomenklatura-Beamten ausgeraubt, die nationalen Reichtümer vergeudet, der Staatsapparat versank noch mehr in Korruption. Zugleich hatten die Reformen keineswegs den erwarteten Effekt: Sie schufen keine Anreize für den Aufschwung der Industrie, für die Umstrukturierung der Wirtschaft, für die Steigerung der Arbeitsmoral. Es kam zu einem dramatischen Produktionsrückgang, der von wachsender sozialer Unzufriedenheit begleitet wurde.

Dennoch steuerte die Regierung – den alarmierenden Signalen zum Trotz –

hartnäckig den Kurs der Radikalisierung der Reformen. Die Ergebnisse des im April 1993 durchgeführten Volksentscheids, bei dem sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Weiterführung der Reformen ausgesprochen hatte, wurde als eine bedingungslose Unterstützung dieses Radikalismus interpretiert. Meinungsumfragen, die am Vorabend des Volksentscheides vom Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften Rußlands durchgeführt wurden, legten andere Schlußfolgerungen nahe. Im März 1993 waren nur 8,4 Prozent der Befragten der Meinung, daß die Angelegenheiten in Rußland sich in die richtige Richtung entwickeln (im Mai 1992 hatte es 15,2 und im Dezember 1992 12,8 Prozent solcher Antworten gegeben, d.h. die Zahl der kompromißlosen Anhänger des Regierungskurses ging stetig zurück). 32 Prozent der Befragten erklärten, daß die Reformpolitik sich in die falsche Richtung bewege. Besonders kennzeichnend aber ist die Tatsache, daß unter denjenigen, die die radikalen Reformer als ihre zuverlässige Stütze betrachteten, die überwiegende Mehrheit (45,7 Prozent aller Befragten) die Wirtschaftspolitik der Regierung als teilweise richtig, teilweise falsch einschätzte. Man hatte allen Grund anzunehmen, daß eben diese Menschen, die die Reformen unterstützten, gleichzeitig aber die Notwendigkeit ihrer Korrektur erkennen, das wichtigste Strukturelement der sozialen Basis des Reformprozesses bilden. Um ihre Unterstützung zu behalten, war es notwendig, den vorherigen Kurs zu korrigieren. Diese Überlegungen wurden ignoriert.

Vor der September/Oktober-Krise wurden für viele Schwierigkeiten, die die Regierung hatte, die reformfeindlichen Kräfte im Obersten Sowjet und im System der Sowjetmacht verantwortlich gemacht. Anscheinend begannen die Liberal-Radikalen selbst daran zu glauben, daß hier das Haupthindernis für ihre Politik liegt. Das hatte denn auch den Versuch zur Folge, den Knoten der Widersprüche zwischen den Radikal-Liberalen, die alles zu zerstören und neu aufzubauen bestrebt waren, und denen, die sich einem solchen Herangehen widersetzen – wobei sie des öfteren Konservatismus an den Tag legten –, gewaltsam zu zerbrechen.

Nach den tragischen Ereignissen im Oktober entstand in den Machtstrukturen die Vorstellung, der Widerspruch sei aufgehoben. Das war eine Illusion. Die Spaltung kann nur nach langen Jahren geduldiger konstruktiver Arbeit, durch die Suche nach Kompromissen und die Durchführung eines gesamtnationalen Diskurses der gesellschaftlich-politischen Kräfte aus der Welt geschafft werden. Die Radikal-Demokraten wollten jedoch mit dem Kopf durch die Wand, und der Bumerang der Oktober-Ereignisse schlug bei den Dezember-Wahlen völlig gesetzmäßig auf sie zurück. Die Spaltung der Gesellschaft äußerte sich darin, daß der Liste »Rußlands Wahl«, die die radikale Schock-Strategie verkörpert, das Vertrauen entzogen wurde.

Die Wahlen signalisieren, daß der radikal-liberale Kurs der Reformierung der russischen Gesellschaft erschöpft ist und das Bedürfnis nach einer gemäßigten Reformpolitik besteht, die besser durchdacht und fundiert ist. Sollte dieses Signal keine Resonanz in den regierenden Strukturen finden, so erwartet die Gesellschaft Katastrophen.

IV.

Wenden wir uns einem anderen Ergebnis der Wahlen zu: dem sogenannten Shirinowski-Phänomen. Wie kam es, daß die Liberal-Demokratische Partei, die als wenig aussichtsreich und marginal galt, so schnell zu einer populären Kraft geworden ist? Was bedeutet das für die Zukunft Rußlands? Und inwieweit ist die Behauptung begründet, daß der Erfolg dieser Partei die Gefahr eines Faschismus in Rußland in sich birgt?

Es ist allgemein bekannt, daß Wladimir Shirinowski ein Populist nationalistischer Prägung ist. Seine öffentlichen Auftritte lassen eine überspannte, unausgeglichene, hysterisch veranlagte Persönlichkeit erkennen. Er neigt zu autokratischem Verhalten. Die LDPR steht unter seiner absoluten Kontrolle: Jede Gehorsamsverweigerung wird entschieden unterbunden. Genügt das, um die LDPR als faschistische Organisation und ihre Führungspersönlichkeit als potentiellen »Führer« anzusehen? Eine solche Schlußfolgerung wäre zumindest verfrüht. Es sei bemerkt, daß sich unverhohlenen faschistische Organisationen und Bewegungen in Rußland gegenüber Shirinowski und seiner Partei höchst zurückhaltend geben. Sie wird der Übernahme fremder rechtsradikaler Losungen und ihres Mißbrauchs im Interesse billiger Popularitätshascherei bezichtigt. Es wird sogar die Vermutung geäußert, daß diese Partei nicht ohne Wissen staatlicher Geheimorgane gegründet wurde, die daran interessiert waren, die nationalistischen Stimmungen und Aktivitäten in eine kontrollierbare Bahn zu lenken.

Selbstverständlich können negative Einschätzungen von seiten rechtsradikaler Organisationen faschistischer Prägung nicht als ein gewichtiges Argument aufgenommen werden. Zudem sind sie vom inneren Konkurrenzkampf unter den Rechtsradikalen sichtlich gekennzeichnet. Sie können aber auch nicht gänzlich übersehen werden, wenn man die Beziehungen Shirinowskis zur Führung des Landes analysiert in dem er durchaus Flexibilität und bewundernswerte Zurückhaltung an den Tag legt. Er wird umgekehrt sehr zuvorkommend behandelt. Bekanntlich war er eingeladen worden, an der Verfassungskonferenz teilzunehmen, und wirkte bei ihren Beratungen aktiv mit, ohne irgendwelche Unzufriedenheit in der Umgebung des Präsidenten ausgelöst zu haben. Wie die Vertreter von einflußreichen Systemparteien beteiligte er sich an offiziellen politischen Treffen, auch auf höchster Ebene. Seiner intensiven Wahlkampagne wurden keine Hindernisse in den Weg gelegt, bei den elektronischen Massenmedien wurde ihm ganz im Gegenteil die Meistbegünstigung gewährt. Man kann annehmen, daß in der Wahlstrategie der Exekutivgewalt der LDPR die Rolle eines eigenartigen Sammelbeckens für Stimmen zugewiesen wurde, die für die verbotenen und den Regierenden gefährlicher erscheinenden national-patriotischen Organisationen bestimmt waren.

Mit diesem strategischen Kalkül sollte verhindert werden, daß solche Stimmen an die Kommunisten gingen. Die LDPR schien dagegen ungefährlich. Shirinowski wiederum stellte mit Nachdruck seine Bereitschaft heraus, mit dem Präsidenten zusammenzuarbeiten. Wie »Rußlands Wahl« unterstützte auch seine Partei vorbehaltlos den vom Präsidenten vorgeschlagenen Entwurf der neuen Verfassung. Es scheint, daß diejenigen recht haben, die feststellen, daß diese Verfassung ohne die Unterstützung durch Shirinowski beim Volksentscheid

keine Mehrheit gefunden hätte. Freilich hatte niemand in den Machtstrukturen vermutet, daß die Wahlen derart frappierende Ergebnisse bringen würden. Die »Ironie der Geschichte«² hat ihnen einen üblen Streich gespielt und sie selbst in einen Schockzustand versetzt.

Eine Analyse des von W.W. Shirinowski unterzeichneten Appells an die Wähler zeigt die LDPR bestrebt, sich im Bewußtsein der Menschen als eine beherrschte, gemäßigte Kraft zu verankern, die Stabilität sucht, die Gesetzlichkeit respektiert und sich nur gegen die falsche, für das Land schädliche und gefährliche Politik der Regierung wendet. Ausgefallene Erklärungen Shirinowskis wurden von den Wählern in den Gesamtkontext der Vorstellungen von der LDPR als einer Partei eingeordnet, die sich bereit erklärt hatte, ihre Ziele mit legitimen Methoden zu erreichen und Gewalt zu vermeiden. Und diese Erklärungen selbst wurden nicht als eine Gefahr von Faschismus aufgenommen, sondern als eine natürliche Reaktion auf jene Erniedrigungen der nationalen und staatlichen Würde, zu denen die jetzt Regierenden Rußland und seine Bürger gebracht hätten.

Eine Analyse des Wahlverhaltens der Bürger legt die Auffassung nahe, daß die Stimmabgabe für die LDPR meist ein Mittel war, um ihre Ablehnung der Politik des rigorosen Monetarismus und ihrer verheerenden Auswirkungen zu bekunden: Zusammenbruch der Volkswirtschaft, kontinuierlich sinkender Lebensstandard und Verarmung der Bevölkerung, Anarchie des »wildem« Marktes, der die sittlichen Grundlagen der menschlichen Beziehungen zerstört, Abbau des Systems der Sozialfürsorge, Eigenmächtigkeit und Arroganz der korrupten Beamten. Die Stimmabgabe für Shirinowski wurde für viele zu einem Ausdruck des Protests gegen die auswuchernde Kriminalität, das Anschwellen der ethnischen Konflikte, das Unvermögen der gegenwärtig Regierenden, die nationalen Belange Rußlands zu definieren und in ihrer Außenpolitik konsequent zu verteidigen.

Aber warum wurden Mißbilligung und Protest in einer derart herausfordernden Form ausgedrückt? Weil die Regierenden seit geraumer Zeit mit dem Volk quasi spielen, indem sie die von unten kommenden Signale ignorieren oder willkürlich interpretieren. Die Bevölkerung hat den Glauben an ihre Bereitschaft verloren, einen offenen und ehrlichen Dialog mit ihr zu führen.

So gesehen läßt sich auch die Frage beantworten, warum die Wähler die LDPR anderen Parteien, die mit Kritik am Regierungskurs aufgetreten waren, vorgezogen haben. Letztere kritisierten die offizielle Politik rücksichtsvoll und mit Vorsicht. Man kann sagen, daß sie nach denselben Spielregeln vorgingen wie »Rußlands Wahl«. Die Führungspersonlichkeiten dieser Parteien stehen bzw. standen der Führung des Landes nahe. Deshalb wurden ihre kritischen Äußerungen des öfteren nicht so sehr als Zurückweisung des derzeitigen politischen Kurses, sondern als ein taktischer Schachzug aufgenommen, der auf die Machtübernahme abgestellt war. Die Kritik an der Regierung wegen ihrer Fehlkalkulationen im wirtschaftlichen Bereich war in der Regel von keiner deutlichen Distanzierung begleitet, was den Kurs der Zerstörung der Unionsstaatlichkeit in der Vergangenheit und die Unterordnung der russischen Interessen unter äußere Einflüsse in der Gegenwart betrifft. Indes ist gerade dies das schmerzlichste Problem

für die Mehrheit der Bürger Rußlands. Shirinowski und die LDPR stellten es in den Mittelpunkt ihres Propagandafeldzugs.

Im Unterschied zu den anderen Oppositionsparteien gelang es der LDPR, den verbreiteten Unmut über die Wirtschaftspolitik von Gaidar und Fjodorow mit dem zunehmenden Streben der Bevölkerung nach Ordnung und Stabilität – die vielfach mit der Persönlichkeit des jetzigen Präsidenten assoziiert sind – zu verknüpfen. Auch die paradoxe Verbindung der harten Kritik an praktisch allen Aspekten der Regierungstätigkeit mit der Unterstützung des Verfassungsentwurfs, der den Weg zur Errichtung einer autokratischen Macht ebnet, trug dazu bei.

Shirinowski kam auch der Widerwillen der Wähler sehr gelegen, auf dem Podium der großen Politik Persönlichkeiten der Vergangenheit – sowohl aus der Zeit vor als auch nach dem August 1991 – sehen zu müssen. Seine Partei hatte im Gegensatz zu den Kommunisten und den Demokraten niemals an der Macht gestanden und trug folglich keine Verantwortung für den Ablauf des Geschehens. Dem breiten Publikum wurden ganz neue Gesichter präsentiert: Lieber die Katze im Sack als eine »tote Katze«.

All das läßt darauf schließen, daß die LDPR keine faschistische Partei ist, und daß die Stimmabgabe für sie noch nicht auf eine Massenbasis für Faschismus deutet. Was kommt, hängt von der Entwicklung sowohl der LDPR als auch der Wählerschaft ab, noch stärker aber von der künftigen Politik der Regierung und ihrer Fähigkeit zu einer Neuorientierung. Jedenfalls ist der Wahlsieg der LDPR eine ernste Warnung, vor allem an die Liebhaber des radikalen Autoritarismus, die in ihm ein Mittel zur raschen Durchsetzung der Wirtschaftsreform erblickt haben.

Nicht zu vergessen ist, daß nahezu die Hälfte der russischen Bürger (47 Prozent) nicht zu den Wahlurnen gegangen ist. Ihr Verhalten ist kaum auf Passivität und Gleichgültigkeit allein zurückzuführen, vielmehr zeigen sich darin andere Motive: die Ablehnung der bestehenden politischen Institutionen und Strukturen, die fehlende Bereitschaft, sich mit dem Regime zu identifizieren, das Mißtrauen gegen die derzeit aktiven Politiker. Für wen werden diese Leute das nächste Mal stimmen? Die Antwort wird für das Schicksal der Reformen und der Demokratie in Rußland von entscheidender Bedeutung sein.

V.

Nun zur Wahlschlappe der zentristischen Kräfte, die durch gemäßigte Parteien und Blöcke, allen voran die Bürgerunion, vertreten waren. In einer Gesellschaft, die durch die scharfe gesellschaftlich-politische Konfrontation, besonders nach dem Blutvergießen im Oktober, ermüdet war, sollte man erwarten, daß der Zentrismus die Sympathie und Unterstützung wenn nicht der Mehrheit, so doch eines bedeutenden Teils der Bevölkerung finden würde. Die Bürgerunion, die RDDR, »Rußlands Zukunft – neue Namen« konnten jedoch nicht die Fünf-Prozent-Hürde nehmen und so ihre Abgeordneten nicht über die Bundeswahlliste ins Parlament bringen.

Zum Teil kann das Fiasko des Zentrismus damit erklärt werden, daß er nicht den Besonderheiten der in Rußland historisch gewachsenen politischen Kultur

entspricht, die, wie erwähnt, durch Radikalismus und die Neigung zu extremen Lösungen gekennzeichnet ist. Die Hauptsache ist jedoch, daß er im Prozeß der Transformation der Gesellschaft kein ausgeprägtes Identifikationsbedürfnis hervorgebracht hat. Er entwickelte sich nicht zu einer ganzheitlichen sozialen und politischen Struktur und stellte kein klares Aktionsprogramm auf. Der Zentrismus erwies sich im Grunde genommen als verwaschen. Er konsolidierte sich auch nicht als eine eigenständige Strömung des politischen Denkens. Es fehlten Führungspersönlichkeiten, die in der Lage waren, den Willen zu Veränderungen zu demonstrieren. Unter den Funktionären des zentristischen Blocks überwogen Persönlichkeiten, die mit den Strukturen des früheren Regimes liiert waren und den Wählern kein Vertrauen einflößten.

Dennoch sind Kandidaten der zentristischen Orientierung über eine Reihe von Einmandatswahlkreisen in die Duma gekommen. Zum Zentrismus neigen auch Vertreter anderer Blöcke. Man kann annehmen, daß sich – wenn nicht sofort, so doch im Laufe der Zeit – im Parlament eine mehr oder minder einflußreiche zentristische Gruppe von Abgeordneten bilden wird. Es ist auch durchaus wahrscheinlich, daß der Zentrismus auf lange Sicht Einfluß erlangen wird. Sein Potential ist die Ablehnung der radikalen Ungeduld, die die Gesellschaft spaltet, und die Verteidigung eines reformerischen Wirkens, das in der Lage ist, die Extreme zu neutralisieren und das nationale Einvernehmen zu sichern. In der schweren Übergangszeit gibt die zentristische Plattform die Möglichkeit, scharfe soziale und politische Krisen zu dämpfen und sie in die Bahn eines gesamtnationalen Kompromisses zu lenken.

VI.

Für die linken Kräfte besteht das wichtigste Wahlergebnis darin, daß ihre Legitimität nun durch die Stimmen der Wähler bestätigt worden ist. Bekanntlich hatten sich nach dem August-Putsch 1991 und dem KPdSU-Verbot ihre Positionen drastisch geschwächt. Im Oktober 1993 wurde die Tätigkeit einer Reihe von Linksparteien, darunter der größten – der KPRF –, vorübergehend eingestellt. Die Hindernisse, die ihnen die Behörden in den Weg legten, beeinträchtigten die Durchführung ihrer Wahlkampagne.

Das größte Bedauern ruft die Tatsache hervor, daß auch bei den Wahlen keine Organisation mit deutlich sozialdemokratischer Orientierung vertreten war. Die Sozialistische Partei der Werktätigen, die dieser Plattform am nächsten steht, konnte die erforderlichen 100 000 Unterschriften nicht sammeln und wurde nicht zugelassen. Die mit dem sozialdemokratischen Programm sympathisierenden Wähler teilten sich auf zwischen den Linksparteien (KPRF, Agrarpartei) und den gemäßigten Reformerblocks (J-B-L, Bürgerunion u.a.).

Die KPRF, die sich vom Radikalkommunismus distanziert hatte, erzielte insgesamt einen bemerkenswerten Erfolg. In welchem Maße dies einen dauerhaften Trend reflektiert und in welchem Maße konjunkturbedingte Tendenzen, wird erst die Zeit zeigen.

Insgesamt haben die linken Kräfte, einschließlich der Agrarpartei, mehr oder weniger feste Positionen im Parlament errungen. Die Wahl machte deutlich, daß die linken Kräfte im russischen Boden tief verwurzelt sind. Ihnen eröffnet sich

die durchaus reale Möglichkeit, eine maßgebende Kraft im Mitte-Links-Block zu werden. Sie kann allerdings nur in dem Falle Wirklichkeit werden, wie sie einerseits der Versuchung zu widerstehen vermögen, ein Bündnis mit der LDPR einzugehen – was ihrem Gesichtsverlust gleichkäme – und sich andererseits von den Fesseln der überholten Dogmatik zu befreien wissen.

VII.

Der mit der Parlamentswahl abgehaltene Volksentscheid brachte die Annahme des Verfassungsentwurfs. Sie wurde von der Regierungsspitze als das Hauptergebnis der Wahl und als ein großer Sieg der Demokraten gefeiert. Und zweifellos hat die Annahme der Verfassung in der Situation einer Schwächung der Machtstrukturen und der rechtlichen Hebel, die das Leben der russischen Gesellschaft regulieren, eine positive Bedeutung. Dennoch löst dieser Akt an sich keine verfassungsmäßigen Probleme, ja er vergrößert sie sogar in mancher Hinsicht.

Zunächst wurde die Verfassung mit den Stimmen von weniger als einem Drittel der in die Wahllisten eingetragenen Bürger Rußlands verabschiedet. Bedenkt man, daß die Prozeduren ihrer Vorbereitung nicht einwandfrei waren (Ausarbeitung des Textes auf einer Verfassungskonferenz außerhalb des rechtlichen Rahmens, »Nacharbeiten« im Apparat des Präsidenten, Mangel an Zeit, um die Bevölkerung mit ihr vertraut machen zu können, Ausbleiben einer einigermaßen breiten Diskussion, Druck auf Kritiker des Entwurfs usw.), ist ihre Legitimität eher relativ und kann bei jeder ernststen politischen Krise angezweifelt werden.

In der Verfassung selbst gibt es neben guten Seiten, die sich in erster Linie auf die Menschenrechte beziehen, wesentliche Mängel. Das betrifft vor allem die offenkundige Verschiebung der Machtbalance zugunsten des Präsidenten. Im Grunde ist er allen Gewalten enthoben und gleichsam außerhalb des Rahmens ihrer Teilung plaziert worden. Dies kann den Weg zur Durchsetzung einer autoritären Diktatur ebnen und für die Gesellschaft schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Es ist daher für die demokratischen Kräfte eminent wichtig, daß die Bundesversammlung die reale Möglichkeit erhält, die Verfassung ernsthaft zu korrigieren und die Mängel, die ihren Mißbrauch zu undemokratischen Zwecken ermöglichen, zu beseitigen.

VIII.

Die Parlamentswahl hat neue Realitäten im gesellschaftlich-politischen Leben des Landes hervortreten lassen, denen alle politischen Kräfte, einschließlich der Präsidentschaft und der Regierung, Rechnung tragen müssen.

Es gibt Kräfte, die sich bemühen – gestützt auf die Bestimmungen der Verfassung, die den Präsidenten mit weitreichenden Machtbefugnissen ausstatten –, den radikalen Kurs bei der Verwirklichung der Reformen fortzuführen, ja zu verhärten, ohne auf die wie auch immer gearteten Auswirkungen Rücksicht zu nehmen. Sollten sie sich durchsetzen, dürfte Rußland eine Periode folgenschwerer Erschütterungen bevorstehen, im Vergleich zu denen sich die Ereignisse vom Oktober 1993 wie eine Episode ausnehmen werden. Rigorose finanzielle Restriktionen, ein einschneidender strukturbedingter Umbruch in der Produktion, ganze Serien von Bankrotterklärungen industrieller Großbetriebe werden

Massenarbeitslosigkeit, eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung und infolgedessen wachsende soziale Spannungen bewirken. Unter solchen Bedingungen wird die Polarisierung der Kräfte zwischen den zum Autoritarismus tendierenden Behörden einerseits, Shirinowskis LDPR andererseits, der letzteren sehr gelegen kommen und eine wirklich ernstzunehmende faschistische Bedrohung herbeiführen. Im Spannungsfeld einer solch harten Konfrontation werden die anderen politischen Parteien und Blöcke schwerlich in der Lage sein, einen wesentlichen, selbständigen Einfluß auf das Verhalten der Massen auszuüben. Daß Shirinowski auf der Welle der Kritik am Radikalreformismus an die Haupthebel der Macht gelangt, dürfte Wirklichkeit werden. Die Auflösung des Parlaments, zu der in diesem Szenario der Präsident eventuell Zuflucht nehmen wird, wird nur wenig ändern. Sie wird den Kampf lediglich verschärfen und die Dimensionen der Gewalt ausweiten, die Chancen der extremen Rechten auf die Machtergreifung jedoch nicht im geringsten mindern.

Ein anderes Szenario der Entwicklung wird sich im Falle einer Zusammenarbeit der Präsidialgewalt mit der konstruktiven Opposition gegen den Radikalismus – dem Mitte-Links-Block in der Bundesversammlung – eröffnen. Ihm könnten neben dem gemäßigten Flügel von »Rußlands Wahl« und den ihm nahestehenden demokratischen Parteien auch linke reformorientierte Kräfte, einschließlich der Kommunisten, beitreten. Solch ein breites Bündnis der Reformen würde es gestatten, sowohl radikale Extremisten in der Umgebung des Präsidenten als auch Shirinowskis »Falken« zu isolieren. Für die Realisierung dieses Kurses sind aber mindestens zwei Bedingungen notwendig: Einmal eine ernsthafte Wende in der Politik der Reformen, ihre Befreiung von den radikalen Utopien des monetarischen Liberalismus und ihre soziale Ausrichtung. Zum anderen muß die Bundesversammlung das Recht zu einer Revision jener Bestimmungen in der Verfassung erhalten, die im Widerspruch zu dem Geist und den Zielen der demokratischen Reformierung der Gesellschaft die Etablierung eines autokratischen Regimes in Rußland legitimieren.

Anmerkungen

- 1 Eine Einschätzung seiner Folgen enthält Y.Krasins Artikel in: *Das Argument* 198, März/April 1993.
- 2 Im 2. Band von Hegels *Vorlesungen über Geschichte der Philosophie*, wo es um »sokratische Ironie« geht, heißt es: »Alle Dialektik läßt das gelten, was gelten soll, als ob es gelte, läßt die innere Zerstörung selbst sich daran entwickeln, – allgemeine Ironie der Welt.« Engels hat diesen Satz revolutionstheoretisch gewendet. Vgl. dazu W.F. Haug, *Determinanten der postkommunistischen Situation*. Hamburg/Berlin 1993 (Anm.d.Red.)

Wo sind wir? Wir reiben uns die Augen. Ist das die neue Weltordnung?



Wahrnehmungs-Versuche 2
Argument-Sonderband
Neue Folge Band 218
160 Seiten, 23,00 DM

Die in diesem Band versammelten Beiträge sind wiederum Gelegenheitsarbeiten (vgl. *Wahrnehmungs-Versuche 1*, 1990). Die Gelegenheiten reichen vom letzten Parteitag der KPdSU im Juli 1990, den der Autor als Korrespondent einer Wochenzeitung miterlebte, über Putsch und Gegenputsch in Moskau vom August 1991 bis zur deutschen Vereinigungskrise. Der Aufsatz, der dem Band den Titel gibt, entstand als Vortrag zum hundertjährigen Jubiläum der Landesirrenanstalt von Berlin, einer Institution, die mit Dürrenmatt als der geeignete Ort für gegenwartsgeschichtliche Weltbetrachtung angesehen werden kann. Alle hier gesammelten Essays, Reden, Interviews und Zeitungsartikel aus den Jahren 1990 bis 1993 sind Beiträge zu einer Geschichte der Gegenwart, der es darum geht, nicht nur die Tatsachen theoretisch-kritisch zu reflektieren, sondern auch kritische Theorie in der Nachfolge von Marx der Kritik der Tatsachen auszusetzen.

Man muß die Demokratie wieder zum Einsatz machen, um zu verhindern, daß sie untergeht.



Argument-Sonderband
Neue Folge Band 211
240 Seiten, 29,00 DM

Innerhalb wie außerhalb des nationalen Raums markieren die »Grenzen« (zwischen den Staaten und den sozialen Gruppen) die Grenzen der Demokratie. Zugleich sind sie Ausgangspunkt demokratischer Fortschritte.

In zwölf politischen und philosophischen Essays werden einige der wichtigsten aktuellen Fragen diskutiert: das Vorschreiten des Rassismus und des Nationalismus, die Krise des Staats-Sozialismus und dessen Zusammenbruch, Ausgrenzungen und Ungleichheit sowie plurale kulturelle Bewegungen und neue Dimensionen der Bürgerrechte und der Staatsbürgerschaft.

Balibar prüft Widersprüche und Dynamik einer Politik der Menschenrechte angesichts der Paradoxien des Universalismus, der Umwälzungen der Arbeitsverhältnisse, der Gewalt und des Friedens. Er zeigt, warum die Sicherheit aller auf dem Spiel steht - und daß der Rechtsstaat nicht überleben kann, wenn er nicht neue demokratische Anstrengungen unternimmt, wenn nicht durch Analyse und kollektives Handeln seine Grenzen erweitert werden.

Otto Kreye

Weltschuldenkrise revisited

Kein Ende der Schuldenkrise

In jüngster Zeit ist viel von einem Ende der Schuldenkrise die Rede. Der Direktor des Internationalen Währungsfonds, Michel Camdessus, erklärte im Herbst 1992 auf der Jahrestagung von Währungsfonds und Weltbank, »die Schuldenkrise sei gezähmt, obwohl einige Schuldnerländer immer noch Anstrengungen zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und anderen Probleme unternehmen müßten« (*Nachrichten für Außenhandel*, 28.9.92). Die Verschuldung der Entwicklungsländer ist für die Bretton Woods Institute – anders als in den Vorjahren – »kein Thema« mehr. Der Präsident der Weltbank, Lewis Preston, glaubte vor Weltbankgouverneuren aus Lateinamerika und der Karibik verkünden zu können, daß »zehn Jahre nach dem Beginn der Verschuldungskrise ihr Ende gefeiert werden könne« (vgl. *epd-Entwicklungspolitik*, 18./19.9.92, 9).

Auf den Treffen der Regierungschefs der Gruppe der sieben Industrieländer (G-7), den Wirtschaftsgipfeln 1992 in München und 1993 in Tokio, standen die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer nicht zur Debatte. In den jeweiligen Abschlusserklärungen werden »die Fortschritte, die viele Entwicklungsländer bei der Überwindung der Schuldenprobleme und bei der Wiedergewinnung ihrer Kreditwürdigkeit erzielt haben«, stereotyp begrüßt, und es wird »bekräftigt«, »daß die internationale Schuldenstrategie nach wie vor gültig« sei. Der Vizepräsident der Citibank (der US-Bank, die besonders stark im Kreditgeschäft mit Ländern der Dritten Welt engagiert ist) und Vorsitzende des »Gläubigerausschusses der internationalen Banken«, William Rhodes, hatte im Frühjahr 1992 angekündigt, daß »Lateinamerikas Schuldenkrise voraussichtlich im August (1992) bewältigt« sein werde (*Börsen-Zeitung*, 4.8.92). Auch die Londoner *Financial Times* glaubte auf Grund der wiedergewonnenen Zahlungsfähigkeit einzelner Länder Anlaß zu der Feststellung zu haben, daß zumindest das Schlimmste überstanden sei (vgl. *Financial Times*, 6.6. und 30.7.92).

Was ist von solchen Verlautbarungen zu halten? Geht die Schuldenkrise tatsächlich ihrem Ende entgegen, und falls dies so ist, für wen – für die Gläubigerseite, für die Schuldnerseite oder für beide Seiten? Es ist daran zu erinnern, daß nach dem Verständnis der Gläubigerseite, nämlich der internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) und des internationalen Bankensystems, die Aussetzung des Schuldendienstes durch Mexiko im August 1982 den Beginn der Schuldenkrise markiert. Tatsächlich scheint es so, daß zehn Jahre nach dem Beginn der so definierten Schuldenkrise diese für gewichtige Teile der Gläubigerseite, insbesondere für das internationale Bankensystem, ihre Schrecken verloren hat. Ein Kollaps des internationalen Finanzsystems ist ausgeblieben und als Folge der Verschuldung der Dritten Welt auch in der vorhersehbaren Zukunft kaum zu erwarten; die Forderungen des privaten Bankensystems an die Schuldnerländer konnten ohne nennenswerte Verluste abgebaut werden (zum Teil zu

Lasten der öffentlichen Hand); und als Ergebnis der Durchsetzung von Struktur- anpassungs- und Stabilisierungsprogrammen in vielen Schuldnerländern ist gesichert, daß die verbleibenden Forderungen des internationalen Bankensystems einigermaßen zuverlässig bedient werden. Schließlich ist der Handel mit Schuldtiteln und Anleihen der Entwicklungsländer zu einem lukrativen Geschäft geworden.

Ganz anders stellt sich der Sachverhalt für die Schuldnerseite dar. Eine Milderung der Schuldenkrise, geschweige denn eine Lösung ist für die Schuldnerländer auch nicht ansatzweise in Sicht. Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer hat sich in den zehn Jahren seit dem registrierten Ausbruch der Schuldenkrise – von 1982 bis 1992 – fast verdoppelt, und sie steigt weiter an; für den Schuldendienst wird ein wachsender Teil des Bruttoinlandsprodukts verbraucht; die ökonomischen und sozialen Folgen der Strukturanpassungs- und Stabilisierungsmaßnahmen, die die Bedienung der Schulden gewährleisten oder gewährleisten sollen, sind verheerend. Es ist zu befürchten, daß sich die Schuldenkrise durch die Maßnahmen, die der Gläubigerseite dienlich sind, für die Schuldnerseite, d.h. für die Entwicklungsländer, noch verschärfen wird. Wenn Citibank-Vizepräsident Rhodes, wie oben zitiert, davon spricht, daß Lateinamerikas Schuldenkrise bewältigt sei, so heißt das tatsächlich, daß die Banken (vorwiegend US-Banken), die in der Tat jahrelang um ihre lateinamerikanischen Ländern gewährten Kredite fürchten mußten, jetzt sicher sind, daß zumindest sie aus dem von ihnen wesentlich zu verantwortenden Finanzdebakel mit heiler Haut herauskommen werden. Lateinamerikas Schuldenkrise ist deshalb noch längst nicht gelöst. Die Zahlen zur Entwicklung der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer machen das auf ihre Weise deutlich (vgl. den nächsten Abschnitt). Den Gläubigerbanken und Gläubigerländern fließt ein stetiger Strom von Tilgungs- und Zinszahlungen zu; die Schuldnerländer erfahren auf Grund der Schuldendienstzahlungen einen ununterbrochenen Ressourcenabfluß. Nicht nur die finanzielle, sondern die ökonomische und soziale Krise vieler Entwicklungsländer wird noch verschärft.

Von anderen internationalen Organisationen, so z. B. vom Sekretariat und von den Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen und selbst von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), wird die optimistische Einschätzung der Leiter von Währungsfonds und Weltbank vom Ende der Schuldenkrise daher auch nicht geteilt. Sie beurteilen die Aussichten auf eine baldige Lösung der Schuldenkrise und auf eine Beseitigung ihrer schlimmsten Auswirkungen eher pessimistisch.

In einer Rede vor der UN-Vollversammlung am 3. Dezember 1991 zeigte sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, alarmiert, »daß die Gläubigerseite das Schuldenproblem nicht länger als eine Bedrohung ansehen würde, während die Auslandsschulden viele der ärmeren und armen Länder fortgesetzt ausbluten lassen und jeden sozialen und ökonomischen Fortschritt verhindern« (vgl. *Development Forum*, Nov. 92/Febr. 93). Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) stellte in ihrem Jahresbericht 1991 fest, »daß auch für Lateinamerika das Problem der Auslandsverschuldung weit von einer definitiven Lösung entfernt sei, auch wenn es ein wenig an Brisanz verloren

habe. Die Gesamtverschuldung Lateinamerikas nehme weiter zu. Der Anpassungsprozeß trage in allen Ländern einen mehr oder weniger 'regressiven Charakter'. Die Schere zwischen Reich und Arm gehe immer weiter auseinander« (vgl. *Nachrichten für Außenhandel*, 1.10.91).

Die OECD stellt in ihrem im September 1992 vorgelegten Jahresbericht unmißverständlich fest, »daß die Schuldenkrise der Dritten Welt fortbestehe, auch wenn Banken und Regierungen die Oberhand gewonnen haben mögen. Das Schuldenproblem sei weder gelöst noch sei es auch nur ansatzweise zum Verschwinden gebracht« (*Financial Times*, 14.9.92). Selbst die zuständigen Fachleute der Weltbank mögen den Optimismus ihres Präsidenten nicht uneingeschränkt teilen. So schreiben der Leiter des Referats für Schulden und Internationale Finanzen der Weltbank, Masood Ahmed, und der Vizepräsident Entwicklungspolitik und Chefökonom der Bank, Lawrence Summers, in der Vierteljahresschrift des IWF und der Weltbank: »Aber die Schuldenkrise ist für mehr als vierzig Entwicklungsländer noch lange nicht beendet. Diese haben weiterhin Schwierigkeiten, ihre Schulden wie ursprünglich vereinbart zu bedienen.« (»Zehn Jahre Schuldenkrise – eine Bilanz«, in: *Finanzierung und Entwicklung*, 9/92, 5) Die *Neue Zürcher Zeitung* (16./17.8.92) kommentierte zutreffend: »Das öffentliche Interesse an der Schuldenkrise mag ... eingeschlafen sein – die dahinter stehende wirtschaftliche Krise hat jedoch nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.«

Zur Entwicklung der Auslandsverschuldung

Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer zum Jahresende 1992 werden vom IWF mit 1,390 Milliarden US-Dollar (ohne Osteuropa und Nachfolgestaaten der Sowjetunion), von der Weltbank mit 1,510 Milliarden (einschließlich Osteuropa, ohne Nachfolgestaaten der Sowjetunion) und von der OECD mit 1,534 Milliarden (ohne Osteuropa und ohne Nachfolgestaaten der Sowjetunion) angegeben. Die Unterschiede sind im wesentlichen auf unterschiedliche Kriterien (Ländergruppen, Zahl der Länder, Kreditarten) und Methoden (Primärerhebung, Zahlungsbilanzstatistik) zurückzuführen. Für 1982 werden die Auslandsschulden der Entwicklungsländer vom IWF mit 791,4 Milliarden und von der Weltbank mit 745,1 Milliarden US-Dollar angegeben. Sie haben sich damit seit Ausbruch der Schuldenkrise praktisch verdoppelt.

Die Auslandsverschuldung Lateinamerikas, der 1982 absolut und auch relativ – bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – am höchsten verschuldeten Region der Dritten Welt, ist von 1982 bis 1992 von 331 auf 453 Milliarden US-Dollar angewachsen. Dramatisch zugenommen hat die Auslandsverschuldung Afrikas, von 122 auf 222 Milliarden, und der Entwicklungsländer Asiens, von 187 auf 424 Milliarden. Indien, 1982 noch ohne nennenswerte Auslandsschulden, zählt 1992 mit 74 Milliarden US-Dollar zur Gruppe der am höchsten verschuldeten Länder der Dritten Welt. Von der Weltbank wird ein weiterer Anstieg auf 93 Milliarden innerhalb der nächsten fünf Jahre erwartet (vgl. *Financial Times*, 20.8.92). Es scheint nur noch eine Frage der Zeit, bis die Folgen dieser Entwicklung auch in diesem Land unvermeidlich zu einem Zusammenbruch gegenwärtig noch einigermaßen intakter wirtschaftlicher Strukturen führen. Vermutlich dann wird

auch die Auslandsverschuldung Indiens von der Öffentlichkeit im (westlichen) Ausland beklagt werden. Die Schuldenquote (Auslandsschulden bezogen auf das jährliche Bruttoinlandsprodukt) und die Schuldendienstquote (Schuldendienstzahlungen bezogen auf die Erlöse aus dem Export von Waren und Dienstleistungen) lassen ihrerseits die Fortdauer und regionale Verschärfung der Schuldenkrise deutlich werden. Die Schuldenquote der Entwicklungsländer insgesamt übersteigt seit langem schon den Wert von 25 Prozent, die Quote, die gerade noch für erträglich gehalten wird. Die Schuldenquote Afrikas ist von 35 Prozent im Jahr 1982 auf 60 (!) Prozent im Jahr 1992 angewachsen, die der Entwicklungsländer Asiens von 22 Prozent auf knapp 25 Prozent, und die Schuldenquote Lateinamerikas wird für 1982 und 1992 mit jeweils 43 Prozent ausgewiesen. Dazwischen war sie in einigen Jahren auf über 50 Prozent angestiegen.

Aber selbst eine Schuldenquote von 25 Prozent erfordert Schuldendienstzahlungen in einer Höhe, die die Leistungsfähigkeit praktisch jeder Volkswirtschaft übersteigen oder schlimmer noch, ruinieren müssen. Ein Zahlenbeispiel mag das illustrieren: Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 100 Milliarden US-Dollar, einer Schuldenquote von 25 Prozent und damit Auslandsschulden von 25 Milliarden US-Dollar wären bei einer durchschnittlichen Laufzeit der Kredite von zehn Jahren und bei einem durchschnittlichen Zinssatz von zehn Prozent jährliche Tilgungsleistungen in Höhe von 2,5 Milliarden und jährliche Zinszahlungen in Höhe von 2,5 Milliarden, insgesamt also Schuldendienstleistungen in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar jährlich oder von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts fällig. Würden Schuldendienstzahlungen in dieser Höhe geleistet, gingen dem Inlandssparaufkommen Mittel in Höhe einer durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Nettoinvestitionsquote verloren, mit gravierenden Folgen für Investitionen, Wachstum und Verbrauch. Würden die fälligen Schuldendienstzahlungen nicht oder nur teilweise geleistet, wachsen die Auslandsschulden an; das Verschuldungsproblem wird perpetuiert.

1992 haben die Entwicklungsländer Schuldendienstzahlungen – Tilgungs- und Zinszahlungen für die Auslandsschulden – in Höhe von 170 Milliarden US-Dollar geleistet. Für den Schuldendienst sind damit rund fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Entwicklungsländer abgeflossen. Zum Vergleich sei angemerkt, daß die Industrieländer nur etwa 0,35 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfeleistungen aufgewendet haben, also weniger als ein Zehntel des Anteils am Bruttoinlandsprodukt, den die Entwicklungsländer für den Schuldendienst aufbringen mußten.

Von 1982 bis 1992 haben die Entwicklungsländer nach Angaben des IWF Schuldendienstzahlungen von insgesamt 1520 Milliarden US-Dollar geleistet; bis zum Jahresende 1993 wird diese Summe auf 1700 Milliarden US-Dollar angewachsen sein. Sie ist mehr als doppelt so hoch wie die der gesamten Auslandsschulden der Entwicklungsländer im Jahr 1982, am Beginn der Schuldenkrise. Dennoch ist die Auslandsverschuldung bis 1992 auf 1390 Milliarden US-Dollar angewachsen, und sie ist nach den vorliegenden Schätzungen bis zum Jahresende 1993 auf über 1500 Milliarden US-Dollar angestiegen.

Auf Basis der von der Weltbank ausgewiesenen Zahlen zur Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer läßt sich die folgende Rechnung aufmachen:

		Mrd. US-Dollar
Auslandsschulden	1982	745,1
zuzüglich langfristige Kredite	1982-1991	1048,6
abzüglich Tilgungszahlungen	1982-1991	681,1
zuzüglich kurzfristige Kredite	1982-1991	52,2
Saldo		1164,8

Tatsächlich wird die Auslandsverschuldung für 1991 von der Weltbank mit 1280,8 Milliarden US-Dollar angegeben, ein um 116 Milliarden höherer Betrag. Dahinter verbirgt sich im wesentlichen, daß nicht geleistete Zinszahlungen den Verbindlichkeiten zugeschlagen werden und daß der Dollarwert der Verbindlichkeiten, die in Hartwährungen wie D-Mark, Schweizer Franken oder Yen zu bedienen sind, durch den Kursrückgang des US-Dollar gestiegen ist (für die Entwicklungsländer eine beträchtliche Zusatzbelastung).

Die Entwicklungsländer haben aus ihren Kreditbeziehungen mit dem Ausland seit 1984 ununterbrochen einen Ressourcenabfluß hinnehmen müssen. In den vergangenen zehn Jahren hat es nur 1982 und 1983 einen geringfügigen Nettotransfer in die Entwicklungsländer gegeben (25 Mrd. US-Dollar); von 1984 bis 1991 hatten sie einen Ressourcenabfluß (Nettotransfer) in Höhe von 243 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen. Die tatsächlich geleisteten Zinszahlungen betragen seit 1982 in keinem Jahr weniger als fünf Prozent der für das jeweilige Jahr ausgewiesenen Auslandsschulden. Die Schuldendienstquote insgesamt hat nach Angaben des IWF von 1982 bis 1991 von 19,6 auf 14,2 Prozent abgenommen. Die Schuldendienstquote der Entwicklungsländer Afrikas ist von 20,3 auf 26,7 Prozent angestiegen, die der Entwicklungsländer Asiens von 12,7 auf 7,9 Prozent und die Lateinamerikas und der Karibik von 53,6 auf 31,5 Prozent gesunken. Scheinbar kommt in diesen Zahlen – von Afrika abgesehen – eine erfreuliche Entwicklung zum Ausdruck; in Wahrheit sind die abnehmenden Schuldendienstquoten angesichts unverändert hoher Schuldenquoten nur ein Indikator dafür, daß die Exportquote, mit anderen Worten: die Verwendung von Ressourcen für den Export zugenommen hat. Die scheinbar verbesserte Fähigkeit der Länder, die Schulden zu bedienen, hat die finanziellen Belastungen deshalb um keinen Deut geringer werden lassen. Im übrigen bedeuten Schuldendienstquoten von 26,7 (Afrika) und 31,5 Prozent (Lateinamerika), daß über ein Viertel (Afrika) und knapp ein Drittel (Lateinamerika) der Erlöse aus dem Export von Waren und Dienstleistungen für Schuldendienstzahlungen verwendet werden und damit nicht für die Finanzierung von Waren und Dienstleistungsimporten verfügbar waren.

Welche Dimensionen der Schuldendienst und der entsprechende Ressourcetransfer ins Ausland annehmen kann, zeigt in besonders krasser Weise das Beispiel ausgerechnet des Landes, welches durch seine Ankündigung im August 1982, den Schuldendienst auszusetzen, die Schuldenkrise »ausgelöst« hatte. Von 1982 bis 1990 hat Mexiko für den Schuldendienst insgesamt 114,0 Milliarden US-Dollar aufbringen müssen, mehr als es 1982 Auslandsschulden hatte. Im Jahr der Ankündigung des Schuldenmoratoriums hat Mexiko bei einer Auslandsverschuldung von 86,1 Milliarden US-Dollar Zinszahlungen von 7,8 Milliarden und Tilgungszahlungen von 4,5 Milliarden geleistet. Ein Jahr später, 1983, wurden für

den Schuldendienst insgesamt 14,8 Milliarden ins Ausland transferiert, 1984 16,9 Milliarden usw. usw. 1990 sind Zinszahlungen von 7,3 Milliarden und Tilgungsleistungen von 4,9 Milliarden ins Ausland abgeflossen. Die Schuldendienstzahlungen in all diesen Jahren machten ausnahmslos mehr als fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus; 1988 waren sie auf die Rekordhöhe von 7,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angestiegen. Die tatsächlich geleisteten Zinszahlungen spiegeln für 1982 eine Verzinsung von 9,0 Prozent wider, für 1983 bis 1985 eine Verzinsung von über 10,0 Prozent und von 1986 bis 1990 eine Verzinsung zwischen 7,5 und 9,7 Prozent. Von 1982 bis 1990 hatte Mexiko aus seinen Kreditbeziehungen mit dem Ausland einen Nettotransfer ins Ausland von insgesamt 52,8 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen. In den letzten Jahren wurde ein nicht unerheblicher Teil der Schuldendienstzahlungen Mexikos (und anderer Länder) aus den Erlösen finanziert, die der Staatskasse aus der Privatisierung öffentlicher Unternehmen zugeflossen sind. Die Verwendung der Deviseneinnahmen aus dem Verkauf öffentlicher Einrichtungen an Investoren aus dem Ausland wird gelegentlich als besonders wirksame Methode der Schuldenreduzierung gepriesen. Tatsächlich schafft sie allenfalls kurzfristig eine Atempause. Langfristig muß die öffentliche Hand auf Erträge aus den vormals öffentlichen Einrichtungen verzichten, und langfristig ist ein vermehrter Devisenbedarf für den Transfer von Gewinnen und die Repatriierung von Kapital zu decken.

Es ist das Verdienst des Sekretariats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), das ganze Dilemma der Schuldnerländer in Anlehnung an Feststellungen (in den dreißiger Jahren) von Keynes und Irving Fisher auf die richtige Formel gebracht zu haben: »The more debtors pay, the more they owe« – »je mehr Schuldner zahlen, desto mehr verschulden sie sich« (UNDP, Human Development Report 1992, New York, Oxford 1992, 50f). Das Bemühen, durch Steigerung der Exporte von Waren und Dienstleistungen die Erlöse zu erwirtschaften, die für den Schuldendienst gebraucht werden (die praktizierten Schuldenstrategien sind im Kern fast ausnahmslos auf dieses Ziel gerichtet), führt nur noch stärker in die Verschuldung. Das vermehrte Exportangebot bewirkt unvermeidlich eine Verschlechterung der *terms of trade* für die Exportländer, bis hin zum Preisverfall, was verstärkte Exportanstrengungen nach sich zieht, die noch weiter in die Sackgasse führen. Es ist die Erfahrung der Schuldnerländer in den achtziger Jahren, daß durch vermehrte Exporte statt höherer Einnahmen per Saldo geringere Einnahmen erzielt werden. Die Schulden können nicht oder nicht vollständig bedient werden; die Verschuldung steigt an.

Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Schuldendienstes

»Is there life after debt?« (*Financial Times*, 30.7.92)

Die *Financial Times* ist sich einer Antwort auf ihre insbesondere auf die lateinamerikanischen Länder gemünzte Frage, »was kommt nach den Schulden«, nicht sicher. Sie sieht Anzeichen für eine gewisse Erholung des Wirtschaftswachstums in einigen der hochverschuldeten Länder Lateinamerikas, hält es aber keineswegs für ausgemacht, daß diese von Dauer sein wird. Sie ist eher skeptisch, daß

die Regierungen den bisherigen katastrophalen Folgen der Schuldenkrise, in erster Linie der grenzenlosen Armut und dem weit fortgeschrittenen Zerfall der Infrastruktur, etwas entgegenzusetzen hätten. Sie hält es nicht für ausgeschlossen, daß der ökonomischen und sozialen Krise die politische Krise in der Form von Militärputschen und Bürgerkriegen folgen könnte. Anzeichen dafür gäbe es in einer ganzen Reihe von Ländern – Brasilien, Peru, Venezuela – mehr als genug.

Es gibt nicht den geringsten Zweifel, daß es keinerlei Spielraum für eine ökonomisch stabile, ökologisch tragfähige und sozial sinnvolle (soziales Elend auch nur lindernde) Entwicklung geben wird, sollten die Entwicklungsländer weiterhin gezwungen sein (und gezwungen werden), Schuldendienste im gegenwärtigen Umfang für Auslandsschulden vom gegenwärtigen Ausmaß zu leisten. Ein permanenter Nettotransfer aus den Schuldnerländern ins Ausland, wie dies nunmehr schon seit acht Jahren der Fall ist, entzieht den Schuldnerländern nicht nur Kapital, sondern in dem Maße auch die wirtschaftlichen Ressourcen – natürliche Reichtümer, landwirtschaftliche Nutzflächen, Infrastruktur etc. –, wie sie für die Exportproduktion für den Schuldendienst verbraucht werden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stagniert oder nimmt ab; nicht nur Neu-, sondern auch Ersatzinvestitionen sind nicht mehr finanzierbar; öffentliche Einnahmen werden unproduktiv verbraucht. Die für die Inlandsmärkte und die Inlandsversorgung verfügbaren Ressourcen müssen weit über das Maß, das für ihre Bewahrung einzuhalten wäre, hinaus in Anspruch genommen werden; die Umweltzerstörung schreitet voran. Arbeitslosigkeit, Hunger und Obdachlosigkeit sind die sozialen Folgen.

In Lateinamerika spricht man von den achtziger Jahren als von einem »verlorenen Jahrzehnt«. Von 1980 bis 1990 ist das Bruttoinlandsprodukt in den Entwicklungsländern insgesamt nominal von 2493 auf 3683 Milliarden US-Dollar angewachsen. In den zehn Jahren zuvor, von 1971 bis 1980, als es einen Nettotransfer in die Entwicklungsländer gegeben hat, ist es nominal von 493 auf 2493 Milliarden angestiegen. Das Bruttoinlandsprodukt Afrikas, der Region mit der höchsten Schuldenquote, ist in den achtziger Jahren absolut zurückgegangen, von 347 auf 318 Milliarden. Das Bruttoinlandsprodukt Lateinamerikas hat in den achtziger Jahren nominal von 841 auf 1046 Milliarden US-Dollar zugenommen und damit praktisch stagniert. Das Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer Asiens ist von 1981 bis 1990 nominal von 1305 auf 2319 Milliarden angewachsen, während es in den zehn Jahren zuvor nominal von 272 auf 1305 Milliarden zugenommen hatte.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat in den achtziger Jahren lediglich in den Entwicklungsländern Asiens zugenommen; in Lateinamerika ist es nominal unverändert geblieben und real zurückgegangen, und in Afrika ist es drastisch gesunken. Der Anteil der Entwicklungsländer am Bruttoinlandsprodukt der Welt, der von 1970 bis 1980 von 15,5 auf 21,5 Prozent angestiegen war, ist in den achtziger Jahren wieder zurückgegangen; er machte 1990 nur noch 18,5 Prozent aus. Nach Angaben der Weltbank mußten sich 1990 4,1 Milliarden Menschen (78,5 % von 5,2 Mrd. Weltbevölkerung) in nur 15,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Welt (3479 Mrd. US-Dollar) teilen, während 1,1 Milliarden Menschen (21,5 % der Weltbevölkerung) über 84,3 Prozent des Weltbruttosozialprodukts

(18694 Mrd. US-Dollar) verfügten (vgl. World Bank, *World Development Report* 1992, New York 1992, 196).

Die Stagnation und der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf sind begleitet von wachsender sozialer Verelendung. Nach Angaben der Weltbank und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ist die Zahl der in Armut und Elend lebenden Menschen in den Entwicklungsländern größer als je zuvor. Etwa 1 100 Millionen Menschen leben unter den Bedingungen extremer Armut; sie verfügen über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 370 US-Dollar. 1 300 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2 300 Millionen sind obdachlos, 600 bis 800 Millionen quantitativ und/oder qualitativ unzureichend ernährt. Die Arbeitslosigkeit wächst stetig an; etwa 600 Millionen Menschen im ökonomisch aktiven Alter sind in den Entwicklungsländern arbeitslos – und damit weitgehend einkommenslos.

Natürlich ist die wachsende soziale Verelendung nicht allein auf die Auslandsverschuldung, den Schuldendienst und den damit verbundenen Nettokapitalabfluß aus den Entwicklungsländern zurückzuführen, aber Schuldendienst und Nettotransfer tragen wesentlich dazu bei, daß das Bruttoinlandsprodukt stagniert oder sinkt, daß Investitionen nicht finanziert werden können und ausbleiben, öffentliche Ausgaben reduziert werden, die Inflation galoppiert, die Reallöhne sinken und die Arbeitslosigkeit ansteigt. Hauptopfer dieser Entwicklungen sind zunächst immer die schon im Elend lebenden Menschen. In zunehmendem Maße werden in den Schuldnerländern aber auch Menschen in ihrer Existenz bedroht, die bislang noch über einigermaßen erträgliche Einkommen und Lebensbedingungen verfügten.

Es gibt nicht den geringsten Zweifel, daß eine weitere Aufrechterhaltung des Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, wie es nunmehr seit mehr als zehn Jahren besteht, jedwede Entwicklungsperspektive in den Schuldnerländern, also in der großen Mehrheit der Entwicklungsländer, blockiert. Der wachsenden Zahl von Menschen, die soziale Opfer dieses Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses und des Mechanismus von Verschuldung, Schuldendienst und Nettotransfer werden, bleibt als Ausweg nur der Versuch der Migration. 70 Millionen Menschen aus Entwicklungsländern befinden sich schon auf der Wanderung. Man sollte sich in den Industrieländern, die bisher erbarmungslos auf die Einhaltung der Schuldendienste geklagt haben, nicht wundern, wenn es bald 700 Millionen sein werden.

Claude Meillassoux

Kapitalistische Produktion von »Überbevölkerung« in Afrika

Die demographischen Probleme, vor allem die des rapiden Bevölkerungswachstums, finden einen starken emotionalen Widerhall, und die Art und Weise, in der sie empirisch wahrgenommen werden, ist nicht frei von Vorurteilen. Die Realität und die Reflexion darüber bringen eine Reihe von Paradoxien hervor, die möglicherweise auf ein Auseinanderfallen zwischen unseren Wahrnehmungsweisen der Tatsachen und den auf sie bezogenen Politiken hinweisen. Nicht das geringste Paradox ist, daß Afrika von einem schnellen Bevölkerungswachstum betroffen ist, während es zugleich von tödlichen Plagen heimgesucht wird: Hunger, Krieg, Krankheiten. Wenn die Voraussagen bezüglich der Sterblichkeit so korrekt sind wie die hinsichtlich des Bevölkerungswachstums, würden sich beide in den kommenden Jahren gegenseitig aufheben. Dieses Paradox wirft zahlreiche ernste Fragen auf.

Ungeachtet der biblischen Ermutigung »Gehet hin und mehret euch« wird das demographische Wachstum im christlichen Abendland seit der industriellen Revolution mehr und mehr als bedrohliche Geißel empfunden. Für Malthus ist der Pöbel, der vom überschüssigen Teil einer vom Schmerz angetriebenen Bevölkerung gebildet wird, unter allen Ungeheuern der »furchtbarste Feind der Freiheit«. Davon ausgehend haben sich zwei miteinander zusammenhängende apokalyptische Visionen der Demographie entwickelt: die Angst, von der Menge verschlungen, und die Angst, vom Elend angesteckt zu werden. Mehr als ein Jahrhundert nach Malthus wird das demographische Unheil von dem spanischen Philosophen Ortega y Gasset als »vertikales Einbrechen der Barbaren« (irruption verticale) verstanden, das aus der Nation selbst heraus entsteht. So stellten sich die europäischen Eliten der Zwischenkriegszeit das Proletariat vor: als eine andere und bedrohliche Rasse, die sich zu ihren Füßen herausbildet. Sie vergaßen, daß die Bevölkerung der städtischen Elendsquartiere mehrheitlich vom Land kam, daß es sich also um »ihre« Bauern handelte, um die gleichen Bauern, welche die von der Schönheit begeisterten Künstler in ihren Romanen und auf ihren Gemälden mit bukolischen und zauberhaften Zügen darstellten. Die gleichen Bauern wurden in der Tat bis zur Unkenntlichkeit entstellt, nachdem sie einmal von ihren industriellen Freunden und Mäzenen in die Fabriken gelockt und völlig verändert worden waren, wo man sie mit Alkohol und wertlosen Lumpen bezahlte. Daß man sich dieses demographische Wachstum als ein »vertikales Einbrechen der Barbaren« vorstellte, ist bezeichnend: Vergessen ist die nationale Herkunft dieser proletarisierten Bauern, sie selbst werden auf eine absolute Andersartigkeit zurückgeworfen, ihre Zugehörigkeit zu irgendeiner Zivilisation geleugnet. Die Klassenverhältnisse waren also evident, wurden so empfunden und ausgedrückt: Das Proletariat hatte seine kulturelle Identität, die mit der einer fremden Rasse vergleichbar war.

Heutzutage tauchen die Barbaren weder zu unseren Füßen auf, noch kommen sie aus unergründlichen Tiefen. Sie haben eine eindeutig fremde Herkunft. Das

ändert nichts an der Furcht oder gar an der Abscheu, die sie erregen. Man spricht von Invasion, Überflutung, Besitznahme, bei Kennern der Materie sogar von »overdose«. Jedenfalls legt diese Fremdheit eine Lösung nahe: die erzwungene Rückkehr in die Heimat. Wenn die Barbaren nicht aus unseren ländlichen Gebieten kommen, sondern aus weit entfernten und fremden Gegenden, dann können sie dorthin zurückgeschickt werden. Infolgedessen wird der Status der Immigranten unsicher. Die Elendsquartiere, in denen sich unsere ländlichen Urgroßeltern zusammendrängten, wo sie sich aber auch vermehrten, verwandeln sich in vorübergehende Schlafstätten; die familiäre Situation, wie immer sie in Wirklichkeit war, wird auf einen Zustand der »Ehelosigkeit« zurückgeworfen – der Status des Immigranten erstarrt zu dem eines reinen, nicht zu assimilierenden und rechtlosen Fremden.

Der Rekurs auf die Vorstellungen von Bevölkerungswachstum erinnert vor allem daran, daß dieses Phänomen während des gesamten 19. Jahrhunderts einen Vorläufer von kleineren Ausmaßen im industrialisierten Europa hatte: In Großbritannien wurde das Bevölkerungswachstum von einer Versorgungskrise begleitet. Trotz des Fortschritts der englischen Landwirtschaft und dem Willen der britischen Bauern, sich den nationalen Getreidemarkt zu sichern, mußte man auf freie Importe zurückgreifen, um diese notwendige, aber wachsende industrielle Bevölkerung zu ernähren, und das zu Preisen, welche die Pofite der Unternehmer nicht beeinträchtigten. Ohne diese Zufuhr aus dem Ausland hätte das Proletariat niemals seine tatsächlich erreichten Ausmaße annehmen können. Wie Dupâquier (1988) für Frankreich zeigt, wurde das Bevölkerungswachstum von einem Aufschwung der Landwirtschaft und der von ihr stimulierten Produktionen begleitet und in einem gewissen Maße ermöglicht. Die Rückbesinnung auf die Vergangenheit macht auch deutlich, daß sich unsere soziale Welt seither aufgespalten hat und daß innerhalb der entwickelten Nationen dieses sich schnell vermehrende Proletariat nicht mehr existiert. Das schnelle Bevölkerungswachstum, Ergebnis der Industrialisierung, ist nicht länger – und das ist ein weiteres Paradox – ein charakteristisches Phänomen der Industrienationen, sondern der am wenigsten »fortgeschrittenen« Länder. Die demographischen und ökonomischen Eigenheiten der Emigrations- und der Immigrationszonen entwickeln sich unterschiedlich: Während die ersteren unter dem Gewicht ihrer Kinder zusammenzubrechen drohen, ist zu befürchten, daß die zweiten sich mit der Asche ihrer Greise verflüchtigen.

Ein Teil der Immigranten in Europa kommt aus Schwarzafrika. Die dortige Geburtenrate ist die höchste der fünf Kontinente. Ist es also ein überfüllter Kontinent?

Es ist bekannt, daß Afrika im Verhältnis zu den anderen Kontinenten einen Rückstand im Bevölkerungswachstum aufweist, und man könnte annehmen, daß es ihn nur aufholt. Aber das Problem besteht darin, daß dieses Aufholen sich nicht nach seinen eigenen Bewegungsgesetzen vollzieht, sondern äußeren Einflüssen unterliegt. Die Regionen, aus denen die scheinbaren Bevölkerungsschüsse kommen, gehören im allgemeinen nicht zu den am dichtesten besiedelten. Zwischen der Bevölkerungsdichte und der Emigration gibt es keine eindeutige

Korrelation. Ein Land wie Nigeria, das bevölkerungsreichste und eines der am dichtesten besiedelten Länder Afrikas, vergleichsweise am höchsten industrialisiert, ist weit davon entfernt, ein Auswanderungsland zu sein, und zieht im Gegenteil Millionen von Immigranten an, sogar bis zu dem Punkt, daß es sich gezwungen sieht, sie auszuweisen – übrigens ohne großen Erfolg. Es ist außerdem eines der Länder, die die wenigsten Nahrungsmittel importieren.

Burundi und Ruanda, die mit die höchste ländliche Bevölkerungsdichte Afrikas haben, dagegen wenig industrialisiert sind, sind – abgesehen von der politischen Emigration – auch keine Auswanderungsländer. Sie importieren praktisch keine Nahrungsmittel. Der Exodus scheint durch keine irgendwie geartete lokale »Überbevölkerung« verursacht zu sein.

Die Region Soninké in Mali, einem Auswanderungsland, aus dem ein großer Teil der afrikanischen Arbeiter in Frankreich kommt, liegt dagegen in einer Zone der Halbwüste, in der es nur einige Marktflecken gibt und die durchschnittliche Bevölkerungsdichte bei sechs bis acht Einwohnern pro Quadratkilometer liegt. Trotz der harten klimatischen Bedingungen und der in dieser Region immer wiederkehrenden Dürreperioden gibt es hier keinen Exodus, ganz im Gegenteil. Die dortigen Bevölkerungen sind fest mit ihrem Land verbunden. Die Familien der Emigranten bleiben weiter im Dorf. An Land, das allerdings nur geringe Erträge bringt, fehlt es nicht, und wenn die landwirtschaftliche Selbstversorgung sich verschlechtert, liegt das mehr an der Auswanderung als an der Erschöpfung der Anbauflächen. Wenn die Abholzung sich ausbreitet, dann mehr wegen der Versorgung der Städte als wegen lokaler Bedürfnisse. Aber da diese Region abgelegen und schlecht angebunden ist, produziert sie für den Markt nur ihre Arbeitskraft. Die Emigration ist hier also weder die Folge einer Überbevölkerung noch einer Landflucht, sondern vielmehr einer Marginalisierung.

Diese auseinandergerissenen Bevölkerungen, in denen der Mann für lange Perioden abwesend ist, sind charakterisiert durch die Trennung zwischen den bezahlten Produktionstätigkeiten, die von den Männern ausgeführt werden, allerdings anderswo, und der Reproduktion, die sich, so gut es geht, »im Land« unter zunehmender Verantwortung der Frauen fortsetzt. Diese sind von der Vervielfältigung der landwirtschaftlichen Arbeiten erschöpft, die sie zusätzlich zu den häuslichen Aufgaben und der Erziehung der Kinder ausführen müssen, die sie dann in Europa ihren großen Brüdern zugesellen werden. Diese für die Fortpflanzung wenig günstigen physischen Umstände führen dennoch zur Konsolidierung von Familien, die in der Lage sind, mit dieser aufgezwungenen Trennung zu leben, indem sie ihre Solidaritätsnetze zwischen Verwandten und Generationen von einem Land zum anderen ausdehnen.

Wenn man vor Ort die erwarteten Indizien für Überbevölkerung nicht auffindet, stellt man sich eine Reihe von Fragen. Die erste afrikanische Bevölkerung, die ich untersucht habe, die Gouro an der Elfenbeinküste, kannten während der Kolonialzeit die Zwangsarbeit. Nach den offiziellen Berichten mußten die Kolonialbehörden, die doch so begierig darauf waren, die Arbeitskraft der »Eingeborenen« bis zum äußersten zu mobilisieren, den Eifer ihrer Funktionäre bremsen und akzeptieren, daß unter dem Strich nicht mehr als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung zum gleichen Zeitpunkt mobilisiert werden konnten, ohne die Gefahr

von Hungersnöten heraufzubeschwören. Es stellte sich also heraus, daß man in der Gemeinschaft der Gouro, um 2450 Männer zum Arbeiten zu bringen, eine Bevölkerung von 76255 Einwohnern mit administrativen und polizeilichen Mitteln unterwerfen und kontrollieren mußte, also eine etwa 31mal größere Bevölkerungsgruppe (vgl. Meillassoux 1964, 310). Dies war die demographische Größe, die zur Mobilisierung der nahezu lächerlichen Zahl von Zwangsarbeitern notwendig war, damit die Bevölkerung noch die elementarsten landwirtschaftlichen Tätigkeiten verrichten konnte, die für das Überleben unabdingbar waren. Die Demographie verzeichnete keinerlei Hinweis auf ein schnelles Wachstum.¹ Die Kolonialzeit war, noch verstärkt durch den Krieg und die militärische Rekrutierung, eine Periode des Bevölkerungsrückgangs. Dem Ersten Weltkrieg folgten Hungersnöte und Epidemien, die in Westafrika zu Hunderttausenden von Toten führten. Erst in den dreißiger Jahren war ein erneutes Bevölkerungswachstums zu verzeichnen.

In der Sahelzone, die ich später untersuchte (d.h. den südlichen Rand der Sahara, mit einem durchschnittlichen Niederschlag von etwa 400 mm) bestätigte sich die Unterordnung des autochthonen demographischen Systems unter die lokale Selbstversorgungsproduktion. Die historischen Studien von Chastanet zeigen, daß die Klimaschwankungen durchschnittlich alle drei Jahre ein gutes Erntejahr ermöglichen. Die Kinder und die anderen unproduktiven Mitglieder der Gemeinschaft sind die ersten Opfer der Hungersnöte, denn es sind die kräftigen Erwachsenen, die zuerst ernährt werden müssen, um die unmittelbare Zukunft zu sichern. Die Geburtenrate war daher hoch, damit es immer genügend Nachwuchs gab, der von der Wiederbelebung der landwirtschaftlichen Produktion profitieren konnte. Auf ihre eigenen Ressourcen zurückgeworfen, haben auch diese Bevölkerungsgruppen nie ein schnelles Wachstum erreicht. Das Bevölkerungswachstum einer solchen Gesellschaft, die auf der landwirtschaftlichen manuellen Arbeit basiert, wird nicht so sehr von der (fast immer ausgeschöpften) Fortpflanzungsfähigkeit sondern vor allem von der Arbeitsproduktivität in der Lebensmittelproduktion reguliert: Wieviele Kinder kann eine Erwachsenen-generation ernähren, bis diese ihrerseits erwachsen sind?

Nach dem Krieg hat sich die demographische Situation in den Kolonialländern, welche die Existenz einiger Bevölkerungen selbst bedrohte, völlig verändert, und das trotz der Stagnation der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion. Im Land der Gouro, das über eine sehr alte Tradition der Selbstversorgung verfügte, bezogen sich alle Bemühungen der Landwirtschaftsbehörden, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, nur auf den Bereich der Exportproduktion. Andererseits hat es aus Gründen, die weniger dem Traditionalismus als konjunkturellen Faktoren geschuldet sind (vgl. Meillassoux 1975), seit der präkolonialen Epoche auf dem Gebiet der Subsistenzwirtschaft keinerlei Produktivitätssteigerung gegeben. Und diese Situation ist in Afrika südlich der Sahara weitverbreitet (Pilon 1991).²

Ebensowenig wie während der Kolonialzeit ist die bäuerliche Selbstversorgungsproduktion heute in der Lage, ein schnelles Bevölkerungswachstum zu verkräften. Einige haben versucht, die Stagnation der landwirtschaftlichen

Lebensmittelproduktion mit dem bäuerlichen Konservatismus zu erklären. Aber die modernen Methoden, die zur Entwicklung der Exportkulturen eingeführt wurden und für die afrikanischen Bauern neu waren, wurden überall übernommen. Im Bereich der Selbstversorgungskulturen führen die Bemühungen jedoch immer eher zur Verbesserung des Bodenertrags als zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität, oft gehen sie sogar auf deren Kosten, haben also negative Folgen. Daher konnte die Versorgung der seit den fünfziger Jahren wachsenden Bevölkerung nur durch die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland gewährleistet werden.

Zwischen 1950 und 1990 hat die Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent um 400 Millionen Menschen zugenommen. Diese Bevölkerung hat sich also vergrößert, während zur gleichen Zeit die Pro-Kopf-Produktion von Nahrungsmitteln sank. Die physische Existenz dieser Bevölkerung ist jedoch der Beweis dafür, daß sie über die notwendigen Mittel verfügte, um ihren Bestand zu sichern: über Lebens- bzw. über Geldmittel, um diese Lebensmittel erwerben zu können. Das Wachstum dieser Bevölkerung entspricht einer präzisen ökonomischen und sozialen Konjunktur, die in der Geschichte des Kontinents keine Vorläufer hat und eng mit seiner jüngsten Geschichte verbunden ist.

Dieses Wachstum – und die Versorgungssituation, die es begleitet – korrespondiert mit einer Phase der schnellen Industrialisierung und Urbanisierung, die von den fünfziger bis zu den achtziger Jahren dauerte und jetzt von einer tiefen Rezession abgelöst wird. Sie ist Folge einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften und zog das Entstehen eines städtischen *Proletariats* nach sich, was notwendig mit einer entsprechenden Versorgung mit Lebensmitteln einherging. Der Begriff Proletariat scheint mir hier ganz besonders begründet zu sein: *proletarius* war in Rom derjenige, der keinen anderen Reichtum als seine Nachkommenschaft hatte, d.h. seine eigene Arbeitskraft und die seiner Kinder.³ Sein Name weist darauf hin, seine Lage treibt ihn dazu, und so wird er wahrgenommen: Er ist *kinderreich* (prolifique). Dieser Begriff mit allen seinen sozialen, ökonomischen und demographischen Konnotationen ist also in jeder Hinsicht mit unserem Thema verbunden.

Die Urbanisierung entzieht wie die Lohnarbeit, wenn diese nicht nur saisonal ist, dem Hinterland landwirtschaftliche Arbeitskräfte, während in den städtischen Zonen gleichzeitig die Zahl der Konsumenten überproportional wächst. Eine solche Entwicklung muß zusammen mit der Substitution der Selbstversorgungskulturen durch Exportkulturen Unterversorgung hervorrufen. Die Ausdehnung des Anbaus der ertragreichsten Pflanzen wie Maniok und die Migration der Bauern an die Peripherie der Städte können das Problem nur etwas abmildern; nur eine mechanisierte Lebensmittelproduktion kann mit einer massiven Urbanisierung mithalten.

Aber der Übergang von der Selbstversorgung zu einer marktwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion stellt einen qualitativen Sprung dar und führt, indem er den Tausch monetarisiert und die geringe Produktivität der häuslichen Gemeinschaft, d.h. ihre hohen kommerziellen Kosten, offenlegt, zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise und folglich der Löhne. Einen solchen Anstieg hätte man nur mittelfristig durchführen können, Schritt für Schritt und im Rahmen einer wirksamen Politik der Protektion und der Subvention der Produktionskosten.

Auf Grund der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskraft verfolgte man in den afrikanischen Städten jedoch eine Politik der Subventionierung der Lebensmittelpreise, um so die Löhne und die Gewinne der Unternehmen nicht zu belasten. Denn in Wirklichkeit würde die Konkurrenz der Lebensmittelimporte aus dem Ausland, die aus Landwirtschaften mit höchster Produktivität kommen und überdies hochsubventioniert sind, noch dazu im Rahmen eines von den internationalen Institutionen aufgezwungenen Freihandels, selbst einer modernen Lebensmittelproduktion nicht erlauben, in Afrika in Schwung zu kommen. Etwa 30 Prozent der afrikanischen Bevölkerung, was größtenteils der Bevölkerung der großen Städte entspricht, zu der noch der Teil der ländlichen Bevölkerung hinzugerechnet werden muß, der in der landwirtschaftlichen Exportproduktion tätig ist, konnte sich also nur mit relativ billigen, importierten Lebensmitteln ernähren.

Diese differentielle Produktivität, die einerseits die direkt oder indirekt auf dem Markt verkaufte Arbeitskraft aufwertete und andererseits die Lebensmittelprodukte (und damit die häusliche Wirtschaft) entwertete, hatte eine beträchtliche ökonomische, soziale und demographische Bedeutung: Der Urbanisierungseffekt entwickelte sich in dem Maße, wie die Produktivitäten auseinanderklafften. Er umfaßt den ländlichen Exodus und in einem großen Maße das schnelle Bevölkerungswachstum.

Im Unterschied zur unsicheren Versorgung durch die manuell betriebene Landwirtschaft mit ihrer Abhängigkeit von den klimatischen Schwankungen, die periodisch ihren Tribut in Form von Kindersterblichkeit forderten, trugen sowohl die Lohnarbeit der Hochkonjunktur, die einen geregelteren Zugang zu Barmitteln und zu einem bezahlten Arbeitsplatz erlaubte, als auch die regelmäßige Versorgung über den Markt dazu bei, die Bevölkerung vor den Zufällen der dörflichen Landwirtschaft zu schützen (Meillassoux 1991; Fargues 1987, 25). Sie ermöglichten es, die Kinder kontinuierlich zu ernähren und sie mit einer wesentlich schwächeren Kindersterblichkeitsrate bis zum Erwachsenenalter zu führen. Die Ausbreitung der Lohnarbeit in den weitgehend durch Lebensmittelimporte versorgten und sanitär besser ausgestatteten Städten hat in Afrika entscheidend zur Vermehrung der Bevölkerung beigetragen. Dieses Wachstum, das den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprach, vollzog sich durch die ökonomischen Mittel, die den afrikanischen Bevölkerungen zur Verfügung gestellt wurden, ohne daß diese ihr Fortpflanzungsverhalten ändern mußten (Chesnais 1986). Allerdings mußten sie sich mit den ökonomischen und sozialen Folgen auseinandersetzen: Obwohl die Lohnarbeit auf kurze Sicht eine Verbesserung und eine relative Stabilität der Einkommen brachte, führte sie nicht zu ökonomischer Sicherheit.

Wie es lange Zeit auch in Europa der Fall gewesen war, konnten in Afrika nur die ländlichen Gemeinschaften diese Aufgabe erfüllen. Das städtische Wachstum wird in dieser Phase von einem ländlichen Wachstum auf niedrigerer Stufenleiter begleitet, und zwar in dem Maße, wie das Land für einen wichtigen Teil der in die Städte oder ins Ausland emigrierten Bevölkerung noch immer als Rückzugsgebiet und Ort der Reproduktion dient. Unter diesen Umständen ist die gesamte Familie Teil der industriellen und städtischen Nachkriegsgesellschaft, und nicht nur einige ihrer Mitglieder. Sie erfüllt die notwendigen Funktionen, die Gesellschaft mit Arbeitskräften und sozialer Sicherheit zu versorgen. Aber

diese Funktionen nimmt sie in privater Eigenschaft, in eigener Perspektive und mit eigenem Maßstab, in einem nicht marktwirtschaftlichen ökonomischen Rahmen, also entlang ihrer Regeln und ihrer Politik wahr. Diese Politik besteht unter den sich verändernden Bedingungen heute mehr denn je darin, ihre eigene Weiterexistenz und ihren Bestand als Organismus und Institution zu sichern, indem sie sich eine sichere, d.h. breite und ausgewogene, demographische Grundlage schafft. Die afrikanische Familie, immer noch mit den selben Aufgaben der Reproduktion und der sozialen Sicherheit betraut, versucht sich daher, um diese weiterhin erfüllen zu können, auf die Mittel und die Moral zu stützen, die sie von ihren ländlichen Wurzeln ererbt.

Der Prozeß des Bevölkerungswachstums ist weniger der demographischen Initiative der Afrikaner geschuldet als den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, denen sie ausgesetzt wurden, im besten Fall der Entwicklung, im schlechtesten der Ausbeutung und der Auflösung der Familien. Während die weitestfernte Emigration der alleinstehenden Männer für eine gewisse Zeit die ländliche Gemeinschaft schützt und ihre demographischen Verhaltensweisen bewahrt, stellt die Emigration von Ehepaaren in die Städte einen Bruch mit dem Hinterland dar und zwingt diese, ihre bevölkerungspolitische Funktion unter anderen Umständen wahrzunehmen.

Man hätte als Folge der Urbanisierung ein Sinken der Geburtenrate erwarten können, und zwar unabhängig von den materiellen Verbesserungen der Lebensbedingungen. Die Kleinfamilie, die Ehegemeinschaft, die sich von der Großfamilie löst, führt mit der Zeit zu einer Zäsur in der Fortpflanzung. Von ihrer Gemeinschaft weit entfernt, kann sie nicht mehr wie diese spät Kinder bekommen: Das System der verwandtschaftlichen Erbfolge, das es erlaubt, fortdauernd die Verantwortung für die Kinder zu übernehmen, funktioniert nicht mehr; die Polygynie, die zu einer Verjüngung der Mütter führt, wird seltener. Diese objektiven Faktoren der Verkleinerung der Familien wurden jedoch vor allem seit Beginn der Krise unter den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen außer Kraft gesetzt.

Anfang der achtziger Jahre folgte der Expansion eine Periode des industriellen Rückgangs. Sie gab eine Bevölkerung der Verwahrlosung preis, deren Wachstum heute nicht mehr der Nachfrage entspricht, die in der vorhergehenden Phase nach ihr bestand. Wieder entspringt die aktuelle demographische Situation nicht so sehr inneren Ursachen, sondern resultiert aus der Verschlechterung der ökonomischen Bedingungen.

Die Industrialisierung Afrikas fand keine lokale Verwurzelung, blieb »entlokalisiert«, konjunkturell und basierte auf wandernden Kapitalien, die unqualifizierte und billige Arbeitskräfte suchten, sich aber nicht darum kümmerten, dauerhafte Strukturen und Infrastrukturen zu schaffen. Der prekäre Charakter der Industrialisierung mußte sich auf die Bevölkerungsgruppen übertragen, die er hervorgebracht hatte. Keinerlei Maßnahme wurde durchgeführt, um die soziale und ökonomische Situation dieser Bevölkerungsgruppen zu stabilisieren. Die Wende in der Konjunktur ließ dieses entstehende Proletariat mit sich allein.⁴

Die vergleichende Anthropologie lehrt, daß Wachstum und Konfiguration einer Bevölkerung in ihrer geschichtlichen Entwicklung je nach Gesellschafts- und Klassensystemen variieren. Diese Unterschiede beruhen weniger auf Automatismen und noch weniger auf »natürlichen« Faktoren als auf »Politiken«, die von den Lebensbedingungen und den ökonomischen Zwängen diktiert werden.⁵

Wenn eine Bevölkerung von der Marktwirtschaft ergriffen wird, hat dieser Vorgang seine eigenen Gesetze, die auf ihre Größe und soziale Zusammensetzung einwirken und sie schmerzhaften Transformationen unterwerfen. In der industriellen Ökonomie beeinflussen die Bedeutung und die Rendite des Kapitals den Umfang und die Qualität der Beschäftigung, also das Volumen der Arbeitskraft im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und ihre Zusammensetzung. In einer Marktwirtschaft entscheiden die Konkurrenz und der Profit je nach Konjunktur über den Umfang und die Art der Investitionen. Wenn diese Investitionen zu einer Verringerung des Beschäftigungsniveaus und zu einem relativen Anwachsen der Bevölkerung führen, kann und darf die Politik in einer solchen Wirtschaft nur darin bestehen, die Bevölkerung an die Produktion *anzupassen* und nicht umgekehrt. Diese *Anpassung* beginnt auf der Ebene der Unternehmen: Sie entledigen sich durch Entlassungen der Last der überschüssigen Arbeitskräfte, die sie handlungs- und geschäftsunfähig machen, auch wenn sie gesund und aktiv sind, also den Erfordernissen entsprechen.

Aber Entlassungen stellen nur auf Betriebsebene eine Lösung dar, und damit werden die Probleme nur auf die Gesellschaft abgewälzt. Wie könnte man diesen Bevölkerungsüberschuß beseitigen, wie es eine »gesunde« Wirtschaftspolitik verlangen würde, wenn man gewissen Theoretikern darin folgen wollte, daß auch der Staat ganz wie ein Unternehmen zu führen sei? Dieses Problem wird teilweise vom System der internationalen Migrationsbewegungen gelöst, die den Arbeitsmarkt »geschmeidiger« machen, indem sie die Arbeitsmigranten »zu sich nach Hause« zurückschicken.

Ermöglicht wird dies durch die geographische Trennung zwischen der Produktions- und der Reproduktionszone. Aber ein weiteres Mal wird das Problem nur verlagert, diesmal zu den ärmsten Ländern, deren wirtschaftliche und demographische Situation noch weiter verschärft wird. Dort wird diese Bewegung fortgesetzt, indem man versucht, die »Nichtstuer« aus den Städten in die ländlichen Zonen zurückzutreiben, wo sie angeblich herkommen. Zahllos sind inzwischen die Operationen unter dem Namen »Rückkehr auf das Land«, die oft brutalen und unmenschlichen Deportationen, die zu diesem Zweck unternommen wurden. Die Apartheid war die dauerhafte Institutionalisierung dieser territorialen Spaltung.

So perpetuieren sich zwei verschiedene, aber voneinander abhängige soziale und demographische Räume. Die erzwungene Rückkehr der Immigranten »zu sich nach Hause« verschärft den bereits ausgeprägten Unterschied zwischen den Gebieten mit qualifizierter und denen mit unqualifizierter Beschäftigung. Diese Verschärfung äußert sich in den ärmsten Ländern und Gebieten in einer noch größeren Dequalifizierung der Arbeiten, d.h. in einer wachsenden Beschäftigung von immer billigeren Arbeitskräften. Zur gleichen Zeit hat der Rückzug der ausländischen Unternehmen die Verringerung des Gesamtkapitalvolumens

zur Folge, d.h. seine Schwächung und einen allgemeinen Rückgang der Arbeitsproduktivität. Je geringer der Kapitalertrag ist – und das ist der Fall, wenn die Vergabe an Subunternehmer sich nahezu grenzenlos ausdehnt wie in vielen afrikanischen Städten –, um so weniger kann die Arbeitskraft bezahlt werden, um so geringer qualifiziert und um so weniger geschützt ist sie, um so mehr ist sie Opfer von Unfällen und Krankheiten, und um so schneller muß sie erneuert werden. Die Nachfrage, die in diesem Stadium der Krise in diesen Ländern existiert, ist die nach nichtqualifizierten, sehr billigen, folgsamen sowie leicht und schnell zu ersetzenden Arbeitskräften.

Diese Arbeitsbedingungen werden am besten von den Kindern erfüllt, und die Kinderarbeit nimmt so unaufhörlich zu. Besonders in den Städten bilden sie ein Subproletariat, das in einem gesetzlosen Sub-Kapitalismus beschäftigt wird. Da davon ausgegangen wird, daß sie von ihren Familien unterhalten werden (obwohl auch das Gegenteil geschieht), arbeiten die Kinder für Kost und Logis bzw. erhalten einen sogenannten »Zuschuß«-Lohn. Der doppelten Disziplin des Unternehmens und der Familie unterworfen, sind sie kaum imstande, sich für ihre Forderungen einzusetzen. In demographischer Hinsicht ist ihre Altersstufe sehr stark, und da sie jung ist, erneuert sie sich schneller; ihre große Zahl und ihre geringen Kosten machen es leichter, sie einzustellen und schnell wieder zu entlassen, was ihre relative physische Schwäche teilweise kompensiert.

Die Substitution der Erwachsenen durch die Kinder in der Arbeit ist, wie damals schon Marx beobachtete, eine Prämie auf die Fortpflanzung, die ihrerseits durch die Vermehrung der Kinder ihren Preis weiter senkt. Die Kinderarbeit verändert das Zeitgefüge der Familie. Die Kinder werden nicht länger als zukünftige Unterstützer der alten Generationen verstanden, sondern als unmittelbare Hilfe für ihre eigenen Eltern, denn beiden brennt die Zukunft weniger auf den Nägeln als ihre täglichen Schwierigkeiten. Die Lohnarbeit sehr junger Kinder ist so paradoxerweise ein Zeichen der Verwahrlosung und des Elends der Alten. Eine solche Art von Beschäftigung trägt zur Vergrößerung der jüngsten Altersklassen bei und führt zu einer frühen Sterblichkeit auf Grund von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, während sie gleichzeitig die zukünftigen Erwachsenenjahrgänge dezimiert. Die Alterspyramiden brechen zusammen. Die Bevölkerung wächst, aber sie altert nicht.

In den Städten, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, besteht keine Notwendigkeit mehr, die Lebensmittelpreise zu senken, um die städtischen Löhne zu drücken: Das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sorgt schon selbst dafür. Die Abwertung der Arbeit und der Löhne trägt so zu einer gefährlichen sozialen Abwertung bei. Sie führt vor allem zu einer Ausbreitung der schlechter bezahlten Frauenarbeit auf Kosten der Arbeit ihrer Ehemänner, schließlich zur Vermehrung der noch schlechter bezahlten Kinderarbeit auf Kosten der Arbeit ihrer Mütter. In einer zweiten Phase zersetzt eine solche Entwicklung das familiäre Gefüge: Die Männer, arbeitslos oder dazu gezwungen, gefährliche oder ungesunde Arbeiten auszuführen, gehen fort von zu Hause; die Frauen, dazu gezwungen, eine bezahlte Beschäftigung zu finden, und erschöpft von der Hausarbeit, können sich nicht richtig um die Neugeborenen und noch

weniger um die unproduktiven Alten kümmern; die Kinder, gezwungen zu arbeiten und viel zu früh zu den »Ernährern der Familie« geworden, verlassen ihre Familien, um in Banden zu leben. Die Auflösung der Großfamilie, deren »Übermaß« man gerne kritisiert, bedeutet auch das Verschwinden eines moralischen und disziplinären Bezugsrahmens, der in Afrika vielleicht mehr als anderswo die Entwicklung der Kriminalität und der anderen gesellschaftlichen Übel verzögert, die sich vor allem in den Städten ausbreiten.

Seit 1975/80 haben die Abwertung der Löhne und die Arbeitslosigkeit auf dem Land und in den Städten unterschiedliche Auswirkungen gehabt. Auf dem Land kommen je nach Gebiet und lokalen Ressourcen die Einkünfte aus den Transferzahlungen der Emigranten oder aus dem für den Export bestimmten landwirtschaftlichen Anbau. Die Arbeitslosigkeit bei den Emigranten führt zu einer Reduktion ihrer Zahlungen. Der Verfall der Erzeugerpreise für Agrarprodukte verringert die Einkünfte aus diesem Bereich in einem Maße, daß es zunehmend zu Kinderarbeit in der Landwirtschaft auf Kosten ihrer schulischen Ausbildung kommt: Wie in den Städten stellt die ökonomische Situation in den Zonen, wo landwirtschaftliche Güter für den Markt angebaut werden, auch hier einen Anreiz zur Fortpflanzung dar. Als Folge der Arbeitslosigkeit und der Verteuerung der Lebenshaltungskosten beginnt in der Tat ein Rückzug auf das Land, der allerdings langsam und zögerlich vonstatten geht. Obwohl die Aufnahmekapazitäten der ländlichen Gebiete in Afrika dank der Beständigkeit der Großfamilie vielleicht größer sind als in anderen Kontinenten, wird dieser Rückzug von den Problemen der sozialen Wiedereingliederung begrenzt, die durch eine zu lange Abwesenheit hervorgerufen wurden, wie auch von den Schwierigkeiten der Wiederfruchtbarmachung der aufgegebenen Ländereien und der Wiederaneignung der landwirtschaftlichen Techniken. Die Arbeitsproduktivität der landwirtschaftlichen Arbeit ist immer viel geringer als die in den meisten städtischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, die weiterhin die hauptsächliche, wenn nicht die einzige Geldquelle bleiben. Beim Fortbestehen des Systems des Freihandels wird die Rückkehr auf das Land also entgegen gewisser Vorhersagen nicht zu einer Wiederherstellung der Nahrungsmittelproduktion führen.

Hinter dem Phänomen des raschen Bevölkerungswachstums verbirgt sich also ein Konflikt zwischen dem, was die restriktive Bevölkerungspolitik der nationalen und internationalen Behörden beabsichtigt, und der einzigen – privaten – Institution, die in der Lage ist, die Reproduktion zu bewerkstelligen, der Familie. Denn die Familie realisiert die Reproduktion für ihre eigenen Zwecke, unter ihren eigenen Perspektiven und meistert so, so gut es geht, die von dieser Transformation hervorgerufenen einander folgenden Krisen, die ihre Existenz bedrohen. Wo die Politik dieser Familien nur zu gut den Anforderungen des Arbeitsmarktes entspricht, indem sie zu viele kleine Proletarier hervorbringt, die sie ihm opfern, und wo in Wechselwirkung dazu die Politik der Geburtenkontrolle, wenn sie eine solche ist, scheitert, kommt es zu schrecklichem Elend.

Seit Condorcet stellen die Demographen fest, daß die Verbesserung der Lebensbedingungen im Laufe der Zeit von einem Rückgang der Geburtenrate begleitet

wird. Zusammengefaßt bedeutet das: bessere Versorgungs- und sanitäre Bedingungen, bessere Wohnverhältnisse, bessere Bildungsmöglichkeiten für die Kinder, bis hin zur Sicherheit der Arbeit und zur Sozialversicherung auf nationaler Ebene. Die von den internationalen Finanzinstitutionen den Ländern mit schnellem Bevölkerungswachstum aufgezwungenen Maßnahmen gehen paradoxerweise in die völlig entgegengesetzte Richtung. Wir stehen hier vor einem Problem von großer Tragweite: Zwischen dem Begreifen der sozialen Probleme und den politischen Lösungskonzepten klappt ein tiefer Graben. Allem Anschein nach überträgt sich die Trennung der für die ökonomische Aufteilung der Welt verantwortlichen Fakten auf das Denken.

Die internationale Arbeitsteilung, die seit dem Zweiten Weltkrieg existiert, hat, wie wir gesehen haben, eine territoriale Aufteilung hervorgebracht, die sich in einer sozialen und demographischen Spaltung reproduziert. In Europa wird das Proletariat relativ kleiner, während es in den abhängigen Ländern grenzenlos wächst. Die hin- und herwandernden Migrationsbewegungen auf der einen, die entlokalisierten und nomadisierenden transnationalen Unternehmen auf der anderen Seite bringen es hervor, lassen es fallen und verschieben es jederzeit in die verschiedensten Regionen der Erde.

Die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Großmächte ging innerhalb ihrer jeweiligen Grenzen vorstatten. In diesem Raum haben sich die sozialen Klassen konstituiert. Ihre direkte Konfrontation im Rahmen der Nation hatte den Vorteil, daß sie zu Lösungen zwang. Sie führte zur Organisierung der Arbeiter und zur Einführung einer Sozialpolitik. Auf Grund der internationalen Spaltung der Gesellschaft tendiert die Revolte der am meisten Ausgebeuteten dazu, sich auf die verarmten Länder zu beschränken, wo sie sich weniger gegen die internationale herrschende Klasse richtet, die dort zum größten Teil abwesend ist, als gegen die sich ausschließlich auf Repression stützenden Statthalterregierungen, die jeglicher ökonomischer Mittel beraubt sind, die zu lokalen und internationalen Lösungen führen könnten.

Das nahezu einheitliche Programm, das von den internationalen Finanzinstitutionen gegenüber den unterentwickelten Ländern bis heute angewendet wird, schreibt in erster Linie strenge restriktive Maßnahmen in bezug auf all das vor, was zum Lebensunterhalt beiträgt, insbesondere die Abschaffung der Subventionen für Nahrungsmittelprodukte, das Einfrieren der Löhne auf niedrigem Niveau, die drastische Verringerung der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen und in der Sozialfürsorge. Diese Eingriffe haben weitreichende Auswirkungen auf den demographischen Bereich (vgl. Chasteland 1990, 21).

Aus rein finanzpolitischen Gründen wird dringend zur weiteren Verringerung der schon niedrigen Löhne geraten, denn auf einem solchen Niveau, so wird erklärt, werden die Einkommen vollständig für den Konsum ausgegeben und führen nicht zu Spartätigkeit.⁶ Dagegen wurden noch bis vor kurzem die Ausgaben für Luxusprodukte und das Militär nicht als »unproduktiv« denunziert (Frühjahrssitzung des IWF und der Weltbank, 29.-30. April 1991; Rede von M. Camdessus, 10. Juni 1991). Ebensowenig wurden Sanktionen gegen den betrügerischen und mitunter massiven Export von Kapitalien ergriffen. Und genausowenig wurden

die strenge Einhaltung der internationalen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen, insbesondere die der Kinder, und die Respektierung der Menschenrechte jemals zur strikten Voraussetzung für die Gewährung von Krediten gemacht. Alle diese Maßnahmen würden in der Tat die Gefahr mit sich bringen, die Besitzer von »Sparguthaben« zu verärgern, nach der liberalen Theorie die einzigen, die für eine Investitionssteigerung sorgen können und zu deren Vermögensvergrößerung daher beigetragen werden muß. Die Steuervergünstigungen für die ausländischen Unternehmen entheben diese der Verpflichtung, sich am Ausbau der Infrastruktur zu beteiligen; für den Fall vorzeitiger »Abwanderung« von ausländischen Unternehmen ist keinerlei Strafe vorgesehen. In den unterentwickelten Ländern werden die »Sparguthaben«, die vor allem aus Geldanleihen kommen, oft reexportiert, anstatt investiert zu werden. Diese den unterentwickelten Ländern auferlegte Politik führt zu einem gewaltigen Auseinanderklaffen der Einkommen, wie sie auch die Arbeitslosigkeit in den Sektoren vergrößert, in denen die Investitionen produktiv angelegt werden, und die Überausbeutung der Arbeit in den anderen verschärft. Die Verallgemeinerung der von allen Ländern gegenüber den Handelspartnern betriebenen Exportpolitik, die alle bestrebt sind, ihren Binnenmarkt zu schützen, führt zu einem Anwachsen der Warenbestände, ruft Stagnation hervor, bewirkt einen Rückgang der Rentabilität der Investitionen, an deren Stelle schnellstens andere, produktivere treten müssen. Weitere Entlassungen werden notwendig, die zahlungsfähige Nachfrage wird weiter gesenkt usw. Dagegen belastet die Vernachlässigung der Arbeitsbedingungen und der Gesundheit die zukünftigen Staatshaushalte der Länder, die einem solch gefährlichen Mangel an Voraussicht unterworfen sind.

Die Ausbreitung des Elends und des Hungers, die die zukünftigen Generationen schwächt, sowie der Epidemien, die kontinentale Ausmaße annehmen, bereitet einen allgemeinen Verfall in der Zukunft vor, dessen Konturen sich schon weitgehend abzeichnen. Diese widersprüchliche, zusammenhanglose und unheilbringende Politik schützt die Reichen mit »Sparguthaben«, aber sie verschlechtert schrittweise die Lage aller anderen Bevölkerungsschichten.

Das Paradox besteht darin, daß dies unter demokratischen Verhältnissen möglich ist, und zwar aufgrund der Tatsache, daß die internationalen Finanzinstitutionen, die durch öffentliche Gelder finanziert werden, aber nicht – wie bei der UNO – von paritätischen Entscheidungsorganen abhängig sind, auf der Grundlage eines völlig veralteten Zensusystems funktionieren. Das erklärt, daß sie mehr um die Interessen der reichsten Länder als um die der ärmsten Bevölkerungen besorgt sind. Vor allem sind diese international so wenig repräsentativen Institutionen die einzigen unter all den internationalen Organismen, die über ein unwiderstehliches Druckmittel gegenüber den Regierungen verfügen: Geld. Sie allein haben ohne irgendeine Einmischung anderer internationaler Instanzen bisher über die Zuweisung von Sonderziehungsrechten und Darlehen an die einzelnen Staaten entschieden, wie gleichzeitig auch über die zu verfolgende Politik, die durchzuführenden Wirtschaftsprogramme, die zu realisierenden Projekte, die zu respektierenden Konditionen und die Modalitäten der Rückzahlung.

Inzwischen ist es offensichtlich, daß die seit einem Vierteljahrhundert betriebene, immer gleiche monetaristische Politik gescheitert ist. Der Abstand wird

immer größer. Der Bericht der Weltbank von 1990 hat das anerkannt. Aber die Warnungen der UNICEF⁷, des PNUD (*Programmes de Nations Unies pour le Développement*)⁸, des IAA, der WGO und anderer Organisationen vor den schädlichen Auswirkungen dieser Finanzorthodoxie⁹ auf die soziale und gesundheitliche Situation der Bevölkerungen in den armen Ländern wurden in der Realität ignoriert (vgl. Chasteland 1990). Heute sind selbst die konservativsten religiösen Instanzen beunruhigt über die »Ausbeutung« (so der päpstliche Begriff), der die Bevölkerung der Dritten Welt unterworfen ist, sowie darüber, daß das »Proletariat von 1848 wieder vor unseren Toren steht« (Kardinal Lustiger, in: *L'Expansion*, 23.5.91).

Der paradoxe demographische Effekt dieser Politik besteht darin, daß er gleichzeitig ein Bevölkerungswachstum unter den schlechtesten materiellen und moralischen Bedingungen und eine Steigerung der Krankheits- und Sterblichkeitsrate hervorruft. Zwar beschwört der Bericht der Weltbank von 1990 die Besorgnis »zahlreicher Beobachter«, aber nur in der Perspektive, welche Maßnahmen zu ergreifen seien, damit sich »die Kosten kurzfristig amortisierten«, und nicht in der Perspektive einer Veränderung der Orientierung. Es ist offensichtlich, daß unsere monetaristischen Kollegen, gefangen in der engen Problemstellung ihrer Unterdisziplin und daher unfähig, die Katastrophen zu bekämpfen, die sie hervorrufen, außer mit der wiederholten Verabreichung der gleichen Medizin, am Ende ihrer Vorstellungskraft angelangt sind. Sie brauchen dringend Beistand bei der Lösung einer Aufgabe, die über ihre Kräfte geht, damit sie die Tragweite dessen besser verstehen lernen, was sie in einer Orwellschen Sprache die »strukturelle Anpassung« nennen, deren schreckliche Ausmaße und deren Ernst sie anscheinend immer noch nicht klar ermessen, wenn man einmal von der günstigsten Hypothese ausgehen will.

Ein bedeutender, wenn auch verspäteter Schritt nach vorn wäre gemacht, wenn die den Regierungen von den internationalen Finanzinstitutionen auferlegten Politiken von Instanzen ausgearbeitet würden, die neben den fraglichen Ländern alle betreffenden internationalen Organe einbeziehen. Die demographischen Entwicklungen sind zu kompliziert, als daß sie wie die Nebenprodukte einer Unterdisziplin der Ökonomie behandelt werden könnten.

Aus dem Französischen von Werner Mackenbach

Anmerkungen

- 1 Die Zwangsarbeit hat überall, in Afrika wie anderswo, zu einem Bevölkerungsrückgang geführt (vgl. Sautter 1966 und die Beiträge von M. François, M. Panoff und A. Rangasami in: Gendreau u.a. 1991).
- 2 Wo technische Geräte eingeführt wurden, kam es zu anderen Problemen (vgl. Williams 1991).
- 3 Die ökonomische Definition des Mindestlohns pro Stunde geht dagegen immer noch von dem »Junggesellen« aus. Als in der Entstehung befindliches Proletariat bezeichne ich die Bevölkerung, deren Abhängigkeit von der Lohnarbeit diese über alle anderen Einkommensquellen dominieren läßt.
- 4 Von 1950 bis 1980 bezog die Urbanisierung zwischen 15 und 30 % der afrikanischen Bevölkerung ein; was die Industrialisierung angeht, so betraf sie 50 % der exportierten Waren, die von den Ländern zu äußerst niedrigen Preisen ausgeführt wurden (Baum/Tolbert 1982, 184).
- 5 So z.B. bei bestimmten, von der Jagd lebenden Gesellschaften, die gewöhnlich den Kindesmord betreiben, oder in der Sklaverei, deren Bevölkerung durch Fang und Kauf und auf Kosten des genetischen Wachstums gebildet wird usw.

- 6 Hier wird die Wirkung der niedrigen Löhne, die Unmöglichkeit des Sparens, als theoretische Rechtfertigung niedriger Löhne benutzt. Vgl. die Empfehlungen der OECD an die französische Regierung, den gesetzlichen Mindestlohn zu verringern, wobei erwartet wurde, daß sie wie die Regierung eines unterentwickelten Landes auf diese Empfehlung reagieren würde (*Le Monde*, 8.6.91). Die liberale Wirtschaftswissenschaft ist nichts anderes als eine Folge von Rechtfertigungen niedriger Löhne; ihre letzte Errungenschaft ist eine »Theorie« der Arbeitslosigkeit, nach der Lohnerhöhungen in einer Branche Unterbeschäftigung in dieser Branche hervorrufen (Lesourne 1991). Der Gedanke, die Löhne auf den niedrigstmöglichen Stand zu drücken, ist eine theoretische Schlußfolgerung, zu welcher der dümmste Unternehmer ohne jede Hilfe eines Wirtschaftswissenschaftlers gelangt. Worin besteht also die Funktion derjenigen, die diese These unterstützen, und woher rührt ihr guter Ruf?
- 7 Die Weltbank (1990, 103) erkannte der UNICEF das Verdienst zu, zum ersten Mal »das Problem der Art und der Auswirkungen der Anpassung ins Zentrum der Debatte gerückt zu haben«, für das sie allerdings weiterhin blind blieb (vgl. Cornia u.a. 1987). Überdies schmückt der *World Development Report 1990* der Weltbank seine Bilanz mit dem Titel »POVERTY« in Leuchtschrift, die so eine in Dunkelheit getauchte Welt aufhellt.
- 8 Der *Rapport Mondial sur le Développement Humain 1991* des PNUD (1991) bekräftigt die zentrale Rolle, welche die Organisation der Vereinten Nationen bei der Schaffung einer neuen Welt »des Friedens und der Entwicklung« spielen soll. Er »schlägt eine rationelle Rückführung der Ressourcen mit dem Ziel vor, der Menschheit besser zu dienen, um den Individuen einen größtmöglichen kreativen Nutzen dieser Ressourcen zugutekommen zu lassen und ihre Nutzung durch begrenzte Interessengruppen einzuschränken ... Er empfiehlt einen humanen Entwicklungsprozeß, dessen Hauptziel die Förderung und Anwendung aller menschlichen Fähigkeiten ist ... Er enthält zum ersten Mal das Kriterium der menschlichen Freiheit.« (PNUD 1991, III) Er berücksichtigt Kennziffern wie z.B. die durchschnittliche Lebenserwartung, die Alphabetisierungsrate als Maßstäbe zur Bewertung der Wirtschaftspolitik (ebd., 1).
- 9 Diese Orthodoxie ist überdies äußerst relativ: bestimmte Länder verfügen aus politischen Gründen über Sondervergünstigungen (wie z.B. Ägypten wegen seiner Beteiligung am Golfkrieg).

Literaturverzeichnis

- Baum, W.C., und S.M. Tolbert 1982: *Investing in Development*. New York
- Chastanet, M., 1994: *Survival Strategies of a Sahelian Society*. In: Floud u.a. 1994
- Chasteland, J.-C., 1990: *L'intégration des variables démographiques dans la planification du développement aux Nations Unies: contenu politique et technique du concept*. Communication: Intégrer population et développement. Louvain-la-Neuve
- Chesnais, J.-C., 1986: *La transition démographique*, INED, Travaux et Documents, H.113. Paris
- Cornia, G.A., R. Jolly, F. Stewart (Hrsg.) 1987: *Adjustment with a Human Face*, OUP-UNICEF. New York
- Dupâquier, J. (Hrsg.), 1988: *Histoire de la population française*. Paris
- Fargues, P., 1987: *Les saisons et la mortalité urbaine en Afrique; Bamako de 1974 à 1985*, INED. Paris
- Floud, J., und A. Rangasami (Hrsg.) 1994: *Essays on Famine and Society*. New Delhi
- Gendreau, F., Meillassoux, C., Schlemmer, B. und M. Verlet (Hrsg.) 1991: *Les spectres de Malthus*. Paris
- Lesourne, J., 1991: *Le SMIC et la morale*. In: *Le Monde* v. 25.6.1991
- Meillassoux, C., 1964: *Anthropologie économique des Gouro de Côte d'Ivoire: de l'économie de subsistance à l'agriculture commerciale*. Paris
- ders., 1983: *Die wilden Früchte der Frau. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft*. Frankfurt/M (frz.: *Femmes, greniers et capitaux*, Paris 1975)
- ders., 1991: *La leçon de Malthus*. In: Gendreau u.a.
- Pilon, M., 1991: *Genèse du déséquilibre entre population et ressources en pays moba-gurma (Nord-Togo)*. In: Gendreau u.a.
- PNUD (= Programmes de Nations Unies pour le Développement), 1991: *Rapport mondial sur le développement humain*. Paris
- Rangasami, A., 1991: *The study of starvation and famine: some problems*. In: Gendreau u.a.
- Sautter, G., 1966: *De l'Afrique au fleuve Congo; une géographie du sous-peuplement*. Paris
- Williams, G., 1991: *What disequilibrium? People, land and foot in Nigeria*. In: Gendreau u.a.
- World Bank, 1990: *Poverty; World development report*. New York

•*Troubles de croissance* – Überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der internationalen Konferenz *Développement et croissance rapide: Regards sur l'avenir de L'Afrique* (Paris 1991). Franz. Veröffentlichung in J.C. Chasteland (Hrsg.), 1993: *Politique de développement et croissance démographique rapide en Afrique*, INED. Paris

Bastiaan Wielenga

Reorientierungsversuch in der Modernisierungskrise

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Krise, die verschiedene Typen revolutionärer und reformistischer Bewegungen ergriffen hat, die Schwäche der Kräfte, die dem wilden Angriff des Kapitals auf Menschen und Umwelt zu widerstehen bereit sind, und die systematische Förderung einer Kultur der Hoffnungslosigkeit und Gewalt durch die Massenmedien tragen zur epidemischen Verbreitung eines Geistes der Resignation bei. Warum sollten wir uns in Kämpfen erschöpfen, die ohnehin mit einer Niederlage enden? Manche mögen verzweifeln und anfangen, Bomben zu werfen, andere sich zurückziehen und versuchen, Sinn und Befriedigung in einer ruhigen Nische zu finden. Wenn wir uns nicht der Hoffnungslosigkeit ergeben oder einen privaten Ausweg suchen wollen, aus welchen Gründen halten wir es dann für sinnvoll, uns auf der Seite der Armen, die ums Überleben kämpfen, zu engagieren? Können diese Kämpfe wider alle Wahrscheinlichkeit eine Neuorientierung und Transformation der Gesellschaft einleiten, die die Menschheit zum Überleben braucht?

Es gibt gute Gründe, einander zu ermutigen, diesen Fragen im Zusammenhang konkreter Kämpfe nachzugehen und dabei in enger Berührung mit Menschen zu bleiben, denen keine Mittelklasse-Optionen als Ausweg zur Verfügung stehen. Wie groß unsere Zweifel über die Aussichten auf Erfolg auch sein mögen – Solidarität mit denen, die ums Überleben kämpfen, sollte nicht von der Veränderung politischer und ideologischer Verhältnisse abhängig sein. Es hat Sinn, Solidarität und Mitleid zu praktizieren und Unrecht zu bekämpfen. Auch wenn es Niederlage auf Niederlage gibt. Aber wir müssen derweil die Gründe für Enttäuschungen und Niederlagen herausfinden. Wir müssen fragen, wie die Sehnsucht nach Leben und Glück, die die Menschen in ihren alltäglichen Kämpfen trägt, und ihre Suche nach einer besseren Gesellschaft, die Lebensunterhalt und Würde für alle bietet, fruchtbarer miteinander verknüpft werden können.

An anderer Stelle habe ich die Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion diskutiert. Meine wichtigste Schlußfolgerung war, daß die Versuche der kommunistischen Parteien in Osteuropa und auch der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika, aus der imperialistischen Kontrolle und den kapitalistischen Strukturen auszubrechen, deshalb fehlgeschlagen sind, weil sie nicht mit dem Zivilisationsmodell des Westens gebrochen haben. Sie optierten für seine Industrialisierungs- und Modernisierungsmuster, mußten eine ungeheure Härte gegenüber der Mehrheit der Menschen an den Tag legen und verloren in diesem Prozeß die demokratische Legitimation. Die Frage ist, ob eine alternative Orientierung möglich war respektive noch möglich ist.

Es gibt zwei fundamentale Gründe, aus denen eine solche alternative Orientierung gefunden und verfolgt werden muß. Weder kann das vorherrschende Modell, das auf ökonomischem Wachstum innerhalb eines integrierten Weltmarkts basiert, hunderte Millionen von Menschen, die jetzt unter der Armutsgrenze leben bzw. sterben, in sich aufnehmen. Es muß sie marginalisieren und ausgrenzen, wie es in dem Gleichnis bei Lukas der reiche Mann mit Lazarus tut. Noch

kann das vorherrschende, wachstumsorientierte Modell die zunehmenden ökologischen Probleme, die es verursacht hat, lösen. Wenn wir wollen, daß die Brüder und Schwestern von Lazarus in einer Welt, die alle ernähren kann, überleben, müssen wir eine neue Perspektive finden.

Diese Neuorientierung ist ein schwieriger Prozeß. Kommunisten und andere neigten dazu, Überfluß im Stil des reichen Mannes zu verheißen. Und durch die kapitalistischen Medien scheint endgültig abgemacht, daß Glück und Lebenssinn in der Vermehrung von Reichtum und steigendem Konsumniveau zu finden sind. Es scheint viel schwieriger zu sein, Aktivisten zum Kampf zu motivieren, wenn die möglichen Früchte begrenzt sein werden – zumindest gemessen an den heute vom reichen Mann gesetzten Normen. Schon die Vorstellung von Grenzen scheint jegliche Begeisterung zu untergraben.

Der Versuch, mich diesem Problem zuzuwenden, wird sehr fragmentarisch sein, aber ich habe das Gefühl, daß wir ungeahnte Quellen für die Neuorientierung und Erneuerung unserer Hoffnungen in den begrenzten, aber sehr grundlegenden Bestrebungen der Menschen in ihrem alltäglichen Kampf finden können. Sie kämpfen ums Überleben. Das ist grundlegend. Ihre Bestrebungen sind begrenzt. In dieser Hinsicht sind sie noch nicht völlig im Kapitalismus integriert. C.T. Kurien (1992) zeigt, wieviele Haushalte noch immer auf Arbeit für Gebrauchswerte eingestellt sind, selbst wenn sie diese über Tauschgeschäfte erwerben müssen. Sie sind (noch) nicht an die Akkumulation als Ziel und Erfüllung des Lebens angeschlossen. Das heißt, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft noch viele Menschen gibt, deren Hoffnung den Hoffnungen der Menschen in früheren, vorkapitalistischen Gesellschaften sehr nahe sind.

Wir können nicht zu diesen früheren Gesellschaften zurückkehren, aber wir können auf sie zurückblicken, wenn wir entdecken, daß die Verheißungen der modernen kapitalistischen Gesellschaft illusionär sind. Wir können versuchen, bei der Suche nach einer neuen Gesellschaft dort Elemente für eine Neuorientierung und Wiederherstellung unserer Hoffnungen unter neuen Bedingungen zu finden. Eine solche Neuorientierung der Hoffnung hört sich für viele Linke wie ein totaler Bruch mit dem sozialistischen/kommunistischen Projekt an, das auf einer revolutionären Beschleunigung des Fortschritts basiert. Ich will versuchen, mit Walter Benjamin und Karl Marx einige Zweifel an dieser Position zu säen.

Sturm vom Paradiese her

Ein fundamentaler Grund für den Versuch, unsere Hoffnungen neu zu orientieren statt aufzugeben, liegt in der Einsicht, daß sich die moderne Entwicklung, ob unter kapitalistischer oder kommunistischer Leitung, auf eine Katastrophe zubewegt. Vielen wird allmählich klar, daß Hoffnungen, die auf Fortschritt im Sinne eines »Mehr von demselben« basieren, illusionär sind und zu katastrophalen Entwicklungen beitragen. In diesem Kontext richtet sich Hoffnung auf alles, was die Katastrophe aufhalten oder verlangsamen kann. In einem Zug, der auf einen Abgrund zurast, über den keine Brücke führt, hat es keinen Sinn, zu hoffen, daß man die andere Seite erreicht. Statt dessen wird sich die elementare Hoffnung, zu überleben, auf die Notbremse richten. Das ist das Bild, das Walter Benjamin

für die proletarische Revolution benutzt hat: Sie müßte das Vorwärtstürmen der Menschheit in Richtung Katastrophe – als Ergebnis des Festhaltens am kapitalistischen Weg – aufhalten.

Ein solches Verständnis von Revolution war im geistigen Klima der Zweiten und Dritten Internationale eine Provokation, vertrauten doch marxistisch orientierte Sozialisten und Kommunisten dem Prozeß einer historischen Evolution durch technischen Fortschritt. Benjamin setzte dem seine Vorstellung der Geschichte als einer fortwährenden Katastrophe entgegen. Anhand einer Meditation über ein Gemälde von Paul Klee ruft er das Bild des Engels der Geschichte – des Historikers? – wach, der der Vergangenheit mit ihren Trümmern zugewandt ist. Er will die Toten auferwecken und die Trümmer wieder zusammenfügen, aber ein Sturm bläst vom Paradies her in seine Flügel und treibt ihn rückwärts in die Zukunft, während weitere Trümmerhaufen sich vor seinen Augen aufstapeln. »Das, was wir den Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm.« (GS I, 698) Revolution ist gemäß dieser Sicht ein Ende, ein Abbruch, ein Stillstellen der fortschreitenden Katastrophe. Benjamin verbindet dies mit dem Kommen des Messias als einem Neuanfang, einer Rückkehr zum Paradies. Es wäre für traditionelle Linke einfach, dies als Romantik oder ähnliches abzutun, hätte Benjamin sich nicht selbst so eng mit den Hoffnungen der proletarischen Revolution und einer marxistischen Orientierung verbunden.

Ob auch Marx grundsätzlich zum Lager der Evolutionisten gehört, die an den Fortschritt glauben, ist strittig. Es wäre ein Wunder, wäre er von diesem Geist, der im 19. Jahrhundert das Denken derart beherrscht hat, ganz und gar frei gewesen. Aber es gibt wichtige Indikatoren, die ihn an Benjamins Sicht heranrücken. Wenn der späte Marx sich der Geschichte zuwendet, besonders dem Studium von prähistorischen Gesellschaften ohne Klassen, will er nicht einfach eine historische Abfolge oder ein Evolutionsschema der Geschichte herstellen, wie es viele nach ihm so gern taten. Sein Interesse war, in jener frühen Vergangenheit die Erfahrung einer nicht-ausbeuterischen Gesellschaft wiederzuentdecken und ins Gedächtnis zu rufen. Michael Löwy (1988) sieht hier eine Parallele zu Benjamin, der mit Hilfe von Bachofen frühere kommunistische Gesellschaften studierte, auf der Suche nach Anhaltspunkten für eine zukünftige, postkapitalistische Gesellschaft. In einem von Löwy zitierten Brief an Engels vom 25. März 1868 unterscheidet Marx sein Interesse an der primitiven Gesellschaftsform von der romantischen Würdigung der mittelalterlichen Verhältnisse durch diejenigen, die ablehnend auf die französische Revolution und die Aufklärung reagierten. »Die 2. Reaktion ist – und sie entspricht der sozialistischen Richtung, obgleich jene Gelehrten keine Ahnung haben, daß sie damit zusammenhängen – über das Mittelalter hinaus in die Urzeit jeden Volkes zu sehn.« Wer dies tut, ist »überrascht, im Ältesten das Neueste zu finden, und sogar Egalitarians to a degree, wovon Proudhon schaudern würde« (MEW 32, 51).

Im selben Brief schließt Marx aus einem Buch des »Agronomen« Fraas über *Klima und Pflanzenwelt in der Zeit* (1847), »daß die Kultur – wenn naturwüchsig vorschreitend und nicht *bewußt beherrscht* ... – Wüsten hinter sich zurückläßt, Persien, Mesopotamien etc., Griechenland. Also auch wieder sozialistische Tendenz unbewußt!« (Ebd., 53; Hervorh. i.O.) Ökologische Katastrophen sind

das Ergebnis spontaner Entwicklung und nicht-kontrollierten Fortschritts, und sie verlangen nach bewußten Eingriffen. Dies steht abermals in Verbindung mit Benjamin, der die Versuche Fourriers, ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu konzipieren, sehr schätzte und fand, daß sie Marx nicht widersprächen (Löwy 1988, 149).

Einige Jahre später sehen wir Marx nach der Pariser Kommune, der 'größten Revolution' des 19. Jahrhunderts, neu über die Rolle des modernen zentralistischen Staates nachdenken. »Die Kommune war eine Revolution gegen den Staat selbst« (MEW 17, 541, Hervorh.i.O), dessen Maschinerie im Verlaufe der vorhergehenden bürgerlichen Revolutionen nur perfekter geworden war. Dieses Stillstellen, diesen Abbruch, diesen Versuch, dem Staat ein Ende zu setzen, verstand Marx als »die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst« (ebd., 543), als »Rücknahme des eignen gesellschaftlichen Lebens des Volkes durch das Volk und für das Volk« (ebd., 541). Es gibt in diesem Verständnis der Pariser Kommune, die für Marx eine so wichtige Rolle in der Revision seines Nachdenkens über Revolution gespielt hat, ein Element des »Zurück«.

Ein weiterer Schritt in der Revision seiner Hoffnungen resultiert aus dem intensiven Dialog mit revolutionären Narodniki (»Volkstümlern«) in Rußland, die sich weigern, ihre Erwartungen dem Muster des westlichen Fortschritts anzupassen. Marx lernt, die vom zaristischen Staat in Verbindung mit Handels- und Wucherkapital vorangetriebene kapitalistische Entwicklung in Rußland nicht als die unausweichlich nächste Phase im historischen Fortschritt anzusehen, sondern als eine zerstörerische Bedrohung des kommunalen Grundbesitzes und der Bauern als »der größten Produktivkraft Rußlands« (MEW 19, 393). Die Landgemeinde und die revolutionäre Bauernschaft erscheinen als Schlüsselfaktoren einer revolutionären Umgestaltung. Revolution wäre darum nicht die Zerstörung von archaischen Produktionsverhältnissen, um die Produktivkräfte zu entfesseln und Rußland damit auf den Weg des kapitalistischen Fortschritts zu treiben, im Gegenteil: Revolution müßte eine rechtzeitige Intervention sein, das entschiedene Unterbrechen und Abbrechen jener zerstörerischen Entwicklung: die Zerstörung des Zerstörerischen. Revolution wäre das Ziehen der Notbremse, eine Rettungsoperation. »Um die russische Gemeinde zu retten, ist eine russische Revolution nötig.« (MEW 19, 394f) Sie würde mit dieser Revolution »ein neues Leben anfangen, ohne sich selbst umzubringen« (ebd., 391). Statt eine Phase der Zerstörung des Gemeindeeigentums zu durchschreiten, müßte mit Hilfe technischer Errungenschaften des zeitgenössischen Kapitalismus ein Pfad der Transformation beschritten werden, der mit »der Rückkehr der modernen Gesellschaft zu einer höheren Form des 'archaischen' Typus des kollektiven Eigentums und der kollektiven Produktion enden wird« (ebd., 390).

Die neue Wahrnehmung der zerstörerischen Rolle des Kapitalismus beim Durchdringen der Peripherien können wir auch auf Indien anwenden. Sprach Marx in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts davon, daß der britische Kolonialismus die »einzige soziale Revolution hervorrief, die Asien je gesehen« (MEW 9, 132), so nennt er im zitierten Briefentwurf an Vera Sassulitsch die »gewaltsame Aufhebung des Gemeineigentums« einen »Akt des englischen Vandalismus . . . , der die Eingeborenen nicht nach vorn, sondern nach rückwärts stieß« (MEW 19, 402). Der Weg

nach vorn ist nicht länger der des modernen Fortschritts, sondern ein Weg, auf dem bestimmte archaische Formen zu erhalten oder wiederzufinden sind. Natürlich tritt Marx nicht für eine Rückkehr in die Vergangenheit ein, wie Gandhi es tat. Aber er behauptet – anders als diejenigen, die an den Marsch des Fortschritts glauben –, daß die archaische Vergangenheit in der Zukunft eine entscheidende Rolle spielen muß.

In die Zukunft zurückgehen

Was kann das sozialistische Projekt jenem großen Teil der Menschheit bieten, der durch den Fortschritt der kapitalistischen Modernisierung ausgeschlossen wird und aus ökologischen und ökonomischen Gründen nicht reintegriert werden kann, falls der Sozialismus sich auf die gleiche Logik des ökonomischen Wachstums gründet? Das Problem ist, daß eine künftige Gesellschaft, die alle einbezieht und versorgt, in der Tat einen Zuwachs an Produktivität benötigt. Zugleich können diejenigen, die eine solche Gesellschaft wollen, nicht solchen »Produktionsweisen und Weisen der Geld- und Handelsbeziehungen [zustimmen], die ganze Gruppen unseres Volkes, ganze Regionen und Städte überflüssig machen« (Williams 1989, 284). Wir müssen »in die Zukunft zurückgehen«, wie es der Titel des zitierten Artikels von Raymond Williams formuliert. Ich greife dies dahingehend auf, daß Sozialisten nicht vorwärts gehen können, ohne sich um die zu kümmern, die herausfallen, die beiseite geschoben und zurückgelassen werden. Sie müssen sehen, welch wertvolles Erbe im unbarmherzigen ökonomischen Marsch des Fortschritts des gegenwärtigen Kapitalismus aufgegeben wird, müssen Blickkontakt zu den »Zurückgebliebenen« halten und in einem Tempo vorwärtsgehen, das nicht aus-, sondern einschließt. Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat und der bürokratische sozialistische Staat waren, wenn es um Verteilung ging, inklusiv. Aber wir brauchen einen Sozialismus, der mit der Teilung der Macht, der Entscheidungsbefugnisse, der Herrschaft über die gemeinsamen Ressourcen beginnt, und zwar auf der Ebene der Organisation der Arbeit, des Lebensunterhalts und des Gemeinwesens. Ganz tief sehnen sich viele danach, behauptet Williams. Es gibt genügend soziale Energie, die mobilisiert werden kann, um eine solche »Volksdemokratie« (Williams) auf allen Ebenen zu entwickeln. Die geeigneten Formen zu finden, ist eine fundamentale Herausforderung.

Wir mögen zu der Auffassung neigen, daß die Idee der Gesellschaft der Vergangenheit angehört und daß die Menschen sich der Idee der sozialen Arena und der individuellen Jagd nach privaten Zielen ausgeliefert haben. Aber wir können sogar in den verzerrten und gefährlichen Formen der Gruppen- und Bandenbildung, des Kommunalismus und der Erweckungsbewegungen sehen, wieviel soziale Energie es tatsächlich für kollektive Aktionen gibt, für ein gewisses Engagement zum Teilen, für die Suche nach einem Sinn, der darin besteht, daß man zu einer Gemeinschaft gehört. Menschen wollen zu etwas gehören. Sie scharen sich um diejenigen, die irgendeine Form von sozialer Gemeinschaft versprechen, in der sie aufgenommen werden. Der Kapitalismus läßt diese Sehnsucht und dieses Bedürfnis unbefriedigt. Der Kommunalismus gibt eine Antwort darauf.

Aber er tut dies mit gleichzeitigem Ausschluß, indem er die Gemeinschaft in Abgrenzung von anderen definiert. Dieser Kommunalismus kann nur durch das Projekt einer Gesellschaft bekämpft werden, die wirklich inklusiv ist. Wir müssen in der Vergangenheit die Hoffnungen und Aspirationen entdecken, die mit der Idee des Sozialismus, mit einer inklusiven, auf Gerechtigkeit beruhenden Gesellschaft verbunden waren. Das ist ein Grund mehr, in die Zukunft zurückzugehen. Ein sozialistisches Projekt ist die einzige Alternative zu der mörderischen Exklusivität sowohl des Kapitalismus als auch der verschiedenen Formen des Kommunalismus und Chauvinismus.

Wer wird durch den blinden Marsch des ökonomischen und technologischen Fortschritts zurückgelassen? Die Botschaft von Marx und anderen für die Subsistenzproduzenten und andere marginalisierte Sektoren war anfänglich die, daß es nur einen Weg für sie gibt: den Reihen des Proletariats beizutreten und ihre altmodische Lebensweise hinter sich zu lassen. Heutzutage schwebt die Bedrohung der Überflüssigkeit auch über den Arbeitern und Arbeiterinnen im modernen Sektor. Die Arbeiterklasse wird nicht verschwinden, wie manche vorhersagen. Wir werden keine postindustrielle Gesellschaft haben. Es wird Industrie geben. Aber sie wird einen immer mehr abnehmenden Prozentsatz der Gesellschaftsmitglieder aufnehmen und beschäftigen. Immer mehr Menschen werden in den informellen Sektor gedrängt, wo sie unter mörderischen Bedingungen ums Überleben kämpfen müssen. Dieser wachsende Sektor ähnelt in mancher Hinsicht älteren Praktiken der Subsistenzproduktion und des Austauschs. Und es ist beeindruckend, zu sehen, mit welchen Fähigkeiten Menschen es schaffen, zu überleben. Doch unterscheidet sich dieser Sektor grundsätzlich von traditionellen Gesellschaftsformen. Es mag Substrukturen sozialer Solidarität geben – auf der Basis von Verwandtschafts- oder Nachbarschaftsbeziehungen –, sie müssen aber in einer erbarmungslosen Umgebung von Marktbedingungen überleben. Sie sind dem Schutz der Gesetze entzogen, der Gnade der Kreditgeber, der Arbeitgeber und Großgrundbesitzer ausgeliefert. Diejenigen, die darum ringen, Organisationsstrukturen in diesem Sektor aufzubauen, stehen gewaltigen Übermächten gegenüber. Wie kann diese Arena zu einem Raum, in dem Solidarität wächst, verändert werden?

Mit Hoffnung zurückblicken

Man könnte einwenden, das Zurückblicken in eine ferne Vergangenheit sei nutzlos, da wir die Fäden, die durch eine lange Geschichte von Unterdrückung und Ausbeutung abgerissen sind, nicht wiederaufnehmen können. Walter Benjamin spricht von einer messianischen Wiederherstellung dessen, was durch den Sturm des Fortschritts verlorengegangen ist. Ein Weg, um in dieser Hoffnung zu leben, ist die Erinnerung an die Erfahrung der Opfer der Geschichte (vgl. Ebach 1986, Kap. 2). Das Gedenken (*remember*) stellt für die menschliche Gemeinschaft wieder her, was die Zerreißung (*dismemberment*) im Zuge der »Entwicklung« abgeschnitten hat (Chung Hyun Kyung). Dies kommt biblischen Grundeinsichten sehr nahe. Gedenken ist fundamental für den biblischen Glauben, und – wie ich annehme – für alle lebensbejahenden kulturellen und religiösen Traditionen.

Bezeichnenderweise nennt die hebräische Sprache Vergangenheit das, was »vor dem Angesicht« ist (*lifne*) und Zukunft das, was »hinten, an der Rückseite« ist (*aharon*; ebd., 52f). Der stark an der Hoffnung orientierte Glaube impliziert ein Zurückgehen in die Zukunft.

Als hebräische Sklaven und Sklavinnen aus Ägypten ausbrachen und einen Stammesbund mit Hirten und Bauern in Kanaan schlossen, wiesen sie das herrschende, hochentwickelte Zivilisationsmodell Ägyptens und der kanaanitischen Stadtstaaten bewußt zurück, um sich für eine dezentrale Agrarökonomie ohne Staatsapparat zu entscheiden (vgl. Gottwald 1980). Ihr Bund beruhte nicht auf einer im Stammesverband organisierten Agrarökonomie, wie sie naturwüchsig aus den prähistorischen Gemeinwesen von Jägern und Sammlern hervorgeht. Sie waren Opfer der höheren Entwicklung, deren Sklaven und Sklavinnen, ausgebeutete Bauern und Bäuerinnen, 'drop-outs', die sich der sozialen Werte und Vorteile der Lebensweise im Stammesverband erinnern und diese in eine alternative Einrichtung zum Überleben integrieren. Die klassenlose Stammesgesellschaft in Israel überlebte nur etwa zwei Jahrhunderte. Aber die Erfahrung dieses Ausbruchs blieb wach als eine Quelle der prophetischen Kritik an ungerechten sozialen Strukturen und Praktiken. Daß alle einen Anteil am Land haben, daß die Armen ein Recht auf die Unterstützung der Gemeinschaft haben, daß der Nachbar und die Nachbarin als Gleiche geliebt werden müssen, all dies und vieles mehr bildet die Kriterien, nach denen die Propheten – zurückblickend – den Großgrundbesitz, die Ausbeutung und Unterdrückung der späteren Klassengesellschaft verurteilen. Sie sind »konservativ«. Nicht indem sie den Status quo aufrechterhalten wollen, sondern indem sie ihn kritisieren, indem sie auf Gottes ursprüngliche Absicht verweisen und so den Weg in die Zukunft eröffnen.

Die Zusammenstellung der hebräischen Bibel, die aus dem Exil stammt, ist die Frucht eines Wachrufens der Erfahrungen Abrahams, des Exodus, des Stammesbundes, einer egalitäreren Gesellschaft, und die Frucht einer kritischen Auswertung geschichtlicher Entwicklungen in diesem Licht, um nach der Rückkehr aus dem Exil einen Neuanfang zu machen. Das hebräische Wort für »Rückkehr«, *shub*, ist zugleich das Wort für »Reue, Buße«. Praktische Reue würde also eine Befreiung der Sklaven und Sklavinnen erfordern, Streichung der Schulden und Verteilung des Grundbesitzes – mit anderen Worten, die Rückkehr zu einer Gesellschaft, die nicht auf Ansprüchen begründet ist, die eine unendliche Akkumulation des Reichtums erlauben.

Bauern und Bäuerinnen können eine wichtige Rolle beim Ziehen der Notbremse spielen und zu einer neuen Orientierung der Hoffnungen beitragen. Natürlich sind sie vielfach in eine mechanisierte und industrialisierte Landwirtschaft eingebunden. Land und Ernte sind für sie eine Frage von Investitionen um des Profits willen. Aber es gibt, wenigstens in Indien, noch hunderte Millionen Menschen, für die Land und Ernte und Vieh Mittel für ihren Lebensunterhalt sind. Sie sind zufrieden, wenn der Regen gut war und die Ernte sie bis zur nächsten Saison durchbringt. Sie werden zunehmend abhängig vom Markt, aber das bedeutet (noch?) nicht, daß sie von der Idee der Akkumulation beherrscht werden.

Marxisten waren geneigt, auf Bauern herabzusehen und sie zu verdächtigen. Sie seien vornehmlich mit dem eigenen Überleben beschäftigt und an den großen

Fragen der Politik und des historischen Fortschritts nicht interessiert. So spricht Marx – der Marx von 1853, nicht der Marx, der 25 Jahre später über die Agrarkommune schreibt – in scharfen Tönen von den »idyllischen Dorfgemeinschaften« in Indien, die »den menschlichen Geist auf den denkbar engsten Gesichtskreis beschränkten, ihn zum gefügigen Werkzeug des Aberglaubens, zum unterwürfigen Sklaven traditioneller Regeln machten und ihn jeglicher Größe und geschichtlicher Energien beraubten« (MEW 9, 132). Er spricht von der »barbarische(n) Selbstsucht ... , die, an einem elenden Stückchen Land klebend, ruhig dem Untergang ganzer Reiche ... zusah« (ebd.). Schließlich verweist er darauf, »daß diese kleinen Gemeinwesen durch Kastenunterschiede und Sklaverei befleckt waren« (ebd., 133; vgl. Wielenga 1976, 6).

Andererseits gab es den Verdacht, daß alle Bauern potentiell kleine Kapitalisten sind, die als Kleinbesitzer bestrebt sind, bei nächster Gelegenheit Großbesitzer zu werden. Dieser Verdacht lauerte in den Köpfen der Bolschewiki, als sie eine unbequeme Allianz zwischen Proletariat und Bauern schmiedeten. Die noch überlebende Gemeinschaftspraxis in den russischen Dörfern, die Marx zu schätzen gelernt hatte, haben sie kaum berücksichtigt.

Ich beschränke mich hier auf den Versuch, kurz einige biblische Ausdrucksformen einer bäuerlichen Sicht zusammenzustellen, mit dem Argument, daß diese Existenzweise zu einer gesunden Beschränkung der Hoffnung neigt, die für uns heute bedeutsam ist. Es mag dazu verhelfen, lebensfähige Verbindungen zwischen den Kämpfen ums Überleben, der Hoffnung auf ein besseres Leben und der Notwendigkeit eines anderen Gesellschaftstypus ausfindig zu machen.

Die hebräische Bibel schildert das verheißene Land als ein »Land, darin Milch und Honig fließen«. Sie ruft damit das Bild eines guten Lebens wach. Ein Leben, das mehr bietet als die reine Befriedigung der Grundbedürfnisse, und das andererseits nicht durch die Akkumulation von Gütern erstickt wird. Sie spricht von einer Ökonomie des Genügenden, die den Lebensstrom in einer erfreulichen Fülle aufrechterhält. Wie die irdische Weisheit im Buch der *Sprüche* sagt:

»Iß Honig, mein Sohn, denn er ist gut, und süß ist Honigseim für deinen Gaumen. (24,13) Wissen, so ist auch die Weisheit für deine Seele; findest du sie, so gibt es eine Zukunft, und deine Hoffnung wird nicht abgeschnitten werden. (24,14) (...) Hast du Honig gefunden, so ist nicht mehr, als für dich hinreicht, sonst bekommst du ihn satt und speiest ihn aus« (25, 16)

Das ist mehr als ein Rat, den Magen zu schonen; es hat mit einer Übung in Selbstbeherrschung zu tun, die von sozialer Bedeutung ist (vgl. *Sprüche* 25, 27f). Eine derartige Selbstbeherrschung unterscheidet die Gerechten von den Bösen, die in ihrer Gier zu akkumulieren keine Grenzen kennen.

Überleben auf der Basis von Milch und Honig, darin scheint nach *Jesaja* 7 in der Zeit einer verheerenden Krise, die durch die politische Dummheit des treulosen Königs Ahaz von Juda verursacht wurde, die Verheißung zu liegen. Ahaz wollte nicht auf Jesaja hören, der ihm gesagt hatte, er solle auf Gott vertrauen, und rief die Hilfe des assyrischen Reiches gegen die Bedrohung der nördlichen Nachbarn Ephraim und Syrien an. Die Hilfe aus Assyrien würde Krieg und Zerstörung mit sich bringen. Trotzdem wird es eine Chance des Überlebens geben: »An jenem Tage wird sich ein jeder eine junge Kuh und zwei Schafe halten; und da wird er Sahne essen ob der vielen Milch, die diese geben; denn alle, die im

Lande übrigbleiben, werden Rahm und Honig essen.« (*Jesaja 7, 21f*) Dieses Überleben ist verbunden mit dem Zeichen, das dem unwilligen Ahaz gegeben wird: der Geburt eines Kindes, das »Immanuel« (Gott-mit-uns) heißen wird. Und das »Immanuel« (Gott-mit-uns) heißen wird. Und »Sahne und Honig wird er essen, bis er versteht, das Böse zu verwerfen und das Gute zu erwählen« (15) – was offenbar bedeutet, daß er, sobald er erwachsen ist, an den in Vers 18ff angekündigten Lebens- und Überlebensbedingungen teilhaben wird. Wir wissen nicht, an wen der Prophet dachte, aber sein Name verheißt die Anwesenheit Gottes in der Krise und hält, genährt von Milch und Honig, gegen alle Wahrscheinlichkeit die Hoffnung lebendig.

Das andere Ende der Skala einer lebensfähigen Ökonomie – die von der Befriedigung der Überlebensbedürfnisse bis zur Freude über die Güte des Lebens reicht – tritt in Ezechiels Kritik an der Unfähigkeit Jerusalems hervor, sich mit den von Gott gegebenen guten Gaben des Lebens zu bescheiden (16, 13). Jerusalem fängt an, Luxus und Reichtum anzubeten und endet, indem sie diesem Moloch ihre Söhne und Töchter – ihre Zukunft – aufopfert (16, 19ff) ...

Diese Texte, die sich auf Milch und Honig beziehen, sprechen von einer Lebenseinstellung, die nicht kleinlich oder engstirnig, sondern grundlegend ist. Sie verleihen der Hoffnung von Bauern und Bäuerinnen Ausdruck im Kontext großer Ereignisse wie Exodus, Krieg und Exil. Tatsächlich gibt es Zeiten, in denen das Überleben und die Sicherung des Lebensunterhalts Vorrang gewinnen vor dem Schicksal des Staates. Die großen Wendepunkte der Geschichte, die Durchbrüche, in denen der Herr »unser Geschick wiederherstellt«, finden ihre Bestätigung in der einfachen Wiederherstellung des Lebens, wenn auf das Säen unter Tränen das nach-Hause-Kommen mit Freudenschreien in der Zeit der Ernte folgt (Psalm 126). Das mag sich für diejenigen, die in weltgeschichtlichen Begriffen und Perspektiven denken, kleinlich anhören. Es wird den Hoffnungen derer, die ums tägliche Überleben kämpfen, deren Grundfragen die Verfügung über den Boden, das Wasser und einen sicheren Ort zum Leben sind, aber näher sein.

Viele Bewegungen haben die Hoffnungen und Bedürfnisse des Volkes aus taktischen Gründen aufgegriffen, um sie in die größeren – und wirklichen – Kämpfe um die Staatsmacht mit einzubeziehen. Danach forderte man es auf, (sich) für die Entwicklung des Landes zu opfern. Statt dessen aber sollte das erste Ziel aller Kämpfe die Befriedigung solcher Grundbedürfnisse sein. Die großen historischen Kämpfe müssen in Friedenskämpfe verwandelt werden, die es den Menschen erlauben, zu pflügen, ihren Lebensunterhalt zu erwerben und ihre Ruhe unter Weinstock und Feigenbaum zu finden. Das ist das Kriterium für eine revolutionäre Politik, das *Jesaja 2* und *Micha 4* anbieten. Nationen lernen, ihre Schwerter zu Pflugscharen zu schmieden und ihre Spieße zu Sicheln.

Gemeinschaftsräume eröffnen

Die Schlüsselfrage bei alledem ist, ob es eine materielle soziokulturelle Basis gibt, auf der solche Erinnerungen und Hoffnungen einer menschlichen Solidarität in einem neuen Projekt aufgenommen werden können, das die Einrichtung einer neuen, inklusiven Gesellschaft unter den nun vorherrschenden neuen Bedingungen

zum Ziel hat. Ein Teil einer Antwort ist, daß selbst noch in der Klassengesellschaft Formen menschlicher Solidarität überleben. Das ist eine wichtige Folgerung aus C.T. Kuriens Analyse von präkapitalistischen Formen der Organisation des ökonomischen Lebens und ihres Überlebens – wie zerbrechlich und reduziert auch immer – in der kapitalistischen Gesellschaft. Viele Marxisten haben angenommen, ihr Appell an die Solidarität des Proletariats auf Basis der neuen, von der kapitalistischen Industrialisierung geschaffenen sozialen Strukturen sei etwas Neues. Es könnte sich aber lohnen, historisch zu untersuchen, inwiefern das Solidaritätsethos der Arbeiterklasse aus der Erinnerung an Solidaritätserfahrungen in früheren sozialen Konstellationen geschöpft hat. In bezug auf die heutige Erosion der Solidarität der Arbeiterklasse stellt sich die Frage, ob diese mit dem Verblassen der Erinnerung an solche Erfahrungen verbunden ist.

Vermutlich müßten wir mit Williams eine sowohl geschichtliche als auch anthropologische Basis für Ausdrücke der Solidarität annehmen. Williams hat ausgeführt, daß sich der Sinn für Solidarität aus konkreten Gemeinschaften wie der Nachbarschaft, den Dörfern oder Sportvereinen nährt, und daß sogar entwurzelte Menschen in einer neuen Umgebung auf Dauer Strukturen und Netzwerke der Solidarität aufbauen. Der vom Konsum-Kapitalismus unternommene Angriff auf die Solidarität ist schärfer denn je. Und doch können Menschen ohne Solidarität kaum leben.

Die Arbeiterbewegung hat andere Solidaritätsformen und soziale Zusammenhänge, die der modernen Atomisierung widerstehen, auch deshalb mehr oder weniger ignoriert, weil traditionelle Formen der Solidarität oft in Strukturen praktiziert werden, die durch Diskriminierung und Ungleichheit geprägt sind. Die Solidarität im israelitischen Stammesverband war mit patriarchaler Diskriminierung verflochten. Wer die Werte des dörflichen Gemeinschaftslebens pflegt, ist möglicherweise geneigt, die Grausamkeit feudaler Ausbeutung herunterzuspielen. Hier liegt das ungeheure Problem mit den sozialen Solidaritätsformen der traditionellen indischen Gesellschaft, die als soziale Sicherheitsnetze in der modernen Gesellschaft überleben. Ohne Familie und kasteninterne Netzwerke wären die meisten Menschen unfähig, zu überleben. In diesen Formen erfahren und praktizieren sie die gegenseitige soziale Unterstützung. Aber sie sind verflochten mit einer patriarchalen Ausbeutung der Frauen und einer Verneinung von menschlicher Solidarität über die Grenzen der Kasten hinweg. Die ambivalenten sozialen Formen und Netzwerke der Familie, der Verwandtschaft und der Kaste stützen die Menschen und sind gleichzeitig die Ursache von ungeheurem Leid. Die Frage ist, wie die Kämpfe gegen ihre enthumanisierenden Aspekte in solche Bahnen gelenkt werden können, daß wir nicht bei einer sozialen Atomisierung und Entwurzelung landen, die der fruchtbarste Boden für faschistischen Kommunalismus als Ersatz für den verlorenen sozialen Zusammenhang ist. Alternative Formen der Gemeinschaft und soziale Netzwerke, nicht nur auf der abstrakten Ebene klassenorientierter Massenorganisationen, sondern auf der Erfahrungsebene des täglichen Lebens, müssen an jene Stelle treten, um Raum zu schaffen für das Wachsen einer wirklichen, inklusiven Solidarität.

Aber das wird wiederum nicht reichen. Lokale Initiativen von marginalisierten Menschen zu einer alternativen Organisation ihres Lebens, die ihnen das

Überleben ermöglicht, benötigen früher oder später den Schutz und die Unterstützung von übergeordneten politischen und ökonomischen Institutionen. Insofern hat die marxistische Kritik an vereinzelt Alternativprojekten, die die größeren Machtstrukturen ignorieren, ihr Recht. Wir können den Problemen der nationalen und internationalen Kreditgeschäfte nicht entkommen – kann ein alternatives Bankwesen zu einem Faktor im Kampf für Veränderungen werden? –, und wir kommen um die Fragen der Staatsmacht auf den verschiedenen Ebenen, der Formen, die einen wirksamen demokratischen Druck und möglicherweise eine Volkskontrolle über die Ressourcen sicherstellen, nicht herum. Alternative Bewegungen können sich nicht in einzelne Nischen zurückziehen. In diesem Punkt sind wir sowohl durch den Zusammenbruch des staatssozialistischen Projekts als auch durch die Krise des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates herausgefordert, über die politischen Dimensionen des Kampfes für eine alternative Gesellschaft neu nachzudenken.

Wie das Ergebnis auch aussehen mag, der Staat kann und darf nicht wieder der Brennpunkt einer Art messianischer Hoffnung sein, so, als würde die Eroberung der Staatsmacht den Weg zur Bereitstellung sämtlicher Güter eröffnen. Die Hoffnungen sollten sich lieber auf eine Neuschöpfung von lebensfähigen Gemeinschaftsformen richten. Der künftige Sozialismus wird einer der Kooperativen und Gemeinschaften sein müssen, die durch eine Staatsmacht auf unterschiedlichen Ebenen geschützt und gefördert werden.

In dem durch die modernen Landwirtschaftsmethoden multinationaler Giganten verwüsteten Kanada breitet sich unter dem Namen »Community Shared Agriculture« (oder »Community Supported Agriculture«, wie es in den USA heißt) eine Gegenpraxis aus. Die landwirtschaftliche Produktion ist von der Saat bis zur Ernte als Gemeinschaftsunternehmen organisiert. Die Anteilseigner unterschreiben einen Kontrakt mit dem Bauern. Sie besitzen, vom Samen an, die Nahrung, die der Bauer für sie wachsen läßt. Sie umgehen den Markt, gehen das Risiko einer besseren oder schlechteren Ernte mit ein und verfügen über die Garantie für eine gesunde, nicht vergiftete Nahrung. Das zunehmende ökologische Bewußtsein ist hier die treibende Kraft. Der nächste logische Schritt wäre eine gemeinschaftliche Verwaltung des Bodens. Um solche Schritte herum wachsen alte/neue Formen der sozialen Interaktion. Eine Initiative wie diese zeigt, wie die wachsende Sorge um ökologische Probleme sich aus passiver Hoffnungslosigkeit in Formen der Aktivität verwandeln läßt, die eine alternative Praxis entwickeln. Wo ökologische und ökonomische Besorgnisse verbunden werden, kommt eine sozialistische Alternative in Sicht. Die moderne kapitalistische Ökonomie ist ausschließlich damit beschäftigt, den Güter- und Geldstrom in Bewegung zu halten. Langsam fahrender Verkehr und andere Hindernisse müssen entfernt werden. Es gibt keine Zeit, um zu fragen, wohin der ganze Verkehr geht. Gibt es einen Ausgang am anderen Ende des Tunnels? Eine alternative sozialistische Ökonomie ist nicht darauf bedacht, sich schnell fortzubewegen, sondern darauf, Häuser zu bauen – Haus: griech. *oikos*, das Wort, das die Wurzel der Begriffe Ökonomie und Ökologie ist –, in denen für alle Platz ist. Sie benötigt die Partizipation und Interaktion aller, um für die natürliche Heimat zu sorgen und den menschlichen Haushalt so zu organisieren, daß er möglich wird und auch möglich bleibt.

Zu einer ökosozialistischen Synthese

Zum Abschluß dieser vorläufigen Überlegungen möchte ich – ohne in Einzelheiten zu gehen – darauf hinweisen, daß zur Neuorientierung unserer Hoffnungen die Überwindung alter Dichotomien und Polarisierungen gehören wird, indem wir radikaler mit dem konfrontiert werden, was früher als ein potentieller Verbündeter betrachtet wurde. Um einer sozialistischen Zukunft willen müssen wir alle Theorien und jede Praxis und alle Kräfte bekämpfen, die um der Akkumulation willen ein unqualifiziertes ökonomisches Wachstum befürworten, das zur Ausschließung und zur ökologischen Zerstörungskraft führt. Das ist der alte Kampf gegen den Imperialismus, gegen transnationale Unternehmen in einer neuen Perspektive und auf einer neuen Basis. Verbündete finden wir in diesem Kampf unter solchen Menschen und Bewegungen, die durch frühere sozialistische Generationen ignoriert oder gar aufgegeben wurden. Verbunden mit Bewegungen von marginalisierten Bevölkerungsgruppen werden wir auch dazu kommen, aufgegebene Hoffnungen, Ideen, Fähigkeiten und soziale Handlungen neu zu überdenken. Die sozialistische Bewegung der Zukunft wird gleichzeitig radikaler und konservativer sein. Sie wird alte Hoffnungen integrieren und neue Anziehungskraft in alten Gewohnheiten finden. Es muß jedoch eine kreative Synthese sein. Sie kann die gewaltige Wirkung der Modernität nicht ignorieren. Und sie kann all diejenigen, die in der modernen kapitalistischen Gesellschaft integriert sind, wie die Arbeiterklasse im organisierten Sektor, nicht ignorieren. Rückblickend muß sie alles, was im Erbe der modernen Gesellschaft lebensfähig ist, bestätigen, während sie ihre Zerstörungskraft und Exklusivität verneint.

In früheren Zeiten des Kapitalismus hatte die Arbeiterklasse die Macht, den Produktionsprozeß zum Stillstand zu bringen. Diese Macht, auf die linke Revolutionäre sich verlassen haben, hat aus verschiedenen Gründen abgenommen, während die Macht des globalen Kapitals gewachsen ist. Damit entstehen aber auch neue Widersprüche. Der Angriff von Karnataka-Bauern auf ein Büro des Agrar-Giganten Cargill in Bangalore ist ein hoffnungsvolles Zeichen. Das Kapital benötigt nicht nur Arbeitskräfte, es braucht auch Land und andere Ressourcen. Der Versuch, diese Ressourcen zu monopolisieren und auszubeuten, ruft den Widerstand der Bauern hervor. Ist es zu optimistisch, von einem neuen Bündnis von Arbeitern, Bauern, Frauenbewegung und Öko-Gruppen zu träumen, die einerseits dem wilden Angriff des Kapitals widerstehen, indem sie Hindernisse aufstellen, Unterbrechungen verursachen usw., und die andererseits anfangen, ausgehend von den Experimenten, die schon im Gang sind, Alternativen zu entwickeln? Es gibt bereits eine Praxis von vielfältigen Blockaden. Der Bau von Staudämmen und Atomkraftwerken wird verzögert oder sogar aufgegeben. Die Liste der aufgegebenen Großprojekte wächst. All diese Kämpfe stellen die Richtung, in die sich die Ökonomie bewegt, in Frage (Wielenga 1991). Diese Frage muß aber offengelegt und mit Hinweisen auf eine lebensfähige alternative Richtung verbunden werden. Es reicht nicht, einem Damm oder Kraftwerk an einem bestimmten Ort zu widerstehen, man muß eine alternative Energiepolitik entwickeln. Darum ist es so wichtig, daß verschiedene Bewegungen Wege der Interaktion finden.

Es werden interessante Geschichten über das belagerte Kuba erzählt. Der Wirtschaftsboykott zwingt dazu, ökologisch und ökonomisch gesündere Methoden zu entwickeln, vom Gemüsegarten bis zum Transport auf Fahrrädern und der Anwendung von Sonnenenergie. Das Problem ist, daß man dies möglicherweise als Notstandsmaßnahmen ansieht – wir werden gezwungen, zurück zu gehen –, statt es als ein Zurückgehen in die Zukunft zu akzeptieren. Im Grunde müßte es als eine Synthese betrachtet werden. Für die Produktion von Fahrrädern und Sonnenenergie sind moderne industrielle Produktionsprozesse nötig. Moderne Technologien, die das Leben erhalten, werden wichtig sein. Aber das Tempo und die Richtung wird anders sein; hin zu einem Raum für alle in einem offenen Haus mit vielen Wohnungen.

Eine solche Neuorientierung kann dann die Unterstützung der Menschen gewinnen, wenn ihre Phantasie durch eine Verbindung von Erinnerungen an lebenserhaltende Traditionen, das Leben unterstützenden Eingriffen und neuen Wegen angeregt wird. Auf der schnellen Fahrspur werden sie mit hoher Wahrscheinlichkeit beiseitegedrängt. Sie müssen entdecken, daß dies vielleicht keine Katastrophe ist, sondern eine Chance, um einen anderen Weg zu finden.

Aus dem Englischen von Gerard Minnaard

Literaturverzeichnis

- Benjamin, W.: »Über den Begriff der Geschichte« (1940). In: Gesammelte Schriften, Bd. I. Frankfurt/M 1972ff (zit. GS I)
- Ebach, J., 1986: Ursprung und Ziel. Neukirchen
- Gottwald, N., 1980: The Tribes of Yahweh. London
- Kurien, C.T., 1992: The Economy. An interpretative introduction. New Delhi
- Löwy, M., 1988: Rédemption et utopie. Paris
- Marx, K., 1853: »Die britische Herrschaft in Indien«. In: MEW 9, 127-133
- ders., 1871: [Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich]. In: MEW 17, 493-571
- ders., 1881: [Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch]. In: MEW 19, 384-406
- MEW = Marx-Engels Werke. Berlin/DDR 1956ff
- Wielenga, B., 1976: Marxist Views on India. Madurai
- ders., 1991: »Ecological Movements. Struggle for a sustainable society«. In: Desrochers, Wielenga, Patel: Social Movements. Bangalore
- Williams, R., 1989: »Walking Backwards into the Future« (1985). In: ders., Resources of Hope. London

Beitrag auf einer Tagung in Bangalore (Indien) im August 1993 zur Vorbereitung auf die Konferenz *Socialism – a viable projekt or an illusion?* des COELI (Centre Oecuménique de Liaisons Internationales), Januar 1994 in Belgien. Die deutsche Übersetzung wurde gekürzt.

Coyote-Texte

– Feminismus als Gesellschaftskritik

Coyote sucht die feministischen Fragen der Frauenbewegung der siebziger Jahre, ihre radikale Herrschaftskritik mit den Fragen des aktuellen Feminismus zu verbinden. Die Reihe versteht sich als Mitgestalterin eines kollektiven Gedächtnisses, als Versuch, dem wissenschaftlichen Feminismus eine lebendig zu haltende Geschichte zu geben und den öffentlichen Gebrauch von feministischer Wissenschaft zu fördern.



Mary Mellor fragt sich, wie eine Welt aussehen muß, in der die drei Gattungen Natur, Frau und Mann zusammen leben können. Sie arbeitet die Grenzen einer rein ökologischen oder feministischen oder sozialistischen Kritik heraus; für sich wird jedes dieser Projekte entweder zu rassistischen, sexistischen oder anti-ökologischen Resultaten führen. Dagegen setzt sie ein alle drei Stränge verbindendes Politikkonzept, macht konkrete Vorschläge, wie es angegangen werden kann, und nennt vor allem Subjekte, die es verwirklichen können, weil sie es müssen. Das Neue muß bei den Frauen und der Natur beginnen.

Argument-Sonderband
Neue Folge Band 216
304 Seiten, 29,00 DM

 Argument Verlag



In feministischen Märchen ist es die mutige Tat der Prinzessin, den Prinzen aus der Höhle des Drachen zu retten. Doch warum gefallen diese Geschichten Kindern nicht? Woran liegt es, daß Erziehungsansätze, die von Kindern ein nicht-geschlechtsspezifisches Verhalten erwarten, so wenig erfolgreich sind? Warum verwenden Kinder ihre Kreativität darauf, die Einordnung in weiblich und männlich »korrekt« vorzunehmen?

Die australische Sozialwissenschaftlerin Bronwyn Davies las mit Kindern im Vorschulalter Märchen und zeichnete die anschließenden Gespräche und Spiele auf, um herauszufinden, welche Bedeutung das soziale Geschlecht für die Entwicklung von frühkindlicher Identität hat.

Fesselnd und neu werden feministische Theorie und empirische Untersuchung verknüpft.

Argument-Sonderband
Neue Folge Band 202
188 S., br., DM 18,50

 Argument Verlag

Néstor Kohan

Chiapas – Aufstand und Moderne

»Wir, die wir das Problem des Indios vom sozialistischen Standpunkt aus studieren und definieren, erklären zunächst die humanitären oder philanthropischen Standpunkte für vollständig überwunden. (...) Wir geben uns nicht damit zufrieden, das Recht des Indios auf Erziehung, Kultur, Fortschritt, Liebe und auf den Himmel zu fordern. Wir beginnen damit, kategorisch das Recht des Indios auf sein Land zu einzuklagen.«

José Carlos Mariátegui

Es ist bezeichnend, daß der Aufstand in Chiapas nicht die Abenddämmerung des gerade zu Ende gehenden Jahres gewählt hat, um ins Licht zu treten, sondern den ersten Tag eines neuen Zeitabschnitts: das erste Jahrfünft nach dem Fall der Mauer und dem Beginn der sogenannten Neuen Weltordnung, Offenbar läßt sich der mexikanische Aufstand von einem Sinn für den historischen Augenblick leiten. Das Interessanteste ist jedoch, daß die *Zapatistische Armee der nationalen Befreiung* (*Ejército Zapatista de Liberación Nacional* – EZLN) gerade in dem Augenblick an die Öffentlichkeit trat, als man sicher zu sein wähnte, die Zeit der revolutionären Linken sei vorbei und ihr Platz werde von der »glaubwürdigen« und »vernünftigen« Sozialdemokratie eingenommen.

Vor den verblüfften Augen der Theoretiker und Politikwissenschaftler stellte das Erscheinen des Zapatismus die Heimkehr der revolutionären Kräfte in den Schoß der Sozialdemokratie (paradigmatisch dafür der Fall der italienischen KP, die sich vom Marxismus lossagte und der sozialistischen Internationale beitrug) faktisch in Frage. So hat der Zapatismus zum moralischen und politischen Wiedererstarken der revolutionären Linken beigetragen, insbesondere auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Als sei dies nicht genug, besaßen die mexikanischen Revolutionäre die Chuzpe, einen revolutionären Kampf in einer Zeit zu beginnen, in der das ruhigestellte, gefällige und gelangweilte philosophische Bewußtsein lediglich das nicht allzu ferne Echo eines blendend oberflächlichen Fukujama hörte, der von seinem nordamerikanischen Funktionärsessel aus die ewige Herrschaft des Liberalismus verkündete. Inmitten dieser politisch und philosophisch farblosen Weltlage hat der indianische Ungehorsam die überkommenen Spielregeln auf den Kopf gestellt und damit die ganze Welt in Bewegung versetzt. Anlaß genug, seine sozio-ökonomischen, politischen und historischen Bedingungen zu analysieren.

Messianischer Ausbruch?

Die politische Strategie der wenigen Nachrichtenagenturen, die die Produktion, Verteilung und Zirkulation der Informationen in der Welt beherrschen, einschließlich die der mexikanischen Medien, bestand darin, einen Diskurs zu homogenisieren, in dem der Aufstand als sinnloser messianischer Ausbruch, als absolute Irrationalität dargestellt wurde; als ein Produkt von drei oder vier Intellektuellen,

denen offensichtlich das »wahre traditionelle Leben« der sanften, ruhigen, unwissenden und fügsamen Indios fremd war. Dabei hat nicht nur unser Kontinent während seiner ganzen Geschichte eine nicht abreißende Folge von Aufständen und Rebellionen gesehen, sondern gerade auch die Region Chiapas ist schon oft Schauplatz großer sozialer und politischer Kämpfe gewesen. Der unterm Kolonialismus (1545) erhobene Protest eines Bischofs von Chiapas gegen das Ausmaß der Ausbeutung und Gewalt gegenüber den Indios ist bis heute überall bekannt: die Rede ist von Bartholomäus de las Casas. 1712 begannen die Indígenes von Chiapas aus einen religiös artikultierten Krieg gegen die Spanier und die katholische Amtskirche. Dieser Krieg begründete die Tradition der Kämpfe in dieser Region. Eineinhalb Jahrhunderte später, 1869, brach aufgrund eines bäuerlichen Konfliktes ein Aufstand der Tzotziles los, (die indigenen Ethnien von Chiapas sind die Tzeltal, die Tzotzil, die Chol, die Tojolabal, die Man und die Zoqué). Auch dieser Aufstand war von religiösen Auseinandersetzungen begleitet. Die Indios verloren beide Kriege.

Während der mexikanischen Revolution, zu Beginn unseres Jahrhunderts, fanden auch in Chiapas eine Reihe von Erhebungen statt. Im Unterschied zum Rest des Landes triumphierte jedoch am Ende die Konterrevolution der Mapaches (die Grundbesitzer, die die »Division Libre de Chiapas« bildeten). Nach einigen geschickten Wendungen gegenüber der Zentralgewalt gelang es ihnen, die Agrarreform zu stoppen und bis auf den heutigen Tag ihren Großgrundbesitz zu behalten. Der Gouverneur der Region erließ ein Agrargesetz, nach dem nur Besitztümer, die mehr als 8000 ha umfaßten, als Großgrundbesitz definiert wurden. Das war die Parodie der Agrarreform. Trotz des Triumphes der Konterrevolution begannen die Arbeiter des mexikanischen Südens, die vor allem Landarbeiter waren, ihre eigenen politischen, agrarischen, gewerkschaftlichen bis hin zu politisch-militärischen Organisationen zu bilden. Mit ihrer Hilfe gelang es ihnen, eine führende Rolle in den großen sozialen Kämpfen zu spielen, die sich vor allem seit den siebziger Jahren verschärften. Wenn man diese lange Geschichte des Kampfes und des Widerstandes der Arbeiter und Bauern nicht kennt, fällt es schwer, die Wurzeln und tieferen Motivationen dieser anscheinend »unlogischen« Erscheinung zu begreifen, die Anfang 1994 die Titelseiten der Zeitungen in der ganzen Welt füllte.

Die sozialistische Partei Soconusco (eine zu Chiapas gehörende Region) entsteht 1921 in einem Kampf, in dem sie mit dem Streik von siebentausend Tagelöhnern während der Kaffeeernte droht. Drei Jahre später, 1924, dehnt sie sich aus, und es gründet sich die *Sozialistische Partei Chiapas*. Aus dem radikalsten Teil entsteht später die *Kommunistische Partei Soconusco*, die in kurzer Zeit mehr als achtzig Landarbeitergewerkschaften und -komitees organisieren kann. Der Staat antwortet darauf mit Repression und Terror. 1934 organisieren die kommunistischen Gewerkschaften die Arbeiterkammer von Chiapas. Gegen die gewalttätige Repression von seiten der Großgrundbesitzer, die auf den Kaffeeplantagen Streiks verhindern wollen, und ohne der zentralen Parteiführung Folge zu leisten, bewaffnen sich die kommunistischen Gewerkschaften. Um diesen Unruhen entgegenzutreten, interveniert der populistische Staat der cardenistischen Epoche und versucht, eine gemäßigte Agrarreform zu verwirklichen, mit

der er die Bewegung kooptieren und bändigen will. Diese Politik wird eine der Konstanten in diesem Land werden: permanent wird man von Staatsseite aus versuchen, die sich in der Zivilgesellschaft bildenden Bewegungen zu kontrollieren, vor allem wenn sie revolutionäre Positionen ankündigen. Die Kontrolle wird durch eine zangenförmige Operation sichergestellt, die einen agrarischen und »bonapartistischen« Populismus (wobei der Staat sich gegenüber den kämpfenden Parteien als neutral darstellt) mit einer harten Unterdrückung der Unabhängigkeitsbewegungen verbindet.

Die Vereinigten Staaten erkennen die strategische Bedeutung von Chiapas und dringen während des Zweiten Weltkrieges mit Hilfe von religiösen Organisationen und von Anthropologen in die Region ein. Was die letzteren angeht, so schickt die Universität Chicago im Rahmen großer Forschungsprojekte verschiedene Forscher unter der Leitung von Sol Tax, einem Schüler von Radcliffe Brown, und dem Folkloreforscher Robert Redfield nach Chiapas. Sie bilden die ersten mexikanischen Anthropologen und Politikwissenschaftler aus, die auf die indigene Bevölkerung spezialisiert sind und für den Staat arbeiten.

Einige Jahrzehnte später flammen wieder neue Kämpfe auf. Im Oktober 1974 findet in Chiapas, genauer gesagt in San Cristobál de las Casas, ein Kongreß der indigenen Bevölkerung statt, gefördert vom populistischen Staat und von der Kirche. An ihm nehmen ungefähr 1500 Vertreter der verschiedenen Ethnien teil. Obwohl der Kongreß seinen Ursprung wieder in den Kontrollbestrebungen des Staates hat, entgleitet er den Organisatoren und die Indígenes bringen ihn unter ihre eigene Kontrolle. Dieser Lernprozeß bedeutet einen qualitativen Sprung im Denken der Indios, und dies hat Folgen. Von nun an bilden sich zahlreiche neue Bauernorganisationen wie die *Unión de Uniones* (Verband der Vereinigungen). Die Kämpfe werden nun nicht mehr nur gewerkschaftlich oder auf agrarische Konflikte begrenzt sein, sondern es wird begonnen, die Freiheit der politischen Gefangenen und die Demokratisierung der lokalen Institutionen zu fordern. Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten erweitert sich das Blickfeld. Im Jahre 1975 erreichen die Mitglieder der Gemeinde Venustiano Carranza durch zahlreiche Aktivitäten die Rückgabe von einem Teil des ihnen zustehenden Landes. Während dieser Zeit besetzen die Bauern einige Ländereien, die ihnen vor langer Zeit zugesprochen worden waren, ohne daß dieser legale Anspruch hätte verwirklicht werden können. Allein im Bezirk Villa Flores gibt es 73 Landbesetzungen. Der Staat antwortet mit Repression, und zwischen April 1976 und Juli 1977 werden ungefähr 120 Besetzungen durch Militär und Großgrundbesitzer rückgängig gemacht.

Am 10. April 1976, dem hundertsten Todestag Emiliano Zapatas, gründet sich die *Alianza 10 de April* als Koordinatorin der Landbesetzungen. Im selben Jahr organisiert sich in Ocosingo die Vereinigung der Genossenschaften (*Unión de Ejidos*). In ihr sind 17 Genossenschaften aus der Region Lacandona und auch die *Union de Ejidos »Tierra y Libertad«* (Land und Freiheit) aus Margaritas organisiert. Im selben Jahr vereinigen sich weitere 37 Genossenschaften aus verschiedenen Regionen, und gleichzeitig bewaffnen sich die Tzotziles aus Larrainzar und San Juan Chamula mit Gewehren und Pistolen und besetzen Güter; sieben Großgrundbesitzer werden hingerichtet. Die Antwort sind Aussperrungen

von seiten der Landbourgeoisie. Im folgenden Monat belagert das Militär in »neutralen« Wagen der UNICEF das *Volkshaus (Casa del Pueblo)*. Beim Schußwechsel mit den Besetzern sterben nach achtstündigen Auseinandersetzungen zwei Bauern, drei werden verwundet, dreizehn werden gefangengenommen. Einen Monat später räumt das Militär weitere Häuser von insgesamt 300 Bauern. Im Juli 1977 nehmen mehr als 800 Soldaten an der Räumung von acht Gemeindeflurteilen teil. Zwei Dörfer werden geräumt und die Bevölkerungen werden nach Puljiltic und Grijalva ausgesiedelt, wobei hundert Bauern in einer Schule gefangen gehalten werden. Im gleichen Jahr wird hinter dem Rücken der Bauern und der Tzeltales und Choles ihre gewaltsame Übersiedlung in das, was die Regierung *Neue Bevölkerungszentren (Nuevos Centros de población, NCP)* nennt, beschlossen. Gegen Ende des Jahrzehnts läßt sich eine weitere Radikalisierung der Klassenkämpfe in Chiapas beobachten. Zum Beispiel besetzen die Genossenschaftler von Venustiano Carranza im Februar 1978 fünf Tage lang das Rathaus, um die Befreiung der politischen Gefangenen zu erreichen, die während der Belagerung 1976 festgenommen worden waren. Sie setzen ihre Ziele durch, obwohl sie das Rathaus räumen müssen.

Landbesetzungen und Räumungen bestimmen auch die Jahre 1979 und 1980. An den Besetzungen nehmen jeweils 3000 bis 7000 Bauern und Landarbeiter teil. Im Juli 1980 fordern auf einer als »Marcha des Sureste« bekannt gewordenen Demonstration 3000 Menschen das Ende der Repression und die offizielle Anerkennung der *Unabhängigen Dachorganisation der Landarbeiter und Bauern (Central Independiente de Obreros Agrícolas y Campesinos – CIOAC)*. Zwei Monate später entsteht als Ergebnis des Zusammenschlusses von 160 Genossenschaften der *Verband der vereinigten Genossenschaften (Unión de Uniones Ejidales)*. Weitere Gewerkschaftsorganisationen der Landarbeiter von Chiapas und der Stadt Venustiano Carranza bilden sich in den Jahren 1980 und 1981. Eskalierende Streiks bis hin zum Generalstreik erzwingen schließlich die Registrierung der Gewerkschaften, Kollektivverträge für die Arbeiter sowie die Zahlung der Schulden der Großgrundbesitzer an die Arbeiter. Wieder antwortet der Staat mit Repressionen, woraufhin die Arbeiter den Streik für unbefristet erklären. Im Juli 1981 werden die politischen Gefangenen durch einen Hungerstreik befreit. Im Juli 1982 wird die *Provisorische Koordination der Bauern (Coordinadora Provisional de los Campesinos)* umgewandelt in die *Bauernvereinigung Emiliano Zapata (Organización Campesina Emiliano Zapata)*, die auch Mitglied der gerade konstituierten *Nationalen Koordination Plan Ayala (CNPA)* wird.

Wie man an dieser kurzen Aufzählung der Forderungen und Ausdrucksformen des Klassenkampfes innerhalb von gut einem Jahrzehnt erkennen kann, verschränken sich zunehmend agrarische Bauernkämpfe und eher gewerkschaftliche und klassenspezifische Kämpfe. Aber die sozialen Kämpfe bleiben nicht auf der Ebene korporativer Forderungen, sie politisieren sich. In der Folge entstehen eine Reihe politischer Organisationen. Schon seit 1974 hatten sich unabhängige politische Gruppen gebildet, die sich dann der Bewegung *Linea Proletaria* anschlossen. Weder hatten sich zu diesem Zeitpunkt die anderen, vorher genannten Organisationen schon gegründet, noch hatten die *Kommunistische Partei Mexikos* und die *Sozialistische Partei der Arbeiter* in größerem Umfang an Boden

gewonnen. Dennoch marschierte zu Beginn jenes Jahrzehnts eine Gruppe militanter Linker in den Wald von Lacandona, in dem das Militär dann 1974 ein Guerillalager zerstörte, das den *Bewaffneten Kräften der Nationalen Befreiung (Fuerzas Armadas de la Liberación Nacional, FALN)* als Schulungslager gedient hatte. (Diese Gruppe war am Vorabend der Ereignisse von 1968 in Mexico-Stadt entstanden, wo die Armee am 2. Oktober bei einer Studentendemonstration auf dem Platz der drei Kulturen 500 Studenten erschöß.) Die Guerillatruppen wurden damals von César Germán Yañez Muñoz (Pedro) angeführt. Viele Mitglieder der Organisationen wurden beim Angriff auf das Lager gefangengenommen und in Mexico öffentlich angeklagt. Nach der Vernichtung der FALN bauten Bauern und Landarbeiter von Chiapas sie unter einem neuen Namen wieder auf: *Fuerzas de Liberación Nacional (FLN)*. Jahre später entstand in Chiapas die *Revolutionäre Brigade Emiliano Zapata* der *Liga Comunista 23. September*. Im selben Jahr begann die *Führende ideologische Organisation (Organización Ideológica Dirigente)* in Chiapas zu operieren und im darauffolgenden Jahr die *Vereinigung des Volkes (Unión del Pueblo)*, die sich dann in *Revolutionäre klandestine Arbeiterpartei des Volkes (Partido Revolucionario Obrero Clandestino Unión del Pueblo)* umbenannte und später, 1980, mit der *Partei der Armen (Partido des los Pobres)* vereinigte. Diese Partei bestätigte in der Nr. 61 (März/April 1993) ihrer Zeitschrift: »... die Existenz der revolutionären Bewegung in Chiapas ist ein offenes Geheimnis, das man überall hört und weitersagt ...« Seit etwa zehn Jahren, so der Kommandant »Marcos« in einem Interview mit der *Unidad* am 4. Januar 1994, bereitete sich die EZLN in den Wäldern von Chiapas vor. Der Beginn ihrer Aktionen muß also auf das Jahr 1983 datiert werden. Eine ihrer Vorgängerorganisationen, die *Unabhängige Nationale Bauernallianz Emiliano Zapata (ANCIEZ)*, bewies ihre Stärke und Mobilisierungskraft am 12. Oktober 1992, als sich in San Cristóbal de Las Casas über 10000 Personen versammelten, um des »500jährigen Widerstandes der Indígenes, der Schwarzen und des Volkes« zu gedenken. 5000 dieser versammelten Bauern waren Mitglieder des ANCIEZ, was an ihrer militärischen Formation erkennbar war. Angesichts dieser Geschichte der Kämpfe in Chiapas läßt sich der ideologische Charakter der Mediendarstellungen abschätzen, die den Aufstand vom 1. Januar 1994 als irrationale Attacke einer fundamentalistischen Gruppe vorführten.

Modernisierung und Kapitalismus

Nachdem die mexikanische Regierung erklärt hatte, der Aufstand sei auf »Eindringlinge« zurückzuführen, es handle sich um eine »ausländische Subversion«, legte sie den Schwerpunkt ihrer Interpretation auf die angebliche Isoliertheit und fehlende Integration von Chiapas in den mexikanischen Kapitalismus. Durch die Optik der Mächtigen des Staates sieht es so aus, als würden in Chiapas solche Dinge geschehen, weil es dort keinen Kapitalismus gibt. Wenn das richtig wäre (und in Argentinien behauptete man angesichts sozialer Unruhen 1993 das gleiche), würden die sozialen und politischen Kämpfe sich in dem Maße verringern, in dem Länder und Regionen in den kapitalistischen Weltmarkt integriert würden. Analysieren wir also den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse,

die in Chiapas vorherrschen, um diese Hypothese zu bestätigen oder zu widerlegen.

Chiapas ist ein Land, in dem Erdölförderung und Agrarexport vorherrschen. Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung sind Indígenes, das sind annähernd 900000 Mayas. (1519 betrug die Zahl der indigenen Bevölkerung in Mexico 11 Millionen, während sie 1650 schon auf knapp 1,5 Millionen geschrumpft war.) Chiapas befindet sich im Süden des Landes der Azteken und hat eine 105 km lange Grenze mit Guatemala, zu dem es bis 1824 gehörte. Die Quellen seines Reichtums sind vornehmlich Wasser (es liefert damit 50 Prozent der mexikanischen Energie), Öl (aus 59 Quellen) und Kaffee (53,1 Prozent der nationalen Produktion), Kakao (28,7 Prozent) und Mais (47,2 Prozent). Die wichtigsten Industrien, die einzigen, die voll industrialisiert sind, sind Elektro- und Ölindustrie. Auf die nationale Ebene bezogen, machen sie ein Achtel des Territoriums aus und standen jüngst auf Platz 23 hinsichtlich der Industrialisierung. Die übrigen Industrien sind kleine Betriebe zur Herstellung von Lebensmitteln, einige Fabriken für Bekleidung und Möbel, der Rest ist Agroindustrie. Diese sozioökonomische Struktur zeigt, daß der Boden die Haupteinnahmequelle ist, und deshalb steht er im Zentrum der bäuerlichen, gewerkschaftlichen oder politischen Konflikte.

Auf den ersten Blick ist diese Region noch nicht in die Ära der kapitalistischen Moderne eingetreten, denn in vielen Gebieten, vor allem in den Kaffeeplantagen, haben noch quasi-feudale Beziehungen überlebt: Häusler (*acasillados*), die an die Plantage gebunden sind durch ein kleines Stück Land, das man ihnen zur Bearbeitung gibt, ohne daß sie einen Minimallohn bekommen oder soziale Dienstleistungen, das Recht der ersten Nacht, unbezahlte Arbeit, künstliche und betrügerische Verschuldung (durch die man die Arbeitskräfte zwingt, in einer bestimmten geographischen Zone zu bleiben), Kazikentum der Grundbesitzer (eine Nachahmung des argentinischen *Caudillismo*), Anwerbemethoden usw. Aber die Tatsache, daß vorkapitalistische Verhältnisse überleben, ist nicht gleichbedeutend damit, daß die Region am Rande des Kapitalismus existiert. Seit der Epoche des spanischen Kolonialismus wurden nicht nur die Städte, sondern auch die indigenen Gemeinwesen – trotz ihrer scheinbaren Isolation – in die nationalen ökonomischen Systeme inkorporiert und über diese in den kapitalistischen Weltmarkt. Wenn zum Beispiel die Preise für Kaffee (den die Bauern von Chiapas für den Weltmarkt produzieren und der eine der Haupteinnahmequellen Mexikos für Devisen ist) auf dem Weltmarkt und in der Region auf ein Niveau sinken, auf dem die Bauern für ein Kilo Kaffee nur ein Kilo Mais bekommen, hören sie sofort auf, Warenproduzenten für den Weltmarkt zu sein und verwandeln sich in individuelle Subsistenzproduzenten für Mais. Wenn jedoch die Weltmarktpreise steigen, gehen sie den umgekehrten Weg. Dies zeigt, daß sie trotz ihrer scheinbaren »Isolierung« unter den Weltmarkt subsumiert sind. Ein anderes Beispiel finden wir in der Viehzucht. Nachdem die Vereinigten Staaten in den zweiten Weltkrieg eingetreten waren, sahen die mexikanischen Viehzüchter die Möglichkeit, ihre Exporte in dieses Land zu erhöhen und schickten ihre Produktion nicht mehr ins Zentrum und in den Süden Mexikos. Als Reaktion darauf erweiterten die Viehzüchter des Südens ihre Produktion, um die erhöhte Nachfrage zu decken. Die Expansion der Viehzucht in den letzten Jahrzehnten im

mexikanischen Süden, einschließlich Chiapas, ist also ein direktes Resultat der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung. Hieraus können wir schließen, daß vormoderne Beziehungen zwar überlebt haben, daß sie aber von Anfang an der Entwicklung des weltweiten Kapitalismus untergeordnet und für ihn funktionalisiert worden sind.

So entwickelte sich in Chiapas ein strukturelles Gefüge von ineinander verwobenen sozialen Beziehungen, die kapitalistische und vorkapitalistische Verhältnisse miteinander verknüpfen. Trotz ihrer Ungleichheit koexistieren sie, wobei die kapitalistischen Verhältnisse die untergeordnete und umfunktionalisierte Existenz der vorkapitalistischen für ihre globale Reproduktion benötigen. Gleichzeitig reproduziert sich im Innern der Region das gleiche Verhältnis zwischen Metropole und Peripherie, das auf der globalen Ebene existiert: die Stadt, in der Weiße und Ladinos (ehemalige Indios, die von den Kreolen abstammen, sich von den Indios unterscheiden und die mittleren politischen und ökonomischen Positionen besetzen) eine Vormachtstellung haben, spielt die Rolle des Zentrums und ordnet sich die Peripherie unter, die angeblich »isolierten« Gebiete der »volkstümlichen« indigenen Gemeinwesen. Nicht die Abwesenheit des Kapitalismus erklärt also den untergeordneten sozialen Status und die Überausbeutung, die Ursachen der Aufstände sind. In Chiapas mangelt es nicht an Kapitalismus, es gibt zu viel davon. Es gibt zuviel vom einzig möglichen Kapitalismus: vom abhängigen, rohen, peripheren Kapitalismus. Er wird beherrscht von einer Lumpenbourgeoisie, die nicht zögert, sich vormoderner Herrschaftsmethoden zu bedienen, vom Recht der ersten Nacht über die militärische Repression bis zur Folter. Gleichzeitig entwickelt eine dünne Bevölkerungsschicht einen Stand der Konsumtion wie er in den großen kapitalistischen Metropolen üblich ist. So entstehen und reproduzieren sich duale Gesellschaften, in denen die sozialen Pole sich immer weiter voneinander entfernen. Kann es vielleicht in Lateinamerika einen anderen als diesen Kapitalismus geben? Einen »demokratischen«, mit harmonischer statt mit ungleicher Entwicklung, ohne illegale ökonomische Transaktionen, ohne Korruption, ohne Repression und ohne Verschwundene? Es scheint, daß dies eine Utopie ist, die der Selbstberuhigung dient und den real existierenden rohen Lumpenkapitalismus Lateinamerikas verkennt.

Wenn auch Mexico einschließlich der Region Chiapas immer in den Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung integriert war, so hat diese Integration seit 1982 exponentiell zugenommen. Im sechsten Jahr der Präsidentschaft von Miguel La Madrid Hurtado begann die kapitalistische Umstrukturierung, die sogenannte »Modernisierung«, wie der Abbau des populistischen Wohlfahrtsstaates genannt wird. Z.B. wurde 1988 ein Vertrag mit der Weltbank unterzeichnet, in dem diese Mexico 300 Millionen Dollar zusicherte, wofür sich die aztekische Bourgeoisie verpflichtete, die Rolle der halbstaatlichen Unternehmen zu verringern (Schließung von fünfzehn im ganzen Land), den Handel und die Preise zu liberalisieren, die staatlichen Unternehmen zu rationalisieren und aus der staatlichen Kontrolle zu entlassen (1990 gab der Staat 138 Betriebe auf), den Handel mit Dünger zu privatisieren. Kurz: die makroökonomische Politik des mexikanischen Agrarsektors, einschließlich Chiapas, wird von der Weltbank kontrolliert. Das Ergebnis dieser Politik war ein Absinken der Preise für landwirtschaftliche

Produkte, eine Verringerung der internen Nachfrage nach Maschinen, Traktoren, Dünger und Saatgut, ein Sinken der öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft (um ca. 35 Prozent), ein Absacken der landwirtschaftlichen Kredite (um 40 Prozent 1988 im Vergleich zu 1981) und eine Erhöhung der Einfuhr von Grundnahrungsmitteln (9,5 Millionen Tonnen im Jahr 1989). Die Unternehmerelite, die sich an die neoliberale Schocktherapie der Privatisierung und Deregulierung anpassen konnte, an die neue Form der Eingliederung in den Weltmarkt und vor allem in den US-amerikanischen Markt, gründete den *Rat der Unternehmer* (*Consejo de Hombres de Negocio*). Es sind nicht mehr als 40 Unternehmer, die die 300 übrigen anführen, mit denen sie die wirkliche Regierung des Landes bilden. Ihnen gehören 2365 große Unternehmen. Das internationale Kapital unterstützte das Programm in Form von Investitionen im Wert von 10 Milliarden Dollar. Dieses neoliberale Programm, das in Mexico, in Argentinien, in Brasilien und in ganz Lateinamerika umgesetzt wurde, ist weiter nichts als eine Modernisierung des Elends der großen Mehrheiten, also etwas, das zahlreiche historische Vorläufer hat. Es ist eine »Modernisierung«, die auf Kosten der Millionen Hungernden, Unterdrückten, Gefolterten, Massakrierten in den Gebieten des »Fortschritts« stattfindet. Das Modell, das in letzter Konsequenz und unausgesprochen hinter diesem Programm steht, ist Pinochets Chile.

Moderne und Revolution

Eine andere typische ideologische Figur, auf die die Medienberichte über Chiapas immer wieder zurückgriffen, war die Darstellung des Aufstandes als dem bloßen Ausbruch einer anachronistischen, archaischen Nostalgie, die sich gegen die Modernität des Präsidenten Salinas de Gortari und seine Politik der Integration in den gemeinsamen Markt mit den Vereinigten Staaten (NAFTA) richtete. Der diskursive Faden dieser Strategie machte sich am Namen der Aufständischen fest: am Rückgriff auf das historische Gedächtnis durch den Bezug zum Bauernführer Emiliano Zapata. Unterschlagen wird dabei, daß auch Salinas sich auf die revolutionäre zapatistische Tradition berufen hatte. So empfing er am 1. Dezember 1991 Führer von 250 von der Regierung kooptierten agrarischen Organisationen und sagte zu ihnen: »Sie sind heute aufgrund ihrer Kämpfe, ihrer Ehrlichkeit, ihrer aufrechten Prinzipien und vor allem aufgrund ihres echten und ehrlichen Einsatzes für die Menschen auf dem Lande würdige Erben von Zapata.« Es mag ironisch oder fast absurd erscheinen, daß jemand, der während der ersten Tage des Aufstandes die gesamte repressive Macht an das Militär abtrat, so daß fast 400 Bauern und Bäuerinnen gefoltert, vergewaltigt und getötet wurden (von denen nur etwa 100 Kämpfer der EZLN waren), einige Jahre zuvor die gleichen Symbole benutzt hat, die heute von den Aufständischen gewählt werden. Analysiert man aber die Besonderheiten des mexikanischen Staates, so zeigt sich, daß dies kein Zufall ist.

Der mexikanische Staat hat sich zu Beginn dieses Jahrhunderts dadurch gefestigt, daß die Bourgeoisie und ihre Bürokratie die Revolution von Volk und Bauern enteignete. Die Revolution wurde »institutionalisiert«. Spezifisch für den Staat war immer die große Unabhängigkeit und Autonomie gegenüber der Sphäre

der Zivilgesellschaft. Diese Autonomie hat es ihm erlaubt, jede revolutionäre Opposition durch eines der gebräuchlichsten Mittel zu neutralisieren: durch Kooptierung. Dadurch konnte er sich die Forderungen, die Kämpfe, die Organisationen bis hin zu den Symbolen seiner Gegner aneignen. Der Name Zapata bildet keine Ausnahme. Diese bürokratische Kooptierung der Organisationen der Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, politische Parteien, ländliche Vereinigungen) hat es der mexikanischen Bourgeoisie ermöglicht, eine Art »bonapartistischen« Staat zu errichten, der sich scheinbar neutral über den gesellschaftlichen Sektoren erhob, die aufgrund ihrer antagonistischen Klasseninteressen im Gegensatz zueinander standen. Dieser bonapartistische Staat hat im Bündnis mit Kazikentum (allgegenwärtig in Chiapas) und einem politischen Klientelismus, der an uralte, die Klasseninteressen neutralisierende Vasallentreue appelliert, eine spezifische politische Formation gebildet, die die offene und verdeckte Repression mit der »konzertierten Aktion« abwechselt: Mit den bürokratisierten Gewerkschaften, den gekauften Führern und den Unternehmern werden Pakte geschlossen. Dies alles geht einher mit einer pluralistischen Außenpolitik, die sich niemals den nordamerikanischen Pressionen unterwarf, Kuba oder Nicaragua unter Druck zu setzen. Hinzu kommt eine »fortschrittliche« Politik, die es ermöglichte, politisch Exilierte verschiedener Generationen aufzunehmen: aus dem spanischen Bürgerkrieg in den dreißiger Jahren und aus Argentinien, Uruguay und Chile in den Siebzigern. Viele von ihnen konnten sogar wichtige Positionen in der angesehenen mexikanischen Universität, Universidad Autónoma de México, einnehmen.

Gegen diesen speziellen Staatstyp der passiven Revolution (Cuoco/Gramsci) und gegen die soziale Ordnung, die er vertritt, erhebt sich der Aufstand. Zweifellos stößt die Analyse seines Programms auf eine Verknüpfung klassischer Elemente des revolutionären lateinamerikanischen Marxismus mit »archaischen« indigenen, agrarischen und nationalen Forderungen, die im Gegensatz zur kapitalistischen Modernisierung stehen. Das Ganze ist eingetaucht in die unauslöschlichen Farben jener ganz und gar lateinamerikanischen Ketzerei, die als Theologie der Befreiung bekannt ist. Mit dieser politisch-theoretischen Mischung steht die EZLN nicht allein, sie ist auch die Grundlage anderer Aufstandsbewegungen auf dem Kontinent.

Aber neben den politischen Orientierungen ist es die zentrale Rolle der Frauen, die Zweifel weckt am angeblichen Anachronismus des Aufstandes. Wie schon erwähnt, gibt es in Chiapas auf manchen Plantagen noch das Recht der ersten Nacht. Aber auch in vielen indigenen Gemeinwesen werden zum Beispiel die jungen Mädchen noch von den Eltern verheiratet. Angesichts dieses Zustandes muß es Aufmerksamkeit erregen, wenn die angeblich archaischen Aufständischen in den »befreiten Gebieten« ein Gesetz mit dem Titel »Revolutionäres Gesetz für die Frauen« erlassen. Unter anderem wird darin festgelegt, daß »die Frauen das Recht haben, die Anzahl der Kinder, die sie zur Welt bringen und aufziehen können, selbst zu bestimmen«, sowie das Recht, »ihren Mann selbst auszusuchen«, und daß sie »nicht mit Gewalt zur Ehe gezwungen werden können«. Darüber hinaus wird ihnen das Recht garantiert, in der Regierung, in der Politik und im Militär vertreten zu sein, sowie das Recht auf Arbeit, Studium, Gesundheit usw.

Diese Gesetzgebung weist zweifellos auf eine Modernisierung nicht nur des politischen Lebens, sondern auch der Alltagsbeziehungen hin. Eine Modernisierung, die der mexikanische Nationalstaat nie in Gang gesetzt, sondern vielmehr mit allen Mitteln, einschließlich der Repression, zu verhindern versucht hat.

In ihrem Bodenprogramm fordern die Aufständischen nicht, das Land an einzelne Minifundisten, an jeden Indio zu verteilen, auch nicht, es den vorkolonialen Gemeinwesen, den *Ejidos*, zu übergeben; sie fordern, daß die kapitalistischen Landbesitzer enteignet und die Ländereien den Genossenschaften übereignet werden. Mit den Etiketten »anachronistisch« und »utopisch« versucht man deshalb von Seiten der Macht eine Formel zu beschwören, mit der sich nicht nur die mexikanische Erhebung, sondern jede antikapitalistische oder sozialistische Zielsetzung, die künftig auf dem Kontinent auftauchen könnte, mit der Behauptung ausgrenzen läßt, sie stünde außerhalb der zeitlichen und räumlichen »Realitäten«, die von der Neuen Weltordnung als »machbar« und »akzeptabel« definiert werden. Es scheint, daß es für die herrschende Ideologie nur eine mögliche Modernisierung gibt: die von oben, das heißt vom Staat hinter dem Rücken der Zivilgesellschaft durchgeführte. Dagegen läßt sich das Auftauchen der Zapatisten und ihres Modernisierungsprogrammes nur verstehen, wenn man es als einen von den staatlichen bürokratischen Strukturen unabhängigen, sogar gegen sie gerichteten Versuch begreift, die sozialen Verhältnisse von unten her zu transformieren. Wie immer die Erhebung ausgeht, sie ist sicherlich der Anfang vom Ende der neoliberalen Illusion in Lateinamerika. Sie ist keine exzentrische Nostalgie, sondern eine Vorwegnahme der Kämpfe des nächsten Jahrhunderts.

Aus dem Spanischen von Nora Räthzel

Dietrich Goldschmidt

Auf Maxim Gorkis Spuren: Universitäten in der Dritten Welt

»Lernen will ich was!« »Die Universität besuchen!« antwortet Maxim Gorki seiner ärmlichen Gastgeberin in einer fernen halbtatarischen Stadt (1955, 8, 165). Der Keller ihres Häuschens wurde eine seiner Universitäten. So beginnt er die Schilderung seines Weges im gärenden Dunkel Rußlands, des Elends des Volkes im Zarenreich vor der Jahrhundertwende, der Unruhen, Konspirationen und Diskussionen verschrobener Sektierer und Umstürzler. »Meine Universitäten« überschrieb er den autobiographischen Bericht.

In den Industriestaaten befinden sich gegenwärtig Colleges, Hochschulen, Universitäten auf Grund der zunehmenden Akademisierung zahlreicher Ausbildungen, des wachsenden Andrangs von Studierenden und des steigenden Bedarfs an immer aufwendigerer Forschung in einer ökonomischen und konzeptionellen Krise. Christoph Oehler wirft in seiner Besprechung des Buchs von Rosalind M.D. Pritchard (1990) die Frage auf: »Das Ende der Eliteausbildung?« Er hofft, daß das Modell der Gesamthochschule sich dahin entwickeln läßt, daß dort bei entsprechend differenzierter Struktur funktionale Eliten für unterschiedliche Berufsaufgaben ausgebildet werden können, denen zugleich die Möglichkeit geboten wird, sich Bildung im traditionellen Sinne anzueignen. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang sich auf diese Weise Humboldtsche Ziele im euro-amerikanischen Kontext zeitgemäß weiterentwickeln lassen. Diese Diskussion dürfte ganz eurozentrisch sein!

In der sogenannten Dritten Welt lassen sich inzwischen um 1 000 Colleges und Universitäten zählen; die Zahl ihrer Studierenden nähert sich der jener ca. 30 Millionen in den Industriestaaten, ihr prozentualer Anteil an den entsprechenden Jahrganggruppen ist jedoch wesentlich geringer: über 33 Prozent in den Industriestaaten, 2 bis 7 Prozent in den Entwicklungsländern. Die Hochschulen sind dort allermeist denen der Industrieländer nachgebildet, gewissermaßen als deren Dependancen von deutlich geringerer Leistungsfähigkeit, und meist Fremdkörper in ganz anderer kultureller Umwelt. Sie haben – soweit sie sich von antiquierten europäischen Anforderungen lösen konnten – fast überall nur funktionale Ausbildungen nach westlichem Muster zum Ziel. Der krasseste Fall dürfte Schwarzafrika sein. Dort macht die Zahl der Studierenden an knapp 86 Universitäten noch nicht 2 Prozent der entsprechenden Altersgruppen aus. Der sogenannte moderne Sektor von Wirtschaft und Dienstleistungen ist in ihren Ländern meist erst so gering entwickelt, daß er selbst die vergleichsweise geringe Zahl der Studiumsabsolventen nur teilweise ausbildungsadäquat aufzunehmen vermag.

In einem Band, der Problemen der Hochschulen in europäischen Industrieländern und allenfalls ihren Ablegern in anderen Teilen der Welt gewidmet ist¹, sei ein Kontrapunkt gesetzt, um die angedeutete Bildungswirklichkeit in zahllosen Entwicklungsländern noch deutlicher in den Blick zu rücken: »Die im Dunkeln sieht man nicht«, heißt es bei Bert Brecht in der Dreigroschenoper. Bleiben wir beim Extremfall Schwarzafrika. Das formale Bildungssystem ist zwar unentbehrlich für das staatliche und wirtschaftliche Wohlergehen eines Staates und

zumindest für all diejenigen seiner Bürger, die im modernen Sektor angemessene Beschäftigung finden können; doch dank seiner Überproportionalität im Vergleich zum Bedarf führt es in Sackgassen. Die Kluft zwischen der Zahl seiner Absolventen und der Zahl der offenen Stellen ist, wie unter anderem Volker Lenhart darstellt (1993, 5, 18 und 44), immer größer geworden. In vielen afrikanischen Ländern sind weniger als 10 Prozent der Erwerbsbevölkerung im modernen Sektor beschäftigt. In einigen Ländern übertrifft die Zahl der jährlichen Schulabgänger die Zahl der im modernen Sektor überhaupt vorhandenen und bereits besetzten Arbeitsplätze um mehr als das Doppelte. Nur knapp 50 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre sind des Lesens und Schreibens kundig (59 % männlich, 36 % weiblich; UNESCO 1991, Tables R3ff). Nur ca. 65 Prozent der Grundschüler erreichen die sechste Klasse. Dennoch ist unbestreitbar, daß heutzutage Grundbildung – wie auch immer erworben – ein universales Erfordernis für die Verbesserung der elenden Lebensumstände der meisten dortigen Menschen und ihrer Länder ist. Das formale Schulwesen reicht hierfür offensichtlich nicht aus; allorts ist es nahezu hoffnungslos unterfinanziert, und in seiner »akademischen« Orientierung ist es großenteils insofern dysfunktional, als es vielen Schülern keine genügende Anwendungschance für das Gelernte in Aussicht zu stellen vermag.

Hier haben Projekte nonformaler Bildung ihren Platz – einer Bildung, die exemplarisch unmittelbar an die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und/oder Erwachsenen anknüpft und sie darin fördert. Sie entspringt meist einzelnen Initiativen – seien sie lokal oder regional entstanden, sei es, daß NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) sie anregen und unterstützen. Sie wird entsprechend örtlichen Bedürfnissen und Entscheidungen praktiziert (vgl. King/McGrath 1953, Lohmar-Kuhnle 1953). Im Gegensatz dazu ist der viel umfassendere, flächendeckende, kostspielige formale Sektor in Gestalt der öffentlichen Schulen meist in zentralistisch-bürokratischen Systemen bei geringer Berücksichtigung spezifischer Bedürfnisse der Basis institutionalisiert.

Gorkis Erfahrungen verdienen hier berichtet zu werden: In einem Wolga-Dorf traf er auf den Ladenbesitzer Romas. Dieser stellt ihn als Helfer an und fügt hinzu: »Ich besitze gute Bücher und werde Ihnen behilflich sein, sich weiterzubilden.« (1955, 153) Doch Romas ist zielbewußt: »Sie müssen lernen, ja – so, daß das Buch Ihnen nicht mehr die Menschen verdeckt.« Und weiter: »Dem Bauern muß man einprägen: du bist ja im Grunde nicht etwa ein schlechter Mensch, mein Bester, aber du lebst schlecht und verstehst nichts dafür zu tun, daß dein Leben leichter und besser wird.« (Ebd., 164f)

Gorkis »Universitäten« sind seine Lernorte im täglichen Leben und für das tägliche Leben. Er hatte Begabung und Glück, die Menschen zu treffen, die ihm Lehrer sein konnten. In die Realität der Armutgebiete der Dritten Welt am Beispiel Schwarzafrikas übersetzt gilt es, jungen und alten Menschen am Ort und im Zusammenhang ihres täglichen Tuns Gelegenheiten zu bieten, des Lesens und Schreibens kundig zu werden und zugleich den Horizont ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Kenntnisse und Tätigkeiten zu erweitern. Derartig angepaßte Bildungsgelegenheiten kann das formale Bildungswesen bildungsfernen Menschen vielfach nicht nahe bringen. Außerschulische, nonformale Bildungsprojekte

suchen deshalb dem täglichen Leben und Streben der Menschen solche Gelegenheiten zum Lernen zu bieten, wie sie sich Gorki geboten hatten. Die Parallelität zu seinen Erfahrungen rechtfertigt es, nonformale Bildungsprojekte, die unmittelbar an lokale kulturelle und wirtschaftliche Gegebenheiten anknüpfen und sich in ihren Dienst stellen, als die originären Universitäten eines Landes zu bezeichnen.

Zur Förderung von Grundbildung in der Dritten Welt laufen zahllose nationale und internationale Hilfsmaßnahmen. Angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise und der Verknappung der Mittel gewinnen dabei seit einigen Jahren Projekte nonformaler Bildung an Aufmerksamkeit – wenn auch bei weitem noch nicht genug! Eine Fülle von Literatur liegt dazu vor. Eine internationale Konferenz über nonformale Bildung Ende März/Anfang April 1993 in Berlin² gab Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Anhand zahlreicher Projektberichte, die meist von Projektverantwortlichen gegeben wurden, die selbst aus dem betroffenen Lande stammen, und in anschließenden Diskussionen wurde herausgearbeitet, was nonformale Bildung im Kontext der jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen zu leisten vermag und wie sie vor allem durch Arbeitsmarktpolitik stimuliert oder in ihrer Wirkung beschnitten werden kann.

Die grundsätzlichen Einsichten haben Eckhard Deutscher und der Verfasser in zehn Thesen über »Bildung im nonformalen Sektor« zusammengefaßt. Man könnte sie auch als Funktionsbeschreibung der originären Universitäten der Armen und Verarmten in Ländern der Dritten Welt bezeichnen.

1. Der »nonformale Sektor« in Entwicklungsländern wird in den nächsten Jahrzehnten noch an Bedeutung zunehmen, da eine einschneidende Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (wirtschaftliche Rezessionen, Bevölkerungsentwicklung, ineffiziente formale Bildungssysteme u.a.) zum Positiven nicht zu erwarten ist. Auf Grund wirtschaftlicher Krisen und falscher Politikentscheidungen ist er nicht mehr nur der »Sektor der Armen«, sondern zunehmend auch ein Sektor der Mittelschichten, die in ihm ihr Einkommen aufbessern müssen. Von daher muß der »nonformale Sektor« auf unabsehbare Zeit als eine wirtschafts- und sozialpolitisch wichtige Größe angesehen werden. Er darf nicht als »zweitrangig« ausgegrenzt werden.

2. Die formalen Bildungssysteme in Entwicklungsländern sind nicht effektiv genug, um die erforderlichen Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklungsprozesse zu schaffen. Sie sind weithin dysfunktional, können in vielen Ländern nicht mehr finanziert werden und sind überwiegend auf den modernen Sektor hin orientiert, wobei die öffentlichen Schulen nur eingeschränkt die Qualifikationsstandards hervorbringen, die für den modernen Sektor und seinen Arbeitsmarkt erforderlich sind. Qualifikationsmaßstäbe werden vielfach von den Privatschulen gesetzt (von der Vorschule bis zur Universität), mit denen die Eliten ihre Qualifikationsvorstellungen realisieren und auf die Arbeitsmarkterfordernisse reagieren.

3. Für die Entwicklung bzw. Stärkung demokratischer Strukturen sind formale Bildungssysteme unersetzlich. Schulische und außerschulische Bildung müssen einander ergänzen und können nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Verankerungen von beruflichen Qualifikationen, die Vermittlung von Techniken und Wissen und die Förderung politischer Bewußtwerdung ist Aufgabe in beiden

Bildungssektoren. Die im »nonformalen Sektor« liegenden Entwicklungspotentiale werden jedoch in der Bildungspolitik der Entwicklungsländer sowie in der Bildungszusammenarbeit noch zu wenig berücksichtigt. Hier liegen wesentliche Elemente, um durch bildungspolitische Veränderungen wirksame Armutsminderung durch Bildung zu erreichen. In der Bildungszusammenarbeit wird diesem Zusammenhang noch zu wenig Bedeutung zugemessen.

4. Das »praktische Überlebenswissen« ist für die Menschen im herkömmlichen »informellen« Sektor der Wirtschaft wichtiger als die Inhalte und Zertifikate des formalen Schulsystems. Der funktionalen Alphabetisierung kommt daher besondere Bedeutung zu. So ist in der Entwicklungspolitik u.a. auf UNESCO und Weltbank Druck auszuüben, daß sie über Bildungsinvestitionen im Rahmen ihres Programmes universaler Alphabetisierung neu disponieren.

5. Alphabetisierung weckt und fördert das soziale und politische Bewußtsein mit unterschiedlichen Konsequenzen, die von kulturellen und sozialstrukturellen Bedingungen abhängig sind; Erfahrungen zeigen, daß sich in Südasien durch funktionale Alphabetisierung nachhaltige Verbesserungen örtlicher und regionaler Lebensverhältnisse in Dorfgemeinschaften entwickeln können; in Lateinamerika wecken Alphabetisierungskampagnen flächenweit Selbstorganisations- und politische Protestpotentiale, die »mehr Demokratie« reklamieren.

6. Praktisches Überlebenswissen hat drei miteinander verflochtene Probleme zu lösen: (1) Welches Wissen und welche Techniken sind nötig, um unter spezifischen wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Bedingungen die Grundbedürfnisse zu befriedigen? (2) Wie läßt sich Lernen verbinden mit der Notwendigkeit wirtschaftlichen Überlebens und der Erhaltung soziokultureller und ökologischer Zusammenhänge? (3) Wie können Organisationsformen hergestellt und gesichert werden, die das Lernen effizient und attraktiv für breite, im informellen Sektor der Wirtschaft tätige Bevölkerungsschichten macht? Beispiele »produktiver Schulen«, das heißt Schulen, die in der Ausbildung nicht nur Theorie und Praxis, etwa nach Art der deutschen Berufsschule, miteinander verbinden, sondern zugleich auch für den Markt produzieren, zeigen, daß derartige Schulen unter geeigneten ökonomischen und sozialen Bedingungen von großer pädagogischer und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung sind.

7. Je mehr Alphabetisierungsmaßnahmen an der »Basis« organisiert und durch sie getragen werden und je weniger zentralistische Bildungsangebote durch den Staat gemacht werden, um so stärker können sich Strukturen für nachhaltigere Entwicklung verankern. Die Organisationsfähigkeiten erhöhen sich um ein Vielfaches, wenn Lernen und Tätigkeiten selbstbestimmt sind. Diese setzen keine formale Schulbildung voraus. »Learning by doing« eröffnet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen den Weg, um den Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten. Meist führt er in den informellen Wirtschaftssektor (Dienstleistungen, Kleinhandwerk u.ä.), doch unter Umständen auch über diesen in den modernen Sektor der Fabrikations-, Handels- und ähnlichen Unternehmen. *Nota bene:* Auch der informelle Wirtschaftssektor ist produktiv, unbeschadet dessen, daß er statistisch im Bruttosozialprodukt der Staaten nicht ausgewiesen wird!

8. Wo ausländische Unterstützung für außerschulische Ausbildung gegeben wird, sollte sie je nach Umständen auch Mittel zur Verfügung stellen, die es

Absolventen ermöglicht, sich zum Erwerb ihres Lebensunterhalts ohne übermäßigen Aufwand selbständig zu machen.

9. »Lernen« im informellen Sektor ist nicht nur instrumenteller Selbstzweck zur Steigerung wirtschaftlicher Einkommen, sondern in vielen Entwicklungsländern auch im Rahmen von Selbsthilfeorganisationen mit politischen und kulturellen Sozialbewegungen verbunden. Deren Vorstellungen von Bildung sind teilweise konträr zur Arbeit der Regierungen, praktizieren aber häufig die Ziele klassischer Entwicklungszusammenarbeit. Wenn Armutsminderung erfolgreich sein soll, sind diese überwiegend als NGOs arbeitenden Organisationen stärker als in der Vergangenheit zu unterstützen. Sie sind Anstifter und Katalysatoren für Selbsthilfe und für den organisatorischen Aufbau von »Gegenmacht«.

10. Die Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich muß die Rückbesinnung auf die eigenen Kräfte der Menschen und die Selbstdefinition möglicher Handlungsalternativen dank Bildung anstoßen und den Mut zu Eigenverantwortlichkeit stärken. Um Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu vorhandenen Ressourcen und Programmen zu ermöglichen, um sie in ihrer Bedeutung sowohl für die Subsistenz der Familie als auch als Produzentinnen für die lokalen Märkte zu stärken, ist eine geschlechtsspezifische Differenzierung von Entwicklungsaktivitäten und die gezielte Unterstützung und Organisation von Frauengruppen notwendig.

11. Die Skepsis gegenüber der »globalen Modernität« und das mangelnde Vertrauen in die Chancen, im »Raumschiff Erde« zu überleben, haben in Industrie- wie in Entwicklungsländern ihre Gründe. Aus dem Süden wird der Norden aufgefordert, die eigene Entwicklung unnachsichtig zu prüfen. Um des Überlebens der Menschheit willen muß die Entwicklung von dort aus auf Umweltverträglichkeit und globale wirtschaftliche Ausgewogenheit hinführen. »Risikoentwicklungen« in den Industriegesellschaften entsprechen allerdings solche in den Entwicklungsländern wie politische Instabilität, Plünderung der natürlichen Ressourcen und anderes mehr. Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik haben allerorts versagt. Es mangelt an Konzepten und Strategien, die Millionen Armen der Dritten Welt zu ihrem Wohl in die Entwicklung der »Einen Welt« einzubeziehen.

12. Bildung für alle – sei sie formal, sei sie nonformal – ist ein wesentliches Desiderat zur Überwindung dieser politischen Krise. NGOs werden noch mehr als staatliche Institutionen und überstaatliche politische Organisationen bestehende gesellschaftliche Gruppen aktivieren und neue schaffen müssen, die fähig sind, konstruktive politische Ziele zu artikulieren und entsprechend zu handeln. Analog dazu bedarf es dringend der Überzeugungsarbeit bei der Bevölkerung der Ersten Welt. Umdenken über Entwicklung ist allorts dringend erforderlich. Dies gilt für die Sozial- und Bildungsbewegungen in den Industrie- so gut wie in den Entwicklungsländern.

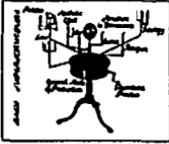
Nonformale Bildungsarbeit ist vonnöten, wie sie Romas angeboten und Maxim Gorki geleistet hat. Großzügige Förderung von Angeboten dieser Art und ihre Annahme durch die Armen und Verarmten der Dritten Welt sind unentbehrliche politische Elemente, ihnen den Weg zu einem menschenwürdigen Leben zu ebnen. Laßt tausend Blumen blühen! Man vermehre die originär in die jeweilige »Basis« der einzelnen Entwicklungsländer integrierten Universitäten nach dem Vorbild derer, die Maxim Gorki besucht hat!

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag erscheint in: A. Neusel, U. Teichler, H. Winkler (Hrsg.): *Universität – Staat – Politik*. Campus Verlag, Frankfurt/M (in Druck).
- 2 Unter dem Titel »Out-of-School Education, Work and Sustainability in the South – Experiences and Strategies«. Veranstalter: Kommission »Bildungsforschung mit der Dritten Welt« der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft; Zentralstelle für Erziehung, Wissenschaft und Dokumentation der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung; Arbeitsstelle Dritte Welt der Technischen Universität Berlin. Teilnehmer: Erziehungs- und Sozialwissenschaftler und -praktiker aus Afrika, Asien, Lateinamerika (20), Europa/USA (6) und Deutschland (26).

Literaturverzeichnis

- Gorki, Maxim, 1955: *Meine Universitäten*. Berlin
- King, K., und S. McGrath, 1953: »Ausbildung für den informellen Sektor: Neue Trends weltweit«. In: E+Z, *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 5f
- Lenhart, Volker, 1993: »Bildung für alle« – Zur Bildungskrise in der Dritten Welt. Darmstadt
- Lohmar-Kuhnle, C., 1953: »Berufsausbildung für den informellen Sektor – wer führt sie durch? Überlegungen zur 'Trägerfrage'«. In: E+Z, *Entwicklung und Zusammenarbeit*, 136-141
- Oehler, Christoph, 1993: »Das Ende der Eliteausbildung?«. In: *Neue Sammlung* 1, 163-166
- Pritchard, Rosalind M.D., 1990: *The End of Elitism? The Democratisation of the West German University System*. New York
- UNESCO, 1991: *World Education Report*. Paris

<p style="text-align: center;">Der Staat in den Köpfen</p> <p style="text-align: center;"><small>Jens Christian Müller/Sebastian Reinfeldt/ Richard Schwarz/Mason Tuckfeld</small></p>  <p style="text-align: center;"><small>Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas</small></p> <p style="text-align: center;"><small>«Claus Brunsel im Oberrhein Verlag</small></p>	<p style="text-align: center;">Für Althusser</p> <p style="text-align: center;"><small>Etlenne Ballbar</small></p>  <p style="text-align: center;"><small>«Claus Brunsel im Oberrhein Verlag</small></p>
<p style="text-align: center;">Müller/Reinfeldt/Schwarz/Tuckfeld Der Staat in den Köpfen Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas ISBN 3-929455-16-1, 160 S., DM 19.80</p>	<p style="text-align: center;">Etlenne Ballbar Für Althusser Aus dem Französischen von Renate Nentwig ISBN 3-929455-19-6, 200 S., DM 29.-</p>
<p>DeCATON Verlag</p>	

Kuba-Diskussion

Martin Franzbach

Das Volk, nicht die Herrschaftsform verdient Unterstützung

Grundrechte, Volk und Regierung

Als Günter Grass im März 1993 zu einem informellen Besuch auf Kuba weilte, war er auch in seiner Eigenschaft als Kritiker einer überhasteten Wiedervereinigung und einer scheinbar liberalen deutschen Sozialdemokratie gern gesehen. Aber anders als erwartet, äußerte sich Grass im Sinne kritischer Solidarität besorgt über die Entwicklung des kubanischen Weges zum Sozialismus. Die Errungenschaften Kubas im Gesundheits- und Bildungswesen, im Kulturbereich und im Sport seien vorbildlich für ein Land der Dritten Welt. Aber was nützten diese Fortschritte, wenn es keine zivilen Rechte, keine Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit auf der Insel gäbe? Wenn nicht bald Veränderungen von unten durchgesetzt würden, bestünde die Gefahr, daß die Miami-Kubaner wieder ins Land kämen – und das wünsche niemand. Am allerwenigsten könne die US-Regierung den Kubanern moralische Lektionen erteilen. Zweifellos hatte Grass bei diesen Sätzen auch das Schicksal seines kubanischen Übersetzers Jorge Pomar Montalvo vor Augen, der wegen unbotmäßiger oppositioneller Aktivitäten – u.a. Zerreißen seines Parteibuchs auf offener Straße – zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Sein Name wurde aus der zweiten Auflage der kubanischen Übersetzung der *Blechtrommel* gleich doppelt getilgt. Immerhin durfte Grass diese damals unter Bewahrung freigelassene Unperson begrüßen.

Die Debatte im *Argument* (192/193, 1992) mit Beiträgen von Jan Rehmann, Bert Hoffmann und Pablo González Casanova scheidet sich an der Gretchenfrage: Was ist verteidigungswert am kubanischen System? Ist es ein »Sozialismus auf einem Dampfer«, wie Hans Magnus Enzensberger am 2. Januar 1989 in Radio Bremen meinte (vgl. *Cuba Journal*, Juni 1989, 4f), »allein in diesem Meer des Kapitalismus« (F. Castro), oder gewinnt gerade angesichts der zunehmenden Verelendung der Dritten Welt, der Experimentierbühne der ehemaligen sozialistischen Länder und der moralischen, politischen und wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus der kubanische Versuch eines Weges aus der Unterentwicklung eine neu zu überdenkende Bedeutung? Wäre nicht jetzt die Stunde gekommen, wo der vielbeschworene »autozentrierte Weg« endlich einmal alle Anhänger einer sozialen Gerechtigkeit um die Fahnen der kubanischen Revolution scharen könnte? Oder ist der politische Informationsgrad der kubanischen Bevölkerung so gering, daß sich jegliche interne Diskussion über politische Alternativen erübrigt? Müssen angesichts der verschärften US-Blockade nicht andere Maßstäbe für die Beurteilung des kubanischen Entwicklungsweges gelten? »Nach welchen Kriterien beurteilen wir die Entwicklungsmöglichkeiten von Demokratie in einer belagerten Festung?« fragt Jan Rehmann (*Argument* 193, 435).

Die Grundrechte der Menschheit sind unteilbar. Castro selbst hat immer betont, daß er eine gerechtere Gesellschaft als die kapitalistische anstrebt. Obwohl die kubanische Revolution keine importierte, sondern von Teilen des Volkes erkämpfte und durch die Sowjetunion garantierte Veränderung der Klassen- und Produktionsverhältnisse war, weist sie doch in ihrer Form des »Caudillo-Regimes« (R. Krämer in *Initial*, März 1993) viele Merkmale eines (post-)stalinistischen Überwachungsstaats auf. Große Teile des Volkes unterstützen nicht die Regierung, wie Rehmann meint (*Argument* 193, 434), auf deren Entscheidungen sie keinen Einfluß haben, sondern identifizieren sich mit Fidel Castro. Ein System aber, das an eine einzige Führergestalt gebunden ist, befindet sich in einer prekären Zukunftserwartung. Die Treue- und Gefolgschaftsideologie kennt keinen größeren Vorwurf als den des »Verräters« und »Deserteurs«. Nicht zuletzt ist der politische Castro-Witz in seiner Ventilfunktion ein Indikator für politische Repression.

Das politische Marketing des Regimes verstärkt diese Personalisierung, Vasallen- und Integrationsideologie: »Te sigo (fiel = Fidel), porque te quiero« (Ich folge dir [treu, fiel = Fidel], weil ich dich liebe). »Fidelidad para siempre« (Treue [mit Fidel] auf ewig, Anspielung auf den Kolonialsllogan »La siempre fiel isla de Cuba« (Die immer treue Insel Kuba) »Somos invencibles. El Moncada nos unió como una familia« (Wir sind unbesiegbar. Die Moncada-Kaserne einte uns wie eine Familie). Die Sakralisierung der Parolen unterstreicht den Einheitschwur. »Patria, revolución y socialismo son la Santísima Trinidad en Cuba« (Vaterland, Revolution und Sozialismus sind die Allerheiligste Dreifaltigkeit in Kuba), erklärte der frühere Außenminister Ricardo Alarcón Quesada, jetzt Parlamentspräsident, in *El País* (19.2.93). »Salvar la patria, la revolución y el socialismo es el sagrado deber de todo cubano« (Das Vaterland, die Revolution und den Sozialismus zu retten, ist die geheiligte Pflicht jeden Kubaners) bis in den Tod: Socialismo o Muerte. Inzwischen heißt es schon gedämpfter und eingeschränkter: »Das Vaterland, die Revolution und die Errungenschaften des Sozialismus zu retten ...«

Nicht ohne Grund hat der Jesuitenschüler Fidel Castro in Boniato und El Cobre im Ostteil der Insel kandidiert, wo das katholische Nationalheiligtum steht. Im Devotionsschrein der Heiligen Jungfrau finden sich auch Orden Castros und die Insignien der »Bewegung des 26. Juli«. Der größte Teil des Volkes identifiziert sich jedoch nicht mehr mit diesen Parolen, parodiert sie vielfach und versucht, die Kriegswirtschaft auf dem Schwarzmarkt zu überleben. Die Produkte dort kommen aber größtenteils von eben dem Staat, der seine politischen Fehler einseitig hinter der US-Blockade und dem Zusammenbrechen des sozialistischen Staats- und Wirtschaftsverbands kaschiert. Wenn Produkte auf dem Schwarzmarkt inzwischen das Vielfache von dem kosten, was die Bauern früher auf den damals erlaubten privaten Märkten absahnten, wenn sich Bauern ihre Ware inzwischen sogar in Dollars bezahlen lassen, dann kann man nicht mehr von einer massiven Identifikation mit den Idealen der Revolution sprechen. Wo Arbeit nur noch mit der rituellen Formel »asisto al trabajo« (ich nehme an der Arbeit teil) erklärt wird, muß man bei weiten Teilen der Bevölkerung passive Lebensformen und »innere Emigration« annehmen, die der Legitimation des

Systems nicht mehr dienlich sein können und auf keinen Fall in die Zukunft weisen. Die Phrasendrescherei in den Institutionen läßt viele nach Flucht- und Ausweichmöglichkeiten suchen, wovon die Abstimmung mit den Füßen auf Auslandsreisen sicherlich die spektakulärste ist.

Die Wahlfarce

Wie erklären sich dann aber die überwältigenden Wahlergebnisse vom 24. Februar 1993? Von 10,8 Millionen Einwohnern waren 7,87 wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung betrug 99,62 Prozent, wovon nur 7,2 Prozent der Stimmen für ungültig erklärt wurden. Gewählt wurden bereits im ersten Durchgang 589 Abgeordnete des Parlaments, der Asamblea Nacional del Poder Popular, und 1190 Deputierte für die 14 Provinzparlamente. Im Dezember 1992 waren bereits über 13000 Abgeordnete in den Municipios gewählt. Es gab 60000 Vorschläge, unter denen die Massenorganisationen, der Transmissionsriemen der Partei, geeignete Kandidaten auswählten, die mit Foto und Kurzbiographie plakatiert wurden. Insgesamt kandidierten 101 der 225 Mitglieder des Zentralkomitees. In der Berufsskala fanden sich 34 Wissenschaftler, 25 Ärzte, 13 Bauern, 9 Sportler, 25 Schriftsteller, Journalisten und Künstler, 20 Arbeiter, 2 Geistliche, 18 Lehrer, 23 Gewerkschaftsführer, 37 Militärs usw.

Die Medienkampagne setzte am 25. Januar 1993 mit der Definition der Wahlen als Plebiszit für oder gegen die Revolution ein. Einige Parolen: »Ja für Kuba.« »Für das Vaterland, die Revolution und den Sozialismus.« »Unsere Märtyrer starben nicht umsonst.« Immer wieder wurde im Fernsehen gezeigt, wie ein Kreuz in den einzigen Kreis auf den Wahlschein zu zeichnen sei: Voto unido (Einheitsstimme).

Auf dem Schein befanden sich für jeden Distrikt links die Namen der Delegierten für die Provinzversammlung (weiß), rechts die Namen der Abgeordneten für die Nationalversammlung (grün). Darüber der Kreis mit der Anweisung: »Um für alle Kandidaten zu stimmen, genügt es, das Kreuz allein in den Kreis zu setzen.« Darüber standen die folgenden Wahlanweisungen: 1. Der Wähler hat das Recht, für einen, für mehrere oder für alle Kandidaten zu stimmen. 2. Wenn Sie für alle Kandidaten zu stimmen wünschen, zeichnen Sie ein Kreuz in den Kreis auf den Kopf des Wahlscheins. 3. Wenn Sie nur für einen oder mehrere Kandidaten und nicht für alle auf der Liste zu stimmen wünschen, zeichnen Sie ein Kreuz in den Kasten, der rechts neben dem Menschen steht, und schreiben sie die Familiennamen des Kandidaten oder der Kandidatin, die Sie auswählen. 4. Es werden alle gewählt, die über die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten.

Mir sind Fälle bekannt, wo die Wahlurne bis zu viermal in Privatwohnungen getragen wurde, um zur Stimmabgabe zu nötigen. Selbst durchgestrichene Wahlscheine wurden als Kreuzmarkierung gewertet. Die geringen Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen trugen jedoch nicht zu der intendierten internationalen Aufwertung des Regimes bei; wirtschaftlich änderte sich für die Bevölkerung ohnehin nichts.

Bei der Wahl des 31köpfigen Staatsrates am 16. März 1993 wurden die Brüder Castro als einzige mit 100 Prozent der 578 anwesenden Parlamentsabgeordneten

gewählt. In einer Wahlanalyse sagte Fidel Castro, daß er sich bei den nächsten Wahlen in fünf Jahren nicht mehr aufstellen ließe, wenn die Situation des Landes es zulasse und das Volk es wünsche. Diese Sprüche sind für die Galerie im Ausland geklopft, sollen dem ausländischen Kapital aber auch Stabilität und Kontinuität für die nächsten Jahre signalisieren.

Der Zweck heiligt die Mittel

Während Castro noch vor wenigen Jahren die objektive Wahrheit verkündete: Die Schulden der Dritten Welt sind unbezahlbar, damit aber auch die letzten Kreditgeber verunsicherte, tritt er heute diplomatischer auf. Als Staatspräsident hielt er Fraga Iribarne, den heutigen Juntachef von Galicien, in den sechziger Jahren einflußreicher Franco-Minister und Kommunistenjäger, im Arm, weil dieser millionenschwere mögliche Investoren im Gefolge hatte. Castro nannte ihn mit einem Seitenhieb auf Felipe González seinen Freund und »einen wahren Linken«. Welche Legitimation brauchen da noch die Prostituierten, die sich allnächtlich an der Quinta Avenida im Miramar oder am Malecón aufreihen, um sich von den Touristen in deren Mietwagen abfummeln zu lassen? Der Staatschef selbst hat sie als »die saubersten und gebildetsten der Welt« (*las más saludables y las más instruidas del mundo*) gepriesen. Nicht Kapitalismus, sondern Kapital in cash sind gefragt; die Schattenwirtschaft mit ihren Folgen ist der hohe Preis, den die Bevölkerung zahlen muß.

Der Verlust der ethischen Werte und die zum Überleben notwendige Doppelmoral gelten als Kennzeichen des Kapitalismus, schmerzen auf Kuba aber um so mehr nicht nur Illusionisten mit ihrem alten Kinderglauben an den »neuen Menschen«. Die Realitäten des alltäglichen Kampfes ums Brot haben auch die letzten Prinzipien über den Haufen geworfen. Kinder, die beim Anblick von Ausländern früher »chicle, chicle« (Kaugummi) oder »pluma, pluma« (Schreibfeder) schrien, rufen jetzt »money, money«. Dabei tragen sie die Reden Che Guevaras unter dem Arm und beten den Pionierspruch her: »Wir sind Kinder des Che«. Erwachsene lassen nach der obligaten Einleitung: »My friend, where do you come from?« das Angebot auf Spanisch folgen: »¿Quieres chica?« (Wollen Sie ein Mädchen?). Aus dem Hotel »Habana Libre« wollten die neuen spanischen Kapitalisten das schwarze Dienstpersonal hinauswerfen, weil es »das ästhetische Empfinden der europäischen Touristen beleidige«. Erst als die kubanische Gewerkschaft protestierte, wurde diese Entscheidung überdacht.

Aber das europäische (und besonders das spanische) Kapital nutzt seinen Startvorteil gegenüber der US-Konkurrenz und erobert Bastion um Bastion. Die ehemaligen Kolonialherren kehren nicht mit Kanonen, sondern mit Geldsäcken und lockeren Sprüchen zurück. An der ersten Konferenz Euromoney am 8./9. Juni 1992 in Cancún mit einem Schlußtag in Havanna nahmen 150 Unternehmer von 115 Firmen aus 18 Ländern, darunter 79 aus den USA teil. Der zweiten Konferenz am 1./2. April 1993 in London mit 60 Firmenvertretern aus 17 Ländern präsierte kein Geringerer als der ehemalige Premierminister Edward Heath. Die nordamerikanischen Unternehmen sehen fast ohnmächtig zu, wie die ausländischen Kollegen die Sahnestücke – vor allem im Tourismus – einkaufen.

Obwohl die Vollversammlung der Vereinten Nationen im November 1992 die Verschärfung des US-Embargos gegen Kuba mit überwältigender Mehrheit verurteilt hatte, bezieht die »Lex Torricelli« das Handelsembargo auch auf ausländische Tochterfirmen von US-Konzernen. Von den sieben Geschäften, die Luciano Benetton auf Kuba eröffnen will, werden die Kubaner vorerst nur einige neue Arbeitsplätze haben.

Die Lieferverträge mit den fernen Haupthandelspartnern führen zu grotesken Modalitäten: Alberto Betancourt, der Direktor der Exportfirma Cubazúcar, sagte am 15. Januar 1993 vor der Presse, daß Kuba im Januar 1993 Rohzucker von Thailand kaufen mußte, um China und anderen asiatischen Kunden gegenüber seine Lieferverpflichtungen zu erfüllen.

In der neuen kubanischen Verfassung, die im Gegensatz zur ersten von 1976 nicht mehr vom Volk verabschiedet, sondern erlassen wurde, ist in Artikel 15 für den Ausnahmezustand vorgesorgt. Nach einer Aufzählung des Staatsbesitzes heißt es dort: »Diese Güter dürfen als Eigentum nicht an natürliche oder juristische Personen übertragen werden, außer in Ausnahmefällen, wenn die teilweise oder vollständige Übertragung eines Wirtschaftsobjekts den Zwecken der Entwicklung des Landes dient und nicht die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates berührt, sofern der Ministerrat oder sein Exekutivkomitee zustimmen.« Hier kann ohne Einflußnahme des Volkes dem Ausverkauf des Landes an das ausländische Kapital Tür und Tor geöffnet werden. Sonderabmachungen auf dem Tourismussektor überschreiten bereits die Grenze zum *joint venture*. Die Erpreßbarkeit eines Drittweltlandes durch das ausländische Kapital wird so besonders deutlich.

Das sozialistische Krisenmanagement

Es gibt Stimmen, die sagen, daß es dem kubanischen Volk für ein Drittweltland immer noch viel besser ginge als vielen anderen seinesgleichen. Die Zukunftshoffnungen der Bevölkerung waren zwar andere, aber der Versuch einer Eingliederung Kubas in den Weltmarkt unter einer autoritären Führung sei immer noch den neoliberalen und monetaristischen Crash-Kursen in anderen pseudodemokratischen Staaten vorzuziehen. Das Beispiel der ehemals sozialistischen Länder zeige, wie soziale Errungenschaften im Gesundheits- und Erziehungswesen auf dem Altar des Kapitals und des sogenannten Meinungspluralismus erbarmungslos geopfert würden.

Diese Argumentation ist auch immer von rechtstotalitären Regimen angeführt worden. Wenn in den heutigen kubanischen Medien die übrige Welt durchweg als Chaos, die ehemals sozialistischen Länder als Elendszipfel, Kuba dagegen als Land des Fortschritts, der Ruhe, Sicherheit und Ordnung dargestellt wird, dann erinnert diese publizistische Strategie fatalerweise an die Zensurpresse im frankquistischen Spanien.

Wer allerdings die sozialen Errungenschaften der kubanischen Revolution zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach der Verfassung (Art. 9) im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit überprüft, wird kaum noch eine Übereinstimmung feststellen. Beschäftigungsgarantie zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse,

ausreichende medizinische Versorgung, Kleidung und Nahrung, bequeme Wohnung (»vivienda comfortable«, Art. 9c) u.a. Als Folge des Überwachungsstaats, der engere Kontakte mit Ausländern unter Kontrolle zu halten versucht (Stempel auf zensierten Auslandsbriefen: »sellado oficialmente«, offiziell verschlossen) hat sich vor allem in weiten Kreisen des Amtssapparats jene Arroganz, Korruption und Doppelzüngigkeit herausgebildet, die jede Emanzipation und Beteiligung des Volkes verhindert

Die Polarisierung der kubanischen Bevölkerung in den noch privilegierten Machtapparat (Parteispitze, Bürokratenelite, Militär) und in den weitaus größten Teil der Bevölkerung im täglichen Existenzkampf kann »dazu beitragen, daß auf mittlere Sicht die Verzweiflung zu Explosionen führt und eine blutige Zukunft zu entwerfen, die uns alle mit Entsetzen und Scham erfüllen würde«. Das schreibt der kubanische Schriftsteller Jesús Díaz, der von einer dogmatischen Kultusbürokratie ins Exil getrieben wurde, in einem offenen Brief an Bill Clinton (*taz*, 24.3.93). Es ist nicht anzunehmen, daß er eine Antwort erhalten wird.

Andererseits sind auch individuelle Protestakte hoher kubanischer Militärs zum Scheitern verurteilt. Als Alvaro Prendes (geb. 1928), hochdekoriertes Mitglied der Schweinebucht, Fidel Castro in einem ehrerbietigen Brief bat, den nationalen Dialog einzuleiten, wurden ihm auf Befehl des Verteidigungsministers Raúl Castro von der regimetreuen Generalskamarilla die Epauletten abgerissen und er als »Verräter« nach Hause geschickt

Das Trojanische Pferd der Dollarisierung

In seiner mit Spannung erwarteten Rede zum 40. Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne verkündete Fidel Castro am 27. Juli 1993 vor 3000 geladenen Gästen im Stadttheater von Santiago de Cuba langersehnte Liberalisierungen, die aber weit hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückblieben

Die »Entkriminalisierung« von privatem Devisenbesitz führte zu einem wahren Boom auf alle verfügbaren, offiziell bisher nur Touristen und Ausländern zugänglichen Waren, deren Preise nach dem kapitalistischen Gesetz von Angebot und Nachfrage teilweise um die Hälfte angehoben wurden. Während der Dollarbesitz eben noch strafbar war, allerdings nur lax verfolgt wurde (weil daran viele mitverdienten), war er jetzt eine patriotische Investition, die in der kubanischen Bevölkerung zu einer noch größeren Aktivierung aller möglichen Auslandskontakte beitrug. Sie verstärkte allerdings die parasitäre Lebensform, denn schon zwei bis drei Dollars aus Miami decken nach dem angezogenen Schwarzmarktkurs den Minimallohn in Pesos ab. Die Spekulationen auf dem Schwarzmarkt wurden verstärkt, und die Kluft zwischen Devisen- und Pesoträgern führte zu verbitterten Reaktionen. Hier tickt eine Zeitbombe, ebenso wie in der Erleichterung von Besuchen für Exilkubaner (die jetzt nicht mehr als »Würmer«, Asoziale und Kriminelle, sondern als »Wirtschaftsemigranten« bezeichnet werden), deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Wenn es die von Washington auferlegten Einschränkungen im Flugverkehr nicht gäbe, könnte die United Airlines täglich zwischen 5000 und 6000 Passagiere transportieren; so bleibt es bei vier Flügen wöchentlich.

Die Zulassung begrenzter privatwirtschaftlicher Tätigkeiten auf dem Dienstleistungssektor und die Verwandlung von Staatsgütern in Genossenschaften erfolgten per Dekret. Die Staatsgüter kontrollierten bisher 80 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, jedoch waren Rendite und Arbeitsmotivation schwach.

Die größten Veränderungen finden aber auf dem Gebiet der Niederlassungen westlicher Unternehmen in Kuba statt. Seit den Zeiten der Perestrojka ist auf Kuba die Anzahl ausländischer Unternehmen um 350 Prozent (von 107 in 1987 auf 481 in 1994) angestiegen. Vom Friseursalon in der Provinz, der Kubanerinnen gegen Dollars das langersehnte Blond einfärben möchte, bis zum durststillegenden Jever-Pils für kubanische Kehlen reichen die Segnungen der kapitalistischen Zivilisation. Zollfreier Import, restriktionsfreier Kapitalexport, streikfreies und arbeitswilliges Kräfteereservoir inbegriffen. Allzu idealistisch hatte seinerzeit Che Guevara in seinem berühmten Aufsatz »Der Sozialismus und der Mensch auf Kuba« (1965) die Opferideologie der Guerrilla auf das Individuum übertragen: »Es handelt sich nicht darum, wieviel Kilo Fleisch man ißt oder wie oft im Jahr man an einem Strand flanieren kann oder wieviele schöne Dinge aus dem Ausland man mit den gegenwärtigen Löhnen kaufen kann; es handelt sich genau darum, daß das Individuum sich erfüllter, innerlich bereicherter und verantwortlicher fühlt.«

Solidarität von Mensch zu Mensch

Aber welches wären angesichts dieser innen- und außenpolitischen Konstellation die Aufgaben einer kritischen Solidaritätsbewegung? Es darf nicht darum gehen, Mythen und Durchhalteparolen zu verstärken, sondern Dialog ist gefragt. Die berechtigte Kritik an einem politischen System darf nicht zum Aushungern eines ganzen Volkes führen. Alle zwischen Kuba und der damaligen DDR geschlossenen Handelsverträge wurden nach dem Einigungsvertrag durch die Bundesregierung einseitig aufgekündigt. Einerseits wird als Begründung dafür die Auflösung der DDR angegeben, andererseits verlangt man von der kubanischen Regierung die Begleichung von Außenhandelschulden an den Nachfolgestaat der früheren DDR.

Auf der politischen Ebene muß die Bundesregierung immer wieder aufgefordert werden, die verschärfte Blockadepolitik der US-Regierung nicht mitzutragen, sondern das Recht des kubanischen Volkes auf Existenz zu respektieren und humanitäre Hilfe zu leisten. Denn unter der US-Blockade leidet in erster Linie das Volk, nicht die Regierung. Und auf eine Erhebung des Volkes gegen die Regierung zu spekulieren, ist eine unrealistische und inhumane Strategie.

Wer an die Moral in der Geschichte glaubt, dem sei ins Gedächtnis gerufen, daß gerade das deutsche Volk dem kubanischen zu Dankbarkeit und Hilfe in traditioneller Freundschaft verbunden ist. Fast 700 kubanische Freiwillige haben im Spanischen Bürgerkrieg und teilweise im Untergrund in Frankreich gegen den Hitler-Faschismus gekämpft; einige von ihnen sind in deutschen Konzentrationslagern ums Leben gekommen. Das kubanische Volk hat damals über 15000 Flüchtlingen aus ganz Europa, darunter auch vielen jüdischen und deutschen

Emigranten, Zuflucht und Unterstützung gewährt. Andererseits haben seit den Befreiungskriegen des 19. Jahrhunderts auch Deutsche dem kubanischen Volk auf dem Weg aus Abhängigkeit und Unterentwicklung zu helfen versucht; viele Kubaner und Kubanerinnen sind in der früheren DDR ausgebildet worden und stellen ein hochqualifiziertes, traditionell deutschfreundliches Potential dar.

Rund 60000 deutsche Touristen jährlich können sich ein eigenes Urteil über die Verhältnisse auf Kuba bilden. Die Stärkung und der Ausbau der menschlichen Beziehungen sind eine wichtige Grundlage für das Überleben des kubanischen Volkes. Neben der kritischen Solidarität im institutionellen Rahmen muß die individuelle Solidarität ihren Platz haben.

Dazu gehört auch viel Zivilcourage. Als am 10. Oktober 1993 über 100 US-Touristen mit Insulin-Spenden für Kinder und anderen Medikamenten im Wert von 30000 Dollar auf dem Flughafen José Martí in Havanna landeten, riskierten sie damit nach ihrer Rückkehr Gefängnisstrafen von bis zu zehn Jahren und Geldbußen bis zu 250000 Dollar. Die Clinton-Regierung ließ diesen Test aus humanitären Gründen gelten.

Ich gehe sparsam mit dem Entwurf von möglichen Szenarien der Entwicklung auf Kuba um. Fest steht jedoch, daß alle Veränderungen von der breiten Masse der Bevölkerung ausgehen müssen. Ihr muß die uneingeschränkte materielle und ideelle Solidarität gelten, um eine Instrumentalisierung durch den Machtapparat möglichst zu vermeiden. Mit den fortschrittlichen Teilen der Exilkubaner sollte der Dialog verstärkt gesucht, Möglichkeiten zu Gespräch und Vermittlung müssen immer wieder geduldig ausgelotet werden.

Werner Mackenbach

Wert und Unwert einer Prothese

»Ich habe ein halbes Bein durch die Explosion einer Bombe verloren. Die Kubaner haben mir ein neues Bein geschenkt. Es ist schwer für mich, über dieses Thema zu sprechen.« Mit dieser Aussage (zit. n. einem Artikel in *Barricada* vom 28.4.1993) antwortete der kolumbianische Politiker Navarro Wolff auf die Frage nach seiner Einschätzung der Lage auf Kuba bei einem Treffen verschiedener Politiker der lateinamerikanischen Linken, zu dem Mitte April 1993 die Universität von Princeton eingeladen hatte. Die Aussage kann als symptomatisch für das gesplante Verhältnis der lateinamerikanischen Linken zu Kuba heute verstanden werden, war doch Kuba für die lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen jahrzehntlang nicht nur das politische Projekt, sondern eben auch in vielen Fällen Lieferant von sehr realen, materiellen Prothesen und den zu ihrer Anwendung notwendigen Fachkräften, nicht nur im Gesundheitswesen. Ein Beharren auf einer solchen Haltung droht jedoch, eine Diskussion über die Situation der Insel mit blockierenden Tabus zu belegen.

Dies gilt auch für weite Teile der europäischen Linken. Immerhin hat hier eine Diskussion begonnen, die ausdrücklich zu begrüßen ist. Allerdings – so mein Eindruck von den bisherigen Diskussionsbeiträgen im *Argument* – scheinen die Beteiligten hier (auf seiten der »Optimisten« wie der »Pessimisten«) liebgewordene Tabus anderer Art zu pflegen, nicht auf ganz andere »Prothesen« verzichten zu wollen. Wann wird die Diskussion sich endlich von der blockierenden Fragestellung »Modell« oder »Tragödie« (Bert Hoffmann in *Argument* 196, 905) für eine Entwicklung in Richtung einer »sozialistischen Demokratisierung« (Jan Rehmann in *Argument* 193, 434), eines »kubanischen Wegs zum Sozialismus« (Martin Franzbach im vorliegenden Heft) befreien?

Mitte 1993 kam es in Nicaragua zu einer interessanten, allerdings nur kurzen öffentlichen Debatte über Kuba, die mehr über das Verhältnis lateinamerikanischer Linker zu der Insel aussagt als alle bei offiziellen und offiziösen Anlässen verkündeten Solidaritätsbekundungen mit der letzten sozialistischen Bastion. Allein die Tatsache, daß öffentlich kontrovers über Kuba diskutiert wurde, war bemerkenswert, werden solche kritischen Debatten doch zumeist nur im kleineren Kreis geführt. Ein Artikel in der Wochenzeitung *El Semanario* (15.-21. Juli 1993) führte zu heftigen Reaktionen. In der *Barricada* vom 20. Juli erhob der Journalist Onofre Guevara unter dem Titel »Cuba no se lo merece« (»Das hat Kuba nicht verdient«) den Vorwurf der Desinformation. Für ein linkes Presseorgan gehöre es sich nicht, nur über die verzweifelte Situation zu berichten, ohne die Gründe – die jahrzehntelange US-Blockade – zu analysieren. *El Semanario* habe sich zum Sammelplatz des Mülls anderer Presseorgane gemacht.

Was berichtete der Artikel mit dem Titel »Cuba: el paraíso perdido« (»Kuba: das verlorene Paradies«), der *El País* entnommen wurde? In der Tat enthielt er eine scharfe Kritik an den aktuellen Lebensbedingungen, aber auch an der politischen

Führung des Landes – allen voran an Fidel Castro. Er basierte auf einem Kuba-Besuch der Journalistin Maruja Tórriz und zeichnete sich dadurch aus, daß vor allem Stimmen von Kubanerinnen und Kubanern wiedergegeben wurden, die aktiv an der Revolution beteiligt waren bzw. eine positive Einstellung zur kubanischen Revolution haben. Um so enttäuschender für viele Linke mußte es wohl sein, daß diese Stimmen fast durchweg ein katastrophales Bild der gegenwärtigen Situation auf der Insel zeichneten. Kuba erlebe heute nicht eine weitere Krise wie so viele in seiner Geschichte, sondern liege in Agonie. Der Sozialismus sei am Ende. Im Gegensatz zu ihrem letzten Besuch im Jahr 1988, so die Journalistin, werde inzwischen Fidel Castro direkt für diese Situation verantwortlich gemacht. Er solle sich zurückziehen und den Weg für eine Lösung freimachen. Und in dem Artikel wurde der Standpunkt vertreten, daß dieser Weg ein Weg zur Versorgung mit dem Allernotwendigsten zum alltäglichen Leben und zu demokratischen Freiheiten sein müsse – fern jeder weitergehenden gesellschaftlichen Utopie. Genau das scheint den wunden Punkt bei vielen Linken getroffen zu haben, und nicht die realistischen und manchmal surrealistisch anmutenden Einzelheiten, die aus dem kubanischen Alltag berichtet wurden (vom Wiederaufleben der Prostitution bis zur Lobpreisung des auf Grund von Benzinmangel erzwungenen Fahrradfahrens als gut für die Gesundheit).

Daß das nicaraguanische Volk einen solchen Kuba-Artikel »nicht verdient«, wie Onofre Guevara meinte, ist gerade angesichts dessen nicht zu akzeptieren, daß gleichzeitig große Teile der nicaraguanischen Bevölkerung in vielfältigen Aktivitäten materielle Hilfe für die kubanische Bevölkerung organisierten. Gerade sie haben sich das Recht auf offene Kritik und ungeschminkte Meinungen »verdient«. Über mehrere Wochen lief zum Beispiel, trotz der prekären wirtschaftlichen Lage in Nicaragua selbst, mit Erfolg die Kampagne *Leche para los niños cubanos* (»Milch für die kubanischen Kinder«), bei der u.a. die Belegschaften ganzer Betriebe einen Tageslohn spendeten; zahlreiche Hilfsflugzeuge konnten Milchpulver nach Kuba bringen. Mitte Mai fand ein großes Kulturprogramm zur Unterstützung der Kinder in Kuba statt (der sog. *Telemaratón*), das von fast allen Fernseh- und Radiostationen unterstützt wurde. Mehr als dreihundert Künstler nahmen daran teil. Auf der *Piñata*, dem großen Vergnügungspark mitten in Managua, wurden Milch, Lebensmittel, medizinische Artikel u.a. gesammelt. Das Ziel von mindestens 10000 *libras* Milchpulver war schon am Nachmittag erreicht, außerdem wurden einige tausend *Córdobas* und Dollars gespendet. Daß selbst die Präsidentin Violeta Chamorro sich (wenn auch etwas zögerlich) solidarisch zeigte, weist darauf hin, wie tief das Gefühl der Verpflichtung gegenüber den Kubanern geht – jenseits politischer Differenzen.

Angesichts der Tatsache, daß viele Schulkinder heute in Nicaragua aus Armut kein Frühstück mehr bekommen, ist diese Hilfsbereitschaft erstaunlich. Weite Teile der nicaraguanischen Bevölkerung haben – ganz gleich, wie sie zu Fidel Castro und der politischen Entwicklung in Kuba stehen mögen – offensichtlich nicht vergessen, daß Kuba in vielfältiger Form gerade in den schwersten Tagen des US-Boikotts gegenüber Nicaragua und der drohenden US-Invasion das Land massiv unterstützte, ganz zu schweigen von den vielen kubanischen Lehrern, Ärzten usw., die seit der Alphabetisierungskampagne im Land sind. Daß man

heute einen Teil dieser Solidarität »zurückgeben« kann, ist eine Frage der Würde und dürfte bestimmte Teile der nicaraguanischen Bevölkerung auch mit Stolz erfüllen.

Zugleich wirft dieser Sachverhalt ein scharfes Licht auf die kritische Situation Kubas. Daß ein so kleines und armes Land wie Nicaragua die Insel, die für ganz Lateinamerika jahrzehntelang als Modell einer eigenständigen, sozialistischen Entwicklung galt, mit *humanitären* Aktionen unterstützen muß, hat die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, die immer wieder bei den politischen Kräften der Linken in ganz Lateinamerika zu hören sind, geht auch hier offensichtlich eine Epoche zu Ende, die mit der kubanischen Revolution von 1959 eingeleitet wurde und die alle nachfolgenden Volksbewegungen auf dem Kontinent entscheidend beeinflusste.

Dem negativen Bild, das vor allem Bert Hoffmann (in *Argument* 196) und Martin Franzbach (in diesem Heft) zeichnen, ist kaum zu widersprechen: fehlende innere Demokratie (s. Franzbachs vernichtende Analyse der Wahlfarce vom Februar 1993), »innere Emigration« großer Teile der Bevölkerung, Doppelmoral, Zerfall der revolutionären Werte und vor allem die katastrophale wirtschaftliche Situation. Nicht nur der *äußere* Druck nimmt in dem Maße zu, wie die USA versuchen, die veränderte internationale Situation auszunutzen und das aus der Revolution von 1959 hervorgegangene Kuba, diese ständige Herausforderung »im Hinterhof«, auszulöschen. Auch der *innere* Druck wird angesichts der sich seit Jahren verschärfenden wirtschaftlichen Situation (die Bert Hoffmann treffend skizziert hat) und des fortbestehenden Ausschlusses der Bevölkerung von einer effektiven Beteiligung an der politischen Macht immer größer.

Und dennoch bleibt bei einer Analyse, wie sie Martin Franzbach vorlegt, ein schaler Beigeschmack, der sich aus einer nicht zu übersehenden Tendenz zur Larmoyanz und zum Lächerlichmachen speist. Kritisiert werden an der aktuellen Entwicklung Kubas besonders zwei Punkte, in denen sich die Gefahr eines »Ausverkaufs des Landes an das ausländische Kapital« konzentriert: die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt auf den verschiedensten Ebenen (joint ventures, Niederlassung kapitalistischer Unternehmen, Sonderabmachungen im Tourismussektor, zollfreier Import, restriktionsfreier Kapalexport) und die »Zulassung begrenzter privatwirtschaftlicher Tätigkeiten auf dem Dienstleistungssektor und die Verwandlung von Staatsgütern in Genossenschaften«. Aber hat das Land mit dem Zusammenbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des ehemaligen RGW und beim Fehlen einer lateinamerikanischen Integration wirtschaftspolitisch überhaupt eine Alternative? Kuba zahlt einen späten, dafür um so drastischeren Preis für die alte Erkenntnis, daß eine isolierte sozialistische Entwicklung in einem Land, gar auf einer kleinen Insel, nicht möglich ist. Kuba hat gar keine Alternative, als sich möglichst geregelt und kontrolliert wieder in den Weltmarkt zu integrieren und sich auf all die inneren Kräfte zu stützen, die zum wirtschaftlichen Überleben beitragen können. Dabei werden Initiativen im informellen Sektor – wie in allen lateinamerikanischen Ökonomien – eine wichtige Rolle spielen.

Man muß die aus der Not geborenen Maßnahmen nicht (wie Jan Rehmann in

Argument 193, 434) als »widerständige soziale Phantasie« oder gar als »hegemonialen Faktor« verklären, der »Entwicklungsmöglichkeiten für eine sozialistische Demokratisierung« enthalte. Wir haben aber auch keinen Grund, mit Häme auf den »Frisiersalon in der Provinz« oder auf »Jever-Pils für kubanische Kehlen« zu blicken.

Viele Aspekte der Kritik Franzbachs waren auch schon für die achtziger und gar die siebziger Jahre mit ihrer von *rectificación* zu *rectificación* sich fortsetzenden Krise zutreffend. Was ist neu an der heutigen Situation? Natürlich und in erster Linie der Zusammenbruch der Sowjetunion und des RGW mit seinen unmittelbaren, verheerenden Konsequenzen für die Ökonomie der Insel. Neben diesem äußeren Faktor aber auch ein entscheidender *innerer*: die Tatsache, daß die Regierung Fidel Castro und dieser selbst heute zunehmend von der kubanischen Bevölkerung als die Hauptverantwortlichen für die Krise betrachtet werden. Die heutige Krise ist nicht nur eine weitere wirtschaftliche, sondern eine *politisch-moralische* Krise des Regimes. Neu ist auch, daß nach dem Zusammenbruch der »großen Utopie« im Osten mit seinen globalen Auswirkungen unsere krampfhaft verteidigten Illusionen in bezug auf das »sozialistische Modell« auf der anderen Seite des Ozeans ihre Berechtigung verlieren. Die »Insel der Seligen« gibt es nicht. Die europäische Linke hat jedenfalls Anlaß, ihre sich darauf stützenden »Prothesen« wegzwerfen und die kubanische Realität jenseits der gewohnten Raster wahrzunehmen, sich auf sie einzulassen, ohne über den »Werteverlust« und über »Ches Kinder« zu jammern, die »money, money« auf den Lippen und die Reden des Comandante unterm Arm haben. Aber auch ohne sich neue Denkverbote aufzwingen zu lassen, wie sie Pablo González Casanova (in *Argument* 192, 237f) zu formulieren versuchte: die Linke dürfe Kuba nicht wegen fehlender Demokratisierung kritisieren, die Stärkung der Einheitspartei gegenüber einem Mehrparteiensystem sei eine »revolutionäre Position«, nur der gleichzeitige Kampf »für Sozialismus und Demokratie« sei erlaubt ... Nein: gerade die Tatsache, daß die »wirtschaftliche Öffnung« des Regimes nicht von einer Demokratisierung, d.h. von einer Garantie der politischen Grundrechte und einer effektiven Beteiligung der kubanischen Bevölkerung an der politischen Machtausübung, begleitet wird, gibt Anlaß zu größter Sorge. Nicht von ungefähr hat Fidel Castro in der jüngsten Vergangenheit wiederholt Sympathien für eine »chinesische Lösung« geäußert.

Kuba war und ist von den USA, vom Weltmarkt abhängig. Mit dem Ende der Sowjetunion ist dieser Sachverhalt deutlicher geworden denn je. Eine zentrale Frage wird sein, bis zu welchem Grade diese Abhängigkeit geht, in welchen Formen sie sich ausdrückt und inwiefern das kubanische Volk zumindest teilweise die Bedingungen dieser Abhängigkeit mitbestimmen kann. Entscheidend für die Entwicklung scheint mir nicht, ob es der castristischen Führungsgruppe ein weiteres Mal gelingt, die Krise zu überstehen. Entscheidend erscheint mir ebenso wenig, wer die in absehbarer Zukunft notwendig werdende Nachfolge Fidel Castros antritt und welche Gruppierung aus den internen Auseinandersetzungen für die »post-fidelistische« Ära als Sieger hervorgeht. Für entscheidend halte ich zum einen, ob die in Teilen der lateinamerikanischen Linken diskutierte »Latein-amerikanisierung« sich gerade in wirtschaftlicher Hinsicht zumindest in einigen

Punkten konkretisieren läßt und Ansätze einer lateinamerikanischen Integration hervorbringen kann; zum anderen die Antwort auf die Frage, die bereits 1989 ein so unbestechlicher Pionier der Solidarität mit Kuba wie François Maspéro formulierte: »ob und auf welche Weise dieses Volk heute sein eigenes Geschick vollständig in die eigene Hand nehmen und sich von der Alternative 'entweder Fidel oder das Chaos' und von der drückenden Perspektive des künftigen Fortbestehens von System und Apparat befreien kann, ohne sich von dem loszusagen, was so teuer erworben wurde, sondern um im Gegenteil darauf aufzubauen. Nur dann wird man erneut von der kubanischen Revolution sprechen können.« (Vorwort zu J. Habel, *Kuba. Die Revolution in Gefahr*. Köln 1993, 34)

Die kubanische Revolution von 1959 war das Ergebnis einer authentischen Volksbewegung, die sich auf eigenständige Traditionen stützte und ohne, ja zunächst gegen die Kräfte des offiziellen »Marxismus-Leninismus« gesiegt hat. Diese Phase ging 1967 mit der verstärkten Anlehnung an die Sowjetunion und der beginnenden Abhängigkeit von ihr zu Ende. Verfügt die kubanische Gesellschaft über genügend Kraft, in Anknüpfung an die erste Phase der Revolution in der mit dem Ende der Sowjetunion begonnenen neuen, dritten Entwicklungsphase einen eigenständigen Weg zu gehen?

Eine wichtige Voraussetzung ist zweifellos, daß es gelingt, das US-Embargo zu Fall zu bringen, das die kubanische Bevölkerung ungleich direkter und schärfer trifft als die Regierung. »Dank dieser Maßnahmen«, so der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes in der argentinischen Zeitung *Página*, »macht Castro weiter die letzte, aber wichtigste seiner Legitimationen geltend: Er ist es, der Kuba gegen die fortgesetzte und wachsende Feindseligkeit der USA verteidigt. Die Wirtschaftssanktionen erfüllen keine andere Aufgabe mehr, als Castro zu legitimieren. (...) Die kubanische Demokratie kann nicht von außen aufgezwungen werden. Sie kann nur von innen wachsen. Und sie könnte viel leichter wachsen, wenn die USA das Embargo gegen Kuba aufheben würden. Durch diese Entscheidung stünde das kubanische Regime wirklich vor seinem eigenen Volk, vor seiner eigenen Verantwortung und auf seinem eigenen Boden.« (Zit. n. *taz*, 31.12.1993)

Der Begriff Leistung organisiert, was wir tun, und doch tun wir, was er nicht erfaßt.



Argument-Sonderband
Neue Folge, Band 219
240 Seiten, broschiert
DM 21,00/ÖS 164/SF 22,00
ISBN 3-88619-219-9

Welches ist das Geschlecht der Leistung? Die Frage ist paradox formuliert: Die Leistung ist natürlich weiblich – die Grammatik ist hier eindeutig. Weniger eindeutig sind die Gefühle und Erfahrungen von Frauen zu diesem Begriff.

»Den Begriff "Leistung" mit Erfahrung zu füllen, machte mir selbst enorme Schwierigkeiten. Kalt und bürokratisch, schulmeisterlich und papieren steht er vor mir. Das Gefühl, in einem dunklen Raum mit einer zu hellen Lampe zu sitzen, wie im Physiksaal in der Schule bei einem Experiment. Unzugänglich sperrt er sich zunächst der Erinnerung. Dabei weiß ich doch, daß Sätze wie *Leistung muß sich wieder lohnen* auch bei mir unvermittelt Zorn aus Erfahrung hervorrufen. Die Erfahrung scheint theoretisch zu sein. Ich weiß, daß Leistung sich nicht lohnt, wie ich auch weiß, daß Leistungsgesellschaft ein ideologischer Begriff ist. Wir sollen denken, wenn wir etwas leisten, würde sich das für uns lohnen, oder anders, wir lebten in einer Meritokratie. Wer was leistet, wird belohnt.«

Aber läßt sich ein Begriff erfahren und fühlen, bzw. erfahren wir nicht vielmehr das, was er bezeichnen will? Die Frage führt in wissenschaftstheoretisches Gelände. Im begreifenden Zugriff auf Praxen von Menschen durch ein Wort wie Leistung werden Menschen positioniert, Taten bewertet, gesellschaftsfähig gemacht, in eine Rangordnung gebracht.

Inhalt:

Leistung muß sich wieder lohnen / Sich-Hervortun als Leistung / Leistungsideologie und Lernerfahrung / Ich leistete nichts / Erinnerungen an Leistung / Leistung und Befreiung / Der andere Blick – Erinnerungsarbeit als Methode im Bildungsurlaub / Frauen, Leistungserfolg und Zivilgesellschaft / Leistung lohnt sich doch – Frauen aus der Ex-DDR / Die Leistungskrise.

Kongreßberichte

Philosophie und Demokratie in interkultureller Perspektive

Internationale Konferenz an der Erasmus-Universität Rotterdam, 29. bis 30. Oktober 1993

Die Tatsache, daß etablierte Sozialwissenschaften wie konservative europäische Politik im Zusammenhang mit Demokratisierungsprozessen in afrikanischen Ländern vor allem die Notwendigkeit des Mehrparteiensystems anerkannt haben wollen und davon auch Form und Höhe der Entwicklungshilfe abhängig machen, verdeckt einerseits, daß Demokratie kontextgebunden ist; andererseits wird übersehen, daß Demokratisierung nicht (mehr) durch einseitiges Lernen von Europa möglich ist. Es ergeben sich heute weitere Gesichtspunkte und Fragen, die auf die globale Dimension der – tatsächlich notwendigen – Demokratisierung in afrikanischen Ländern hinweisen. Kann das westliche Demokratiemodell Allgemeingültigkeit (Universalität) beanspruchen? Und welche Auswirkungen hätte die Demokratisierung der bisher unterprivilegierten Nationen für unsere Demokratie? Kurt Biedenkopf hat recht, wenn er in einem Gespräch mit Christa Wolf sagt: »Die Existenz unserer Gesellschaft hat zur Bedingung, daß wir privilegiert bleiben, sonst funktioniert sie nicht.« (*Sinn und Form* 42, 1990, 1044) Nur ergibt sich daraus ein Dilemma, weil demokratisierte afrikanische Staaten wohl nicht unterprivilegiert bleiben können, wenn sie das Funktionieren ihrer Gesellschaften gewährleisten wollen, wir also ihnen gegenüber auf Privilegien verzichten müßten – was wiederum dem Funktionieren unserer Gesellschaft abträglich wäre. Und schließlich: könnte es sein, daß westliche Demokratien etwas von afrikanischen Demokratieformen zu lernen hätten?

Den Blick auf Afrika angesichts der Situation auf diesem Kontinent zu empfehlen, scheint, zugegeben, absurd. Fest steht aber, daß es heute nicht mehr nur um die Frage gehen kann, wie in Afrika Demokratie-Erfahrungen und Konzeptionen des Westens berücksichtigt, übernommen oder kritisiert werden. Es geht auch um den umgekehrten Weg: Warum es sich als sinnvoll und für die Entwicklung der Demokratie in Europa als nützlich erweisen könnte, afrikanische Demokratie-Debatten zur Kenntnis zu nehmen. Heinz Kimmerle, Professor für interkulturelle Philosophie in Rotterdam, hat offensichtlich das im Auge, wenn er schreibt: »Was heute in der westlichen Kultur geschieht, läßt es als fraglich erscheinen, daß sie ihren Fortbestand für lange Zeit sichern kann. (...) Andererseits enthält die Offenheit für andere Kulturen die Aussicht, daß sich im Anderen Ansatzpunkte finden, welche die Risiken der europäischen Kultur vermindern helfen.« (*Philosophie in Afrika – afrikanische Philosophie*, Frankfurt/M, New York 1991, 236f).

Es war eine philosophische Konferenz, die Kimmerle an der Erasmus-Universität organisiert hatte; vor allem Philosophinnen und Philosophen sprachen über Demokratie. Ihre Sprache und ihre Methoden des Diskurses unterscheiden sich offensichtlich von denen der Politiker. Als Prämisse sollte gelten, daß es keine höherstehende bzw. niedrigere Philosophie geben möge. Dann sei gleichberechtigter Dialog möglich. Zudem haben die Europäer erheblichen Nachholbedarf im Zutrittsnehmen der Ideen des Anderen. Eine wenige Tage vorher in Harare (Simbabwe) von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte Konferenz über Demokratisierung in Afrika folgte z.B. ganz anderen Prämissen. Ein Teilnehmer aus Afrika monierte in einem Rundfunkinterview, daß die Referenten aus Deutschland sehr belehrend auftraten und im paternalistischen Ton anderen Demokratie beibringen wollten. Nun wäre es tatsächlich albern, zu behaupten, daß von westlichen Demokratieerfahrungen nichts

zu lernen sei. Nur ist es obsolet geworden, für einen Demokratietyp Universalität zu beanspruchen, der selbst in die Krise kommt und nur auf Kosten der Anderen funktioniert. Auf politischer Ebene jedenfalls scheint ein gleichberechtigter Dialog gegenwärtig nicht möglich. Das hat auch mit dem innerhalb der UNO sich verfestigenden Hegemonieanspruch westlicher Staaten zu tun. Interkulturell ausgerichtete Philosophieren kann hier beim Aufbrechen gefährlich verkrusteter Ansichten eine Pionierrolle übernehmen

Interessant könnten für uns in Deutschland besonders zwei Dinge sein: einmal eine gewisse Ähnlichkeit zu den runden Tischen der Reformen anstrebenden und doch nicht mehr reformierbaren DDR, zum anderen die Tatsache, daß sich ein Rückbesinnen auf Demokratie nicht mit nostalgischem Berufen auf vergangene »Errungenschaften« vertragen kann. Durch diese Ambivalenz liegen Niederlage und Enttäuschung einerseits und Hoffnung und Vision andererseits dicht beieinander. Die andere Seite ist, daß genau dieser Umstand inzwischen auch auf theoretischer Ebene diskutiert wird. Auch hier gibt es Parallelen zu Deutschland (ich denke vor allem an Arbeiten über die Verfassungsdiskussion von Wolfgang Ullmann, Uwe-Jens Heuer und anderen). In der Philosophie scheint mir, daß die Auseinandersetzung sowohl quantitativ wie qualitativ in Afrika ein höheres Niveau aufweist. Dafür stehen vor allem die zahlreichen Beiträge in der Zeitschrift *Quest – Philosophical Discussions* (Lusaka) seit 1992, die sich besonders um die Thesen von Wamba dia Wamba bewegen. Bereits 1984 hatte sein Artikel im *Journal of African Marxists* (dt.: 1989) über das Palaver in afrikanischen Dorfgemeinschaften im Kontext von Demokratiebegriff und Konsensbildung einiges Aufsehen erregt. Er setzte hier im Kontext seiner Heimatregion, den Kikongo sprechenden Völkern in Zaïre, Angola und Kongo, Demokratie und Palaver ins Verhältnis. Das sind natürlich spezifisch afrikanische Fragen. Aber einmal ist es wohl immer lehrreich, wenn unsere Demokratie von anderen theoretisch und praktisch auf Allgemeingültigkeit hin befragt wird; zum anderen ist z.B. die Frage, wie Interessen und Meinungen von Minderheiten, die in westlichen Demokratien völlig legal ständig unberücksichtigt bleiben können, Berücksichtigung finden, auch für uns von zunehmender Brisanz. Für Wamba dia Wamba sind die gegenwärtigen Demokratieformen vor allem darauf gerichtet, Teile der Beherrschten politisch so zu organisieren, daß sie der Legitimierung bestehender Herrschaft nützlich sind, sie also zu demobilisieren. Dazu ist es notwendig, beherrschte Klassen demokratisch zu berücksichtigen und, wie marginal auch immer, an der Ausbeutung anderer zu beteiligen. Der Hegemonieanspruch »westlicher Werte« gegenüber »nichteuropäischen« Nationen hat dabei einen festen Platz. Palaver sei dagegen eine geeignete Methode der Dorfgemeinschaft, um Widersprüche friedlich auszutragen, Solidarität zu befördern und spalterische Tendenzen weitgehend auszuschließen.

Alle waren gespannt, was Wamba dia Wamba in Rotterdam als Hauptredner zu sagen hätte. Auch wären Fragen zu diskutieren gewesen, z.B. inwiefern die zwei unterschiedlichen Ebenen – Staat und Dorfgemeinschaft – überhaupt vergleichbar sind. Es konnte aber lediglich eine Zusammenfassung seines geplanten Referats gegeben werden. Gründe, die seine These von der Demokratisierung in Europa auf Kosten abhängiger »nichteuropäischer« Regionen nur bestätigen, sorgten dafür, daß er nicht nach Holland reisen konnte: Bis Österreich war Wamba dia Wamba gekommen. Um aber in die Beneluxstaaten einreisen zu dürfen, ist für Bürger aus Zaïre eine Bestätigung der belgischen Botschaft, also des »Mutterlandes«, notwendig. Die kam nicht, also kein Visum, also kein Referat über »Demokratie in Afrika und Demokratie für Afrika« an der Erasmus-Universität.

Weitere Kolleginnen und Kollegen konnten aus anderen »europäischen Gründen« (Streik bei mehreren Fluggesellschaften) nicht bzw. nicht rechtzeitig kommen. Massaer Diallo und Saliou Diallo aus Dakar erhielten aber die Möglichkeit, über demokratische Elemente in senegalesischen Weisheitslehren und bioethische Fragen, denen sich der Staat stellen müsse, vor einem interessierten Auditorium der Erasmus-Universität zu sprechen. Der Beitrag von Marie Pauline Eboh aus Nigeria konnte wenigstens verlesen werden. Sie meint, Afrika hätte eine eigene politische Kultur, weshalb es notwendig sei, der Demokratie ein afrikanisches Flair zu geben. Besonders wichtig sei, die Erfahrungen bei der Entschlußfassung durch Konsens nicht zu gefährden. Und Demokratie in Afrika ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich bei allen Ländern südlich der Sahara um extrem multikulturelle Gesellschaften handelt, sei unmöglich. Begriffe wie »Integration« (in eine andere Kultur) verbieten sich dann von selbst, und Begriffe wie »multikulturell« oder »interkulturell« sind inhaltlich auszufüllen, als Modeworte ungeeignet. Das Problem beginnt bereits bei den Sprachen. Wenn zum Beispiel in Südafrika etwa 65 % der Bevölkerung weder Afrikaans noch Englisch sprechen, sind de facto über die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger von der demokratischen Mitbestimmung im Land ausgeschlossen. In anderen afrikanischen Staaten stellt sich dieses Problem noch krasser dar, auch deshalb, weil es teuer ist, Sprachen und damit Völker weitgehend gleich zu behandeln. Ein weiteres Problem ist, daß der Westen im Mehrparteiensystem die Krone der Demokratie sieht. Wenn dann selbst das westliche Links-Rechts-Schema oder Parteienbezeichnungen auf afrikanische Parteien übertragen werden, obwohl vielleicht die ethnische Zugehörigkeit das entscheidende Kriterium für die Unterscheidung ist, dann könnte ein Zustand vorprogrammiert sein, der sich zwischen Bluff und gefährlicher Unterdrückung von »Minderheiten« bewegt.

Gerd-Rüdiger Hoffmann (Senftenberg)

Weibliche Moral?

Zur Auseinandersetzung um eine feministische Ethik. Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, 21. bis 23. Januar 1994

»Die andere Stimme – zehn Jahre später«, hatte *Carol Gilligan* ihren Einleitungsvortrag überschrieben. Ihr Buch *In A Different Voice* (1982; vgl. *Argument* 149, 113f) hat eine Debatte über feministische Ethik entfacht, die noch anhält und in Hofgeismar zur Diskussion stand. Immer wieder wird ihr Ansatz für eine weibliche Ethik in Anspruch genommen, die Fürsorglichkeit zentral setzt und ontologisch gefaßt wird. Hatte Gilligan sich schon früher von diesen Vereinnahmungen distanziert, so tat sie es hier ungewohnt deutlich. In der »Anderen Stimme« hatte sie Kohlbergs Stufenschema der moralischen Entwicklung als allein auf die männliche Erfahrungswelt bezogen entlarvt und aufgezeigt, daß sich Frauen in moralischen Dilemmata mehrheitlich nicht von formalen Gerechtigkeitsvorstellungen, sondern von Fürsorgeüberlegungen leiten lassen. Frauen und Männer sollten, so Gilligan, beide Moralperspektiven integrieren bzw. zwischen ihnen wechseln. In Hofgeismar entwarf sie nun eine Beziehungspsychologie, die »einen Weg zum Sprechen findet, ohne andere zum Schweigen zu bringen«, und diejenigen zum Sprechen bringt, die bisher zum Schweigen gebracht oder verschwiegen wurden. Es sind dies für sie primär die Frauen, aber auch Schwarze, Schwule, Lesben.

Ausgangspunkt der neuen Überlegungen Gilligans ist ein Paradox in der Psychologie von Frauen: Um Beziehungen eingehen zu können, halten sie Teile ihrer selbst aus der Beziehung heraus. Sie verleugnen ihre Stimme, ihre Kreativität, ihre Brillanz, ihre Vitalität. Sie bilden eine Form der doppelten Wahrnehmung aus, die, wenn

sie damit alleingelassen werden, zu Dissoziation und Persönlichkeitsspaltungs-Syndromen führen kann, die aber, wenn sie gestützt und geteilt wird, entscheidendes Widerstandspotential enthält. So läge die Chance für eine veränderte Gesellschaft und Kultur darin, daß Frauen beginnen, ihre Stimmen zu benutzen – aber nicht nur die Frauen, sondern alle, die Herrschaftsverhältnissen unterworfen sind.

Diese so deutlich vorgetragene feministische Gesellschaftskritik entkräftete viele Kritikpunkte der beiden eingeladenen Diskussionspartnerinnen. Frigga Haug hob die gesellschaftliche Bedingtheit jedweder Form von Moral hervor, Gertrud Nunner-Winkler bezog sich auf ihre Forschungen mit Rainer Döbert, die erbracht hatten, daß unterschiedliche Formen der moralischen Urteilsfindung weniger an Geschlecht als an Betroffenheit gebunden sind. Ihr Vortrag hob auf einen Vergleich zwischen Arbeiterbewegung und Frauenbewegung ab. So wie die industrielle Revolution Ungleichheit als menschlich geprägte aufscheinen ließ, so mache die Wahrnehmung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung deutlich, daß das Geschlechterverhältnis Ungerechtigkeiten enthält. Indem es der Frauenbewegung gelingt, Geschlecht in die gesellschaftlichen Kategorien einzubringen, entstehe zugleich eine Gruppenloyalität, die induktiv gewonnen wird. Eine betonte weibliche Differenz werde damit zu einem Mittel, um Solidarität zu erzeugen. Dieser Ansatz ist äußerst spannend, müßte aber unter dem herrschaftskritischen Aspekt, wie ihn Frigga Haug vorgetragen hat, noch einmal beleuchtet werden. Die Ausprägung einer zweigeschlechtlichen Moral ist über den Gedanken der Gruppenloyalität sicherlich weder historisch noch gesellschaftlich hinreichend erklärt. Aber auch Frigga Haug sieht in den gesellschaftlich vorgegebenen Tugenden von Frauen ein Widerstandspotential, das durch kollektive Erinnerungsarbeit freigesetzt werden kann. So kann feministische Ethik eine subversive Moral zur Entfaltung bringen, die die »imaginäre Frau der Moral« nicht nur als »Schein und Einbildung, sondern auch als Projekt und Hoffnung« begreift.

Die Theologin Ina Prätorius machte die Probleme einer feministischen Ethik in theologischer Tradition deutlich. Mit Aristoteles begreift sie Ethik als »Nachdenken über gutes Leben und wie wir uns durch unser Handeln gutem Leben annähern können«. Insgesamt vertrat sie ein harmonisierendes Konzept der Integration von Beziehungsethik und Prinzipienethik, in dem gesellschaftlich geprägte Unterschiede nicht deutlich genug herausgearbeitet wurden und das vielleicht allzu schnell bereit ist, Frauen ein gesellschaftsveränderndes Potential zuzuerkennen, ohne die Unterschiede zwischen ihnen noch einmal kritisch zu reflektieren.

Die Tagung war äußerst anregend und hat dazu beigetragen, das Konzept von Gilligan aus der Anbindung an eine essentiell begriffene weibliche Differenz zu befreien. Schade, daß durch die Notwendigkeit der Übersetzung Spontaneität und Prägnanz zu einem guten Teil verloren gingen. Aber dies ist nicht der Übersetzerin anzulasten, die eine bewunderswerte Arbeit geleistet hat.

Rose Wecker (Dortmund)

Feministische Forschung und Politik an Hochschulen

Tagung der »Frauen-Anstiftung« in Zusammenarbeit mit der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See, 3. bis 6. Februar 1994

Zusammengekommen waren ca. 50 Dozentinnen und Studentinnen aus den unterschiedlichsten Bereichen, die meisten Stipendiatinnen der Frauen-Anstiftung. Trotz einiger Absagen konnte das Programm fast wie vorgesehen stattfinden, weil Promovendinnen bereit waren, als Referentinnen einzuspringen. Nicht nur das Wetter, auch die Stimmung war gut. Ein Ziel der Tagung, den interdisziplinären Austausch unter den feministischen Forscherinnen zu fördern, wurde sicher erreicht.

Was noch am Anfang steht, ist die transdisziplinäre Überschreitung der einzelnen

Disziplinen. In den Naturwissenschaften sind z.B. Erkenntnisse über lebende Prozesse vielfach das Ergebnis aus Experimenten an toten Organismen. Ähnlich zeigt die feministische Literaturwissenschaft, daß literarische Frauenfiguren Projektionen männlicher Phantasien darstellen, in denen die Vitalität lebendiger Frauen erstirbt. Hier würde eine gemeinsame Forschung wohl interessante Ergebnisse bringen. Eine der nächsten Tagungen soll sich denn auch mit dem Thema »Transdisziplinäre Methoden und Theoriediskussion« befassen.

Innerhalb der Forschung ist es zu einer Wende gekommen: eine eigene Konstruktion dessen, was Frauen sind und sein wollen, scheint nicht mehr möglich. Die Sprache selber steht durch die Prägung der Bedeutung in einem patriarchalen System für anderes nicht zur Verfügung (Ingeborg Bachmann hat das in ihrem Romanfragment »Der Fall Franza« umschrieben). Hinter der »anderen Stimme der Frau« muß erst »die zweite Stimme«, die, die zum Schweigen gebracht wurde, freigelegt werden (C. Gilligan). Diese Arbeit leistet u.a. das Projekt Erinnerungsarbeit in Hamburg, das Frigga Haug vor dem Hintergrund der Problematik von »Alltag« vorstellte. Auch in der Philosophie gehen die Arbeiten über die bloße Kritik hinaus. Die neueren und neuesten Ansätze US-amerikanischer Philosophinnen gehen auf der Ebene der Erkenntnistheorie von einem empirischen Konstruktivismus als Merkmal der Techno-Wissenschaften aus (Donna Haraway). Das läßt uns Frauen nicht mehr die Möglichkeit, auf »Wahrheit« abheben zu können; vielmehr kann die Einsicht in diese Bedingungen nur dazu führen, daß wir uns die Produkte dieser Forschungen zunutze machen.

Trotz der eher düsteren Aussichten angesichts der Analyse patriarchaler Wissenschaft ist eine zunehmende Differenzierung der feministischen Wissenschaftskritik zu konstatieren. Und die jungen Forscherinnen setzen sich auch kritisch mit den Ergebnissen ihrer älteren Schwestern auseinander, z.B. in der heiß diskutierten Frage, ob eine eigene Lesbenforschung nötig sei. Diskutiert wurde auch, ob die jüngeren Frauen noch das nötige feministische Engagement aufbringen. Vorträge über die Geschichte und das Verhältnis von Frauenbewegung und feministischer Forschung warfen zudem die Frage auf, ob die Beziehung von Theorie und Praxis so, wie sie zu Beginn der Bewegung formuliert wurde, aufrechterhalten werden kann und soll. Auch dies ein lohnendes Thema für eine weitere Tagung. Und nachdem die Podiumsdiskussion über Utopien sehr unterschiedliche Vorstellungen über den Begriff der Utopie erkennen ließ, war gleich noch ein drittes mögliches Folgethema gefunden. An weiteren Veranstaltungen dieser Art waren die Teilnehmerinnen jedenfalls sehr interessiert, nicht zuletzt, weil feministische Forscherinnen an den Hochschulen oft vereinzelt arbeiten. Vielleicht nächstes Jahr wieder in Kochel im Februar.

Gunda Werner (Hamburg)

Ankündigung

Friedenspsychologie

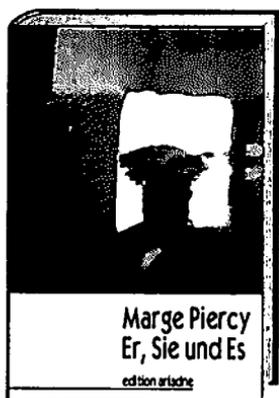
7. Tagung für Friedenspsychologie an der Universität Konstanz, 24. bis 26. Juni 1994
Veranstalter: Friedensinitiative Psychologie & Psychosoziale Berufe zusammen mit der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz. Informationen: Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Universität Konstanz, Postfach 5560, 78434 Konstanz.

Marge Piercy



Ihr Name steht für ganz große Erzählkunst aus Frauensicht. In Amerika wird sie seit vielen Jahren in einem Atemzug mit Margaret Atwood, Doris Lessing und Fay Weldon genannt.

Leidenschaftlich gegenwartskritisch, aber mit Liebe zur Welt und den Menschen schreibt Piercy Romane, die Herz und Verstand nähren. Sie ist eine Dichterin, deren fiktive Gestalten im Gedächtnis bleiben, als hätten wir sie jahrelang gekannt. Marge Piercys Erzählungen handeln von *uns*: von Menschen, wie wir es sind, wie wir sie kennen, und von der Welt, in der wir leben - und sind zugleich Romane wie handgemalte Teppiche, phantastische Gewebe, die sich langsam, ganz sachte entrollen und uns in die Ereignisse hineinziehen, bis wir das Geschehen, die Bilder, die Erfahrungen fast wie Selbsterlebtes denken können ... Es gibt nur ganz wenig Literatinnen mit der Gabe, so prägnante Frauengestalten zu schaffen, beständig ringend in einer Wirklichkeit, deren Darstellung bei näherem Hinsehen das einzig Erfundene an ihr ist.



Der Zukunftsroman *Er, Sie und Es* - die Geschichte einer hart geprüften Computerspezialistin und ihrer talmudkundigen schlaun Großmutter - liegt seit 1993 auf deutsch vor. Wir wollen in der Prosa-Reihe *edition ariadne* nach und nach die Leerstelle füllen und Marge Piercys engagiertes Werk, liebevoll übersetzt, auch hier bekannt machen.

»*Er, Sie und Es* verdichtet das Problem menschlicher Hybris zu einem facettenreichen Panorama menschlicher Erfahrungen, das unsere Vorstellungen von Geschlecht, Humanität, Künstlichkeit und Freiheit zur Disposition stellt.« *VDPP-Rundbrief*

Roman, edition ariadne
ISBN 3-88619-452-3
520 Seiten, geb., DM 49,-

Besprechungen

Philosophie

Braun, Eberhard: »Aufhebung der Philosophie«. Marx und die Folgen. J.B. Metzler Verlag, Stuttgart, Weimar 1992 (331 S., Ln., 68,- DM)

Den von Karl Löwith diagnostizierten revolutionären Bruch im Denken des 19. Jahrhunderts interpretiert Eberhard Braun als das »Ende der metaphysischen Gestalt der Philosophie« (1). Vollzogen wurde dieser Bruch zwar sowohl in der analytischen Philosophie als auch im Neukantianismus oder in der Hermeneutik Diltheyscher Provenienz, jedoch in ungenügender Weise und Konsequenz. Wahrheit kann nur noch historisch gefaßt werden; die Selbstbegründungsversuche autonomer philosophischer Systeme müssen einer Reflexionsform weichen, die sich in Relation zur historischen Verfaßtheit menschlicher Lebensformen begreift. Philosophie verliert neben ihrem unwandelbar-überzeitlichen Formcharakter zugleich die Idee absoluter Notwendigkeit, die als transitorische ebenfalls zu historisieren ist (15f). Diese begrifflichen Voraussetzungen für ein nachmetaphysisches Denken erfüllt nach Braun im 19. Jahrhundert lediglich der philosophische Ansatz von Marx und Nietzsche: »Während die anderen Positionen Metaphysik entweder blind verwerfen oder begriffslos fortsetzen, läßt er ihr historische Gerechtigkeit widerfahren, die einerseits ihre historische Notwendigkeit anerkennt, andererseits weiß, daß sie ihre historische Berechtigung eingeübt hat.« (8)

Marx und Nietzsche bieten die Grundlage, auf der sich »die Geschichte der bisherigen Philosophie als Totalität rekonstruieren« läßt. Weil Nietzsche »jedoch nicht frei von biologistischen Reduktionen ist, die ihm den Blick auf das spezifisch Gesellschaftliche versperren« (7), formuliert Braun seine »Prolegomena zu einer Kritik der Metaphysik« (41) aus Marxscher Perspektive. Brauns »Aufhebung der Philosophie« versteht sich als Begriffserörterung einer solchen Metaphysikkritik, deren – bislang noch ausstehende – systematische Darstellung vorbereitet werden soll (ebd.). Dazu bedarf es nach Auffassung des Autors einer Rekonstruktion der Genese der Theorie von Marx, dessen Programm einer Aufhebung der Philosophie in einer doppelten Kritik anhebt: Kritik der historischen Form des Bestehenden und Kritik der philosophischen Tradition als Teil einer Kritischen Theorie des gesellschaftlichen Bewußtseins (40). Während sich die Kritik der Welt bei Marx jedoch von den philosophisch-idealistischen Frühschriften zur Kritik der Politischen Ökonomie fortentwickelt, bleibt die Kritik der Metaphysik auf Grund der thematischen Einschränkung des Forschungsgegenstandes, im Spätwerk hinter dem theoretischen Niveau des *Kapitals* zurück (156). Sie ist für Braun eine »offene Stelle im Historischen Materialismus, die es theoretisch zu besetzen gilt« (41).

Nachmetaphysische Philosophie zeichnet sich durch Abkehr von einer historisch-invarianten, transzendentalen Struktur aus, wie sie in der ontotheologischen Verfaßtheit traditioneller Philosophie unterstellt wurde. An die Stelle der Wissenschaft vom höchsten Wesen tritt die Theorie des Menschen (38) als geschichtlich-praktisch begründeter Humanismus. Trotzdem bleibt für Braun Philosophie mehr als Kritische Theorie der Gesellschaft; Marcuse verwechsle den Ursprung der Theorie mit ihrem Gegenstand (263). In Blochscher Manier gelte es, ihren traditionellen Anspruch als Theorie der »Welt im allgemeinen und ganzen« zu beerben (36, 40, 263). Die Kritik der politischen Ökonomie schafft hierfür allein die Vorbedingungen. Die Warenanalyse transformiert die traditionell überzeitlich-transzendente Wesensbestimmung

des Seienden in ein epochales Prinzip. Das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise ist der Wert, seine aus dem Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit resultierende, strukturbestimmende Kraft ist an die historische Existenz des Kapitalismus gebunden; mit dessen Aufhebung verändern sich Gegenstand, Methode und Zweck der Kritik der Welt. Weil sich das Werk des reifen Marx auf das Begreifen des gesellschaftlichen Seins konzentriert, beschränkt sich die theoretische Konstruktion der Vermittlungsmechanismen von Sein und Denken auf Andeutungen. Es fehlt die Grundlegung für eine Kritik der Philosophie: »Diese Konstruktion hat zu begründen, weshalb in der Waren produzierenden Gesellschaft affirmative Theorie notwendig zum verkehrten Weltbewußtsein einer verkehrten Welt werden muß. Eine solche Konstruktion hat Marx aber kaum im Ansatz versucht. In ihrem Zentrum haben aber der Fetischcharakter der Ware und die ihm entspringenden Verkehrungen von Subjekt und Objekt zu stehen.« (157)

Braun verfolgt diese Thematik in der Theorielinie der »Philosophie der Praxis« von Labriola, Gramsci über Korsch zu Lukács und in der Kritischen Theorie bei Horkheimer und Marcuse. Während Gramsci und Korsch in konsequenter Historisierung Theorie als Produkt gesellschaftlicher Praxis mit epochal begrenztem Geltungsanspruch fassen, unternimmt Lukács den Versuch, den gesellschaftlichen Ursprung der Theorie formgenetisch zu entwickeln. Weil er unter Marxens rein strukturalogische Bestimmung der Totalität empirische Prozesse subsumiert (182), mündet seine Theorie des identischen Subjekt-Objekt in die idealistische Tathandlung des Proletariats (178). Die konsequenteste Reflexion des Verhältnisses zur Tradition betreibt Marcuse (228), dessen Wesensbegriff sich jedoch nicht aus der immanenten Kernstruktur des Gegebenen erschließt. Ihm liegt eine ahistorische Konzeption zugrunde, die Wesen als eine über die Freiheit vermittelte transzendente Möglichkeit der erscheinenden Wirklichkeit faßt (258). Gerade die radikale Kritik, die Braun an den Positionen der Praxisphilosophie und der Kritischen Theorie vornimmt, verweist aber auf ein zentrales Problem seines eigenen Theorieprogramms. Aus der Perspektive des späten Marx ist er gezwungen, die moralisch-praktische Komponente seiner Theorie der Gesellschaft in purer Immanenz aus dem epochalen Kontext gesellschaftlicher Bewußtseinsformen zu entnehmen. Eine eigenständige, normative Dimension gesellschaftsverändernder Praxis, auf die von Braun anvisierte Humanisierung der Welt hin, kann nicht mehr gerechtfertigt werden. Quasi-transzendente Begründungsversuche von Rationalität, wie sie etwa die philosophische Anthropologie oder die Universalpragmatik anbieten, müssen unter Metaphysikverdacht geraten. Gleichzeitig bewahrt die angestrebte Aufhebung der ontotheologisch verfaßten Philosophie in Hegelscher Treue vielleicht mehr aus deren Tradition, als dies – nicht nur für eine nachmetaphysische Theorie der Welt, sondern bereits für eine Kritische Theorie der Gesellschaft – zweckmäßig wäre. Der aus der (von Marx noch beibehaltenen) traditionellen Unterscheidung von Wesen und Erscheinung resultierende Anspruch, die Funktionsweise des gesamten gesellschaftlichen Seins aus einem Prinzip erklären zu wollen, ist möglicherweise uneinlösbar geworden. Modellen, die moderne Gesellschaften als Netz dezentrierter, mit jeweiliger Eigenlogik ausgestatteter Strukturen zu fassen versuchen, würde auch die Idee eines die Gesamtheit epochaler Erscheinungen übergreifenden Wesens zum Opfer fallen. Damit einher gingen erneute Konsequenzen für die Form der Begründung in theoretischer wie normativ-praktischer Hinsicht.

Mathias Richter (Tübingen)

Balibar, Etienne: La philosophie de Marx. Éditions La Découverte, Paris 1993 (125 S., br., 45,- FF)

In der Ära des kommerziellen Fernsehens verspreche der Kulturkritiker Marx eine »nicht geringe Erfrischung«; diese Karriere, »seine wahre«, habe er noch vor sich, schreibt die FAZ (Mark Siemons, 24.2.94). Der Tod des Marxismus ist auf eine Weise Selbstverständlichkeit, daß einzelne Filetstücke schon wieder gehandelt werden. Balibar würde der Diagnose zwar zustimmen, daß »der Marxismus« nurnmehr von historischem Interesse ist, nicht aber dieser Festlegung der Leistung von Marx. Endlich ist, so seine These, der Bleimantel von hundert Jahren »Marxismus« bzw. »marxistischer Philosophie« abgeworfen, und die »Philosophie von Marx« – nicht im Sinne einer »Lehre«, sondern einer Reihe von »Problematiken«, von »Philosophien« (114) – kann in ihrer Bedeutung für die Geschichte des Denkens ausgemessen werden: »Befreit von einer Illusion und einem Schwindel, gewinnen wir ein theoretisches Universum.« (5)

Auch wenn das Denken von Marx als »Antiphilosophie« oder »Nicht-Philosophie« auftrat, sei es doch zu einer philosophischen Tatsache geworden, insofern es nicht nur diesen oder jenen Gedanken kritisierte, sondern – darin auf seinem Gebiet nur Freud vergleichbar – »die Praxis der Philosophie« revolutioniert habe (6). Freilich bisweilen mit einer Radikalität, die vom negierten spekulativen Allgemeinen bestimmt blieb: So wenn in der berühmten II. Feuerbachthese die Veränderung der Welt unvermittelt ihrer bloßen Interpretation entgegengesetzt wurde, das bestimmte Wie des Veränderns aber offen blieb – eine Schwierigkeit, die auch nicht dadurch gelöst werden konnte, daß »das Proletariat« in die Strukturstelle der Kantschen »Menschheit« oder des Fichteschen »Volkes« eingesetzt wurde (vgl. 27). Anders im *Kapital*, wo die Erfahrung eines Kapitalismus, dem nichts heilig ist außer der Akkumulation um der Akkumulation willen, in die Frage mündete, wie dieses rücksichtslose Verändern zu verändern sei (vgl. 20). Daher interessiert sich Balibar für die »Einschnitte und Brüche« im Marxschen Denken, für die »Baustellen« (8), die es hinterlassen hat, die »Krisen des Marxismus' avant la lettre« (ebd.), nicht aber für jenes fertige Gebäude, das nach 1890 bezogen wurde.

Erster Einschnitt: der Epochenbruch von 1848, mit dem die (das Kommunistische Manifest bestimmende) Erwartung einer bevorstehenden proletarischen Revolution durchkreuzt wird, und auf den Marx mit seinem Forschungsprogramm zur »Anatomie« der bürgerlichen Gesellschaft reagiert. Dabei theorisiere Marx diese Erfahrung nie mit dem moralisierenden Begriff des »falschen Bewußtseins«, der »proletarischen Ideologie« oder des »Klassenbewußtseins« (55). Was sich dagegen findet, seien Elemente einer Theorie des Klassencharakters des Bewußtseins (48), gebunden an die Trennung von »Hand- und Kopfarbeit« – wobei Balibar es vorzieht, von »intellektueller Differenz« zu sprechen: Bedingung wie Resultat der gesellschaftlichen Zusammenhalt stiftenden Tätigkeit der »Ideologen«, eine Differenz vom selben Allgemeingrad wie derjenigen zwischen den Geschlechtern oder zwischen Stadt und Land (vgl. 53). Balibar ist der Auffassung, daß der Ideologiebegriff, wie er in der *Deutschen Ideologie* entwickelt wurde, im *Kapital* keine Rolle mehr spielt, ja, ersetzt wird durch die Analyse des Fetischcharakters der Ware. Während der Ideologiebegriff mit der Problematik der Machtkonstitution und des Staates verknüpft sei (erst von Engels 1888 wieder aufgenommen mit der Auffassung vom Staat als »erster ideologischer Macht«), führe der Fetischcharakter auf die Phänomene der »Freiheit« und »Gleichheit« der Warenbesitzer, auf eine Subjektkonstitution durch die juristische Ideologie, die sich in den »Evidenzen des Alltagslebens« (76) unkenntlich macht. Während die Kritik der Ideologie das abstrakte Bewußtsein auf

seine Ursprünge in der Arbeitsteilung zurückführe, lege die Analyse des Fetischcharakters die »Substanz« des Tauscherts offen: die »lebendige Arbeit« (77).

Zweiter Einschnitt: das blutige Ende des ersten Versuchs einer Regierung der Arbeiterklasse in Paris 1871, die Auflösung der Internationale und die Unterbrechung der Arbeit am *Kapital*, dessen erster Band 1867 erschienen war: Marx lernt Russisch, überprüft seine Theorie und beschränkt ihre Geltung – im Zusammenhang mit der Frage einer »nicht-kapitalistischen Entwicklung« in Rußland – ausdrücklich auf Westeuropa. Dennoch: Nichts scheint Marx mehr diskreditiert zu haben als das evolutionistische Fortschrittsdenken. Daß es die das 19. Jahrhundert beherrschende »wissenschaftliche Ideologie« war, kann keine mildernden Umstände beanspruchen. Aber Balibar zeigt zugleich, daß der Marxsche Fortschrittsbegriff nicht einfach als »Illustration ... einer allgemeinen Idee« gelesen werden darf (83). Durchweg interessiert sich Marx dafür, wie »Geschichte« konkret gemacht wird: etwa in den Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern, Arbeitern und Staat um die Länge des Arbeitstages, deren Resultate von Kräfteverhältnissen abhängen und keinem fix und fertigen Fortschrittsmodell folgen – heute wieder sehr aktuell. »'Das Kapital lesen' steht immer noch auf der Tagesordnung.« (94) Im übrigen ist, was heute als Fortschrittskritik auftritt, meist nur ein neuer Konformismus, Reaktion auf den Zusammenbruch des sozialdemokratischen Fortschrittsmodells, verbunden mit einer Kritik »der Vernunft«, die de facto Verzicht auf die solidarische Gestaltung der Gegenwartsaufgaben ist.

Angesichts dieses Konformismus, für den das Projekt von Marx, ineins mit dem »historischen Marxismus«, wie selbstverständlich zum alten Eisen gehört, ist Balibars Unterscheidungsversuch grundwichtig. Spürbar ist allerdings eine Tendenz, die Geschichte des Marxismus zum Scheckbetrug zu erklären. Nicht daß Balibar keinen kritischen Sinn hätte für Anschlußstellen bei Marx, die den späteren »marxistischen« Konstruktionen vorarbeiten. Aber diese werden nicht eigentlich ernst genommen und daher auch nicht im Horizont der »Philosophie von Marx« selbst kritisiert. Die Geschichte des Marxismus erscheint weitgehend als eine Geschichte der Transformation zur Legitimationsideologie von Staatsparteien; tatsächlich ist sie aber von Anfang an auch eine Geschichte der Kritik an dieser Tradition (man denke nur an Gramscis *Gefängnishefte*). Wenn man unter Marxismus den immer neu zu gestaltenden Zusammenhang von kritischem Denken und eingreifendem Handeln versteht – auf welchem Feld, wenn nicht auf dem des Marxismus selbst, müßte sich dann die Produktivität des Marxschen Denkens beweisen?

Peter Jehle (Berlin)

Kaplan, E. Ann, und Michael Sprinkler (Hrsg.): The Althusserian Legacy. Verso, London 1993 (VIII, 245 S., br., 11,95 £)

Lange vor Althusser's Tod im Oktober 1990 kamen 1988 in Stony Brook, New York, eine Reihe von TheoretikerInnen zusammen, um über »Althusser's Erbe« zu diskutieren – über »die konfliktreiche und immer noch lebendige Erbschaft des Althusserianischen Forschungsprogramms, das in den 1960er Jahren begründet und in den folgenden Jahrzehnten kommentiert und kritisiert worden ist« (VII). Die deutsche theoretische Diskussion hatte bekanntlich das Unglück, dieses Arbeitsprogramm nur weitgehend verzerrt wahrzunehmen, etwa durch die Brille der spätfrankfurterischen Fundamentalphilosophie (Schmidt) oder der antirationalistischen Polemik von E.P. Thompson – die, wie Perry Anderson in einer leider nie ins Deutsche übersetzten Replik ausführlich gezeigt und Thompson grundsätzlich auch anerkannt hatte, sich auf die innerenglischen Kontroversen über die Geschichtsschreibung bezog und nicht auf einen deutschen Kontext der Geschichtsphilosophie (Vester,

Kallscheuer) –, sowie durch die Brille einer »eurokommunistischen Öffnung« der bundesdeutschen marxistischen Debatte der siebziger Jahre (»Projekt Klassenanalyse«). Dieses Buch bietet nun die Chance eines produktiveren Lektüre-Umwegs.

Althusser wird in seiner »Unzeitgemäßheit« (Balibar, 1ff) und in seiner »Einsamkeit« thematisiert (Elliott, 17ff). Dennoch bleibt genug Stoff, um energisch der Frage nachzugehen, »was in Althusserns Philosophie lebendig und was tot« ist (Callinicos, 39ff). Callinicos, Autor einer wichtigen Gesamtdarstellung von *Althusserns Marxismus* (1976), kennzeichnet u.a. die historischen Gegenpositionen eines internationalen Neo-Nietzscheanismus (40ff) und arbeitet den »post-althusserianischen« Charakter des »analytischen Marxismus« heraus (43). Resnick/Wolff (59ff) gehen der Frage nach, inwiefern Althusserns Marxismus eine »Befreiung der Marxschen Theorie« gebracht habe. Außerdem wird die Bedeutung des »Programms Althusser« für speziellere Fragestellungen untersucht: Anti-Hermeneutik (Montag, 51ff), Wissenschaftsgeschichte (Turchetto, 73ff), Geschichte (Schöttler, 81ff), Regulationstheorie (Lipietz, 99ff), Psychoanalyse (Barrett, 169ff). Das Qualitätsspektrum reicht von gelehrter Gediegenheit (Schöttler) über unbekümmerte Kreativität (Lipietz) bis zu lacanianischer Banalität (Barrett). Zwei Autoren demonstrieren mit Beiträgen zu Literatur und Ideologie die mögliche Lebendigkeit althusserianisch inspirierter Fragestellungen exemplarisch: Mocnik (»Ideologie und Phantasie«; 139ff) und – als uramerikanischer Nonkonformist – Lewis (»The Marxist Thing«; 157ff).

Die Textsammlung bietet keinen Ruhepunkt; es werden keine Kompromisse geschlossen, um sich etwa auf einen theoretischen »Schulkanon« zu verständigen. Die produktiven Widersprüche, blinden Flecken und ungelösten Probleme von Althusserns Praxis als Philosoph brechen vielmehr in scharfen Kontroversen auf. Aber dies wird im Zusammenhang und kritisch gegen den heute zeitgenössischen Marxismus oder auch Post-Marxismus (Habermas, Cohen, Elster, Roemer, Bourdieu, Giddens, Laclau/Mouffe u.a.) diskutiert, ohne sich in ein neues »Diskursgefängnis« einzuschließen. Selbst die Grenzen zum Kalauer werden nicht immer respektiert: »Ergo, oh! ego, Macherey (1966)« (165).

Nach Althusserns Tod wurde der wohl ursprünglich geplante Tagungsband ergänzt um ein längeres Interview mit Derrida (»Politik und Freundschaft«; 183-231), das um dessen Verhältnis zu Althusser und zur Althusser-Schule kreist und Althusserns Philosophie insbesondere auf Husserl und Heidegger zurückbezieht (»Für Althusser ... ist Heidegger der große unvermeidbare Denker *dieses Jahrhunderts*«; 189), und um zwei Nachrufe: Elliott (233ff) betont den zentralen Charakter von »Widerspruch und Überdetermination« für eine ganze Generation von Marxisten, Derrida (241ff) fordert diejenigen, die »nach ihm und schon nach uns kommen«, dazu auf, »einen Augenblick innezuhalten, sich die Zeit zu nehmen, unserer Zeit (wir hatten ja keine andere) zuzuhören und geduldig alles zu entziffern, was aus unserer Zeit im Leben, im Werk und im Namen Louis Althusserns an Bestätigung und Versprechen zu finden ist. Nicht nur, weil die Dimensionen dieses Schicksals Achtung abverlangen sollten ..., sondern auch, weil die immer noch offenen Wunden, die Narben und die Hoffnungen, die sie darin erkennen werden, sie gewiß etwas Wesentliches aus alledem lehren werden, was erst noch zu hören, zu lesen, zu denken und zu tun bleibt.« (244f)

Wenn er in Deutschland gelesen würde, könnte dieser Band dazu beitragen, die spezifische Provinzialität der deutschen Debatte zu durchbrechen, die von Habermas als dem einzigen zeitgenössischen marxistischen Theoretiker, der noch Zugang zur wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit hat, dominiert wird, während sich umgekehrt verschiedene neue »wahre MarxistInnen« in ein mehr oder weniger selbstgewähltes Ghetto zurückziehen. Er könnte einfach mithelfen, einige Blockierungen

wegzuräumen – von der Gleichsetzung von Parteilichkeit und Stalinismus bis zum fatalen Desinteresse an der gesamten älteren und neueren philosophischen Arbeit, die sich nicht in den Texten der »Klassiker« bereits reflektiert findet. Dies gilt erst recht, wenn wir uns klar machen, daß das Befolgen von Althusser's letzter politisch-theoretischer Devise, »die Festung zu verlassen«, heute auch bedeutet, Althusser selbst hinter sich zu lassen, war doch seine theoretische Praxis immer innerhalb dieser »Festung«, der organisierten kommunistischen Bewegung, verankert, so sehr sie auch darauf zielte, diese Festung als solche »aufzuheben«.

Frieder Otto Wolf (Berlin)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Midgley, David, Hans-Harald Müller und Luc Lamberechts (Hrsg.): Arnold Zweig. Psyche, Politik und Literatur. Akten des II. Internationalen Arnold-Zweig-Symposiums Gent 1991. Verlag Peter Lang, Bern 1993 (246 S., br., 122,- DM)

Mehr als vierzig Jahre ist die Rezeption Arnold Zweigs in der Bundesrepublik behindert worden durch die Anerkennungen und Ehrungen, die ihm in der DDR zuteil geworden sind. Die Rückkehr verlief über Umwege. 1987 wurde zum hundertsten Geburtstag Zweigs in England ein mehrtägiges Symposium veranstaltet, 1991 ein weiteres im belgischen Gent. Das dritte Symposium in dieser Reihe wurde im Oktober 1993 in Berlin veranstaltet. Kurz vor diesem Zeitpunkt ist der Protokollband des Genter Symposiums erschienen.

Der Band enthält sechzehn Forschungsbeiträge; dazu einen Nachruf auf den 1991 verstorbenen Zweig-Forscher Manuel Wiznitzer und Erinnerungen der Schriftstellerin und Psychotherapeutin Anna Maria Jokl; zum Apparat gehört neben dem Namensregister auch ein besonders für den Umgang mit Zweigs unabsehbarem essayistischem Werk hilfreiches Titelregister. Einzeluntersuchungen gelten u.a. dem frühen Kurzroman *Aufzeichnungen über eine Familie Klopfer*, den *Novellen um Claudia* und den Romanen *Junge Frau von 1914* und *Einsetzung eines Königs*. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Informationen über Editionsprobleme. Sie sind für Zweigs Werk keineswegs peripher, wie der Bericht Ilse Langes über den Briefnachlaß und die Untersuchung von Heidrun Loeper über das literarische Nachleben von Brecht und Zweig zeigen. Loeper diskutiert die Folgen, die sich für die seit langem geplante Werkausgabe daraus ergeben, daß Zweig – wie Brecht – von vielen seiner Arbeiten immer wieder neue Fassungen anfertigte.

Im Zentrum der Mehrzahl der Beiträge steht jedoch Zweigs Rezeption Freuds sowie des Sozialismus und Marxismus; erstere war in der Zweig-Forschung der DDR eine Leerstelle geblieben. Zweig hatte bereits 1910 begonnen, sich die Schriften von Freud anzueignen. In welchem Ausmaß Freuds Lehre in das Frühwerk eingegangen ist, erweist Birgit Lönnes genaue Lektüre der *Novellen um Claudia* – jenem Werk, das den jungen Zweig 1912 bekannt gemacht hat. Lönne macht aber auch die Grenzen jener frühen Freud-Rezeption deutlich, worin sich ihr David Midgley anschließt. Am Beispiel des Kurzromans von 1925 *Pont und Anna* weist er Zweig Ungenauigkeit und Vereinfachung im Umgang mit Freuds Schriften nach. Doch wird am Palästina-Roman von 1932, *De Vriendt kehrt heim* – einem gerade heute wieder aktuellen Werk – auch vorgeführt, welche »aufklärerische Kraft« (113) Zweig Freuds Theorien abgewinnt; hier für die Gestaltung der Homosexualität der Titelfigur. Vom Frühwerk bis zu den in der DDR entstandenen letzten Arbeiten finden sich bei Zweig immer wieder Passagen über Homosexualität und andere einstige

sexuelle Tabus. Eine Erhellung dieser Seite des Werks hätte in *Junge Frau von 1914* einen geeigneten Gegenstand. Sigrid Thielkings Lektüre dieses Romans von 1931 konzentriert sich aber ebenfalls auf die Freudrezeption. Die Untersuchung des sexualaufklärerischen Impetus – der Zweigs Werk auf manche Weise in die Nähe von Magnus Hirschfeld und Max Hodann rücken dürfte –, bleibt ein Desiderat.

Auch privat war Zweig stets mit Freuds Lehre und ihren Verbreitern verbunden. Über seine Freundschaft, während der Exiljahre in Palästina, mit dem Psychiater und Freud-Schüler Max Eitingon informiert der Beitrag Arie Wolfs. Die Psychotherapeutin Anna Maria Jokl berichtet von ihren Berliner Therapiesitzungen mit Beatrice Zweig in den fünfziger Jahren. Der Widerwille gegen die Rückkehr nach Deutschland hatte bei Zweigs Frau zu schweren seelischen Schäden geführt. Im Zentrum von Zweigs persönlichem Umgang mit den Seelenwissenschaftlern steht seine Freundschaft mit Freud, bekannt geworden durch den von Freuds Sohn Ernst herausgegebenen Briefwechsel. Doch findet sich im Nachlaß auch ein abgeschlossenes Manuskript, ein autobiographischer Bericht mit dem Titel »Freundschaft mit Freud«. Über dieses Manuskript, an dem Zweig bis in die letzten Lebensjahre gearbeitet hat, geben der Beitrag von Tilo Alt und die sorgfältigen editionskritischen Bemerkungen von Julia Bernhard Auskunft.

Neben dem Werk Freuds haben Zweigs sich wandelnde Vorstellungen von Sozialismus sein Denken und Werk in allen Phasen bestimmt. Die Zuwendung zum Sozialismus erfolgte über das Engagement für das Judentum und den Zionismus, wie Jost Hermands wichtige Untersuchung zum Drama *Ritualmord in Ungarn* (1913/14) zeigt. Zweig hat, wie Hermand belegt, Fakten aus einem authentischen antisemitischen Gerichtsfall weitgehend unverändert in sein Stück übernommen. Diese Szenen wurden – Zweig stand damals unter dem Einfluß Martin Bubers – um mystische Szenen erweitert. Hermands Lektüre legt den realistischen Kern des Stücks frei: »Ein Tendenzdrama gegen den Antisemitismus, wie es sich schärfer und realistischer kaum vorstellen läßt« (37). – Zweigs Erfahrungen mit dem Antisemitismus sollten sich im Ersten Weltkrieg in der Armee wiederholen; zusammen mit seinen Erfahrungen vor Verdun führten sie ihn nach Kriegsende zum Sozialismus.

Vom Beginn der zwanziger Jahre an wird Werk für Werk, in der Essayistik wie in der Belletristik, auf immer neue Weise eine Synthese von Freudschem und sozialistischem Denken versucht. Die Germanistik macht es sich allerdings zu leicht, wenn sie Zweig einfach ein Theoriedefizit vorwirft, sei es in bezug auf Freud (Midgley) oder auf Marx. Letzteres tut Detlev Claussen in seiner Untersuchung zu Zweigs Synthese von Marx und Freud (204). Bei Claussen wird der Epiker gegen den Theoretiker und Essayisten ausgespielt. Aber gerade bei Zweig besteht ein solcher Dualismus nur in geringem Maße; sein gewaltiges essayistisches Werk (mehr als ein halbes Dutzend Essays von Buchlänge, hunderte von kürzeren Essays) wäre eher als eine Art Fortsetzung des belletristischen Werks mit anderen Mitteln zu bezeichnen. – Auch Karl Kröhnkes Vorwurf der »Theorieabstinenz«, in seinem Aufsatz über den Roman *Traum ist teuer* (219), ändert nichts daran, daß in Zweigs literarischer Praxis, in der Essayistik wie in der Belletristik, eine produktive Zusammenschau von freudscher Theorie und Sozialismus/Marxismus vorgeführt wird. Darin besteht gerade Zweigs eigenständiger Beitrag zum Denken der Moderne.

Die Hoffnung, daß nach dem Ende der DDR auch Zweigs sozialistische Positionen neu überdacht werden würden, hat sich bisher kaum erfüllt. Statt forschender Neugier findet man etwa die Auflistung der – seit der Veröffentlichung des Briefwechsels mit Feuchtwanger allgemein bekannten – Schwierigkeiten Zweigs in der DDR (Claussen 208f); die marxistischen Perspektiven in Zweigs letztem Roman *Traum ist*

teuer werden als »Platitüde« abgetan (Karl Kröhnke 216). Erhellend dagegen Dieter Schillers Bericht über den bislang unveröffentlichten, buchlangen Essay *Die Alpen oder Europa* (erste Niederschrift 1939-1940), worin Zweig eine »abgekürzte Kulturgeschichte Europas vom Ende der Eiszeit bis zum Ende der Diktatur Hitlers« (191) zu geben suche. Diese »großangelegte Skizze Zweigs von der Vergesellschaftung des Menschen« (198) vermittele einerseits Skepsis gegenüber radikalen Ideologien, beharre aber zugleich auf einer »sozialistischen Umgestaltung der Lebensverhältnisse« (199). Das mag kein theoriefähiges Konzept sein, aber es macht neugierig auf dieses Manuskript, dessen Veröffentlichung aussteht. Robert Cohen (New York)

Bieker, Sibylle: Die künstlichen Paradiese in der französischen Literatur des 19. Jahrhunderts. Romanistischer Verlag, Bonn 1992 (240 S., br., 38,- DM)

Charles Baudelaire ernüchterte die Erwartung des im Drogengebrauch Unerfahrenen: »Das Haschisch wird für die dem Menschen vertrauten Eindrücke und Gedanken ein vergrößernder Spiegel, aber ein bloßer Spiegel sein.« (zit. 5) Sibylle Biekers Intention ist, »dieses von Baudelaire beschriebene Charakteristikum der Droge als Modell für die Untersuchung ihrer 'Literaturgeschichte' anzuwenden.« (5) Daß einer Metapher heuristischer Wert zur Kennzeichnung einer Epoche zukomme, verspricht den Reiz einer poetologisch-historischen Verschränkung von Textbeobachtungen. Ohne davon genossen zu haben, sieht sich der Leser am Ende ernüchtert. Bieker hebt ganz auf ein »Gegenbild zu dem drogenabhängigen, in träumerischer Passivität versunkenen Künstler« (214) ab. Dessen Rauscherfahrung spiegele einzig »das Idealbild jenes anderen Künstlers« wider, »der unabhängig von das Denken künstlich belebenden Hilfsmitteln und unter Einsatz eines starken Willens, gepaart mit strenger Disziplin, all das schöpferisch umzusetzen vermag« (214f), was jener bloß phantasiere. Die Autorin hat eine Arbeitsethik für Schriftsteller verfaßt.

Ein Durchgang durch die »literarische Vorgeschichte der Drogen im 19. Jahrhundert« (32) legt den Pfad. E.T.A. Hoffmann wußte, daß der Rausch »zwar einen glücklichen genialen Gedanken, nie aber ein in sich gehaltenes, gegründetes Werk erzeugen kann« (zit. 33). Die Figuren in Balzacs Erzählung *L'Opium* erfahren »durch das Attribut Droge eine Typisierung« (46); der Dichter selbst jedoch verzichtete auf Opium wie Haschisch und zeigte eine »exemplarische Willensstärke« (ebd.). Gérard de Nervals Schilderungen seiner Halluzinationen beweisen, »daß es in der romantischen Erinnerung letztlich immer die ... dichterische Phantasie blieb, die die größere Bildermacht besaß« (59).

Die etwa die Hälfte der Arbeit ausmachende Auseinandersetzung mit Baudelaire wird von Kapiteln über Théophile Gautier und Flaubert umschlossen. »Sobre comme tous les travailleurs« (60) – »Nüchtern wie alle Arbeitenden« – lautet der Titel zu Gautier; dessen Urteil über Baudelaire möchte zugleich ein trotziges Motto der ganzen Untersuchung sein.

»Als Mittel der Einführung des Irrealen in die Welt der Alltagswahrnehmung«, schreibt Bieker über Gautiers *Récits fantastiques*, »kommt dem Drogenrausch in der Tat eine ähnlich strukturbildende Funktion zu wie dem Traum« (61). Ein Strukturvergleich wird nicht durchgeführt, vielmehr wird vor der »erzähltechnischen Instrumentalisierung der Drogenerfahrung« (ebd.) gewarnt. Hier legt die Autorin zum ersten Mal ein Instrument der Interpretation aus der Hand, ohne es zu ersetzen. Statt auf Gautiers poetische Realisierung zu sehen, wiederholt sie seine Verse als Haltung: »Mit diesem infamen Zeitalter ist es Zeit zu brechen.« (zit. 65) »Der Rückzug auf die Dichtung als einzig stabilem [sic] Element« (65) im Dasein ist aber aus sich allein noch nicht das »Maß von dessen Falschem« (zit. 72), wie Bieker Adorno

beansprucht. Ohne die Achtgabe aufs dichterische Verfahren erfüllt der Begriff des »l'art pour l'art« (63) sich nicht.

Im Fragment *La Spirale* entwirft Flaubert einen Maler, der den Rausch zunächst durch den Geruch der Haschischdose, schließlich durch willentliche Anstrengung allein herstellen kann. Das Bild der Spirale soll den Aufstieg zu einem Leben in der Imagination bezeichnen, worin »die Personen *en gros* den realen Personen ähneln werden« (zit. 185). Die Autorin überliest ihren Fund, die Ähnlichkeit »en gros«, der so sehr ihrer Intention entgegengekommen wäre, die Gestaltung der Imagination als einen Vergrößerungsspiegel herauszuarbeiten. Eindringlich sagt Flaubert: »Laßt uns Vergrößerungsspiegel der äußeren Wirklichkeit sein« (zit. 196) – Bieker: »Baudelaire bediente sich, wie wir sahen, des gleichen Bildes« (197). Was läßt die Autorin alles am Weg liegen! Thomas De Quinceys Metaphern aus seinen *Suspiria de Profundis*, »der schlafende Geist« eine »camera obscura« (zit. 155), »das menschliche Hirn« ein »mächtiges Palimpsest« (zit. ebd.), werden als bloße Kolorierung des Zeit-hintergrundes aufgerufen, blasse Zeugen dafür, »was die Theorie der Psychoanalyse ein Jahrhundert später auf wissenschaftlicher Basis zeigen sollte« (154).

In Baudelaires *Du vin et du hachisch* und *Poème du hachisch* überlagern sich Rauscherfahrung, politische Stellungnahme und Poetik. Statt den dichten Zusammenhang auseinanderzulegen, stellt Bieker selbst durch Zitatmontage und Nach-erzählen ein undurchsichtiges Gemenge her. Darin bleibt ihr Baudelaires schließliche »Einsicht in die kreativitätszerstörende Kraft des Haschisch« (117) am wichtigsten – »wußte doch vielleicht keiner besser als er selbst, daß der Weg vom künstlichen Paradies des Weins und der Drogen zum *einzig* dauerhaften Paradies der 'poésie' an dem der Tugend ... unmittelbar vorbeiführt« (181). Allein – »die vollkommene Droge der Poesie« (zit. 226), wie Michel Butor interpretierte, gefährdet die Untersuchung wenig. Der »eigentliche Hintergrund« der *Paradis artificiels* gilt »in erster Linie der Gestalt des *Dichters* selbst« (226), welche beschwört: »Vor allem muß man leben und arbeiten« (zit. 223). – An Fleiß mangelt es dem Buch nicht. Restlos erfüllt es und verdeutlicht damit den herrschenden akademischen Anspruch: Zitat jagt Zitat, dazwischengeschaltet Splitter von Sekundärtexten, am Seitenende türmen sich die Fußnoten. Aber der Text löst sich nicht deutend von seinem Gegenstand. Ohne eine Invention wird Arbeit zum Archiv. Carsten Feldmann (Berlin)

Pütz, Susanne: Vampire und ihre Opfer. Der Blutsauger als literarische Figur. Aisthesis Verlag, Bielefeld 1992 (208 S., br., 29,80 DM)

Einleitend verspricht die Autorin, die bisherige Beschränkung der literaturwissenschaftlichen Forschung in ihrer Dissertation zu durchbrechen: einerseits die »Polyvalenz« (12) der Vampirfigur angemessen zu würdigen, andererseits die bekannten angelsächsischen Beispiele durch Bücher aus Frankreich, Rußland, Spanien, Italien und Deutschland zu erweitern. Dieses Versprechen wird gleich anschließend durch eine eher kuriose Vorentscheidung eingeschränkt: Es sollen nur Romane besprochen werden, in denen Vampire »leibhaftig« (13) auftreten; womit allerdings gerade jene Werke ausgeklammert bleiben, in denen die Vampirproblematik dazu dient, die Kategorien der Wahrnehmung, der Wissenschaft, der Identität verschwimmen zu lassen.

Im zweiten Kapitel umreißt Pütz die Vampirsage im balkanischen »Volks glauben« (14). Erhellend wird dabei die Rolle der katholischen Kirche geschildert, die ein bereits vorhandenes legendenhaftes Schreckbild aus politischen Gründen forciert und es zugleich durch eigene Attribute verformt. Dazu liefert Pütz eine psychoanalytische Interpretation des Vampirglaubens als »Phobien, in denen sich verdrängte

Sehnsüchte erotischer Natur verbergen« (21), wobei die beiden Erklärungsstränge unverbunden nebeneinander stehenbleiben.

Das dritte Kapitel skizziert sehr knapp die ersten literarischen Verarbeitungen, an weitgehend bekanntem Material. Das eigentliche Zentrum des Buches ist mit der Analyse von Bram Stokers *Dracula* im vierten Kapitel erreicht. Mag man auch der These zustimmen, daß Stoker die bislang reichhaltigste Ausprägung der Vampirfigur lieferte, so ist von der Darstellung wie von der Analyse her verwunderlich, warum dieser 1897 erschienene Roman zuerst analysiert wird und ihm die früheren Werke des 19. Jahrhunderts im fünften Kapitel nachfolgen. Das »Resümee«, daß die Befunde der Analyse von Stokers Roman durch die Analyse der früheren Werke »bestätigt«, aber auch »relativiert« (148) werden, ist zuerst eine Banalität: Natürlich sind Motive in zehn untersuchten Büchern differenzierter als in einem einzigen. Doch ist es auch defizitär: Die Differenzierungen der Motivbehandlung werden in dieser umgekehrten Blickrichtung nicht historisch begreifbar. – Pütz legt verschiedene Motivstränge und Erklärungsansätze, politische, religionsgeschichtliche, psychoanalytische, aus- und nebeneinander. Stokers Auseinandersetzung mit der neuen englischen Frauenbewegung der Jahrhundertwende wird ebenso geschildert wie die aufkommenden Immigrationsängste in England, seine literaturhistorische Auseinandersetzung mit dem Faust-Motiv ebenso wie seine individualgeschichtliche Hinwendung zum Katholizismus; es fehlt einzig die in den letzten Jahren im angelsächsischen Raum geführte Diskussion um die homosexuelle Dimension, die in Stokers Beziehung zum Schauspielerfreund Sir Henry Irving lebensgeschichtlich fundiert ist.

Doch die Ausbreitung des reichhaltigen Materials und der umfassenden Fragestellungen macht die grundlegende Schwäche der Arbeit erneut deutlich. Der einzelne Ansatz greift Momente bei Stoker ebenso wie den früheren Büchern heraus und verabsolutiert sie im Zeichen der »Polyvalenz«, ohne sie in eine konzise Gesamtinterpretation einzubauen. Auf theoretischer Ebene besonders merkwürdig mutet die von Wolfgang Trautwein übernommene Kategorie der »Schauergröße« (36) an, mit dem das Gruseln als literarischer Mechanismus von den andern Dimensionen isoliert wird. Auf der interpretatorischen Ebene führt das Nebeneinander in Widersprüche. Beispielsweise wird der irische Autor Bram Stoker unvermittelt zum Propagandisten des britischen Empire; die Rolle der Wissenschaft wird kaum in ihrer Ambivalenz erfaßt. Pütz bezeichnet Stokers Stellung zur damaligen Frauenbewegung als »differenziert« (67), obwohl sie doch zeigt, wie die sexualpolitische Provokation, welche die Frauenbewegung für Männer wie Stoker darstellte, in der Figur der weiblichen Vampire sowie Lucy's rigoros negativ verkörpert wird. – Dieser mangelnden Kohärenz entspricht, daß im fünften Kapitel unbekümmert Bücher aus den verschiedensten sozialen und kulturellen Traditionen durcheinandergemischt werden; von Théophile Gautiers *La Morte Amoureuse* über Alexej Tolstois *Uppyr*, Iwan Turgenjews *Prizraki* und Sheridan Le Fanus *Carmilla* bis zu Guy de Maupassants *Le Horla*. Auch der Begriff der Trivialliteratur ist unkritisch verwendet. So wird James Malcolm Rymers *Varney the Vampire* als trivial abgetan; bei der Analyse zeigt sich dann allerdings, daß Rymer sich »in weitaus größerem Maße als Stoker verschiedener stilistischer Möglichkeiten« (85) bedient, sein Roman also vielleicht sogar kunstvoller gebaut ist als der Stokers? Zumindest ist der Begriff der Trivialliteratur bei Pütz um jegliche wirkungsästhetische Dimension verkürzt. – Im sechsten Kapitel zum 20. Jahrhundert reicht es auf 15 Seiten zu nicht mehr als einem cursorischen Überblick von Luigi Capuana bis Anne Rice und Elfriede Jelinek. So bleibt dieses Buch ein Materialhaufen; mit nützlichen Detailanalysen, aber als thematische Studie mit erheblichen methodischen Mängeln belastet.

Stefan Howald (London)

Werber, Niels: Literatur als System. Zur Ausdifferenzierung literarischer Kommunikation. Westdeutscher Verlag, Opladen 1992 (236 S., br., 39,- DM)

Der Systemtheoretiker Niklas Luhmann wiederholt schon seit Jahren unermüdlich seine soziologischen Evergreens. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in funktionale Sozialsysteme bedeute deren Autopoieses (d.h. ihre Reproduktion aus eigenen Informationen). Jedes System ist für ein anderes Umwelt. Luhmann hat dies mit zahlreichen Studien zur »Wirtschaft der Gesellschaft«, »Wissenschaft in der Gesellschaft«, zu Kunst, Pädagogik, Recht, Religion, Liebe usw. exemplifiziert. Die Luhmann-Factory expandierte, schließlich ist die Ausdifferenzierung in funktionale Subsysteme endlos. Der Literaturwissenschaftler Niels Werber untersucht »Literatur als System«, und er verblüfft nicht allein durch sprachliche Eleganz. Selbstverständlich bleibt der Grundkurs systemtheoretischer Grundbegriffe nicht erspart. System, Umwelt, Autopoiesis, Beobachtung, Information werden erklärt: Luhmann im Schnelldurchgang.

Werber wendet sich dem System Literatur mit Verve und Detailbesessenheit zu, um die gesellschaftliche Funktion literarischer Kommunikationen zu ermitteln. Präzise rekonstruiert er die Evolution der Literatur von der Antike bis zu ihrer systemfunktionalen Autonomisierung im späten 18. Jahrhundert. War die Kunst schon bei Aristoteles nicht bloß Mimesis (wie bei Platon), sondern Poesis, Hervorbringung neuer Bilder, so forciert sich ihre Emanzipation von anderen Teilsystemen wie der Moral von der Mitte des 18. Jahrhunderts an. Das Gute ist nun nicht mehr, wie etwa bei Gottsched oder Klopstock, auch das Schöne; nein, nun gerät das Böse zunehmend zum Faszinosum. Die Leitdifferenz der literarischen Kommunikation lautet nicht länger *schön/häßlich*, sondern *interessant/langweilig*: Unterhaltung statt Erbauung. Werber unternimmt eine kenntnisreiche und amüsante tour de force durch das Jahrhundert der Aufklärung, in dem als eine Folge der gesellschaftlichen Evolution das Häßliche ästhetisch akzeptabel wird, sofern es ein »Ergetzen« auslöst.

Im Zuge der funktionalen Ausdifferenzierung von Politik, Recht, Wirtschaft oder Moral grenzen sich Subsysteme voneinander ab und entwickeln je besondere Problemlösungen. Werber begreift diese Umstrukturierung der Gesellschaft als »epochalen Wandel«, »der die Voraussetzungen schafft für ein Kunst- und Literatursystem, das nach ausschließlich selbstgesetzten Kriterien seine Umwelt beobachten und codieren kann« (38). Erst unter diesen Bedingungen vermag sich die Literatur von ihren Restriktionen zu lösen, sie kann nun das Böse und Schreckliche als schön behandeln, ohne es moralisch begründen zu müssen. Als »selbstreferentiell geschlossenes, autopoietisches System« ist die Literatur von der »Fremdsteuerung zur Selbstorganisation« (ebd.) übergegangen. Autonom ist die Literatur, weil sie nach selbstproduzierten Regeln prozediert und sich der Zwänge einer Regelpoetik entledigt. »Autonomie bedeutet in diesem Zusammenhang keinesfalls monadische Verslossenheit des Systems, ... sondern operative Geschlossenheit bei gleichzeitiger Offenheit gegen die Umwelt.« (61)

Delectare statt prodesse lautet das Credo, das das Neue und das Böse mit dem Interessanten assoziiert. Werbers Analysen von Werken Eichendorffs, Kleists, E.T.A. Hoffmanns, Tiecks oder Brentanos, in denen das Grauen zum Thema wird, erweisen die zunehmende Distanzierung der Literatur vom Nutzen. Der Tabubruch wird gezielt eingesetzt. Erst die bewußte Überschreitung des moralischen Verhaltenskanons erzeugt das faszinierende Grauen. »Für die Karriere des Bösen in der Literatur läßt dies einen Wandel vermuten von der Denkfigur der Theodizee, in dessen Rahmen allein das Böse zu denken war, hin zur autonomen Kunst, in deren fiktionalen Räumen das Böse die moralisch entlastete Funktion bekommt, Spannung zu erzeugen und Interesse zu wecken.« (104f)

Niels Werber unterscheidet sich von vielen Luhmann-Epigonen durch seinen theoretischen und stilistischen Eigensinn. Systemtheoretische Prämissen werden geprüft, übernommen und an Einzelwerken verifiziert; der Autor erweitert das Spektrum literarischer Erkenntnisse, anstatt es kategorial zu verengen.

Felix Semmelroth (Frankfurt/M)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Aulinger, Barbara: Kunstgeschichte und Soziologie. Eine Einführung. Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1992 (174 S., br., 29,80 DM)

In seiner Reihe von Einführungen in verschiedene kunstgeschichtliche Gebiete und Arbeitsschwerpunkte hat der Reimer-Verlag einige sehr hilfreiche Bücher vorgelegt. Um so unverständlicher, wie dieser konfuse Text auserwählt wurde, in das Verhältnis von »Kunstgeschichte und Soziologie« einzuführen. Sicher sind einem solchen Versuch die Schwierigkeiten zugute zu halten, nicht einfach »gesichertes Wissen« darstellen zu können; denn trotz gelegentlicher Annäherungen kann das Verhältnis zwischen beiden Disziplinen nicht als verbindlich geklärt gelten. Es bedürfte der vorsichtigen Reflexion darüber, inwiefern eigentlich der Gegenstand kunsthistorischen Erkennens Fragen aufwirft, für deren Klärung man sich Hilfe aus der Soziologie verspricht. Aulinger versucht das Verhältnis zwischen beiden eher dadurch zu bestimmen, daß sie Abgrenzungen vornimmt, die sie aus wenig plausiblen Setzungen ableitet.

Schon in der Einleitung beginnt die Errichtung eines fragwürdigen Begriffsgerüsts: Das Kunstwerk werde qua Zeit »aus seiner ursprünglichen 'natürlichen' gesellschaftlichen Umgebung« gelöst und auf sich selbst reduziert dann von der Kunstgeschichte untersucht; Soziologie hingegen untersuche »das Amalgam 'Kunst' von seinen konkreten sozialen Bestandteilen her« (10). Wo in der Tradition kunstgeschichtlicher Forschung soziale Gesichtspunkte einbezogen wurden, grenzt Aulinger vorab aus, indem sie dies »soziologische Kunstgeschichte« etikettiert, die von Kunstsoziologie zu trennen sei. Denn während jene »auf Einzelwerke bezogen« sei und »individuelle Ableitungen aus der Gesellschaft« herstelle, wolle die Kunstsoziologie immer »Normen entdecken« (11). Selbst wenn man sich auf diese sicher nicht zwingende Unterscheidung einläßt, bleibt fragwürdig, warum es dann im folgenden nur noch um den Begründungsversuch einer Kunstsoziologie geht, während alle Versuche, »die gesellschaftlichen Umstände als Grund für das So-Sein der Kunst« (12) zu betrachten, einfach beiseite geschoben werden.

Was die ins Auge gefaßte Soziologie der Kunst ausmacht, bleibt widersprüchlich. Einerseits wird die angeblich besonders »exakte Formulierung und Begriffsbildung« der Soziologie damit begründet, daß »das Messen ihre Methode schlechthin« (13) sei, zwei Seiten später wird das Verhältnis (und das heißt hier immer: der Unterschied) zwischen Kunstgeschichte und Soziologie am Status des Gegenstands festgemacht: Während Kunstgeschichte sich mit konkreten, objektiven Kunstwerken beschäftige und aus diesen Zusammenhänge zu erkennen und Abstrakta zu entwickeln versuche, sei »die soziologische Vorgehensweise ... umgekehrt«: Sie stelle die nicht sichtbaren »gesellschaftsbewegenden Kräfte« als Ursache für »die ebenfalls 'unsichtbaren' Phänomene« dar; dies sei »die eigentliche Kunst der Soziologie« (15). Wie dies zu geschehen habe, bleibt ebenso dunkel wie die Frage, was das für eine Soziologie der Kunst heißen könnte.

Das Kapitel über den Gegenstand Kunst in der Geschichte der Soziologie ist

einführend sicher informativ und nennt einige wichtige Stationen; welche Rolle diese Vorarbeiten jedoch für die eigene Position spielen, wo letztere anknüpft und wo sie sich abgrenzt, bleibt unexpliziert. Nicht untypisch die lapidare Bemerkung, daß sich die frühe Kunstsoziologie »doch noch sehr von der heutigen Praxis unterschied« (30). Für die Gegenwart unterscheidet Aulinger – scheinbar distanziert – zwischen empirischer und dialektischer Soziologie, ohne auch nur einen Nebensatz auf die Klarstellung zu verwenden, daß all ihre eigenen, teils sehr apodiktischen Postulate über Gegenstand und Methode der Soziologie einem relativ engen Verständnis empirischer Sozialwissenschaft entstammen.

Eine solche Soziologie könne alles untersuchen, »was konkret feststellbar und ... durch 'Variablen' faßbar und durch Daten festlegbar ist« (17) – womit Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisziel über methodische Vorgaben vorbestimmt werden. Entsprechend ausführlich geraten Abschnitte über empirische Datenerhebung und Befragungstechnik; das Aufgabenfeld soziologischen Denkens im Gebiet Kunst wird wieder einmal fast ausschließlich auf Produzent und Rezipient eingeschränkt, während vom Kunstwerk selbst wenig übrigbleibt. Hier wird allenfalls »die Möglichkeit soziologischer Rückschlüsse aus Bildinhalten« (81) eingeräumt, »Stil und Form hingegen sind Bereiche, die für eine soziologische Analyse wenig Ankerstellen bereithalten« (68). Fragen wie die nach der historisch-gesellschaftlichen *Funktion* einer künstlerischen Form geraten gar nicht erst in den Blick. (Überhaupt drängt sich die Frage auf, wie eine solche Einführung die Rolle des Begriffs Funktion in der neueren kunsttheoretischen Diskussion einfach unerwähnt lassen kann.)

Erheblich stärker wird das Buch in seinen zahlreichen Exkursen. Dort gelingt es der Autorin teilweise (z.B. im Exkurs über »Signatur und Anonymität«) recht überzeugend vorzuführen, wie historisch-soziale Zusammenhänge einen Hintergrund für das Verständnis von Phänomenen liefern können, die an der empirisch greifbaren Oberfläche des einzelnen Kunstwerks nur konstatiert werden können. Sie verlegt sich dabei auf ein historisch reflektierendes Verfahren, das sehr spezifisch und dabei sehr plastisch an Einzelbeispielen arbeitet. Völlig unklar bleibt jedoch an diesen Exkursen, welchen Stellenwert sie in der Argumentation jeweils überhaupt haben. Nie wird expliziert, was eigentlich gezeigt werden soll. Natürlich liegt die Annahme nahe, daß die intendierte Kunstsoziologie in den Exkursen beispielhaft demonstriert werden soll, doch die aufgestellten methodischen Postulate sind in diesen anregenden Skizzen gerade nicht wiederzufinden – sind diese doch gar nicht gerichtet auf »Normen«, gar nicht empirisch-statistisch angelegt. LeserInnen, die systematische Einführung und theoretisch-begriffliche Klärung suchen, dürften recht verwirrt auf der Strecke bleiben.

Walter Kühnert (Ennepetal)

Berndt, Andreas, Peter Kaiser, Angela Rosenberg und Diana Trinker (Hrsg.): *Frankfurter Schule und Kunstgeschichte*. Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1992 (202 S., br., 34,- DM)

Vier »gelehrte Bekenntnisschriften« empfahl Walter Benjamin 1929 den Lesern der *Literarischen Welt* als »Bücher, die lebendig geblieben sind«; vier Werke waren es auch, die den Verfechtern einer kritischen Kunstwissenschaft vor über 20 Jahren »Erste Hilfe« und »wissenschaftlichen Begleitschutz« (Dilly, 15) boten; deren Aktualität steht in den vorliegenden Symposionsbeiträgen (Frankfurt 1991) erneut auf dem Prüfstand: Neben Benjamins Kunstwerk-Aufsatz und seinem *Passagen-Werk* werden Adornos *Ästhetische Theorie* und die gemeinsam mit Horkheimer verfaßte *Dialektik der Aufklärung* einer Revision unterzogen, die sich als »Fortführung der Auseinandersetzung« (Dilly, 10) auch mit der kritischen Kunstgeschichte versteht.

Ob in »Adornos Theorie des Naturschönen« (59-67) die Ansätze zu einer ökologischen Ästhetik enthalten seien, fragt Norbert Schneider und kommt zu einem negativen Befund. Das Kunstwerk, welches das Naturschöne nachahmt und damit erst zum Sprechen bringt, sei für Adorno das Eigentliche, auf das die authentisch nicht mehr erfahrbare Natur final bezogen bleibt. Die heutige ökologische Debatte bedürfe indessen der Erforschung historischer Formen von Naturwahrnehmung und weniger einer solchen Teleologie. Hans-Ernst Mittig untersucht die technischen Mittel der Naturbeherrschung, wie sie etwa in der Inszenierung der Olympischen Spiele 1936 zur Schau gestellt wurden. Daß Apparatur und Kunst bei den Nazis Hand in Hand gingen, dürfe nicht vorschnell als bloße Reklame oder Kitsch abgetan werden; der NS-Kunst den Kunstcharakter abzuspochen, kritisiert Mittig als eines jener idealistischen Momente der Kritischen Theorie, die der Aufarbeitung des Faschismus wenig förderlich sind. Als hilfreich erweist sich dagegen der sozialpsychologische Ansatz, wie er in den *Studien zum autoritären Charakter* entwickelt wurde. Da die Wirkungsweise der NS-Kunst sich nicht mit dem simplen Verweis auf eine Identifikation mit dem Vorbild-Charakter etwa der idealisierenden Skulpturen erklären lasse, ermögliche jener, den Rezeptionsvorgang genauer zu fassen. Die Diskrepanz zwischen der Unerreichbarkeit des Rasse-Leitbildes und dem eigenen Ungenügen setze einen Mechanismus von Unterwerfung und Unterdrückung in Gang, aus dem ersichtlich wird, »wie direkt die Rassebildner Teil der Rasseverfolgung war« (96).

Jutta Held diskutiert die wenigen direkten Stellungnahmen Adornos zur kunsthistorischen Debatte der Nachkriegszeit. In der Kontroverse zwischen Willi Baumeister und Hans Sedlmayr 1950 versuchten die aufbauwilligen Künstler, die moderne, abstrahierende Kunst positiv zu bestimmen und gegen Sedlmayrs kulturkonservative Analyse der Krisensymptome zu verteidigen. Adornos Argumentation, moderne Kunst müsse in der ihr eigenen Destruktivität einen positiven Wert erkennen, stand quer zu diesen Fronten, verband sie doch den Krisenbefund Sedlmayrs mit der Parteinahme für Baumeister. Adornos Beitrag für das *Baden-Badener Kunstgespräch* 1959 blendete die aktuelle Problematik der Integration autonomer Kunst ins kapitalistische System aus, insofern er mit seinem Plädoyer für eine »inhaltsleere Abstrakte« und gegen eine »abgeschmackte Realistik« eine »historisch längst überholte Antithese« konstruierte (48). Auch sein Beitrag von 1967, in dem er angesichts der zunehmenden »Verfransung« der Künste an einer Geschichte der Avantgarde als der einer infolge des metaphysischen Sinnverlusts unmöglich gewordenen Abbildbarkeit festhielt, erweist sich als nicht auf der Höhe der Diskussion. Diese wurde beispielsweise mit Ecos Thesen zum offenen Kunstwerk auf eine innerweltliche Bestimmung der kommunikativen Prozesse und damit auf ganz anders geartete Fragestellungen verlagert. Helds Fazit, daß die oppositionellen KunsthistorikerInnen im Gefolge von '68 weniger von Adorno als vielmehr von Benjamin ihre entscheidenden Anregungen erhalten haben, mag für das Gros der Beiträge gelten.

Michael Diers erinnert daran, daß Walter Benjamin bereits in den zwanziger Jahren »einziger 'Mittelsmann'« (21) zwischen der historisch orientierten Ikonologieforschung der Warburg-Schule und der politischen Ideologieforschung der Frankfurter Schule war. Im Verlauf der achtziger Jahre habe jene jedoch auch die (ideologiekritische) Benjamin-Rezeption verdrängt: als »'neuer Übervater' [Sauerländer] gegenwärtiger Kunstgeschichte« (34) gilt Aby Warburg. Benjamins heutige Adepten sind hauptsächlich auf dem Gebiet der Medientheorie zu suchen; gegen deren Vereinnahmung Benjamins als Verfechter der emanzipatorischen Möglichkeiten neuer Medien wendet sich Horst Bredekamp, indem er sich dessen theoriepolitisches Anliegen zu eigen macht. Er widerspricht daher just Benjamins These vom Auraverlust; diese sei

historisch unhaltbar, da gerade die technischen Reproduktionsverfahren religiösen Ursprungs sind, wie sich an den »massenhaft produzierten Devotionsfiguren« um 1400 zeigen läßt, welche »die Echtheit des Urbildes, seine kraftausstrahlende Heils-substanz (...) in jede der vervielfältigten Nachbildungen« übertragen sollten (130). Aktuell bleibt jedoch das Ziel von Benjamins Medientheorie, der »numinösen Macht des Bildes die historische Analyse entgegenzusetzen« (136). Die Fortschreibung seiner Aurakritik müßte nun »das Ikonische und die Aura der reproduzierten und simulierten Bilder bloßlegen« (137), wie sie Simulations- und Chaostheoretiker beschwören.

Die Glaubwürdigkeit von Benjamins politischem Anspruch stellt Otto Karl Werckmeister in Frage. In *Versuche über Paul Klee* (Frankfurt/M 1981) hatte Werckmeister den 'metaphysischen Geltungsanspruch' Benjamins noch als subjektive Antithese zu einer immer bedrohlicheren Wirklichkeit in seiner Zeitgebundenheit verstanden und als Gegenentwurf zu einer begrifflichen Dogmatik auch verteidigt; nach dem Mauerfall wird daraus nun ein doppelter Vorwurf: Die »antiakademische Tendenz« (171) und der Rückzug »auf die marxistische Fundamentaldogmatik« (176) seien angesichts der »Unvereinbarkeit von objektiver Wissenschaft und politischer Ideologie« (172) gleichermaßen obsolet. Daß der »akademische Rückzug auf die Definition von Wissenschaftlichkeit als eine wertfreie Produktion« (Eberlein, 198) im Falle der Kunstgeschichte jedoch mit einem besonderen Problem behaftet ist, zeigt Johann Konrad Eberlein in seinem abschließenden Rückblick. Er skizziert die Geschichte der Kunstinterpretation als eine, welche die Basis ihrer Deutungen zumeist außerhalb des Faches in religiösen oder nationalen Parametern fand. Erst wenn das jeweils herrschende Deutungsparadigma seine Selbstverständlichkeit verliert, werden die ideologischen Implikationen deutlich, welche der sprachlichen Reflexion des Kunstwerkes immer schon innewohnen. Als notwendig erweist sich daher die »Anwendung der Ideologiekritik auf die Wissenschaft Kunstgeschichte selbst« (198).

Man ist versucht, darin auch eine Kritik an der Fragestellung des Bandes zu erkennen, durch die vor allem die Frankfurter Schule als Leitbild der kritischen Kunstwissenschaft und weniger diese selbst auf ihre Haltbarkeit hin überprüft wird. Gemeinsam ist den Beiträgen die Ablehnung idealistischer Zukunftsvisionen und die Skepsis gegenüber der letztlich metaphysischen Grundlegung der Kunst, wie sie vor allem bei Adorno angezeigt wird. Die hier geäußerte Kritik der Kritischen Theorie sollte als Ansatz zur Rettung einer kritischen Kunstwissenschaft verstanden werden, die ihre Neubestimmung ohne Leitbilder wird vornehmen müssen.

Nana Badenbergh (Berlin)

Winter, Rainer: *Filmsoziologie. Eine Einführung in das Verhältnis von Film, Kultur und Gesellschaft.* Quintessenz-Verlag, München 1992 (136 S., br., 29,80 DM)

Zwischen den extremen Positionen der ästhetischen Analyse auf der einen und der Wirkungsanalyse auf der anderen Seite möchte dieses Büchlein in die soziologische Behandlung der Interaktion von Film und Zuschauer einführen. Die Betonung liegt auf der soziologischen Annäherung an den Film, während Fragen der symbolischen Interaktion, subjektloser Intertextualität oder auch konstruktivistischer Kognitionstheorie (u.a. Bordwell) ausgeblendet bleiben.

Soziologische Studien sind zu Beginn der siebziger Jahre die übliche Herangehensweise an den Film im besonderen und Massenmedien im allgemeinen gewesen; der Empirismus angelsächsischer Analysen (z.B. Jarvie: *Film und Gesellschaft*, 1974) traf zusammen mit den deutschen Erben Siegfried Kracauers und der Kritischen Theorie (z.B. Prokop: *Soziologie des Films*, 1970).

An keine der beiden Traditionen knüpft die vorliegende »Einführung in das Verhältnis von Film, Kultur und Gesellschaft« an, vielmehr möchte sie nach Strukturalismus und Postmoderne-Diskussion, Filmsoziologie neu zwischen Medium und Konsument bestimmen. Auffallend ist im Gegensatz zu den älteren Studien, daß (Medien-)Produktion und Distribution als sozio-ökonomische Determinanten überhaupt nicht in den Blick kommen; Produktion kommt allenfalls im Rahmen der Konstitution des Wahrgenommenen, als Kategorie der 'Aneignung' also, zum Zuge. Das erste Kapitel ist daher auch keine empirische oder methodische Analyse eines Gegenstands der (Kultur-)Soziologie (etwa einer 'Institution Film', die womöglich ein Mainstream-Cinema ein- und Art-Cinema ausschließt), sondern ein Stück Theorie-(Ideologie-)Geschichte des Films. Offenbar liegen hier jedoch nicht die Stärken des Autors: Zwischen Lumière und Méliès wird die unhistorische (vermeintliche) Ursprungsdifferenz zwischen dokumentarischem und fiktionalem Film beschworen (und wird auch Filmgeschichte zur Fiktion, wenn in Lumières *La sortie des usines* nach den Arbeitern, die die Fabrik verlassen haben, in diesem Film auch noch ein Zweispanner mit den Fabrikbesitzern hinterhergeschickt wird: diese Version wäre eine Weltneuheit!). Viele Irrtümer zwischen Expressionismus, Formalismus und Realismus erklären sich daraus, daß der Autor fast ausschließlich aus Sekundärquellen zitiert, insbesondere bei seinem filmtheoretischen Gewährsmann Andrew Tudor.

Es bleibt bei der grundsätzlich englischsprachigen Quellenlage (Screen, Tudor, Fiske), wenn der Autor sich dem 'Film als Text', eigentlich einer Kultursemiotik des Films, zuwendet. Unbekümmert um genauere Differenzierungen zwischen dem Film als Code und System, zwischen (Einzel-)Film und Cinéma etc. ist ihm vor allem an der Interaktion zwischen Filmen einerseits (Intertextualität) und zwischen Film und Zuschauer gelegen, um zu seiner zentralen These von der grundsätzlichen Polysemie des Filmtextes zu gelangen. Akzeptabel wird die soziologische Analyse dann, wenn Strukturen der kulturellen Konstruktion des Films als Erzählung zum Gegenstand werden: Die Beschreibung von Genres als kulturelle Muster analog zu soziologischen Rahmen-Analysen (Goffman) bezieht von vornherein den Zuschauer in diesen Rahmen mit ein. Wenn die Rezeption des Films im Kino als 'Erlebnis' analysiert wird, läßt sich der Autor gerade nicht auf Modelle der dispositiven Strukturierung des Subjekts in der Kino-Anordnung zur Leinwand (im Unterschied zum Fernsehen etwa) ein; auch psychoanalytische Erklärungen von Identifikationsprozessen im Kino (deren Darstellung dort recht problematisch ist) werden als zu begrenzt zurückgewiesen. Dem werden Modelle und Verfahren (orientiert an den ursprünglich Birminghamer 'cultural studies') der Kulturanalyse unter dem Stichwort 'Aneignung' von Filmen entgegengesetzt.

Die beiden letzten Kapitel, die sich mit den (kon-)textuellen Bedingungen der Filmrezeption beschäftigen, versöhnen ein wenig mit einem Buch, dessen erster Teil zu viel verspricht. Das liegt daran, daß hier auf dem Feld der Kulturanalyse der (Medien der) Postmoderne auch die Kompetenzen der angelsächsischen Referenzliteratur liegen. Die Kritik der Kritischen Theorie der Kulturindustrie und ihrer hermetischen Vorstellung von den zum Kapitalismus affirmativen Medien führt zur Öffnung gegenüber differenten Gebrauchsweisen der Medien in postmodernen Gesellschaften. Das Buch gibt einen Einblick in die angelsächsische Postmoderne-(Medien-)Diskussion (Lash, Fiske u.a.), deren Hang zur mechanischen Gliederung ihres Materials für Studierende hilfreich sein kann. Vielleicht sollte man mit der Lektüre des Buches am Schluß beginnen, wo sehr genau und einsichtig Aneignungsformen der Kultfigur 'Madonna' im kulturellen Kontext (auch des Kinos) vorgeführt werden. Die Interaktion zwischen Text und Rezipient wird noch einmal am Beispiel des

Horrorfilm-Genres (Lynch und Cronenberg) demonstriert, wo Aneignungsformen des Genres gegen dessen vordergründigen Terror der Bilder eine besondere Rolle spielen. Distanzierende Formen kultureller Gebrauchsweisen faßt der Autor in einer guten Formulierung des »karnevalesken Vergnügens«, mit dem die Fans »semiotische Kontrollen« unterlaufen und »so ein Netz der Antidisziplin« ausbreiten, zusammen. Film, das ist die wichtige 'message' des Buches, mag als 'Kunst' ein (oft nostalgischer) Gegenstand der Expertenkultur sein, damit seine alltagskulturelle Aneignung in den Blick kommt, muß er als Ausdruck und Medium sozio-kultureller Stilbildungen gesehen werden.

Joachim Paech (Konstanz)

Vorderer, Peter: Fernsehen als Handlung. Fernsehfilmrezeption aus motivationspsychologischer Perspektive. Edition Sigma, Berlin 1992 (253 S., br., 36,- DM)

Kabel- und Satellitenempfang, Fernbedienung, die Inflation der Programmangebote, all dies hat den Umgang mit dem Fernsehen radikal verändert. Extreme Differenzierungen in der Nutzung, 'Programmslalom' und diskontinuierliches Sehen sind Stichworte, die inzwischen Vermutungen vom Ende der Massenkommunikation (Langenbacher) aufkommen ließen. Für das Phänomen der zusammenhanglosen, durch vielfaches Umschalten geprägten Fernsehnutzung gibt es bislang wenig Erhellendes, wie überhaupt die Fragen nach Erwartungen und Motiven zur Fernsehnutzung mehr auf Spekulationen als auf Wissen beruhen. Vorderer geht der Frage nach, unter welchen Bedingungen bei der Rezeption von Fernsehfilmen Nutzung, Abbruch oder Unterbrechung stattfinden und welches die beeinflussenden Faktoren für Interesse oder Desinteresse an dramatisierten Fernsehthemen sind. Er stellt in seinen Kernaussagen fest: Die Entscheidung, Filme im Fernsehen sehen zu wollen, gründet auf dem Interesse an Themen, Schauspielern, Genres oder auch Filmtiteln (161-176). Anders gelagert sind dagegen die Gründe für das Ab- oder Umschalten. Hier spielen inhaltliche Gründe keine große Rolle mehr, bekannte Darsteller oder vielversprechende Themen halten Zuschauer nicht am Film, wenn die emotionale Seite der Rezeption, das 'Involvement' auch über kürzere Zeiträume fehlt (236). Inhaltliche Gründe, die zur Auswahl eines Films im Fernsehen führen, sind also keine Garantie dafür, daß dieser dann auch vollständig bzw. ohne Unterbrechungen gesehen wird. Selektion und Rezeption von Filmen im Fernsehen folgen nicht notwendig den gleichen Kriterien und bedingen einander auch nicht. Für die Filmrezeption, wenn sie denn insgesamt erfolgt, sind nach Vorderer sowohl 'involvierende' wie 'analysierende' Motive entscheidend. Ein 'Miterleben' des Films erfolgt häufig mit einem verstärkten Nachdenken darüber wie umgekehrt in »'nicht-involvierenden' Filmsequenzen die reflektierende Auseinandersetzung mit dem Film ... (analysierende Rezeption) eher reduziert ist« (237).

Insbesondere die Beobachtung, daß sich nachlassendes Involvement negativ auf den filmischen Rezeptionsprozeß auswirkt, mag zunächst wenig bemerkenswert erscheinen. Anders stellt sich dies vor dem Hintergrund des jederzeitigen Programmwechsels und -abbruchs dar. Da insbesondere die dramaturgisch eher anspruchsvollen Handlungsmuster im Film ständig verschiedene Grade der Involviertheit ansprechen, heißt dies, daß die Bereitschaft, einen Film zu Ende zu sehen, dann besonders gering ist, wenn er nicht über seine gesamte Länge die großen Gefühle eines breiten Publikums zu erreichen versucht. Zwar wertet Vorderer die Tatsache, daß mehr als ein Drittel der Zuschauer Fernsehfilme in Gänze sehen, als positiv, doch dies dürfte eher eine Frage der Interpretation sein, wenn andersherum immerhin zwei Drittel eines ohnehin kleinen Publikums keine Beziehung zum Film aufbauen können. Aus ähnlichen Erfahrungen der Praxis haben die privaten Programmveranstalter längst

ihre Konsequenzen gezogen. Die Wiedererfindung des 'Herz-Schmerz-Heimatkinos' der fünfziger Jahre als »TV-Movie« oder »TV-Roman« bei SAT 1 oder RTL entspricht solchen Erfahrungen mit dem Involviertsein. Dort scheint es, als wäre die Höhe des Involvements deckungsgleich mit dem Grad an Trivialität.

Bis hierhin könnten Vorderers Thesen als Erklärung für die nun wohl unabänderliche Trivialisierung des Fernsehens dienen, gäbe es nicht noch die anders gelagerten Motive jenes Drittels an Zuschauern, deren Involviertheit zu durchgehender Rezeption geführt haben. Ihre Sicht des Films erfolgt in enger Verknüpfung von involvierenden mit analysierenden Elementen. Eine solche enge Verbindung dieser Bestandteile der Filmrezeption widerspricht der oft theoretisch erhobenen Behauptung, Fernsehrezeption sei eine vorwiegend passive Form der Mediennutzung, bei dem der Zuschauer eher manipuliertes Objekt ist (237). Wahrscheinlicher erscheint eine, je nach Rezeptionsfortschritt unterschiedliche Motivlage, bei der in bestimmten Phasen zwar manipulative Elemente eintreten können, bei der in der Gesamtrezeption aber aktives Handeln des Zuschauers im Vordergrund steht (234).

Solche, auf Einzelfilme und -inhalte bezogenen Rezeptionsanalysen sind für den Fernsbereich neu und könnten Signal für eine neue Sparte der Wirkungsforschung werden, mit durchaus zwiespältigen Perspektiven. Möglicherweise bietet diese rezeptionspsychologische Fernsehforschung neue Erklärungen für die 'Unzuverlässigkeit' der Fernsehzuschauer, bietet gerade engagierten Fernsehmachern inhaltliche und formale Merkmale für Programmkonzeptionen dort, wo es unter der Verpackung auch um den Transport von Aussagen und die Herstellung von Öffentlichkeit geht. Zugleich aber suchen Werbebranche und Fernsehsender nach zuverlässigen Methoden und Rezepten, um das Publikum am jeweiligen Kanal und der jeweiligen Sendung zu halten, um Strategien gegen noch so rudimentäre Formen selbstbewußten Fernsehgebrauchs zu entwickeln. Vorderers Ergebnisse bieten erste empirische Anhaltspunkte für eine Ästhetik kommerziellen Fernsehens ebenso, wie für den Versuch der Herstellung audio-visueller Gegen-Öffentlichkeit. In dieser anwendungsbezogenen Ambivalenz liegt eine grundsätzliche Problematik motivationspsychologischer Fernsehforschung. Wolfgang Neumann-Bechstein (Frankfurt/M)

Soziologie

Pinl, Claudia: Vom kleinen zum großen Unterschied. »Geschlechterdifferenz« und konservative Wende im Feminismus. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1993 (199 S., br., 25,- DM)

Was wird aus philosophischer Begrifflichkeit, wenn sie eine politische Bühne betritt? Dieser Frage geht Pinl, von 1986 bis 1990 als Fraktionsmitarbeiterin bei den Grünen politisch aktiv, nach. Das Anliegen ist eigentlich sofort nachvollziehbar. Die Abwesenheit – oder bloße Nichtsichtbarkeit – feministischer (aktionsorientierter) Politik wird in der frauenbewegten Öffentlichkeit mit den Theorien des Poststrukturalismus, mit Theorien der Differenz und der (theoretischen) Negation der großen antipatriarchalischen Erzählung – die ja ebenfalls zu den *grands discours* (Lyotard) gehört – gefüllt. Aber gehen die philosophischen Begriffe freiwillig auf den politischen »Markt«? Hat, wie Seyla Benhabib kürzlich beklagte, die feministische Postmoderne den Feminismus ent- oder gar depolitisiert?

Pinl nimmt die feministische Selbstbeschreibung von Theoriebildungsprozessen ernst: Sie müssen zurückgebunden sein an politische Prozesse der Gesellschaft, die sie kritisieren; d.h. sie müssen die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit

potentiell erhöhen. Andererseits sind es nicht Begriffe, die die Lage von Frauen verschlechtern. Ihre Nähe zur Politik – indem sie z.B. zur Beschreibung sozialer und ökonomischer Wirklichkeiten herangezogen werden – kann nicht im Kurzschluß den »Erfinderinnen« oder ihnen selbst angelastet werden.

Als leitende These nimmt Pinl an, daß der mittlerweile nicht mehr zu überhörende »Differenz-Feminismus« in sich selbst konservativ ist und konservative Effekte erzeugt. Diese These wird durch verschiedene Texte geführt und immer wieder bestätigt: an Texten von Luce Irigaray, Carol Gilligan, den Frauen vom Mailänder Buchladen *affidamento*, am Müttermanifest der Grünen oder an feministischen Überlegungen zum Recht (A. Maihofer). Pinl trägt den – doch sehr unterschiedlichen – Vorschlägen »nach«, was sie nicht berücksichtigten, ohne zu prüfen, welche Wirklichkeitsanteile theoretisch erfaßt wurden. Irigaray z.B. spreche hauptsächlich Lesben an, die Affidamento-Frauen kümmerten sich nicht um das Problem Mann (bzw. männliche Gewalt) und hätten »bloß« die »ideelle, geistige Ebene« im Visier, nicht aber »soziale Unterschiede, z.B. zwischen einer Arbeiterin und einer Hochschuldozentin, zwischen einer mittelständischen Hausfrau und einer Studentin schwarzer Hautfarbe« (35). Gilligan unterschätze die Indienstnahme des weiblichen Einfühlungsvermögens durch die Herrschenden (wobei die Empathie im Ehebett gleichgesetzt wird mit der Empathie beim Arbeitsfrühstück zwischen VertreterInnen von Kapital und Arbeit); das Müttermanifest werte die Hausfrauentätigkeiten zu einer Pseudo-Buntheit auf. Die Kritiken sind nicht in toto von der Hand zu weisen. Aber sie erklären die Anziehungskraft der theoretischen Vorschläge genausowenig wie sie in der Lage sind, die konstruktive Kritik aufzunehmen, die die verschiedenen Ansätze motiviert.

Weitaus nützlicher als die *politische* Zurückweisung *theoretischer* Konstrukte scheint mir die Untersuchung der politischen *Folgen*, die Pinl am Beispiel des schon von Susan Faludi (vgl. *Argument* 202, 894f) ausführlich untersuchten Falles Sears Roebuck (USA) und anhand der Frauenpolitik in Niedersachsen unternimmt. Der auch de-naturalisierende Anspruch – im Sinne einer Historisierung des sozialen Geschlechts – der Differenz-These kann politisch nicht übersetzt werden. Es findet statt dessen eine Re-Naturalisierung von Geschlecht statt, die traditionelle Platz- und Kompetenzzuweisungen festschreibt. Gilt dies aber auch für das Beispiel der Affidamento-Frauen, die vorschlugen, der Wehrdienst der Männer solle drei Monate Pflegedienst enthalten, »um den männlichen Jugendlichen eine weiterbildende Erfahrung zu vermitteln« (41)? Pinl argumentiert, daß solche Veränderungen die Situation von Frauen bloß erträglicher machen und die weiblichen Tätigkeiten aufwerten sollten. Der Eingriff in die soziale Konstruktion des Soldaten (oder: von Männlichkeit) gerät ihr nicht in den Blick: Männer, die zum Töten ausgebildet werden, zur Pflege von kranken und hilfsbedürftigen Körpern zu zwingen, scheint mir auf jeden Fall ein Angriff auf die abstrakte Kriegslogik zu sein, deren Funktionieren ja auch von der Abwesenheit eines konkret vorstellbaren Körpers abhängt.

Pinl neigt dazu, ein widerspruchsfreies Politikkonzept zugrundezulegen, das nur *ein* Richtiges unterstellt. Reformpolitik und revolutionäre Veränderung können bei ihr nicht in ein Bündnis gebracht werden. »Reformvorschläge, die vom Differenz-Denken geprägt sind, knüpfen fast immer an die 'existierende weibliche Lebensrealität' an, um diese aufzuwerten, sie für Frauen erträglicher zu machen, aber nicht, um sie aufzuheben.« (138) Da die Differenz-Theoretikerinnen *macht* kritisch argumentieren, Pinl hingegen ausschließlich *herrschafts* kritisch, kann die Konfrontation nicht produktiv werden, solange sie nicht den Versuch unternimmt, Machtfragen als solche von Herrschaft zu reformulieren oder sie in Herrschaftskritik und -politik zu

integrieren. Die einfache Negation der *vorhandenen* Ansätze wird diese nicht entkräften und auch nicht zum Verschwinden bringen. Kornelia Hauser (Bielefeld)

hooks, bell, and Cornell West: Breaking Bread. *Insurgent Black Intellectual Life. African-American/Women Studies.* South End Press, Boston 1991 (174 S., br., 14,- \$)

bell hooks, vertraut als kämpferische sozialistische Feministin (vgl. *Argument* 134, 534-41), und Cornell West, einer der bekanntesten Befreiungstheoretiker der Schwarzen Linken, möchten aus dem Ghetto der Universität und der langen Theorieaufsätze heraus und die Menschen erreichen, für deren praktisches Handeln theoretisches Denken nützlich sein wollte. Sie wählen dazu die Form des öffentlichen Dialogs. Er soll es erlauben, die im theoretischen Essay unausgesprochenen Gefühle und Bereiche zu thematisieren und für alle eine Sprache finden. Die auch bei uns wohlbekannt Form »Dialog« wird fremdartig gefüllt. Religiöses Bekenntnis, Anrufung von Freundschaft, Vertrautheit, Intimität, politische Beschwörung sind der emotionale Hintergrund, vor dem aktuelle Fragen der Weltlage bis hin zu Problemen zwischen den Generationen und den Geschlechtern »dialogisch« geteilt werden, wie man das »Brot bricht«. Unter Berufung auf Paulo Freire, (der sagt, »that [dialogue] is the true act of love between two subjects ... and that there can be no revolution without love«; 2f) führen sie Liebe und Politik der Veränderung als die zwei Dichtepunkte von Theorie und Praxis vor. Freiheit für die Unterdrückten heißt die Welt analysieren, um sie zu verändern, schreibt bell hooks (21), und Cornell West sagt, die entscheidende Frage sei, wie und für was man Zeit und Energie verbräuche. Dabei wird es für europäische LeserInnen schwierig, den von hooks und West benutzten Worten nicht unsere historisch gewachsenen Bedeutungen zuzuschreiben. So z. B., wenn gegen Kindesmißbrauch und Drogenkonsum die Stärkung der Familie beschworen wird, unter Familie dann aber ein Ort politischer Organisation, eine Art »Heimat« verstanden wird, in der Widerstand, politisches Engagement, überhaupt die Verbindung von Politik mit Glück, kritisches Bewußtsein und die Bedeutung eigener Arbeit für andere gelernt wird. Kritik gilt hier überhaupt wesentlich als Haltung, die nicht Verachtung meint, nicht destruktiv ist. So vermitteln die beiden im Dialog Haltungen, Perspektiven, und gleichzeitig informieren sie – etwa durch eingestreute Daten zur Verteilung von Reichtum und Armut, durch das Nennen historisch wichtiger Personen oder Texte. Die vorherrschende Form ist die des Fragments, die die Einmischung der Zuhörenden als Koproduktion (the collaborative response, 3) erlaubt. Eine Reihe der angewandten Formen erinnert uns an Brechts Theaterästhetik; allerdings arbeiten sowohl hooks als auch West (ungleich Brecht) in hohem Maße damit, daß die ZuhörerInnen sich mit ihnen identifizieren.

Erstaunlich ist, wie die Problematik der Geschlechterbeziehungen bearbeitet wird. Sie kommt in jedem Dialog vor, so z. B. wenn filmische Vorstellungen von Liebesbeziehungen unter Schwarzen kritisiert werden und immer wieder auf Geteiltes – Gespräch, Gefühl – anstelle von Über- und Unterordnung verwiesen wird. Dabei sind die beiden durchaus verschieden in ihren Akzentsetzungen. Vielleicht kann man vereinfacht sagen, daß West an die schwarzen Männer appelliert, ihre Beziehungen zu schwarzen Frauen zu verbessern, während hooks mehr der Auffassung zuneigt, daß sie die Beziehung zu sich selbst ändern, sich selbst lieben müssen, um ein anderes Verhältnis zu schwarzen Frauen haben zu können. Während sich hierzulande Vorstellungen vertiefen, daß Feminismus nur in Abgrenzung gedeihen und Frauen in kultureller Abschließung ihr eigenes Leben leben sollten, gehen hooks und West genau umgekehrt vor. Trotz schärfster Kritik an Sexismus, Frauenausbeutung, possessivem Chauvinismus auf seiten der Männer (die als durch koloniale kapitalistische

Gesellschaft vermittelte Verhaltensweisen das politische Projekt Familie zerstört hätten), gilt die Hauptenergie der Suche nach dem Dialog, den teilbaren Erfahrungen, gemeinsamer Solidarität, geteilter Sinnlichkeit. Folgt man diesem Buch, so gilt nicht, was im westlichen Feminismus manchmal behauptet wurde, daß nämlich die schwarzen Frauen mehr mit den schwarzen Männern gemein hätten als mit ihren westlichen Schwestern, sondern daß sie mit ihnen mehr gemein haben *wollen* in der Perspektive einer befreiten schwarzen Gemeinschaft. In dieser Weise ist neben der Erinnerung an eigene Geschichte immer wieder Marx ein Lehrer ihres Denkens.

Das Buch enthält drei solcher öffentlichen Dialoge, je eine Hommage, die beide AutorInnen wechselseitig aufeinander schreiben und je ein ebenso wechselseitig erstelltes Interview, einen Essay über das Dilemma des schwarzen Intellektuellen (West) und einen über schwarze Frauen als Intellektuelle (hooks).

hooks versteht unter Intellektuellen, ähnlich wie Gramsci, alle Menschen, »who are critical thinkers ... who are critically engaged intellectuals« (119). Sie hält es für unumgänglich, als kritische Intellektuelle nur mit solchen Menschen zusammenzu- sein und, wenn patriarchalische Strukturen wechselseitigen Respekt nicht ermöglichen, sich in lesbischen Beziehungen zu engagieren – schon, um als intellektuell schöpferische Person zu überleben, »Einsamkeit« und »romantischer Isolation« zu entgehen (123). Dies ist kein Gegensatz zum vorher gezeigten Engagement für Mann/Frau-Beziehungen, sondern steht im Kontext ihrer Vorstellung, daß Menschen sich selbst lieben müssen, um überhaupt liebesfähig zu sein. Dabei sieht sie als ein wichtiges Hindernis für weibliche Intellektuelle eine Art gesellschaftlich verordneten Zwang, immer mit anderen zusammen, zuständig, fürsorglich, vorhanden zu sein. Intellektuelle sein aber bedeutet auch die Möglichkeit und Notwendigkeit, allein sein zu können, weil Denken eben auch eine einsame Tätigkeit ist; es ist selbst eine Marginalisierung, weil »Intellektualität« nicht mit Karriere, sondern mit Kritik verbunden ist als Teil einer politischen Kultur (152). Für hooks ist »intellektuelle Arbeit ein notwendiger Bestandteil des Befreiungskampfes, zentral für die Kämpfe aller unterdrückten und/oder ausgebeuteten Menschen, die vom Objektstatus zum Subjektstatus schreiten, die ihren Verstand dekolonisieren und befreien« (151).

Friggera Haug (Berlin und Hamburg)

Collins, Patricia Hill: Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment. Perspectives on Gender. Routledge, New York 1991 (265 S., br., 10,99 £)

Bekannt ist der moralische Appell an weiße Feministinnen, ihren Eurozentrismus oder, falls sie in den USA leben, ihre selbstverständliche Bezogenheit auf weiße Kultur zu überwinden und Frauen anderer Kulturen, Ethnien anzuhören, zu Wort kommen zu lassen. Scheint dies noch eine Anrufung allgemeiner Solidarität, so erhebt sich doch auch die Frage, was diejenigen, die aus weißen Kulturen kapitalistisch industrialisierter Gesellschaften kommen, zum Beispiel vom »schwarzen feministischen Denken« lernen könnten. Patricia Hill Collins, »Associate Professor« für afro-amerikanische Studien an der Universität von Cincinnati (USA), bezieht sich sowohl auf schwarze Tradition und eigene Erfahrung als auch auf Marxismus, Feminismus und Postmodernismus im weißen Denken. Sie fügt dies nicht einfach zu einer Art Flickenteppich zusammen, sondern zieht für sich und ihre Theoriebildung an Werkzeugen heran, was sie aus diesen Theorien gebrauchen kann. Damit gibt sie ihrem Vorhaben eine stark materialistische Fundierung, so daß sie nicht wie eine Reihe postmoderner Denkerinnen an allgemeiner Desorientierung mitarbeitet. Zugleich begründet sie auf interessante Weise einen schwarzen Feminismus, der einen eigenen

Raum und eigene Erkenntnismittel braucht und damit rückwärts auch ein schärferes Licht auf unsere Verhältnisse wirft.

Das Buch hat so einen doppelten Nutzen: Es führt die Berechtigung lokaler oder situativer Zugänge und Forschungen ebenso vor wie es deren Nutzen für allgemeinere Erkenntnisse unterstreicht. Insofern ist dies ein Fortschritt in der Diskussion um Multikulturalismus, weil jetzt Stärken sichtbar werden und nicht nur abstrakt Einbeziehung und Anteilnahme gefordert wird. Durchgehende Arbeitsweise ist die Aufnahme gängiger Diskussionen im weißen Feminismus, deren Verschiebung und die gleichzeitige Begründung einer eigenen, »schwarzen« Zugangsweise. So behauptet Collins nicht etwa, wie sympathisierende weiße Frauen, schwarze Frauen hätten unter den Bedingungen der Geschichte von Rassismus, Kolonialismus und Sklaverei mehr mit schwarzen Männern gemeinsam als mit weißen Frauen, sondern zeigt das spezifische schwarze Patriarchat sowohl in seinen kulturellen Traditionen als auch in seiner Überformung durch weißes Denken. Sie führt z.B. die Figur der »Mamma« (der »Matriarchin«, »der starken schwarzen Frau«) als eine Legitimationsweise der Unterwerfung schwarzer Frauen vor, die schwarze Männer wiederum aus dem weißen Diskurs übernommen haben – aus dem wir sie ja ebenfalls (insbesondere mit Bezug auf italienische Frauen) kennen. Zugleich zeigt sie die andere Bezogenheit der schwarzen Frauen zu ihren Männern, einen ganz anderen Typ von heterosexueller Gemeinschaft, der wiederum Fragen an unseren eigenen Typus aufwirft.

Immer wird mehrdimensional vorgegangen; Collins diskutiert Stärken, Patriarchat, Klassenfrage, Positionen, die aus der Sklaverei übernommen wurden, Schwächen, Blockierungen, Fesseln und wirkliche Aufbrüche. So ist dies auch ein theoretisch ermutigendes Buch. In Deutschland kann es für die vielen, die sich politisch »schwarz« nennen – also alle Immigrantinnen – ein wichtiger Text sein, aber auch für feministische Studien überhaupt.

Daß sich das Buch von der ersten bis zur letzten Zeile praktisch auf die heterosexuellen Zusammenhänge unter Schwarzen bezieht – auf das Mutter-Sein der Frauen, auf Erkenntnisprozesse, die im Patriarchat herausbildbar sind, auf Geschlechterbeziehungen und Geschlechterpolitik, auf Familienarbeit –, ist angesichts der Erkenntnisschritte, die durch den lesbischen Feminismus in die feministische Theorie gekommen sind, auch ein Mangel. Collins entwickelt in allen Texten aber selbst die Einsicht, die solche Begrenzung überschreitet: Es genügt nicht, aus einem einzigen Buch das gesamte Wissen ziehen zu wollen; jedes ist als ein Baustein zu begreifen, der mit anderen erst zum Gesamtwerk werden kann.

Frigga Haug (Berlin und Hamburg)

Müller-Rückert, Gabriele: Frauenleben und Geschlechterverhältnis in der ehemaligen DDR. Weibliche Lebenswelten im Spiegel literarischer »Frauengeschichten« und sozialwissenschaftlicher Auswertung. Kleine Verlag, Bielefeld 1993 (267 S., br., 34,- DM)

»Die literarischen Fiktionen geben das zu DDR-Zeiten Denk- und Sagbare wieder – auch und gerade mit Blick auf praktische Lebensbezüge.« (II) Die Autorin, wie alle SozialwissenschaftlerInnen in ihrer Untersuchung der DDR-Verhältnisse dadurch behindert, daß sie sich nicht auf vorhandene theoretische Beschreibungen stützen kann, befragt fünf literarische Texte von Frauen auf die Verarbeitung der beiden großen Lebensbereiche von Privatleben/Familie und Erwerbsarbeit. Mit dem Begriff »Geschlechterverhältnis«, den sie ganz selbstverständlich und ohne theoretische Fundierung benutzt, werden die unmittelbaren Mann-Frau-Beziehungen in ihren sowohl denotativen wie konnotativen Dimensionen gefaßt.

Müller-Rückert sucht die Fesseln durch Arbeitsteilungen, kulturelle Zuschreibungen von Männlichkeit und Weiblichkeit und »Listen« der Protagonistinnen aus den Texten zu extrahieren. Ihre Analysen sind von einer großen Offenheit gekennzeichnet; sie legt die Protagonistinnen weder in der Schublade der »Kleinbürgerlichkeit« noch in jene der »Widerstandskämpferinnen« ab. »Daß Solidarität mit den Männern von diesen in der Regel gleichgesetzt wird mit Freistellung von familiären Arbeiten und Verantwortlichkeiten, wird von den Frauenfiguren registriert, wenn auch nicht mit der fraglosen Einsicht in die Gegebenheit der Verhältnisse akzeptiert. Die augenzwinkernde Distanzierung bei gleichzeitiger konkreter Geltung zeigt sich ebenso als Spielart wie die schmerzvolle Aufkündigung derselben, wenn weder ideelle noch konkrete Ausgleichsangebote greifen.« (255)

Die Offenheit der Textanalysen erfährt ihre Schließung durch die Begrenzung von Themen. Warum nur Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit Frauenthemen sind und was die konzentrierte Sicht auf sie verbirgt, kann Müller-Rückert sich nicht erschließen. Die *formationsspezifische Eingebundenheit* der Arbeitsweisen in einen fatalistischen Ökonomismus erzeugte vielleicht erst den Hin-und-Her-Blick auf die immanenten Notwendigkeiten der gesellschaftlich nicht ausreichend vermittelten zwei Produktionsweisen (Leben und Lebensmittel). Eine Gesellschaft, die vom Primat des Politischen gezeichnet und geformt wurde, muß auch kritisiert werden können in ihrer Zerstörung jedweder politischen (individuellen oder gruppenbezogenen) Artikulationsmöglichkeiten. In den Grenzen der gesellschaftlich vorstrukturierten Bereiche konstatiert Müller-Rückert: »Die Beharrlichkeit institutioneller Problemartikulation (in der Berufswelt, in der Politik) hängt natürlich nicht zuletzt davon ab, inwieweit eine übergreifende Interessenartikulation und -vertretung Gestalt annimmt, wobei übergreifend nicht nur unterschiedliche Gruppen (Berufstätige, Hausfrauen, mit und ohne Kinder ...), sondern auch Frauen und Männer meint – als Berufstätige, insbesondere aber als Eltern.« (256)

Kornelia Hauser (Bielefeld)

Engler, Steffani: Fachkultur, Geschlecht und soziale Reproduktion. Eine Untersuchung über Studentinnen und Studenten der Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft, Elektrotechnik und des Maschinenbaus. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1993 (274 S., br., 48,- DM)

Daß das Bildungssystem trotz einer unverkennbaren – derzeit allerdings (Stichwort »neue Studienstrukturmodelle«) wieder bedrohten – sozialen Öffnung und trotz zunehmender Verlagerung der Selektionshürden auf den Übergang in berufliche Positionen nach wie vor durch soziale Ungleichheit gekennzeichnet ist, läßt sich an einfachen statistischen Daten ablesen: an der »sozialen Bildungsbeteiligung« zum Beispiel (1990 haben 11,8 % der westdeutschen ArbeiterInnenkinder in den entsprechenden Altersgruppen, aber 59,7 % der altersgleichen BeamtenInnenkinder ein Studium aufgenommen), an der geschlechtsspezifischen Bildungsbeteiligung (83 % der westdeutschen Abiturienten des neunziger Jahrgangs, aber nur 72 % der Abiturientinnen nehmen nach Erwerb der Hochschulreife ein Studium auf) oder an der Konzentration von Frauen in Studiengängen mit unsicheren Berufsaussichten und geringen Karrierechancen. Auch daß diese Phänomene nicht Ergebnis einer »freien Wahl« sind, sondern daß ihnen eine »soziale Logik« innewohnt, erscheint ohne weiteres plausibel. Wie aber läßt diese Logik sich theoretisch fassen und empirisch nachweisen?

Steffani Englers Dissertation fragt im Rückgriff auf die Reproduktionstheorie von Pierre Bourdieu nach dem »Beitrag der Hochschule zu Reproduktion und Veränderung von Geschlechter- und Klassenverhältnissen« (54) und – spezifischer – nach

dem »Verhältnis von 'studentischer Fachkultur und Geschlecht' im Zusammenhang mit sozialer Reproduktion« (242). Es geht um die gesellschaftliche Funktion, die der ungleichen Verteilung der Geschlechter auf die akademischen Disziplinen zukommt. Mit dieser Fragestellung ist ein nicht unbescheidener Anspruch verbunden, soll doch versucht werden, zwei Richtungen der Hochschulforschung vor dem Hintergrund eines reproduktionstheoretischen Ansatzes zu integrieren: die feministische Hochschulsozialisationsforschung und die Fachsozialisations- bzw. Fachkulturforschung.

Wie also lassen sich hierarchische Geschlechterverhältnisse einbeziehen in die reproduktionstheoretischen Überlegungen von Bourdieu? Die Antwort ist so einfach wie unbefriedigend: über die verfügbaren Ressourcen. »Schon bei der Positionierung der studentischen Fachkulturen im Feld Hochschule wird ein Zusammenhang zwischen der ungleichen Verteilung von Studentinnen und Studenten auf die Studienfächer und der ungleichen Verteilung von kulturellen und ökonomischen Ressourcen deutlich und somit gesellschaftliche Strukturverflechtungen.« (242) Geschlecht wird als Strukturkategorie begriffen, als »sozialer Platzanweiser«, »mit dem eine Zuweisung von Status, Funktion und Lebenschancen verbunden ist« (25). Der Platz der Frauen wäre nach dieser Argumentation – und soweit sie im gleichen Maße wie Männer über institutionalisiertes kulturelles Kapital (Bildungstitel) verfügen – in der »kulturellen Sphäre« zu verorten, der Platz der Männer in der »ökonomischen Sphäre«. Da die kulturellen und ökonomischen Ressourcen nicht gleichwertig sind, manifestieren sich in dieser Zuweisung Geschlechterverhältnisse auch als Machtverhältnisse.

So beschreibt Engler die von Frauen dominierte Fachkultur und Profession der Erziehungswissenschaft als auf den kulturellen Bereich ausgerichtet. Verschiedene Indikatoren (Kulturvermittlung als Aufgabe der Erziehungswissenschaft, ökonomie-, industrie-, produktionsferne Lage der Berufsfelder, geringe finanzielle Ausstattung der Studiengänge u. a.) verweisen auf »einen Überhang an kulturellem im Verhältnis zum ökonomischen Kapital und zudem auf ein geringeres Kapitalvolumen insgesamt« (58) im Vergleich zu den anderen betrachteten Disziplinen. Die Ingenieurwissenschaften – um das andere Extrem herauszugreifen – zeichnen sich durch einen Überhang an ökonomischem Kapital und durch ihre Nähe zur »ökonomischen Fraktion« aus. Angezeigt wird dies u. a. durch die berufliche Ausrichtung auf mittlere und gehobene Positionen im industriellen Sektor, durch die gute finanzielle Ausstattung der Fächer und die Verankerung der Studierenden in bzw. die Herkunft aus der »ökonomischen Fraktion«. Allerdings versäumt es die Autorin, diesen Begriff zu spezifizieren. Nicht gemeint ist offenbar die mit ökonomischem Kapital (Vermögen, Eigentum an Produktionsmitteln) ausgestattete ökonomische Fraktion der herrschenden Klasse. Wenn damit aber die Herkunft aus produktionsnahen ArbeiterInnen- und HandwerkerInnenmilieus angesprochen wird, kann dieses Kriterium nicht zur Abgrenzung von den Erziehungswissenschaften herangezogen werden.

Deutungs-, Wahrnehmungsmuster, die diesen Positionen und Kapitalarten entsprechen, lassen sich aus den empirischen Analysen von spielkulturellen Aktivitäten, Schulfachpräferenzen und Zeitinvestitionen rekonstruieren. So weist die Autorin bei Studentinnen und Studenten sowie bei Studierenden unterschiedlicher Studiengänge unterschiedliche spielkulturelle und Schulfachpräferenzen nach und setzt dies in Beziehung zur Ausstattung mit kulturellem und ökonomischem Kapital: »Personenbezogene Kinderspiele, die mit Schulfachpräferenzen korrespondieren und sich um sprachlich-diskursive Formen und Inhalte zentrieren und als Orientierungen an und Aneignung von kulturellen Ressourcen fungieren. Stärker

gegenstandsbezogene Kinderspiele, die mit Schulfachpräferenzen korrespondieren und in denen eine naturwissenschaftliche Orientierung zum Ausdruck kommt, verweisen auf ökonomische Ressourcen.« (102f) Auch hinter dem fachspezifischen Umgang mit Zeit (Erziehungswissenschaften: großzügig; Ingenieurwissenschaften: Zeit als knappe Ressource) werden Dispositionen vermutet, die eine unterschiedliche Nähe zum kulturellen und zum ökonomischen Kapital aufweisen: »Im Reproduktionsbereich dominiert aufgabenorientierte Zeit, und bekanntlich ist dies das Terrain von Frauen. Wenn also Studentinnen der Erziehungs- und auch der Rechtswissenschaft sozialkulturelle Zeitorientierungen habitualisiert haben, die als aufgabenorientierte Umgangsweisen mit Zeit zu beschreiben sind, könnte es sein, daß diese in den beiden Kulturfächern 'gelebt' werden kann, während dies in den beiden Ingenieurfächern nicht möglich ist. Letztere sind in der Herstellung und Arbeitsweise dem industriellen Sektor näher. Das heißt, Zeit als Maß für den Arbeitseinsatz dominiert ...« (180)

Die Subsumtion der Geschlechterfrage unter die Frage des Kapitalbesitzes bleibt aber in weiten Teilen bruchstückhaft. Da ist einmal die Unbestimmtheit der verschiedenen Kapitalsorten. Kann man den Erziehungswissenschaften und den Frauen ein »Mehr«, den Ingenieurwissenschaften und den Männern ein »Weniger« an kulturellem Kapital attestieren, oder handelt es sich nicht vielmehr um eine Andersartigkeit des kulturellen Kapitals, um mehr oder weniger prestigeträchtige kulturelle Ressourcen? Da ist zum anderen die mangelnde Erklärungskraft für Phänomene der geschlechtsspezifischen Statusdistribution bei annähernd gleicher Kapitalausstattung. Wie ist zu erklären, daß Frauen bei gleicher oder sogar besserer Qualifikation auf statusniedrigere Positionen abgedrängt werden? Durch Unterschiede in den kulturellen Dispositionen, die gegenüber fachspezifischen Einflüssen resistent sind und die die Autorin z.B. für die Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften in den körpernahen Bereichen (Ernährung, Kleidung) festgestellt hat? »Aus der Perspektive der bereichsbezogenen Artikulation von sozialen Ungleichheiten und deren gesellschaftlicher Wirkung ist aufschlußreich, daß zwischen Studentinnen und Studenten der Ingenieurfächer Unterschiede in 'körpernahen Bereichen' zu konstatieren sind, in fachbezogenen Aspekten jedoch relativ viel Gemeinsamkeiten vorliegen. Dieser 'feine Unterschied' wirkt in einem gesellschaftlich dominanten Berufsfeld in der Weise, daß die Berufsaussichten für zukünftige Ingenieure relativ gut sind, für Ingenieurinnen jedoch nicht.« (248f)

Diese Erklärung greift wohl zu kurz. Sicherlich: »Körpernahe Bereiche markieren ... Orte sozialer Unterschiede, Orte, die traditionell zur Inszenierung des Sozialkörpers Frau und zur Modellierung von Weiblichkeit dienen und als soziale Grenzen zwischen den Geschlechtern fungieren, in denen sich Machtverhältnisse formieren, präsentieren und festgeschrieben werden.« (232) Und sicherlich signalisieren diese Distinktionen das soziale und biologische Geschlecht. Aber es sind gewiß nicht allein die kulturellen Ressourcen, über welche die Frauen auf die (unteren) Plätze verwiesen werden. Bei vielerlei Überlappungen zwischen Geschlecht und Kapitalausstattung ist das Geschlecht weiterhin als eigenständige Kategorie zu fassen und in seiner Eigenständigkeit (Geschlecht als Kapital?) in ein Reproduktionsmodell einzubinden. Ob das mit den Konzepten von Bourdieu zu leisten sein wird, läßt sich nicht vorhersagen, lohnt aber einen Versuch. Hildegard Schaeper (Bielefeld)

Silberzahn-Jandt, Gudrun: Wasch-Maschine. Zum Wandel von Frauenarbeit im Haushalt. Jonas-Verlag für Kunst und Literatur, Marburg 1991 (101 S., br., 25,- DM)

Wie hat die Waschmaschine das Waschen im Haushalt verändert? Und führte die Technisierung von Hausarbeit tatsächlich zu einer Verringerung von Arbeits- und Zeitaufwand? Diesen Fragen wird an einem konkreten Beispiel nachgegangen, um Folgen der Rationalisierung der häuslichen Arbeit aufzuzeigen. Die Autorin referiert knapp den Forschungsstand und knüpft an solche Ergebnisse an, »die technische Neuerungen mit sozio-kultureller Entwicklung und ökonomischen Strukturen verbinden und gleichzeitig der Erfahrungswelt von Frauen genügend Beachtung schenken« (13).

Als Untersuchungszeitraum wählt sie die Zeit vom Ende der fünfziger bis zum Ende der sechziger Jahre aus. 1951 wurde das erste Modell eines Waschwollautomaten entwickelt, das jedoch noch einer besonderen Verankerung bedurfte, weshalb es in Etagenwohnungen nicht aufgestellt werden konnte. 1969 gab es bereits in 39 Prozent der Haushalte eine Waschmaschine. Silberzahn-Jandt gibt einen technikgeschichtlichen Überblick und wertet Interviews aus, die sie mit elf Frauen führte, die Ende der fünfziger bzw. Anfang der sechziger heirateten und Kinder bekamen. Ihr Interesse gilt »der privaten Aneignung der Waschmaschine und dem gleichzeitig damit einsetzenden Wandel kultureller Verhaltensmuster« (15). Zahlreiche Fotos von älteren Waschmaschinenmodellen, Waschküchen und Werbung dokumentieren den Wandel.

In der wissenschaftlichen Literatur ist umstritten, »ob sich mit der Waschmaschine der Zeitaufwand fürs Waschen verringerte« (38). Überraschenderweise treibt diese Frage mehrere männliche Autoren um: Ingo Braun sieht einen geringeren Zeitaufwand, Joachim Rieseberg meint, daß die gewonnene Zeit durch gestiegene Standards kompensiert wird, Hans Lenk und Günter Ropohl gehen ebenfalls von einer Zeitersparnis aus, kritisieren jedoch, daß die Frauen mit der gewonnenen Freizeit nicht richtig umzugehen wissen (vgl. 38f). Was antworten die befragten Frauen? Sie stellen eine Zeitersparnis fest, die sie nutzten, z.B. zum Einkaufen oder um sich mit Kindern zu beschäftigen.

Die Autorin kommt zu zwei Ergebnissen: (1.) Es kam zu einer Verdichtung und Intensivierung der Hausarbeit, weil neben dem Waschen andere Dinge erledigt werden konnten. (2.) Die Technisierung der Hausarbeit ist ein Element bei der Umwertung von Arbeit in Liebe(sdienst). »Die Entwicklung, das Waschen unsichtbar zu gestalten, und die Arbeit weniger wahrzunehmen, geht einher mit einer Minderbewertung dieser Hausarbeit. ... Unzusammenhängende, gesplittete Tätigkeiten zerstümmeln den Zeitaufwand bis zur Unkenntlichkeit.« (63) So erlebten es auch die befragten Frauen, die das unbefriedigende Gefühl, den ganzen Tag mit »Nichts« beschäftigt zu sein, ertragen, indem sie immer wieder betonten, wie gern sie die Wäsche für ihre Lieben versorgen.

Sünne Andresen (Berlin)

Cockburn, Cynthia: Blockierte Frauenwege. Wie Männer Gleichheit in Institutionen und Betrieben verweigern. Aus dem Englischen von Michael Haupt und Gabriela Mischkowski. Argument Verlag, Hamburg 1993 (298 S., br., 29,- DM)

Das Kontinuum männlichen Widerstands gegen die Gleichstellung von Frauen reicht von der Verweigerung kollegialer Unterstützung bis zu jenem Massenmord an 14 Ingenieurstudentinnen 1989 in Montreal, den der Fanatiker mit seinem Haß auf Feministinnen begründete. Bewegt durch diese Tat unternimmt Cynthia Cockburn mit ihrem Buch einen »kleinen Teil« der längst überfälligen »systematischen Analyse männlicher Reaktionen auf den Feminismus« (8). Ein bißchen schwindlig kann

einem schon werden angesichts der Unmenge von ausgewertetem Material: 200 Tiefeninterviews mit einer durchschnittlichen Länge von 75 Minuten, zwei Drittel davon mit Männern aus allen Ebenen der Hierarchie in vier Großorganisationen – einer Einzelhandelskette, einer Verwaltungsbehörde, einem »Bezirksamt« und einer Gewerkschaft –, »die allesamt für ihr formelles Engagement in Sachen Chancengleichheit bekannt sind« (ebd.). Allen Frauen und Männern, die sich mit Gleichstellung beschäftigen, kann das Studium der Ergebnisse empfohlen werden.

Anders als in der Bundesrepublik schließen Gleichstellungsmaßnahmen in Großbritannien und den USA in der Regel die Gleichstellung von Schwarzen ein; zum Teil beziehen sie sich sogar primär darauf. Entsprechend analysiert Cockburn auch rassistisch motivierte, homophobe und behindertenfeindliche Ausgrenzungsmechanismen und entsprechende Gleichstellungsmaßnahmen (Kap. 6). Der Vergleich dieser Diskriminierungsformen läßt die Darstellung und die Analyse klarer und differenzierter werden, auch wenn das Hauptaugenmerk auf der Unterdrückung von Frauen auf Grund ihres Geschlechtes liegt. Wohltuend unterscheidet sich der Problemaufriß von der hiesigen Diskussion auch insoweit, als er sich nicht auf die leitenden Positionen beschränkt. Cockburn untersucht zwar sehr differenziert die Widerstände, die aufstiegsorientierte Frauen erfahren, zeigt aber darüber hinaus, daß ohne eine grundlegende Umgestaltung der Organisationen zwar einzelne Frauen Macht erlangen können, die meisten Frauen aber auf gewohnte Weise ausgebeutet werden. »Nur daß jetzt weiße Frauen zusammen mit den Männern an der Spitze die anderen (vielfach schwarzen) Frauen an der Basis ausbeuten.« (87) Sie geht davon aus, daß »die Unterdrückung von Frauen systembedingt« ist; sie ist »kein Übergangsphänomen, sondern stabil, und sie tendiert dazu, sich selbst zu reproduzieren« (13). Damit positioniert sie sich außerhalb einer Diskussion, die berufliche Diskriminierung als ein im Grunde individuelles Problem herunterspielt, das durch geeignete Frauenförderungsmaßnahmen mit der Zeit behoben wird.

Innerbetriebliche Strategien zur Durchsetzung einer Politik, die Chancengleichheit auch für schlecht qualifizierte Angestellte und ArbeiterInnen zu erreichen sucht, sieht Cockburn beispielsweise im ressourcengestützten »Aufbau einer Frauenkultur in der Organisation« (263), in »praxisbezogenen Bündnissen mit unterstützungswilligen Männern« (264) und in einer strategischen Herangehensweise an die Rolle der Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragten. Eine besondere Bedeutung mißt sie der Klassendimension des Gleichstellungsprojektes bei, wozu die Einbeziehung der unteren Belegschaftsschichten, die »Demokratisierung der Organisation« (244) und das Hinterfragen der Veränderungsziele gehören. »So wäre die korrekte Fragestellung nicht: Frauen an die Macht, sondern: Welche Art von Macht?, die korrekte Forderung nicht einfach: Frauen auf die Karriereleiter, sondern: Wie könnten Frauen diese Leiter umbauen?« (263).

Wenn Cockburn allerdings meint, es gebe mittlerweile »keinen Mangel mehr an Forschungen und Analysen, in denen 'Männlichkeit' problematisiert« wird (251) wird, dann irrt sie. Die meisten dieser Untersuchungen bleiben bei der reinen Beschreibung des Verhaltens von Männern stehen, wie eben z.B. ihrer Reaktionen auf Gleichstellungsforderungen. Individuelle Motivationen, gerade von unterstützenden Männern, analysieren sie genausowenig wie Cockburn selbst dies tut – obwohl sie es als ein Ziel ihrer Untersuchung bezeichnet. Zum Begreifen der Kämpfe um berufliche Gleichstellung reicht es nicht, Männern pauschal zu unterstellen, sie wollten nur ihre Privilegien sichern. Wie man sie und die patriarchalen Organisationsstrukturen verändern kann, wird man auf diese Weise nicht erfahren. Cockburn stellt fest, daß Männer »in spite of themselves« handeln, wenn sie sich

gegen Veränderungen sträuben. Dies bedeutet im Kontext allerdings nicht, wie in der Übersetzung, »daß sie es gegen ihren Willen tun« (246), sondern meint eher, daß Männer gegen ihre langfristigen Lebensinteressen verstoßen, weil sie z.B. »männliche Macht mit 'Zivilisation' gleichsetzen« (247).

Genau an diesem Widerspruch von Sicherung der Privilegien und langfristigen Lebensinteressen muß patriarchatskritische Forschung von Männern ansetzen. Wie wir aus unserem Forschungsprojekt »Innerbetriebliche Gleichstellung – Reaktionen von Männern auf Frauenfördermaßnahmen« wissen, ist die Lebensrealität von Männern auch in Organisationen nicht so einfach strukturiert, wie es Cockburn wiederholt beschreibt: »Und die Männer stehen jetzt vor der Wahl, das patriarchalische System zu akzeptieren oder ihm durch kollektives Engagement entgegenzutreten, Teil des Problems oder Teil der Lösung zu sein« (15). Diese Sichtweise wird unserer individuellen Verwobenheit in die patriarchalen Gesellschafts- und Organisationsstrukturen nicht gerecht, wenn sie auch auf der politischen Ebene richtig und wichtig ist.

Schade ist, daß Cynthia Cockburn in dieser Hinsicht so plakativ bleibt, wo sie doch ansonsten eine spannende und differenzierte Analyse des Kampfes um Gleichstellung liefert, eine, die in Zeiten des gesellschaftlichen Roll-Back Mut macht. »1968 sprachen die rebellierenden Studentinnen und Studenten vom 'langen Marsch durch die Institutionen'. Für diesen Marsch ist der Gleichstellungsaktivismus, der vielschichtige und gebrochene Machtverhältnisse im Blick hat, sicher ein besserer Ausgangspunkt als es der Klassenkampf jemals sein mochte. Aber wenn wir und die anderen uns nach Art der Frauen auf den Weg begeben, werden wir wohl nicht in männlich-militärischer Marschformation antreten. Wir werden unterirdische subversive Gänge und Höhlen graben« (261)! Na Männer, klingt das nicht wie eine Drohung?

Christian Raschke und Ralf Puchert (Berlin)

Erziehungswissenschaft

Siebert, Horst: Bildung im Schatten der Postmoderne. Von Prometheus zu Sisyphos. Verlag für Akademische Schriften (VAS), Frankfurt/M 1992 (66 S., br., 8,- DM)

Soweit es bei Erwachsenenbildung um »Bildung« geht, ist sie in die Defensive geraten. Inhaltlich wirft postmoderne Beliebigkeit einen Schatten auf sie, den Horst Siebert in einem kleinformatigen Büchlein erfolgreich erhellt. Erwachsenenbildung wird im Spannungsfeld von Qualifizierung und Bildung analysiert, das der Autor bildhaft zwischen Prometheus und Sisyphos ansiedelt. Prometheus steht dabei für Technokratie, Herrschaft und menschliche Hybris; Sisyphos dagegen steht für alle, die sich mit gegenwärtigen Verhältnissen nicht abfinden.

Die reale Widersprüchlichkeit erfordert eine differenzierende Darstellung, die der Autor in drei Abschnitten leistet: »An der Bildungsidee festhalten?«, »Abschied von der Aufklärung?«, »Was bedeutet der Bildungsbegriff für die Bildungspraxis?«, und am Ende wird im Kapitel »Der lachende Sisyphos« der Weg in die Zukunft gezeigt.

Siebert hält zwar den Begriff »Bildung« für entbehrlich, nicht aber seinen Inhalt, wenn damit ein »emanzipatorisches, egalitäres und universelles Konzept« (29) gemeint ist. Bildung wird jenseits von bloßer Qualifizierung und idealistischen, zweckfreien Bildungsideologien positioniert, denn »Bildung, die nicht die Bereitschaft zum Widerstand gegen Inhumanität und Ungerechtigkeit einschließt, verkehrt sich in ihr Gegenteil« (20).

Bei der mit Bildung untrennbar verbundenen Aufklärung verfährt der Autor eben

so differenziert wie beim Bildungsbegriff. Er geht zunächst auf den als Fluchtbewegung gedeuteten Fundamentalismus ein, dem keine Massenwirksamkeit zukommt. Die Gefahr besteht vielmehr in der »Ausbreitung eines fundamentalistischen 'Habitus'« (32), der Rassismus und Militarismus befördert. Dazu zählt auch dualistisches Denken, das Zwischentöne, Ambivalenzen, Grauzonen, Wechselwirkungen und komplementäre Reaktionen ignoriert. Ebenso kritisiert Siebert kulturel relativistische Tendenzen, die sich aus »Volksgeist«-Traditionen herleiten und die gerade in der europäischen Erwachsenenbildung, vor allem in von Grundtvig inspirierten Positionen, Platz gefunden haben. Dem steht Bildung als universelle Kategorie gegenüber, die den Diskurs und vernünftiges Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft fördert. Damit ist »interkulturelle Bildung« angesprochen, die »eine Ergänzung der humanistischen Bildungsidee und eine Konsequenz der Aufklärung« (41) darstellt.

Der Postmoderne attestiert Siebert Verdienste, die anti-totalitär und anti-dogmatisch wirkt; kritisch sieht er ihre mangelnde Verantwortung für soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen. Daraus folgt, daß »gebildet ist, wer einen Beitrag zur Rettung der Natur und zur Möglichkeit von Zukunft leistet. Das scheinbar demokratische Prinzip 'leben und leben lassen' beginnt kontraproduktiv und selbstzerstörend zu werden.« (46) Daher ist die vielzitierte »Pluralität der Lebensstile«, der die extrem plural strukturierte Erwachsenenbildung entspricht, nicht vorbehalt- und kritiklos zu akzeptieren. Vernunft kommt zur Klärung der Berechtigung von Ansprüchen ins Spiel.

Während der postmodernen Philosophie eine »Bildung auf Bestellung« entspricht, haben öffentliche Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschulen die Aufgabe, »die vernunftrelevanten Themen ins öffentliche Bewußtsein (zu) rücken und rationale diskursive Formen der Auseinandersetzung und Aufklärung an(zu)bieten« (47). Diese Diskursfunktion der Erwachsenenbildung entzieht sich einer postmodernen Begründung.

Bildung erfordert nach Siebert zweierlei: das Wissen um Zusammenhänge und die Anstrengung des Begriffs. Sie vermittelt Spaß ebenso, wie sie Mühen mit sich bringt. Der Abschied von Prometheus bedeutet »Abschied von einer Überschätzung der Machbarkeit und Planbarkeit« (57). Dagegen steht die Forderung, »humorvolles Denken als eine alternative gesellschaftliche Schlüsselqualifikation zu etablieren« (62), womit der »lachende Sisyphos« gemeint ist.

Der Autor entschärft allerdings seine eigene Analyse, indem er grundlegende Strukturkategorien der Gesellschaft wie Herrschaft und soziale Interessen bestenfalls streift und sie als Inhalte von Bildungsarbeit negiert. Gleiches gilt für die Warenförmigkeit von Bildung, der sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen die Bildungsinhalte auch öffentlicher Einrichtungen mehr oder minder anpassen. Bildung ist nämlich neben anderem auch die Auseinandersetzung mit dem ideologischen Schein gesellschaftlicher Sachverhalte, will sie ihrer aufklärerischen Dimension nicht verlustig gehen.

Wilhelm Filla (Wien)

Skilbeck, Malcolm: Curriculumreform. Eine Übersicht über neuere Entwicklungen. Ein OECD-Bericht, hrsg. v. Wolfgang Mittner und Ulrich Schäfer, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. Bildungsforschung internationaler Organisationen, Bd.6. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M 1992 (133 S., br., 24,- DM)

Für den bekannten englischen Curriculumforscher Skilbeck kennzeichnen drei Entwicklungslinien die Curriculumreform der achtziger und beginnenden neunziger Jahre:

1. »*Neue Vitalität*« der Bildungsreform und staatlicher Interventionismus: Es ist eine »neue Vitalität« der Bildungsreform zu erkennen, die jedoch weniger aus der inneren Dynamik des Bildungswesens, sondern aus ihrer Verzahnung mit ökonomischen, politischen und strategischen Interessen in den Mitgliedsstaaten zu verstehen ist. »Wieder einmal sieht man in der Bildungsreform ein wichtiges, in manchen Fällen sogar das wichtigste Instrument für die Beförderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts.« (15) Dazu greifen Zentralregierungen verstärkt in das Bildungswesen ein, nicht immer durch Veränderung des Curriculums, sondern auch indirekt durch finanzpolitische Maßnahmen, Ausführungsbestimmungen, System-evaluationen, Formulierung von 'Standards', Verstärkung der Leistungsbeurteilung, curriculare Richtlinien und ähnliches.

Diese Veränderungen können nicht nach dem Muster Zentralismus versus Dezentralismus analysiert werden: Konzentrationen der Kontrolle im politischen Bereich bei gleichzeitiger Dezentralisierung der Verantwortung auf viele Akteure ist ebenso zu beobachten wie Neuverteilungen von Funktionen und Vollmachten auf bislang nicht gekannte Rollen. Beispielsweise wurden in Großbritannien Finanz- und Verwaltungsentscheidungen radikal an die Schulen delegiert, während die Entscheidungen über die Curricula zentralisiert wurden (66). Gegen die neuen Machbarkeitsvorstellungen, durch Anordnung von Rahmenrichtlinien und Kontrolle von Leistungsstandards curriculare Veränderungen erreichen zu wollen, verweist der Autor darauf, daß Curriculumentwicklung die Beteiligung der Betroffenen (109) und eine Infrastruktur an Lehrerfortbildungs-, Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen braucht: »Es ist beunruhigend, daß solche Einrichtungen in vielen Staaten gerade zu dem Zeitpunkt reduziert werden, da die Regierungen groß angelegte Reformen verkünden.« (97)

2. *Kern-Curriculum*: Die Expansion der staatlichen Bildungssysteme in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat die Heterogenität in den Klassen vergrößert und zu einem de facto Zusammenbruch des klassischen Curriculum-Modells »gemeinsamer Wissenskanon unabhängig von den Schüler-Begabungen« geführt. Derzeit ist jedoch unter dem Schlagtruf *back to the basics* eine Gegentendenz zu beobachten: ein wiedererwachtes Interesse »an verbindlichen und klaren nationalen bzw. systemweiten Rahmenvorgaben in Bezug auf Ziele und Absichten, Pflichtfächer und Lerngebiete, Bewertungsrichtlinien und -verfahren sowie Maßnahmen zur Überwachung und Verantwortlichkeit« (63). Diese zunächst plausible Rückbesinnung auf die integrierende Funktion des Bildungswesens hat für Skilbeck einige problematische Aspekte: »Es ist nicht klar, wie eine nationale Bewegung hin zu Pflichtfächern und Prüfungen eine lähmende Rigidität des Lehrens und Lernens vermeiden will bzw. die Flexibilität, Unabhängigkeit und Anpassungsfähigkeit, die von einem modernen Arbeitskräftepotential verlangt wird, oder die kultivierten Interessen, die in einer Freizeitgesellschaft benötigt werden, erreichen will.« (68)

3. *Verstärkung beruflicher Orientierungen*: Vom Druck der Zulassungsprüfung zur Sekundarschule befreit, zeigt die Grundschule in vielen Ländern eine Offenheit gegenüber neuen Ideen. Dagegen stellt der Autor fest, »daß in der Sekundarstufe die Reform der Gesamtcurricula noch nicht den Punkt erreicht hat, wo die Fragmentierung, die Akademisierung und der von vielen Schülern empfundene Mangel an Interessantheit und Relevanz überwunden ist« (87). Für Skilbeck sind jedoch die Veränderungen in Hinblick auf die berufsbildende Funktion »sehr wahrscheinlich die Vorboten einer lange erwarteten und höchst notwendigen, vollständigen Neustrukturierung des Sekundarschulcurriculums« (93). Traditionell waren die allgemeinen und beruflichen Teile der Sekundarschulbildung strikt separiert: andere Inhalte, Verwaltung

und Abschlüsse bis zu unterschiedlichen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. In der Praxis haben berufliche Bildungsprogramme einen niedrigen Status. Durch die Erhöhung der Beteiligungsraten in akademisch-orientierten beruflichen Bildungsgängen tritt eine dreifache Veränderung auf: Erstens verbleiben in den basalen beruflichen Bildungsgängen wenige Schüler. Diese stammen zweitens in 'höherer Konzentration' als zuvor aus Gruppen (sozio-ökonomisch Benachteiligte, Migranten und ethnische Minderheiten), deren Bedürfnisse sich didaktisch nicht mehr so einfach durch ein 'Mehr vom Selben' erfüllen lassen. Drittens wird mit der Ausdünnung der Berufsbildung ihre diskriminierende Positionierung in der Bildungsstruktur überdeutlich: »Eine Berufsausbildung, die eingerichtet wurde, um tatsächliche Bedürfnisse der Gesellschaft und der Individuen zu befriedigen, kann im Ergebnis soziale und wirtschaftliche Benachteiligungen verstärken.« (84).

In dieser Situation versucht eine Reihe von Staaten die Kluft zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung hauptsächlich durch eine Neuorientierung des allgemeinbildenden Curriculums zu verringern. Die Impulse und Ressourcen für neue Initiativen kommen dabei oft nicht von Bildungsministerien, sondern von anderen Behörden, die in enger Beziehung zu Industrie, Arbeitsmarkt und Finanzministerien stehen, was den Autor nachdenklich sinnieren läßt: »Wie wichtig die Arbeitsmarkt-/Wirtschaftsanalyse auch sein mag, so sollte doch das Bildungswesen nicht zu deren Geisel werden.« (86)

Wie viele OECD/CERI-Berichte bietet der Band einen zwar diplomatisch formulierten, aber doch recht informativen Überblick über allgemeine Entwicklungstendenzen in den reichen Industrieländern – mit einer leichten Überbetonung der anglo-phonen Welt.

Herbert Altrichter (Innsbruck)

Becker, Gerold, und Otto Seydel (Hrsg.): Neues Lernen. Die wechselseitigen Erwartungen von Schule und Wirtschaft. Reihe der Haniel-Stiftung, Bd. 4. Campus Verlag, Frankfurt/M, New York 1993 (123 S., br., 29,- DM)

Der Band dokumentiert die Ergebnisse eines bildungspolitischen Symposiums der Haniel-Stiftung – durchgeführt an der Schule Schloß Salem. Die Beiträge reihen sich ein in die aktuelle bildungspolitische Diskussion, die vor dem Hintergrund tiefgreifender gesellschaftlicher, ökonomischer und technischer Veränderungen geführt wird und in der u.a. Fragen nach den zukünftigen Qualifikationsanforderungen und nach den Inhalten und Methoden schulischer Ausbildung behandelt werden. Die Hauptfragestellungen des Symposiums waren: »Was erwarten Personalverantwortliche in der Wirtschaft, Ausbilder in der Verwaltung und Leiter wissenschaftlicher Einrichtungen von Abiturienten des Jahres 2001?« und »Welche Basisqualifikationen soll Schule – insbesondere das Gymnasium – vermitteln?«.

Daß Vertreter aus Industrie, Gewerkschaften, Verwaltung, Wissenschaft sowie der Lehrerschaft, der Schulverwaltung und der Erziehungswissenschaft diese Fragen unterschiedlich beantworten, kann nicht verwundern. Erfreulich ist, daß einige dieser Standpunkte auch in ihrer Gegensätzlichkeit deutlich werden. Zwei Beispiele aus den insgesamt sechs einführenden Beiträgen mögen dies belegen: So fordert Jan von Haefen (Haniel-Stiftung), daß Schulleiter »einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit den Personalchefs der großen Firmen« (8) führen müßten, weil Pädagogen nur so entsprechend den Anforderungsprofilen der Wirtschaft ausbilden könnten. Hier rückt der klassische Qualifikationsbegriff (Ausbildung für und gemäß funktionaler Anforderungen) in den Mittelpunkt. Im Gegensatz dazu führt Ludwig Huber (Universität Bielefeld) aus, daß es »nicht nur um Qualifikationen für etwas, um die Benennung von *Aufgaben*, für die zu lernen wäre«, geht, sondern daß es auch und

insbesondere »um *Entwicklungsmöglichkeiten* der jungen Leute« (20) gehen muß. Während sich im Beitrag von Huber Ansätze zu einer bildungstheoretischen Reflexion angesichts des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses andeuten, die auf divergente Positionen hinauslaufen, werden in den anderen Beiträgen diese Positionen zugunsten von Reformüberlegungen verwischt. Derartige Annäherungen sind zwar begrüßenswert, tragen jedoch solange die Gefahr des Scheiterns in sich, wie eben die grundsätzlichen bildungstheoretischen und -politischen Divergenzen nicht abgeklärt und ausgetragen sind. Da dies in der Salemer Diskussion nicht geschehen ist, konnte sie über proklamatorische Aussagen nicht hinausgelangen. Diese Aussage kann trotz der von Hartmut Rahn in seiner Zusammenfassung der Abschlußrunde dieser Tagung (66ff) formulierten praktischen »Vorschläge zur Veränderung der Schule« aufrechterhalten werden. Die vier Vorschläge (Stärkung des Projektunterrichts, Förderung des praktischen Lernens, Integration der verschiedenen Arbeits- und Lebenswelten, Sprachen und Sprechen lernen) sind nämlich erstens nicht neu, und sie werden zweitens nicht in den notwendigen, allerdings noch zu klärenden, Inhalts-Methoden-Rahmen eingepaßt, so daß auch hier nicht deutlich wird, wie die Umsetzung der Vorschläge in die Schulpraxis realistisch gelingen könnte. Die angebotenen Anregungen jedenfalls, sich an den »Jugend forscht«-Wettbewerben (und vergleichbaren Wettbewerben für Auszubildende) zu orientieren, um den Projektunterricht zu fördern (72), oder feste »Kooperationen zwischen einzelnen Schulen und existierenden Firmen« (ebd.) einzurichten, um das praktische Lernen zu fördern, lassen eine fundierte didaktische Durchdringung der Problemlagen deutlich vermissen.

Die Zusammenfassungen der Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden jeweils durch vorbereitende Fragestellungen eingeleitet, die dem Leser bzw. der Leserin einen Überblick über zentrale Fragestellungen der heutigen (schul-)bildungspolitischen Diskussion geben. Die Zusammenfassungen zu den Arbeitsgruppenthemen »Allgemeinbildung und Spezialisierung«, »Internationalisierung und nationale Identität«, »Brauchen wir in den Schulen andere Formen und andere Ziele des Lernens?«, »Ist das Berechtigungswesen noch zeitgemäß?« sowie »Brauchen wir andere Eliten?« sind ebenfalls informativ, auch wenn die notwendige Einordnung in den Gesamtrahmen der Diskussion fehlt.

Insgesamt werden zu den oben erwähnten Hauptfragestellungen des Symposiums deutliche Antworten geliefert, nicht zuletzt auch durch die im Anhang befindlichen Ergebnisse der diese Tagung vorbereitenden Interviews, mit deren Hilfe ein möglichst breites Spektrum von Erwartungen an die Schule ermittelt werden sollte. Ein »Wermutstropfen« muß dennoch festgehalten werden: Aus Zeitgründen mußte die Befragung auf Vertreter der Wirtschaft begrenzt werden. Ob dies tatsächlich deshalb oder aus anderen, nicht erwähnten Gründen geschah, sei dahingestellt. Kritisch anzumerken bleibt, daß dadurch zum Schluß des Buches wieder eine Einseitigkeit hergestellt wird, die den selbstgesteckten Zielen und Ansprüchen des Symposiums zuwiderläuft und zu einer Verengung und Verkürzung der Betrachtungsweise führt. Daran ändert auch nichts, daß zu guter Letzt doch noch ein Nicht-Wirtschaftsvertreter zu Worte kommt. Schade!

Heiner Paffenholz (Oldenburg)

Faulstich, Peter, Hannelore Faulstich-Wieland, Ekkehard Nuisl, Johannes Weinberg, Christiane Brekmann-Nooren und Hans Dietrich Raaphe: Weiterbildung für die 90er Jahre. Gutachten über zukunftsorientierte Angebote, Organisationsformen und Institutionen. Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung, Bd. 17. Juventa Verlag, Weinheim und München 1992 (216 S., br., 29,80 DM)

Das Gutachten, mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und der GEW erschienen, setzt sich mit den Problemen auseinander, denen sich die Erwachsenenbildung zum Ende dieses Jahrhunderts stellen muß. Es entwickelt Leitlinien für die Organisation und Institutionalisierung der Weiterbildung als Grundlage für Handlungsforderungen der Gewerkschaften. Die Analysen zeigen das Dilemma des Weiterbildungsbereichs. Beispielsweise tummeln sich im Bereich der Informationstechniken eine Vielzahl von Weiterbildungsanbietern, was zu einer Potenzierung der »insgesamt zu kritisierenden Intransparenz und Diffusität der Institutionen und Programme« führt (23). Dies führt häufig zu Weiterbildungsveranstaltungen, bei denen »eine Dominanz der Vermittlung von instrumenteller Kompetenz besteht« (29). Dagegen wird die Idee einer ganzheitlichen und polytechnischen Bildung gesetzt. Die Herausforderungen der Umweltkrise, der Frauenbewegung und der multikulturellen Gesellschaft sind zentrale Themen, denen sich die Weiterbildung zu stellen hat. Erwachsenenpädagogisch relevante Ansätze werden jedoch häufig fern ab von den institutionalisierten Bereichen angetroffen.

Die Leitlinien zur Organisation der Weiterbildung stellen die Begriffe der »Lernökologie« und der »Bildungszeit« in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Lernökologie meint, »daß der Lernort, seine Umgebung und der Zugang zu ihm für die Lernenden und für das Lernen wichtig ist« (92). Dazu werden drei typische Lernorte unterschieden: institutionalisierte Weiterbildung, Betrieb/Arbeitsplatz, sozialer und kultureller Alltag (93). Mit Bildungszeit ist die Zeit des Lernens gemeint, die Arbeitszeit und Freizeit penetriert und die Dichotomie beider auflöst. Lange schien die Bildungszeit naturgegeben am Ausgang des Jugendalters zu enden. »Der immer raschere Umschlag von Technologien vermindert die Geltungsdauer einmal erworbener beruflicher Qualifikationen; zunehmende internationale Verflechtungen erhöhen die Schwierigkeit, die Ursachen von Problemen zu durchschauen; veränderte alltägliche Lebensverrichtungen erzwingen immer häufiger ein Erlernen neuer und Verlernen eingeübter Verhaltensweisen.« (112) Die Bildungszeit nimmt einen immer größeren Raum im Leben der einzelnen ein. Doch die Gewichte sind sehr ungleich verteilt. »Von den Personen mit Hochschulabschluß hat jede zweite im Laufe des Jahres 1985 an Weiterbildung teilgenommen, von denjenigen mit einer abgeschlossenen Lehre oder dem Besuch einer Berufsfachschule war es noch etwa jeder vierte bis fünfte, von denjenigen ohne Berufsausbildung (also von denen, die es am nötigsten hätten) noch nicht einmal jeder zehnte.« (113)

Die Leitlinien zur Institutionalisierung zeigen die Erwachsenenbildung »in einer Phase des Übergangs« (154) vom sich etablierenden quartären Bildungsbereich hin zu einem gesellschaftlichen Subsystem, das die »Herausverlagerung von Lernaufgaben aus primären gesellschaftlichen Institutionen« (155) gewährleistet. Folgende Kritikpunkte an der gegenwärtigen »Systemstruktur der Erwachsenenbildung« (161) werden festgehalten: (1) »Die Organisation der Erwachsenenbildung erfüllt die Interessen der abhängig Beschäftigten nicht, sondern verstärkt die Bildungskumulation und festigt Bildungsprivilegien. (2) Neben dieser 'Beteiligungslücke' gibt es auch eine 'Angebotslücke', die darin besteht, daß die Programme keineswegs alle notwendigen Themen hinreichend aufgreifen, sondern oft hinter gesellschaftlich entstandenen Problemen hinterherhinken. (3) Die 'pluralistische' Gesamtstruktur des bestehenden

Erwachsenenbildungssystems begünstigt die mächtigen Träger und fördert deren Interessen z.T. auch gegen die Interessen potentieller TeilnehmerInnen.« (161f)

Die in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen getroffenen Weiterbildungsvereinbarungen zeigen, daß die »Gewerkschaften die ihnen heute schon zur Verfügung stehenden Regelungsinstrumente für die berufliche Weiterbildung nicht voll nutzen« (170). Dies mag auch daran liegen, daß den Betriebsräten »Erfahrungen, Kompetenzen und vor allem zeitliche Ressourcen« (175) für eine qualifizierte Auseinandersetzung fehlen. Daher ist es für gewerkschaftliches Handeln notwendig, ein bundesweites Weiterbildungsinformations- und -beratungssystem aufzubauen, vorbereitende und begleitende Qualifizierungsmöglichkeiten für haupt- und nebenberuflich Tätige in der Weiterbildung zu schaffen, berufliche und allgemeine Weiterbildung miteinander zu verbinden und »Support-Strukturen« (210) zu realisieren.

Das Gutachten ist eine Bestandsaufnahme der Weiterbildung zu Beginn der neunziger Jahre, die ihresgleichen sucht. Mit kompetenter Akribie wird der Zustand der Weiterbildung offen gelegt. Würde sich die gewerkschaftliche Weiterbildungspolitik hieran orientieren, so wäre einiges gewonnen. Doch seien auch die Mängel benannt: Da es ein 'Gewerkschaftsgutachten' ist, fehlt der Bereich der Arbeitslosen fast völlig. Die Instrumentalisierung der Weiterbildung wird zwar häufig betont, doch fehlen die Gegenstrategien. Das Vertrauen auf gewerkschaftliches Handeln scheint zu groß. Die Forderung nach Weiterbildungsmöglichkeiten für jede(n) muß zur Grundforderung gewerkschaftlicher Weiterbildungspolitik werden. Michael Bauer (Bötzingen)

Eggert-Schmid Noerr, Annelinde: Geschlechtsrollenbilder und Arbeitslosigkeit. Eine gruppenanalytische Studie. Mathias Grünewald Verlag, Mainz 1992 (238 S., br., 38,- DM)

Gegenstand der Studie ist die Thematisierung und Bearbeitung von Arbeitslosigkeit in Arbeitslosengruppen. Die Autorin untersucht mit einem an Lorenzer angelehnten tiefenhermeneutischen Konzept subjektive Verarbeitungsformen von Langzeitarbeitslosigkeit. Die Gruppendiskussion versteht sie nach Foulkes als Gewebe von individuellen und kollektiven Beziehungsfiguren, die sich im Laufe der Geschichte einer Gruppe zu einer Matrix verdichten. Sie eignen sich so besonders zur Untersuchung kollektiver Wahrnehmungsmuster, Widersprüche und Abwehrstrategien, da innerhalb einer Gruppe ein spezifisches Netz von Interaktionen entsteht, die mehr sind als die Summe der Erfahrungen der einzelnen. Sie sind in diesem Sinne Konfigurationsanalyse. Ihr *pädagogisches* Ziel ist, bisher nicht Mitteilbares in sprachliche Ausdrucksformen zu übersetzen und damit Reflektion der gemeinsamen und individuellen Erfahrungen möglich zu machen.

Annelinde Eggert-Schmid Noerr hat sechswöchige Kurse zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten von Arbeitslosen (Maßnahmen nach §41ga AFG) geleitet, in denen u.a. Gruppengespräche zum Austausch der Erfahrungen mit Arbeit und Arbeitslosigkeit stattfanden. Die TeilnehmerInnen dieser Gruppen waren davor im kaufmännischen Bereich tätig gewesen. Die Diskussionen wurden auf Video oder Tonband aufgezeichnet, vertextet und interpretiert. Das Material der Autorin besteht aus über 60 Gruppendiskussionen, aus denen sie exemplarisch vier etwa jeweils halbstündige Sequenzen dokumentiert und analysiert.

Auf der manifesten Ebene stehen im Vordergrund die Thematiken drohender Verarmung, fehlender Zeitstrukturierung, der Veränderung der sozialen Kontakte und der ohnmächtigen Suche nach Strategien zur Veränderung der Situation. Diese Probleme machten sich an typischen Konfliktkonstellationen innerhalb der Gruppen – Männer gegen Frauen, Ausschluß eines Mitgliedes – fest. Insgesamt werden in den

Diskussionen innere Szenarien sichtbar, die auf Erlebnisfiguren und Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit verweisen und zugleich Metaphern für lebensgeschichtlich frühe Szenen sind, die durch die Arbeitslosigkeit wiederbelebt werden. Zentral ist die Infragestellung eigener persönlicher Autonomie, die mit Abhängigkeit, Ohnmacht, Hilflosigkeit einhergeht. Insofern bedeutet Arbeitslosigkeit in vielen Fällen eine schwere Regression. (Die damit verbundenen schweren Ambivalenzen scheinen im kaufmännischen Bereich um so gravierender zu sein, als dort die Arbeitsanforderungen relativ diffus mit der Persönlichkeit des Angestellten und dessen Selbst- und Fremdbewertung zusammenfallen.) Psychoanalytisch betrachtet ist die Wiederbelebung der – geschlechtsspezifisch unterschiedlich verlaufenden – Separationsproblematik der unbewußte Kernkonflikt, der durch die Arbeitslosigkeit aktualisiert wird. Auf der einen Ebene handelt es sich um eine Ich-Regression, die eine Schwächung der Ich-Funktionen zur Folge hat. Auf der Ebene der Objekte leben omnipotente Wünsche wieder auf und können zur Folge haben, daß sowohl großartig phantasierte Objekte wie negative Elternfiguren introjiziert werden. Beide Teilprozesse können zu einem sich selbst verstärkenden Kreislauf, einem Dauerkonflikt zwischen der Angleichung an die Realität und den verinnerlichten Normen und Erwartungen führen. Auf einer pragmatisch pädagogischen Ebene kann es angesichts der letztlich unaufhebbaren Widersprüche nur darum gehen, diese Prozesse bewußt und dadurch aushaltbarer zu machen, damit Entscheidungen möglich werden, die sowohl den gegebenen Restriktionen wie den verbleibenden Möglichkeiten gerecht werden können. Damit kann eine chronisch destruktive Reaktion, die ebenfalls nicht selten ist, vermieden werden.

In einer kritischen Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen entwickelt die Autorin eine pädagogische Konzeption der Arbeit in Arbeitslosengruppen. Damit will sie ermöglichen, selbst-destruktive Tendenzen zugunsten einer Stärkung oder Wiederbelebung der Fähigkeit zur aktiven Auseinandersetzung zurückzudrängen. Der Gruppenprozeß hat dabei gegenüber der individuellen Beratung den Vorteil, eine Balance zwischen der Einschätzung der eigenen Beteiligung und dem Leiden, das durch die Arbeitslosigkeit dem einzelnen zugefügt wird, zu ermöglichen. In dieser Weise kann in den Gruppenprozessen eine Vertiefung der Kommunikation erreicht werden, die die individuelle und kollektive Flucht in Inszenierungen tendenziell überflüssig machen. Dies gelingt in dem Maße, wie die Fähigkeit der Gruppenmitglieder verbessert wird, den Prozeß und das eigene Agieren darin szenisch zu verstehen. Der Selbstdeutungsprozeß der Gruppe kann dazu führen, daß in der Gruppe eine ausgewogene Balance zwischen regressiven und progressiven Impulsen erreicht wird und die einzelnen zu einer größeren Autonomie befähigt werden.

Karl August Chassé (Jena)

Psychologie

Hermanns, Ludger M. (Hrsg.): Psychoanalyse in Selbstdarstellungen. Bd. 1. edition diskord, Tübingen 1992 (415 S., br., 56,- DM).

In den Wissenschaftsdisziplinen, welche die Silbe psy in ihrem Namen führen, gehört es beinahe zum guten Ton, reflektierende Selbstdarstellungen zu sammeln und herauszugeben. Die Aufnahme eines Fachvertreters (es handelte sich bisher fast ohne Ausnahme um Männer) in einen solchen Band quittiert diesem, daß sein Lebensweg für das gesamte Fachgebiet als würdig, repräsentativ und lehrreich gilt. Wer zum Kreis der Auserwählten zählt, verfügt nach Ansicht der Herausgeber in hohem

Maße über Begabung, selbstloses Engagement und Erfolgsstreben, also über wichtige personale Faktoren der Wissenschaftsentwicklung. Im Grunde genommen ernennen die Herausgeber mit ihrer Wahl die eigentliche Elite einer Disziplin, die je nach Weitsichtigkeit nicht nur Kontinuität und Leistung, sondern wie im Falle der Aufnahme Freuds in die »Medizin der Gegenwart in Selbstdarstellungen« (1925) auch deren alternatives Potential verkörpert. Den LeserInnen bieten Selbstdarstellungen von Wissenschaftlern die seltene Möglichkeit, biographische Aussagen, die ein allgemeinschliches Interesse berühren, mit wissenschaftshistorischem Material zu verknüpfen, das Erkenntnis- und Forschungsinteressen stillen kann.

Der von dem Berliner Psychoanalytiker Ludger M. Hermanns herausgegebene erste Band *Psychoanalyse in Selbstdarstellungen* (weitere sind geplant) vermeidet die beschriebene selektive Wertung, ohne mit den positiven Traditionen der Selbstzeugnisse deutschsprachiger Wissenschaftler zu brechen, die vor allem in einer literarisch dargebotenen Mischung aus Erkanntem und Erlebtem bestehen. Hermanns betrachtet offensichtlich die in einer bestimmten Zeit unbequeme Entscheidung, PsychoanalytikerIn zu werden einschließlich der Überzeugung, das Trauma des Nationalsozialismus letztlich produktiv überwunden zu haben als Ausweis dafür, der Achtung und Aufmerksamkeit kommender Generationen sicher sein zu können. Nicht die akademische Position und der wissenschaftliche Ruf, sondern die Pflege des kritisch-selbstreflektierenden Denkens als methodisches Prinzip, ein hohes Arbeits- und Lebensalter sowie die Bereitschaft, ein persönliches Bekenntnis abzugeben (die leider einige nichtemigrierte deutsche PsychoanalytikerInnen nicht besaßen), qualifizierten dazu, in diesem Band zu Wort zu kommen.

Das Ergebnis spricht für die Strategie des Herausgebers, der mit seinem Buch der Psychoanalyse als einem dynamischen geistigen und moralischen Identifikationsmuster Hochachtung zollt. Die neun Selbstzeugnisse widerlegen den gängigen Verdacht der Nivellierung von Individualität, dem PsychoanalytikerInnen als Produkt einer weitgehend identischen beruflichen Sozialisierung ausgesetzt sind, und offenbaren eine qualitative Vielfalt der Lebensformen, die von praktizierter Selbstbeschränkung (bei Jaques Berna) bis zu elitärem künstlerischem Bewußtsein (bei Edeltraud Meistermann-Seeger) reichen. Dennoch gibt es einen tragenden gemeinsamen Nenner der Autobiographien. Er besteht in der Konfrontation junger suchender Intellektueller mit der von Frederick Wyatt in seinem Beitrag als willkürlich und verzweifelt beschriebenen Realitätsverleugnung der europäischen Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen und in der daraus folgenden Notwendigkeit, die Zeit des Naziterrors zu bewältigen, der den Lebensnerv aller traf. Diese Bewältigung gelang ihnen sowohl durch innere Emigration als auch auf recht abenteuerliche Weise durch Flucht und Widerstand.

Der unterschiedliche Charakter der autobiographischen Skizzen ergibt sich aus den jeweils ganz persönlichen Bindungen an einzelne Aspekte der Psychoanalyse. Insofern dokumentieren diese Selbstzeugnisse die realen Möglichkeiten einer inneren Entfaltung des psychoanalytischen Systems. Während einige ihr Lebenswerk der Kinderpsychoanalyse und Psychologie der Entwicklung und Erziehung widmeten, befaßten sich andere mit erkenntnistheoretischen und literaturwissenschaftlichen Implikationen der Psychoanalyse. Während sich manche mit dem Fokaltraining beschäftigten, konzentrierten sich andere auf die klassische Ausbildung und ihre Einrichtungen. Einige wiederum hingen der Grundlagenforschung im akademischen Stil an, andere hingegen verwirklichten die lebendige Psychoanalyse, indem sie tatkräftig halfen. Hier imponiert besonders das Engagement von Hans Keilson und Judith S. Kestenbergl für versteckte und überlebende jüdische Kinder. Keilsonsl Theorie

der sequentiellen Traumatisierung von NS-Opfern, mit der er den repressiven Zügen der Gutachterpraxis der Nachkriegszeit entgegentrat, ist ein überzeugendes Beispiel für die aktuelle soziale Relevanz psychoanalytischen Denkens.

Der Eindruck erstaunlicher Vielfalt entsteht des weiteren durch den unterschiedlichen inneren Abstand, den sich die neun PsychoanalytikerInnen von der Institution Psychoanalyse und ihren Glaubenssätzen erarbeitet haben. Bezogen auf diesen sensiblen Mittelpunkt eigener Identität schwanken die Aussagen nicht nur interindividuell, sondern manchmal sogar im Rahmen eines Aufsatzes. Zum Beispiel empfindet Jaques Berna die Kritik an dem starren Establishment der Psychoanalyse aus linksliberaler Sicht als unberechtigt, möchte die Psychoanalyse selbst aber nur als ein Instrument der Wahrheitsfindung unter anderen Instrumenten verstanden wissen. Bei Edeltraud Meistermann-Seeger stehen naive, sich eine Regression auf einfache Polarisierungen bewußt gestattende Äußerungen (»daß man in der Bibel wie bei Freud alles finden kann«; 161) neben hochdifferenzierten Überlegungen zur Liebesfähigkeit des Menschen, die aus einem kreativen Hineinspinnen in die psychoanalytische Ideenwelt entstanden sind. Erwähnenswert ist schließlich die deutlich werdende kräftezehrende Auseinandersetzung der PsychologInnen unter den AutorInnen einerseits mit ihrer Herkunftsdisziplin und andererseits mit den standesbewußten ärztlichen KollegInnen in den Emigrationsländern. Zur Klärung des Verhältnisses von Psychoanalyse und akademischer Psychologie steuern die Beiträge insgesamt aufschlußreiche Details bei.

Kritisch anzumerken bleibt die mangelnde Reflexion der in Deutschland verbliebenen PsychoanalytikerInnen über die Voraussetzungen ihrer dortigen Ausbildung und Tätigkeit (z.B. als Luftwaffenpsychologe wie Lambert Bolterauer), deren Anschein von Normalität gerade von ihnen rückblickend hätte hinterfragt werden müssen. Aber auch solche Passagen runden die Grundaussage dieser Quelle einer oral history treffend ab: Die Sozialisation zum Psychoanalytiker bzw. zur Psychoanalytikerin ist ein individueller Reifungsprozeß, der auch dann gelingen kann, wenn er den Vorgaben der psychoanalytischen Innung spät und bedingt genügt, und setzt nicht automatisch in den Stand, begreifendes und handelndes Subjekt der Geschichte zu werden.

Christina Schröder (Leipzig)

Simmel, Ernst: Psychoanalyse und ihre Anwendungen. Ausgewählte Schriften. Hrsg. v. L.M. Hermanns u. U. Schultz-Venrath. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M 1993 (352 S., br., 26,90 DM).

Obwohl Ernst Simmel (1882-1947) erst während des Ersten Weltkrieges zum un-mittelbaren Kreis der Freud-Anhänger stieß, gehört er zu den namhaften Psychoanalytikern der ersten Generation und repräsentiert in hohem Maße den auf somatische Einbettung, klinische Anwendung und sozialpolitische Veränderungen bedachten ärztlichen Verfechter des psychoanalytischen Denkens. Seine Arbeitskraft floß in erster Linie in den Aufbau des Berliner psychoanalytischen Instituts und dessen Poliklinik sowie in das von ihm 1927 in Betrieb genommene Sanatorium Schloß Tegel, der ersten psychoanalytischen Modellklinik in der Geschichte der psychoanalytischen Bewegung. Sicher auch aus diesem Grund hinterließ Simmel kein geordnetes und aus großen Monographien bestehendes Werk. Seine Veröffentlichungen umfassen vor allem Zeitschriftenartikel und Diskussionsbeiträge, die seit ihrem ersten Erscheinen schwer zugänglich wurden, was einer direkten Rezeption von Simmels Ideen auch unter PsychoanalytikerInnen im Wege stand.

Die von den Simmel-Kennern Ludger M. Hermanns und Ulrich Schultz-Venrath herausgegebene chronologische Auswahl der Arbeiten Simmels gewährt jetzt einen

umfassenden Einblick in dessen wissenschaftliche, therapeutische und aufklärend-publizistische Tätigkeit zwischen 1918 und 1947. Ein Teil dieser Arbeiten wurde mit Sachverstand und Akribie aus dem Englischen übersetzt. Außerdem macht die vorliegende Werkauswahl soweit mit Simmels eigenständigen Auslegungen und Neuerungen der psychoanalytischen Theorie vertraut (z.B. mit der Annahme einer frühen gastrointestinalen Phase der Libidoorganisation, aus der orale und anale Libidoqualitäten entstehen), daß deren empirische Basis und deren unterschiedliche Anwendungsaspekte kritisch überprüft werden können. Dadurch eröffnet diese Ausgabe die Möglichkeit, Simmels Beiträge zur psychoanalytischen Theorienbildung historisch abzugrenzen und neu zu rezipieren.

Als durchgehende Schwerpunkte des Lebenswerkes, welches allein wegen Simmels Engagement für den Verein sozialistischer Ärzte in Berlin nicht mit dem anderer PsychoanalytikerInnen gleichgesetzt werden kann, zeichnen sich folgende Themen ab, mit denen sich Simmel vor und nach der Emigration kontinuierlich beschäftigte: Ursachen und Folgen von Kriegsneurosen, Ätiologie und Therapie psychosomatischer Störungen, stationäre psychoanalytische Behandlung von Psychosen, Massenpsychopathologie (besonders in Form des Antisemitismus), sozialpolitische Konsequenzen einer psychoanalytisch fundierten Psychohygiene. Im Rahmen dieser Themen wird Simmels Bemühen um eine psychoanalytische Kurzzeittherapie deutlich, die er leider nicht explizit ausarbeitete. Auf jedem Gebiet trat Simmel als zugleich unorthodoxer und prinzipientreuer Psychoanalytiker hervor, der das psychoanalytische Kapital schöpferisch und systematisch einzusetzen suchte. Daß er hin und wieder den Bogen überspannte und sich in Spekulationen verding, erhöht die Glaubwürdigkeit seines Anliegens.

Die Schriftenauswahl wird durch eine biographisch-werkgeschichtliche Skizze und eine Gesamtbibliographie abgerundet. Letztere stellt wiederum eine wichtige Quelle für benachbarte wissenschaftshistorische Analysen dar. Da die Herausgeber die einzelnen Arbeiten nicht kommentieren und die historische Einführung nur indirekte Hinweise auf deren Entstehungszusammenhänge gibt, kann der reiche Kontext der Schriften nur von solchen LeserInnen ausgeschöpft werden, die bereits über Spezialwissen zur Geschichte der Psychoanalyse verfügen. Das schmälert den Anregungsgehalt des Buches für aufgeschlossene »psychoanalytische Laien«, die sich vom Titel der Taschenbuchreihe »Geist und Psyche« angesprochen fühlen. Um die bewußte historische Einordnung der Arbeiten zu erleichtern, wäre die Angabe des ursprünglichen Erscheinungsjahres als Bestandteil der Überschrift wünschenswert gewesen.

Christina Schröder (Leipzig)

Geschichte

Pipes, Richard: Die Russische Revolution. Der Zerfall des Zarenreiches, Bd.1. Rowohlt-Verlag, Berlin 1992 (639 S., Ln., 78,- DM) (I)

Pipes, Richard: Die Russische Revolution. Die Macht der Bolschewiki, Bd.2. Rowohlt-Verlag, Berlin 1992 (928 S., Ln., 78,- DM) (II)

»Dieses Buch ist der erste Versuch, eine umfassende Darstellung der Russischen Revolution vorzulegen, vermutlich das bedeutendste Ereignis in unserem Jahrhundert« (I, 13). Mit diesem durchaus hohen Anspruch beginnt Richard Pipes monumentale, auf vier Bände angelegte Darstellung der Russischen Revolution, von der drei erschienen sind. Selbstbewußt und in klarer Sprache beansprucht der durch viele Veröffentlichungen zur russischen Geschichte bekannte Harvard-Professor für

sich, die immensen Quellen zu diesem Forschungsgegenstand »kritisch« und ohne »geistige Zwangsjacke« »redlich wiederzugeben« (I, 17f). Eingelöst hat er diesen Anspruch nicht. Zu den Haupttätigkeiten beider Bände gehört Pipes Drang zur Ideologisierung und Simplifikation. Aus komplexen historischen Zusammenhängen werden monokausale Interpretationsschemata destilliert, die jener geistespolitischen Zwangsjacke entsprechen, der er eigentlich entfliehen wollte.

Gegegenstand des ersten Bandes sind das »Vorbeben« der Russischen Revolution von 1905, mit dem Pipes beginnt, und die Zerfallsperiode der zaristischen Autokratie bis zur Februarrevolution 1917. Abgesehen von einer lesenswerten Beschreibung der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte (Kap. 2 und 3), einer kurzen Explikation der Stolypinschen Agrarreformen (301-314) und der knappen Erörterung der sozialen Spannungen während des Ersten Weltkrieges (400-409, 423-430) konzentriert sich der Autor auf politische Implikationen, die die Zeit des sogenannten Verfassungsexperiments nach dem Oktober-Manifest (1905) von Nikolaus II (Kap. 5) sowie die Kriegs- und Revolutionsereignisse bis Februar 1917 umfassen (Kap. 5-8).

Von größerer Bedeutung ist hingegen die in Kapitel 4 entwickelte Fehldeutung über die Rolle der revolutionären »Intelligencija«, die beide Bücher begleitet und sich zum Strukturdefizit des gesamten Editionsprojekts zu entwickeln droht. Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Intellektuellen, meist adliger oder bürgerlicher Herkunft, für deren Entstehung neben einer radikalen Ideologie plus »rationaler Rezepte« auch die Möglichkeit bestehen muß, einen neuen »gesellschaftlichen und beruflichen Status« zu erlangen, um »ihre Gruppeninteressen« gegenüber dem alten – zu entmachtenden – Establishment geltend zu machen (218).

Pipes zufolge führte die intransigente, ja irrationale Haltung eines Großteils der russischen »Intelligencija« gegenüber dem sich im Wandel befindenden zaristischen Regime zu einer beispiellosen Gewaltorgie, die im »Roten Terror« gleich nach der Machtübernahme der Bolschewiki im Oktober 1917 ihren ersten Höhepunkt fand. Erst diese »Berufsrevolutionäre« bzw. »Manager« der Revolution entfachten mit ihren »Agitationskampagnen« eine »nationale Feuerbrunst« (ebd.). Demzufolge sind die Ziele der Volkstümlerbewegung des 19. Jahrhunderts, aus der sich die Sozialrevolutionäre Partei (SR) bildete, und der russischen Sozialdemokratie letztlich nur mit Gewalt zu erreichen. Macht dient ihren intellektuellen FührerInnen als Mittel zum Zweck, »der in einer Neuschaffung der menschlichen Art bestand« (15).

Den Ursprung des Übels sieht Pipes bereits in dem Anspruch solcher Denker wie Helvetius oder Locke, rationales und darauf aufbauend: erzieherisches Denken im Sinne des damaligen Fortschrittbegriffs einzusetzen (227). Konsequenterweise fungiert Rousseaus Begriff des »Gemeinwillens«, »der den Willen des Volkes als das definierte, was er der aufgeklärten 'Meinung'« der Intellektuellen zufolge war, als ideologische Grundprämisse der jakobinischen Diktatur und ihres »terreur« (235).

Das was Pipes in seinem Kapitel über Theorie und Praxis der russischen »Intelligencija« und ihrer intellektuellen Wegbereiter darzulegen versucht, gipfelt in dem Versuch, ähnlich wie es Ernst Nolte vorexerziert hat, einen unmittelbaren Nexus zwischen der marxistischen Theorie und der durchaus blutigen russischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert herzustellen. So figuriert die 11. Feuerbach-These von Marx für die Intellektuellen als Vehikel, menschliche Unzufriedenheit zu einer »Politik des Hasses« (244) gegen tradierte Institutionen und Werthaltungen zu instrumentalisieren: »Überzeugte Radikale fürchten eine Reform, weil diese sie ihres Einflusses beraubt und die Machtposition der Elite festigt; sie ziehen ihr die grausamste Unterdrückung vor. Das Schlagwort der russischen Revolutionäre – ... 'je schlimmer, desto besser' – sprach diese Haltung deutlich aus« (ebd.).

Pipes neigt dazu, Geschichte auf Ideen- und Personengeschichte zu reduzieren. Sozial- und organisationsgeschichtliche resp. soziologische Analysen dagegen fehlen. Seine Sympathien liegen eindeutig bei aufgeklärten Vertretern der Autokratie (Stolypin, Witte) oder Teilen der liberalen Opposition (personifiziert durch Peter Struwe), die sich nach der Ersten Russischen Revolution von 1905 immer mehr für eine »Reform von oben« durch die Regierung aussprachen.

Bereits im ersten Kapitel des zweiten Bandes (»Lenin und die Anfänge des Bolschewismus«) rekurriert Pipes auf seine eindimensionale Methode, russische, jetzt vorwiegend bolschewistische Revolutionäre, die er als Nachfolger der »Intelligencija« betrachtet, zu denunzieren. Demnach war »Haß Lenins vorherrschender Impuls« und »sein Sozialismus von Anfang an eine Lehre der Zerstörung« (II, 21). Lenins Politikverständnis, welches – von Nuancen abgesehen – stellvertretend für die bolschewistische Partei fungiert, wird mit »physischer Vernichtung wie auf dem Schlachtfeld« gleichgesetzt (II, 106). Etwas besser kommen dabei Menschewiki und SR weg, deren Engagement für die provisorische Regierung Pipes insgesamt positiver beurteilt. Hätte Pipes neueren Forschungsergebnissen – z.B. A. Rabinowitsch: *Prelude to Revolution* (1991) – mehr Beachtung geschenkt, wäre ihm sicherlich nicht der kapitale Lapsus unterlaufen, die spontanen Massenaufstände in Petrograd im Sommer 1917 mit einer bolschewistischen Verschwörung zu verwechseln (143-165). Überhaupt mangelt es beiden Büchern an neuerem Quellen- und Forschungsmaterial. Bei solch einer voluminösen Edition hätten Forschungsergebnisse der achtziger Jahre berücksichtigt werden müssen.

Neben der erfolgreichen Planung und Durchführung des Oktoberaufstandes (Kap. 2 und 3), dem »Aufbau des Einparteienstaates« (Kap. 4), dem Frieden von Brest-Litowsk (Kap. 5), der Internationalisierung der Revolution (Kap. 6) werden auch der Kriegskommunismus (Kap. 7) und seine Auswirkungen auf die Dörfer (Kap. 8) geschildert. In der Darstellung der genannten Sachverhalte überwiegt bei Pipes erneut eine pauschale Schuldzuweisung zu Lasten der Bolschewiki. Anstelle dessen hätte viel stärker die Wechselwirkung zwischen innenpolitischer Zuspitzung (Bürgerkrieg und Kriegskommunismus) und außenpolitischer Bedrohung (Boycott und Militärintervention) betrachtet werden müssen. So kann es nicht überraschen, daß die Ermordung der Zarenfamilie (Kap. 9) und der »Rote Terror« im Kontext der bolschewistischen Herrschaft (Kap. 10) breiten Raum einnehmen. Letzterer ist für Pipes die logische Folge der siegreichen Revolution und korrespondiert mit der erwähnten marxistischen Ideologie der »Intellektuellen«, wobei aus dem Zusammenhang gerissene Lenin- oder Trotzki-Zitate (z.B. 754f) als Belege dienen. Vom »Weißen Terror« ist dagegen nichts zu lesen. Selbst die ausländischen Interventionsarmeen, die Rußland 1917/18 bedrohen, sind für Pipes das Ergebnis einer bolschewistischen Provokation (555).

Es ist an der Zeit, ein Standardwerk über die Ergebnisse der Russischen Revolution und ihre Folgeentwicklung zu verfassen. Der vorgelegte Versuch ist gescheitert und es steht zu befürchten, daß die beiden Folgebände ein ähnliches Niveau erreichen werden.

Jens Becker (Dietzenbach)

Beyrau, Dietrich: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917-1985. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1993 (344 S., br., 48,- DM)

Wie eine der viel erzählten sarkastischen Anekdoten aus realsozialistischen Zeiten klingt es, was Beyrau in seinem ersten Buch über das Leben, Leiden und Neuwerten der russischen Intelligenz im 20. Jahrhundert als tragikomische Äußerung

permanenter Gewissensnöte schildert: Um den vom Vorsitzenden des russischen Schriftstellerverbandes Ende 1969 dekretierten Ausschluß Solschenydzins aus dem Rjasaner Verband nicht verantworten zu müssen, unterzog sich dessen erster Sekretär nach seiner Rückkehr vom Moskauer Befehlsempfang einer Blinddarmoperation. Die Vergatterung zum »richtigen« Abstimmungsverhalten, dem auch Belohnungen wie die Zusage für die Vergabe einer Wohnung winkten, oblag nunmehr dem Agit-Prop-Sekretär des Partei-Rayonkomitees. Gewitzt aus lebenslanger Erfahrung mit politischen Kampagnen der stalinistischen und poststalinistischen Sowjetgesellschaft, die im schnellen, kaum nachvollziehbaren Wechsel oft genug das genaue Gegenteil des zuvor Proklamierten zur Maxime erhoben und mit existentieller Gefährdung verbunden waren, schossen in der nun folgenden Sitzungsrunde des Rjasaner Verbandes die Rückversicherungen einen makaberen Kobolz. Beyrau zitiert: »Wenn Solschenydzin jetzt ausgeschlossen wird, später wieder aufgenommen wird, dann wieder ausgeschlossen wird, dann wieder aufgenommen wird ... an welchen Beschluß sollen sich jene halten, die der heutigen Verhandlung ferngeblieben sind, wo sollen sie einen zweiten Blinddarm hernehmen?« (204)

Keine Veröffentlichung ist ohne Ecken und Kanten. Die gibt es auch hier. Insbesondere da, wo es um die Vorgeschichte der russischen »Intelligencija« und die angebliche Kontinuität des petrinischen Verständnisses (28, 73) als Klammer für die Fortsetzung des großrussischen Reiches geht. Streitbar bleibt auch der Geltungsbereich für das Phänomen »Intelligencija«. Was die einen als historisches Auslaufmodell schon allein auf Grund des Zeitfaktors, aber auch wegen der verhängnisvollen Folgen von Ausweisung, physischer Vernichtung, Repressalien verschiedenen Ausmaßes und »Umerziehung« verstehen, bedeutet für die anderen Neubelebung historisch Überkommenen. Da Beyrau offensichtlich zu letzteren gehört, verzichtet er auf die eigentlich notwendige Grenzziehung zwischen dem Stalinismus und dem Ende der »Intelligencija«.

Für den interessierten Leser ist das Bild, das Beyrau von der Verquickung zwischen Intelligenz und Macht zeichnet, deshalb so akzeptabel, weil es Raum für den eigenen Erkenntnisprozeß läßt. Seine dezidierte Haltung gegen eine »simple Gegenüberstellung von Geist und Macht« (262) verdeutlicht sein geschriebenes Wort. Obwohl er die stalinistische Indoktrination als Muster wählt, geht er weit über die bloße Schilderung dieses Zustandes hinaus. Da gleiches und ähnliches sich in den Erziehungsdiktaturen der dem sowjetischen Beispiel folgenden Staaten vollzog, lesen sich die Passagen, die die Verhaltensmuster der russischen Intelligenz behandeln, wie eine Geschichte der Intelligenz im »Sozialismus«.

Beyrau folgt ganz seinem eingangs postulierten Vorsatz, das Verhältnis zwischen totalem politischem Führungsanspruch und individuellen und gruppenspezifischen intellektuellen Verhaltensweisen (7) nachzuzeichnen. In den beiden ersten Kapiteln nutzt er dafür die aus der einschlägigen Literatur bekannten, treffenden Beispiele, die die Konflikte der Sowjetisierung der russischen Intelligenz und Kultur verdeutlichen. Im dritten Kapitel beleuchtet er, wie sich aus totaler Unterwerfung und Verfügbarkeit der russischen Intellektuellen der Dissens entwickelt und zur Herausbildung einer moralischen Gegenelite geführt hat.

Beyraus historische Analyse »verweigert sich dem Reiz« (ebd.), aus der Not der Ratlosigkeit nach dem Ende eines an sich selbst erstickten Regimes die aktuell-gängige Tugend einer »Aufarbeitung« der Geschichte zu machen. Auch das ließ seine Darstellung ein ernstes Buch werden, weil es um die Offenheit der Geschichte nicht nur nach vorn, sondern auch im Hinblick auf Vergangenes weiß.

Jutta Petersdorf (Berlin)

Hedeler, Wladislaw, und Ruth Stoljarowa: Nikolai Bucharin. Leben und Werk. Decaton Verlag, Mainz 1993 (160 S., br., 24,- DM)

Auf dem Höhepunkt der Perestrojka lautete eine in Ost und West heftig diskutierte Frage, ob Gorbatschow ein Bucharinist sei. Mit dem Scheitern der Perestrojka, deren Schicksal durch den zweiten Staatsstreich Boris Jelzins und der anschließend mit westlicher Unterstützung betriebenen Zerstörung der Sowjetunion besiegelt wurde, ist diese Frage erledigt. Aber ist damit auch das Interesse an Bucharin erledigt? In der Diskussion in Deutschland wird versucht, die Diskussion um Bucharin wieder neu zu beginnen, Anlaß dafür war ein in *Sozialismus* (9/1993) publizierter, bisher unbekannter Brief Bucharins aus dem Gefängnis an Stalin. Wie schon bei der ersten Diskussion Gorbatschow und dessen Perestrojka, so droht jetzt ein in äußerster Bedrängnis, der Nähe des Todes, geschriebener Brief die historische Gestalt Bucharins erneut zu verstellen. Freilich ist das Werk, die Bedeutung eines Menschen nicht von seiner letzten Tat her zu verstehen – ob dieser Mensch »mehr Licht« forderte, die Erde sich wieder drehen ließ oder an seinem Leben hing, wie jeder normale Mensch, und alle Möglichkeiten aus der Hölle, die es nur auf Erden gibt, zu entkommen, zu nutzen versuchte. Statt neuer Hagiographien, die »Heilige« präsentieren, die keine Entwicklung durchmachen, sich nie irren oder Fehler begehen, wird ein Bild des ganzen Menschen, seiner ihn fördernden und seiner ihn zerstörenden Lebensumstände benötigt. Muß nicht Bucharins Aufstieg zum »Liebling der Partei«, zum bedeutenden Theoretiker der Kommunistischen Internationale und personifizierten Alternative zu Stalins »Generallinie« immer in Verbindung zur Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft und ihres Rückfalls in terroristische Methoden der Menschenführung und Gesellschaftsentwicklung gesehen werden?

Das vorliegende Buch zu Bucharins Leben und Werk kommt daher gerade zur rechten Zeit. Es verbindet die russische Gesellschaftsentwicklung mit dem wechselnden Beitrag, den diese herausragende Persönlichkeit jeweils beizusteuern hatte. Dabei stützen sich Hedeler und Stoljarowa auf neueste sowjetische Literatur zum Thema, die sie damit den deutschen Lesern in zusammenhängender und verständlicher Weise nahebringen. Entsprechend der Spannweite des Themas konzentrieren sich die AutorInnen in den sechs Kapiteln auf Kindheit, Exil, der Wandlung vom »linken Kommunisten« zum Anhänger der NÖP, den Fraktionskampf gegen Trotzki, der in der eigenen Niederlage gegen Stalin endete. Die letzten beiden Kapitel gelten dem Sturz des Cheftheoretikers Bucharin und seinen letzten Lebensjahren.

Die AutorInnen eröffnen Sichten, die dazu auffordern, Bucharins Beitrag zum Marxismus neu zu durchdenken und nach seiner Aktualität zu befragen. Die Fragen nach dem oder den Sozialismusmodellen, die Diskussion der Beziehung von Staat (bzw. Partei) und Wirtschaft, linker Diskussionskultur und (historischem wie aktuellem) Vulgärmarxismus, erweisen sich als beachtenswert von China bis Hamburg.

Zum Schluß des Buches wird die Bescheinigung aus dem Jahre 1988 zitiert, worin zu lesen ist, daß der Prozeß gegen Bucharin revidiert und dieser posthum rehabilitiert wurde. Das gehört zu den merkwürdigen – und in diesem wie in tausend anderen Fällen bitter notwendigen – Ritualen der Sowjetunion, die es nun nicht mehr gibt. Ob freilich Bucharin wirklich in das Leben der sozialistischen und ArbeiterInnenbewegung zurückkehrt, entscheidet sich durch die Aneignung und Diskussion seiner Beiträge. Bücher, wie das hier vorgelegte, sind dafür die Voraussetzung. Das Buch ist verständlich geschrieben, es enthält eine vorläufige Bibliographie über Leben und Werk, eine vollständige, wissenschaftliche ist von Hedeler in Vorbereitung.

Wolfgang Haible (Stuttgart)

Verfasser/innen

V: =Veröffentlichungen A: =Arbeitsgebiete M: =Mitgliedschaften

- Altrichter, Herbert**, 1954; Dr., Prof. für Wirtschaftspädagogik an der Univ. Innsbruck. V: *Lehrer erforschen ihren Unterricht* (Mitautor, 1990, engl. 1993); *Bildung in Österreich* (Mitautor, 1992); *Ist das noch Wissenschaft?* (1990). A: Schulentwicklung, Aktionsforschung, Methodologie
- Andresen, Sünne**, 1958; Dipl.-Soziologin, z.Zt. Wiss. Mitarbeiterin im Büro der zentralen Frauenbeauftragten der FU Berlin. A: Arbeitsbedingungen und -erfahrungen von Frauenbeauftragten, Konkurrenz unter Frauen
- Badenberg, Nana**: siehe *Argument* 203
- Bauer, Michael**, 1959; Dipl.-Päd., Ausbildungsleiter, Doz. in der Erwachsenenbildung
- Becker, Jens**, 1964; Dipl.-Politologe, Doktorand an der Univ. Frankfurt/M. V: *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek* (Hrsg., 1993). A: Internationale Arbeiterbewegung, Osteuropa
- Braun, Volker**, 1939; Schriftsteller. V: *Unvollendete Geschichte* (1977); *Großer Frieden*, Schauspiel (1979); *Training des aufrechten Gangs*, Gedichte (1980); *Hinze-Kunze-Roman* (1985); *Die Zickzackbrücke* (1992)
- Brie, Michael**, 1954; Prof. Dr., Wiss. Mitarb. in der Arbeitsgruppe »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« der Max-Planck-Gesellschaft. V: *Wer ist Eigentümer im Sozialismus?* (1990); *Rußland wieder im Dunkeln* (Mitautor, 1992); *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage* (Mitautor, 1993). A: Sozialphilosophie, Vergleichende Transformationsforschung. M: Grundsatzkommission der PDS, Jüdischer Kulturverein Berlin
- Chassé, Karl August**, 1948; Dr. phil., Dipl.-Päd., Wiss. Mitarb. an der Univ. Jena. V: *Armut nach dem Wirtschaftswunder* (1988); *Wohnhaft* (Mithrsg., 1988). A: Armut, Sozialarbeit und gesellschaftlicher Wandel
- Cohen, Robert**, 1941; Ph.D. Associate Prof., German Department, New York Univ. V: *Versuche über Weiss' »Ästhetik des Widerstands«* (1989); *Peter Weiss in seiner Zeit. Leben und Werk* (1992). A: Weimarer Republik, Exil, antifaschistische Literatur
- Feldmann, Carsten**: siehe *Argument* 203
- Filla, Wilhelm**, 1947; Dr., Generalsekretär des Verbandes Österr. Volkshochschulen, Pädagogische Arbeits- und Forschungsstelle. A: Erwachsenenbildung, Minderheitenfragen, Geschichte der Arbeiterbewegung
- Franzbach, Martin**: siehe *Argument* 203
- Galkin, Alexander**; Dr. phil., Prof. für politische Wissenschaft, Mitarbeiter der Gorbatschow-Stiftung in Moskau. V (dt.): *Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur* (1988)
- Goldschmidt, Dietrich**, 1914; Dr. phil., emer. Direktor des Max-Planck-Inst. für Bildungsforschung, Honorarprof. an der FU und an der Humboldt-Univ. Berlin V: *Der ungekündigte Bund* (Hrsg., 1962); *Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen – Geschichte und Gericht* (Mitautor, 1964); *Gesellschaft und Erziehung* (Hrsg., 1967-69); *Die gesellschaftliche Voraussetzung der Universität* (1991). A: Soziologie bes. Bildungsforschung, pol. u. Relig.-Soziologie, Judentum u. Antisemitismus. M: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
- Haible, Wolfgang**, 1959; Dr. phil., z.Zt. arbeitslos. V: *Schwierigkeiten mit der Massenkultur* (1993); *Die Geschwister Thalheimer* (1953). A: Kulturtheorie, Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. M: GEW
- Haug, Frigga**: siehe *Argument* 203
- Hauser, Kornelia**: siehe *Argument* 203
- Hoffmann, Gerd-Rüdiger**, 1952; Dr. phil., Lehrauftrag am Afrikainstitut der Humboldt-Univ. zu Berlin. V: *Wie und warum entstand Philosophie in verschiedenen Regionen der Erde?* (Mithrsg., 1988); *Texte zur afrikanischen Philosophie* (1993); *Afrikanische Philosophie – Mythos und Realität* von P.J. Hountondji (Hrsg., 1993). A: Geschichte der afrikanischen Philosophie, Methodik der Unterrichtsgestaltung
- Howald, Stefan**, 1953; Dr. phil., Freier Publizist, Redakteur beim *Widerspruch* (Zürich). V: *Peter Weiss zur Einführung* (1994)
- Jehle, Peter**, 1954; Redakteur des *Argument*. V: *Der innere Staat des Bürgertums*, AS III (Mitautor, 1987). A: Deutsche Romanisten im Faschismus

- Kohan, Néstor*, Dipl.-Phil., Wiss. Mitarb. an der Univ. Buenos Aires, Mithrsg. der Zeitschrift *dialéctica*
- Krasin, Yuri*, 1929; Dr.phil., Prof. für Philosophie und Polit. Wissenschaft an der Univ. Moskau; Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaft und Generaldirektor der Stiftung für sozio-politische Studien; derzeit Programmdirektor der Gorbatschow-Stiftung in Moskau. V: *Lenin und die Probleme der gegenwärtigen gesellschaftlichen Revolution*, russ. (1987); *Kapitalismus heute*, russ. (Mitautor, 1989); *Die UdSSR in der Weltgemeinschaft. Vom Alton zum neuen Denken*, russ. (Mitautor, 1990). A: Gesellschaftliche Revolutionen und soziale Bewegungen, demokratische Reformen in Rußland
- Kreye, Otto*, 1936; Dr.sc.pol., Mitglied des Vorstands des Starnberger Instituts zur Erforschung Globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e.V., Gastprof. am Inst. für Politikwiss., Univ. Innsbruck. A: Weltweite ökon., ökolog., polit. und soz. Entwicklungen. M: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)
- Kühnert, Walter*: siehe *Argument* 203
- Mackenbach, Werner*, 1951; Doktorand an der FU Berlin. V: *Das KOR und der »polnische Sommer«* (Hrsg., 1982); *Die Demokratischen Sozialisten* (Mitautor, 1990)
- Meillassoux, Claude*, 1925; Prof.Dr., Forschungsdirektor am CNRS. V: *Die wilden Früchte der Frau* (1983); *Anthropologie der Sklaverei* (1989)
- Neumann-Bechstein, Wolfgang*, 1951; Dr.phil., Freiberufl. Medienwiss. V: *Altensendungen im Fernsehen als Lebenshilfe* (1982). A: Fernseh- und Medienrezeptionsforschung
- Oppen, Maria*; Dr.phil., Wiss. Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. V: *Vom Verwaltungsapparat zum Dienstleistungsunternehmen?* (1991). A: Interaktion von staatlicher Arbeits- und Sozialpolitik und Innovationspolitik von öffentlichen und privaten Organisationen des Dienstleistungssektors
- Paech, Joachim*, 1942; Dr.phil., Prof. für Medienwiss. an der Univ. Konstanz. V: *Literatur und Film* (1988); *»Passion« oder: Die Ein-bild-ungen des Jean-Luc Godard* (1989); *Film – Fernsehen – Video und die schönen Künste* (1994). A: Theorie und Geschichte des Films, Historische Intermedialität
- Paffenholz, Heiner*, 1959; Wiss. Mitarb. im Fachgebiet Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. A: Berufspädagogische Qualifizierung des betrieblichen Ausbildungspersonals
- Petersdorf, Jutta*, 1941; Dr.sc.phil., Wiss. Mitarbeiterin an der FU Berlin. A: Russische Geschichte des 20. Jh., deutsch-russische Wissenschaftsbeziehungen. M: GEW, BdWi
- Puchert, Ralf*, 1960; Dipl.-Päd., Bildungsreferent, Wiss. Mitarb. bei DISSENS – Patriarchatskritische Dienstleistungen e.V. A: Patriarchatskritische Fort- und Weiterbildung und Forschung
- Raschke, Christian*, 1962; Dipl.-Päd., Organisationsberater. A: Patriarchatskritische Organisationsberatung, Fort- und Weiterbildung und Forschung. M: DISSENS e.V. – Patriarchatskritische Dienstleistungen
- Richter, Mathias*, 1960; M.A., Maître en Philosophie, freier Journalist. A: Gesellschaftstheorie, Französische Nachkriegsphilosophie. M: IG Medien
- Schaepper, Hildegard*, 1956; Dipl.-Sozialwirtin, Wiss. Mitarbeiterin an der Fak. für Soziologie der Univ. Bielefeld. V: *Bildungswege von Frauen* (Mitautorin, 1991); *Hochschulausbildung in Japan* (Mitautorin, 1989). A: Hochschulkulturen, Sozialisation von HochschullehrerInnen
- Schröder, Christina*, 1954; Dr.phil.habil., Priv.-Dozentin, Wiss. Oberassistentin am Karl-Sudhoff-Institut der Univ. Leipzig. V: *S. Freud – Hirnforscher, Neurologe, Psychotherapeut* (Mitautorin, 1989). A: Psychologiegeschichte, Medizingeschichte
- Semmelroth, Felix*: siehe *Argument* 203
- Wecker, Rose*, 1960; Theologin, Wiss. Mitarbeiterin an der Ruhr-Univ. Bochum. V: *Handbuch Feministische Theologie* (Mitautorin, 1986). A: Feministische Befreiungstheologie, Feministische Wissenschaftskritik
- Werner, Gunda*, 1951; Wiss. Mitarbeiterin bei frauen Anstiftung e.V., Hamburg
- Wielenga, Bastiaan*, 1936; Dr., Theologe, Doz. am Centre for Social Analysis, Madurai/Südündien. V: *Introduction to Marxism* (1984); *It's a long road to freedom. Perspectives of Biblical Theology* (1988)
- Wolf, Frieder Otto*, 1943; Dr.phil., Priv.Doz. an der FU Berlin. V: *Die neue Wissenschaft des Thomas Hobbes* (1969); *Umwege* (1983); *Für eine Grüne Alternative in Europa* (Mitautor, 1990). A: Politische Philosophie, Grüne Politik. M: Die Grünen

blätter der 3w

196

Uganda: Die Wirtschaftspolitik der Regierung Museveni

Mali: Als Koranschüler fern der Heimat

BMZE: Eklektizismus bei Bildungssektorkonzepten

GATT: Auswirkungen auf die Landwirtschaft der Dritten Welt

Krisenstrategien der Rüstungsindustrie

Das Lammerspapier und die europäische Dimension

Die Rüstungsindustrie auf dem Weg nach Europa

Aktuelle Tendenzen auf dem internationalen Waffenmarkt

Wie die BRD die Marine Indonesiens aufrüstet

Initiativen und Kampagnen

Telekommunikation: Eine Bewertung des Maitland-Reports der ITU

Bevölkerungspolitik

Treffen von Frauen-NGOs in Bangladesch
Nationaler Bericht zur Weltbevölkerung

Feindbild Islam: Schwesternstreit um Emmas Fundamentalismus-Dossier

Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 6 DM, Jahresabo 54 DM (erm. 48 DM), Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 79020 Freiburg i. Br.

konkret

Konkret: Politik & Kultur

3 '94

Politik

H.L.Gremliza: Wendemantel der Geschichte
P.Brock: Bei Andruck Mord. Die Westpresse im ehemaligen Jugoslawien

W.Schneider: As usual. Der Streit um Brocks Medienkritik

W.Pirker: Der Rückzug der Reformer aus der russischen Regierung

C.Schuhler: Die Uno und die Roten Khmer. Ein Musterbeispiel des »humanitären Interventionismus«

O.Köhler: »Von Anfang an ...« Über Abs

Th.Ebermann: Gebt uns vier Jahre Zeit! Über grüne Programmatik

Kultur

S.Horst: »We couldn't show that«. Über Steven Spielbergs Film »Schindlers Liste«

S.Ripplinger: Das Sendungsbewußtsein des »Deutschlandradios«

K.Sokolowsky: Dienst am Volk. Über Erich Ohser, genannt e.o. plauen

Mit Gott und den Faschisten (letzter Teil)

L.Weß: Die Menschenversuche mit radioaktiven Substanzen in den USA

U.Sierck: Normalisierung der Debatte? »Euthanasie«

O.Tolmein: Zumutung Bioethik. Das Bonner »Institut für Wissenschaft und Ethik«

M.Hermes: Meilensteine im Mainstream

3. Jg. 1994

Herausgeber: Hermann L. Gremliza. Redaktion: W.Schneider, B.Gründahl, J.Schäfer. – Erscheint monatlich, Einzelheft 8 DM, Jahresabo 90 DM. – Verlagsadresse: Gremliza Verlags GmbH, Postfach 306139, 20327 Hamburg. Büroanschrift: Schulterblatt 58C, 20357 Hamburg.

links

Sozialistische Zeitung

Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

3 '94

J.Hirsch: Hat die *links* noch eine Zukunft?

J.Lauterbach: Die Neue Linke

Herrschende Moral

F.Schneider: Antiflüchtlingspolitik

Initiative Bleiberecht Hessen

J.Roth: Unkengesänge. Neueste Mutmaßungen des Günter Grass

I.Fetscher: Demokratischer Patriot und Kosmopolit

U.Fahr: Moral, was denn sonst?

H.Reinicke: Gegengewalt

»Beruf Neonazi«

E.Hennig: Ewald Althans oder: Wie sympathisch darf ein Neonazi sein?

E.Szebedits: Eine Zensur findet nicht statt?

Ch.Pilgrim/E.Gutierrez Rodriguez: Über die Faszination der Banalität des Bösen

International

Th.Sablowski: Transformismus und passive Revolution. Die Staatskrise in Italien

S.Çelik: Deutsch-türkische Beziehungen

M.Simó/P.Romero: Russischer Nationalismus

P.Fernandes: Der andere Krieg der Chiapas

Multis, Macht und Medien

Th.Kunz: Medien, Mythen, Mailboxen

G.Felhöller/W.Konrad: Multimedia

Th.Roth: Souveräne Notlösung (Teil I). Zum Lokal- und Bürgerfunk in Deutschland

Th.Kunz/J.Roth: Interview zum Erscheinen der »Beute«

25. Jg. 1993

Redaktion: N.Apostolidou, P.Bonavita-Lindloff, U.Braud, C.Görg, H.Grün, J.Hirsch, P.-E.Jansen, P.Kern, H.-D.Köhler, E.-M.Krampe, T.Kunz, L.Lodovico, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider. – AG Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 63065 Offenbach. – Ersch. mtl., Einzelheft 6 DM, Jahresabo 64 DM, incl.Versand. – Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7, 63065 Offenbach

2 '94

100 Jahre Reichstagsverpackung, eine Geschichte in Bildern

W.Kraushaar: Implosion der Mitte (Teil I)

Gespräch mit Heinz Bude, Bernd Greiner, Hans Joas, Jan Philipp Reemtsma und Wolfgang Sofsky über Gewalt als Thema der Soziologie

W.Sofsky: Zivilisation, Organisation, Gewalt

E.Scheich: Feministische Standpunkte. Zu Krieg und Staat. Zu Nationalismus und Gewalt

Th.Noetzel: Die angelsächsische Totalitarismuskonzeption

1 '94

R.Kollek: Der Gral der Genetik. Das menschliche Genom als Symbol wissenschaftlicher Heilserwartungen des 21. Jahrhunderts

D.Nelkin: Die Genetik in den Medien der USA

J.Ph.Reemtsma: Wer A sagt, muß nicht und sollte zuweilen nicht B sagen. Kritik zweier Argumente in der »Euthanasie-Debatte«

U.Greiner: Die Edamer Katze. Welche Rolle spielen Argumente im Journalismus?

H.Heer: Der Freispruch. Zu Jörg Friedrichs Essay »Das Gesetz des Krieges«

2. Jg. 1993

Redaktion: Thomas Neumann (verantwortl.), Gaby Zipfel. – Erscheint zweimonatlich, Einzelheft 18 DM, im Abo 16 DM zzgl. Versand. – Redaktionsanschrift: Mittelweg 36, 20148 Hamburg. – Abo-Schriftverkehr an: Vertrieb Extra Verlag, Langgassen 24, 65183 Wiesbaden

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

3 '94

Aktuelles

- Th.Leif: Ostdeutsche Parteiprofile
H.-J.Schabedoth: Hat das Leitziel »Vollbeschäftigung« ausgedient?
R.Weidmann: Gorbatschow, Jelzin und danach
P.Horst: Ein Jahr Clinton. Eine wirtschaftspolitische Bilanz
Ch.Wagner: Adios Cuba!

Die Flucht ins Nationale

- P.Glotz: Nationalismus und Opportunismus
R.Görner: Über nationalen Universalismus
M.Dümpelmann: Rückkehr in die Geschichte oder Rückkehr zur Nation?
L.Probst: Krise der Demokratie und Suche nach nationaler Identität
K.Rudolph: Nationalpolitik als Beruf
H.Zimmermann: Postnational – aber euro-skeptisch

Kontrovers

- B.Dilcher: Die Dinosaurier werden immer trauriger

Kultur

- P.-E.Jansen: Gespräch mit Amitai Etzioni
P.Wapnewski: Gedenkrede auf Hellmut Becker
B.Sändig: Absolute Macht und intellektuelle Misere
G.Kunert: Der Rückblick
C.-W.Macke: Die Hunde von Lemberg

41. Jg. 1994

Hrg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von H.Börner, G.Grass, K.Harpprecht, J.Rau, C.Stern, H.-J.Vogel. Redaktion: P.Glotz (Chefredakteur), U.Ackermann, N.Seitz (beide verantw.) · Erscheint monatl. Einzelheft 14,80 DM frei Haus; Jahresabo 99 DM frei Haus. · Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 53129 Bonn

Zeitschrift
für kritische
Sozialwissenschaft **PROKLA**

93

Frauen in der Ökonomie

Prokla-Redaktion: Frauen in der Ökonomie

D.Elson: Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomie

F.Maier: Homo Oeconomicus. Zur geschlechtsspezifischen Konstruktion der Wirtschaftswissenschaften

R.Hickel: Joan Robinson. Mit der Kritik der Marktorthodoxie weit über Keynes hinaus

D.Schmidt: Die »Herren der Technik« und die »feine Hand« der Arbeiterinnen. Mechanisierung und Geschlechterverhältnis

J.Schwarzkopf: Die soziale Konstruktion von Qualifikation. Eine historische Untersuchung der Weberei von Lancashire zwischen 1885 und dem Ersten Weltkrieg

B.Pfau-Effinger: Macht des Patriarchats oder Geschlechterkontrakt? Arbeitsmarktintegration von Frauen im internationalen Vergleich

P.Webling: Postindustrialismus – eine ökologische Utopie?

24. Jg. 1994

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvater, H.Gaßmann, M.Heinrich, H.Hugler, B.Mahnkopf, M.Mayer, D.Messner, K.Müller, S.Neckel. – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 18 DM, Jahresabo 58 DM zzgl. Porto. Redaktionsadresse: PROKLA, Postfach 10 05 29, 10565 Berlin

Sozialist

SPW

Zeitschrift für
Sozialistische
Politik & Wirtschaft

1 '93

Neue Armut

Th.Sommer: Wir sind am Ende!

Philosophie

R.Kurz: Der doppelte Marx. Marx als immanenter Modernisierungstheoretiker und als Kritiker der Basisstruktur moderner warenproduzierender Systeme

Kommentar

W.Schreiber: Hilflös durch die Krise

Wirtschaft/Gewerkschaften

R.Hinke: Arbeitszeitpolitik. Abwehrstellung oder konkrete Utopie?

Rezension

A.Fisahn: Blick zur Seite

Diskussionstribüne

G.Grosch: »Für eine zuwanderungspolitische Debatte«

Sozialpolitik

J.Deml: Vom pfleglichen Umgang mit der Pflegeversicherung

19. Jg. 1994

Hrsg. und Verlag: Verein für soziale Verständigung und internationale Kooperation e.V. - Redaktion: A.Hinz, M.Hoppe, K.Bockmann, Th.Menne, U.Birdl, G.Andretta, W.Schreiber, K.Friedrich, U.Roßbach, W.Gerstlberger, R.Hinke, U.Lohrbach, S.Becker, J.Deml, A.Fisahn, M.Behrens, D.Schmid. - Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 5 DM, Jahresabo 28 DM. - Verlagsadresse: Im Körbchen 10, 37079 Göttingen

75

K.Hahnzog: Innere Sicherheit kontra Grundrechte?

H.Alm-Merk: Wem nützt das PKK-Verbot?

M.Piantini: Italiens Parteiensystem

Sozialstaat

R.Krämer: Einleitung

G.Bäcker: Sozialstaat im Abbruch

M.Weg: Frauenorientierter Umbau des Sozialstaates in der Krise

Interview mit Rudolf Dreßler

Sozialdemokratie

H.Peter: Zum Wiesbadener SPD-Parteitag

R.Krämer: Wirtschaftspolitische Diskussionslinien in der SPD

S.Möbbeck/S.Schulze/Th.Westphal: Thesen zur Lage der SPD und zur Strategie sozialistischer Parteilinker

Arbeitszeitverkürzung

H.Baumeister/C.Sieling: Mit der Vier-Tage-Woche in den »kollektiven Freizeitpark«!

H.Schaaff: Vollbeschäftigung und Arbeitszeit

Internationalisierung

W.Brüggen: Perspektiven einer sozial-ökologischen Regulierung des Weltmarkts

J.Schuster: Europäisierung als strategische Aufgabe

Rechtsextremismus

Ch.Butterwegge: Rechtsextremismus als Jugendrevolte gegen den Sozialliberalismus?

17. Jg. 1994

Hrsg.: H.Albrecht, E.Bulmahn, K.Benz-Overhage, D.Dehm, K.Fuchs, C.Hanewinkel, Dv.Larcher, S.Möbbeck, K.Neumann, Pv.Oertzen, H.Peter, S.Skarpellis-Sperk, Th.Westphal. - Redaktion: I.Arend, G.Becker, U.Kremer, H.Kockerbeck, F.Saß, R.Schmitz, C.Walther, B.Zoerner. - Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 58 DM, erm. 49 DM, Ausland 61 DM. Redaktion und Verlag: Kieker Straße 13, 51065 Köln

TEXT+KRITIK

121

Arno Holz

K.M.Rarisch: Arno Holz und Berlin

G.Helmes: Der junge Arno Holz zwischen Tradition und Innovation

P.Sprengel: Die Zusammenarbeit von Arno Holz mit Johannes Schlaf und Oskar Jerschke

A.Holz/J.Schlaf: »Wir werden ... Kerls«

W.Wende: Zum Verhältnis von Kunsttheorie und literarischer Praxis bei Arno Holz

H.Scheuer: Arno Holz' »Wende einer Zeit in Dramen«. Vom Milieustück zum Seelendrama

A.Holz: Widmungsblatt an Anita. Erstveröffentlichung

H.Heissenbüttel: Arno Holz und sein »Phantasma«

K.Riha: Zur Struktur des satirischen Monstredramas »Die Blechschmiede«

C.Wiedemann: Gedanken zu den Barocknachdichtungen von Arno Holz

H.D.Zimmermann: Asiatische Einflüsse in der Lyrik von Arno Holz

R.Wohlleben: Lyrik aus der literarischen Werkstatt um Arno Holz

Herausgeber: H.L.Arnold. Redaktion: Frauke Meyer-Gosau, Michael Scheffel, Ulrich Schmidt und Michael Tüteberg. Redaktionssekretariat: Axel Ruckaberle. – Erscheint viermal jährlich, Abopreis 63 DM zzgl. Versand, Preis für dieses Einzelheft 26 DM – Verlag: edition text + kritik, Postfach 800529, 81605 München

UNIVERSITAS

Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft

2 '94

Rechte der Natur

J.Leimbacher: Die Würde von Mensch und Natur ist unteilbar

B.Sitter-Liver: Tier-Rechte und ihre Grenzen

S.M.Daecke: Eigeninteresse des Menschen – Eigenwert der Natur

D.Birnbacher: Was gegen Natur-Rechte spricht

C.Stephan: Das Ende des Engagements – Die Überforderung des Bürgers und die Zumutung der Moderne

B.Verbeck: Die Evolution vom Bock zum Gärtner oder: Die Zivilisation war ein Irrtum

Gespräch mit György Ligeti: »Ich bin ein traditioneller Experimentator«

1 '94

E.U.v.Weizsäcker: Wohlstand im Jahrhundert der Umwelt

H.v.Hentig: Prüfung des Geprüften

P.Kirchhof: Von der einigenden zur Einheitsverfassung

B.Zimmermann/B.Duden: Ökologie als Body-Building

U.Menzel: Internationale Beziehungen im Cyberspace

H.Spitzer: Was soll die Universität lehren?

K.Urich: Betrachtungen über Drachen und andere Ungeheuer

Gespräch mit Ernesto Sabato: »Die Kunst ist kein Mittel für soziales Engagement«

49. Jg. 1994

Herausgeber: Christian Rotta. Redaktion: Christian Rotta, Ingrid Jung. – Erscheint monatlich. Einzelheft 12 DM; Jahresabo 93,60 DM, erm. 69,90 DM zzgl. Versand. – Verlag und Redaktion: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 101061, 70191 Stuttgart

UTOPIE

DISKUSION sozialistischer Alternativen

kreativ

39/40

G.Brantner: Die Zweite Aufklärung

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

K.Steinitz: Wirtschaftsstandort Deutschland

E.Kürsat-Ahlers: Verspätete staatliche Gleichstellungsrechte für Migranten

U.Scheer: Menschen im Schatten

Alte Weltordnung und neue Weltordnung (II)

H.Wagner: Politische Ökonomie, globale Krise und Transformation des Kapitalismus

H.Klenner: Das Weltrecht der warenproduzierenden Gesellschaft von heute

H.Heininger: Machtstrukturen und Blockbildungen in der heutigen Weltwirtschaft

K.Morgenstern: Eine neue Auffassung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität

Rußland

W.W.Smirnow: Integration oder Desintegration Rußlands

H.Steiner: Wer ist wer in der GUS?

Gewerkschafts-Diskussion

H.Menze: Arbeitslosigkeit

H.Nehrlich: Die Reform des DGB ist nötig

Vergessen, verdrängt

W.Kiessling: Memorial für Paul Merker

Die Mentalität der DDR-Bürger

W.Friedrich: Autoritärer Charakter – wissenschaftliches Konstrukt

Dokumentierte Geschichte

U.Plener: Eine NKWD-Akte über den Tod deutscher Kommunisten in der UdSSR (1936-1939)

Hrsg. und Verlag: Dietz Verlag Berlin GmbH, Redaktion: Helmut Steiner (Chefredakteur), Marion Kunze, Jörn Schüttrumpf. – Erscheint sechsmal im Jahr als Doppelheft. Einzelheft 10 DM; Jahresabo 60 DM. – Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-15, 10178 Berlin

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

50

Zur Zukunft des Sozialismus und zum Ende des realen

N.Diemer: Zur Zukunft des Sozialismus, nach dem Verschwinden des realen. Moderne, Modernisierung und Sozialismus

W.Thaa: Die falschen Versprechen eines romantischen Industrialismus. Anmerkungen zum monologischen Charakter der Marx'schen Theorie

R.Schwendter: Gleichheit und Differenz. Zur Subgeschichte des Sozialismus

G.Vinnai: Zum Verhältnis von Allgemeinem und Differenz in der kritischen Gesellschaftstheorie

Ch.Görg/J.Hirsch: Gesellschaftsverändern-des Handeln – ein Auslaufmodell

T.Kunstreich: Ist kritische Soziale Arbeit möglich?

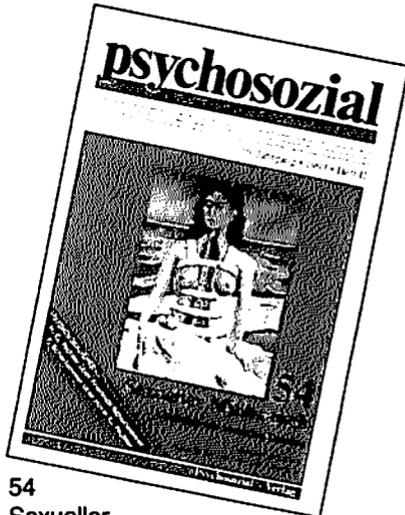
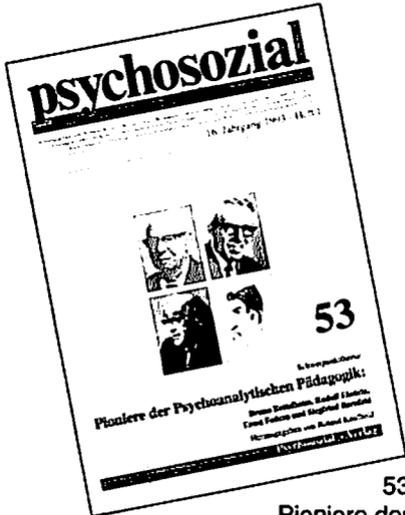
J.Lauterbach: Staats- und Politikverständnis autonomer Gruppen in der BRD

C.-W.Macke: Erinnerungen eines »ehemaligen« Redaktionsmitgliedes an die »Widersprüche«

14. Jg. 1994

Herausgeber: Sozialistisches Büro, Redaktion: M.Bitzan, E.Bolay, K.A.Chassé, N.Diemer, F.Düchting, D.Gipsper, U.Hirschfeld, T.Kunstreich, F.Manke, G.Pabst, F.Peters, W.Plum, B.Rose, A.Schaarschuch, F.Schütte, V.Schöneberg, H.Sünker, W.Völker, U.Wolf, H.Zillmer. – Jährlich 4 Hefte. Einzelheft 16 DM W/10 DM O, Jahresabo 63 DM W/40 DM O, incl. Versand. – Redaktion und Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 102062, 63020 Offenbach

Die neuen Hefte der Zeitschrift **psychosozial**



53
Pioniere der
Psychoanalytischen Pädagogik

54
Sexueller
Mißbrauch

53 Pioniere der Psychoanalytischen Pädagogik:

B. Bettelheim, R. Eckstein, E. Federn & S. Bernfeld
(Hg: Roland Kaufhold)

Krumenacker: Menschlichkeit als Methode, Federn: Zur Geschichte der Psychoanalytischen Pädagogik, Fisher: Ein letztes Gespräch mit B. Bettelheim

54 Sexueller Mißbrauch Beiträge zur aktuellen Debatte

(Hg: Elmar Brähler & Annegret Overbeck)

Hirsch: Latenter Inzest, Bruder: Verleugnung und Wiederholung: der mißbrauchende Vater in der Therapie, Psychosozial-Spezial: H.-E. Richter über F. Schorlemmer und F. Schorlemmer über H.-E. Richter

Psychosozial-Verlag, Friedrichstraße 35, 35392 Gießen

BESTELL-COUPON:

Hiermit bestelle ich

Ein Abo (4 Hefte jährlich) für DM 98

Ein Studentenabo für DM 49

das Einzelheft Nr. 53 für 32 DM

das Einzelheft Nr. 54 für 32 DM

beide Einzelhefte für 48 DM

zzgl. Versand

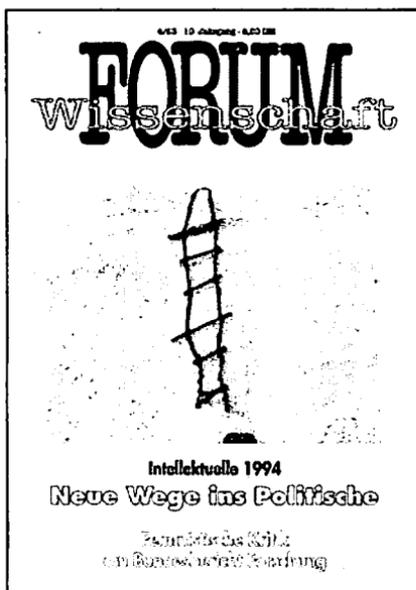
Name:

Straße:

Wohnort:

Unterschrift:

Das kritische Wissenschaftsmagazin



Intellektuelle 1994 – Neue Wege ins Politische

Vor drei Jahren führten die deutschen Medien mindestens wöchentlich ihre immer neu zur Strecke gebrachten links-intellektuellen Opfer in den Feuilletons vor. Manche troteten auch fast freudig zur Schlachtbank, war doch in der Selbstbeziehung zumindest ein Moment der eigenen Wichtigkeit zu erhaschen. Ende 1993 gab die Intellektuellenlandschaft nicht mehr viel her für die Journaille: Müde werden dann und wann Stasi-Protokolle nachgereicht, Utopien hingerichtet oder Talk-Shows aufgefüllt. Zeit also für erneutes Nachdenken: Sind die Intellektuellen angekommen in ihren neuen Rollen, Gebäuden und Milieus? Wie gestaltet sich der fast ausschließlich individuell stattfindende Umgang mit dem Vermarktungszwang intellektueller Individualität, der eine andere Orientierung, Kurzatmigkeit oder auch politische Bescheidenheit verlangt? Dazu liefert das aktuelle Heft Beiträge, in denen Aufgaben und Notwendigkeiten Intellektueller in den kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen diskutiert werden.

Georg Bollenbeck / Clemens Knobloch: Türöffner vor verschlossenen Türen? • Walter v. Rossum: Intellektuelle als Erzähler • Alexandre Métraux: Aufklärung spezifischer Teilbereiche? • Regine Kolk: Neuorientierung und Einmischung (Interview) • Bernhard Claußen: Demokratisierung der Intellektualität (Interview) • Fngga Haug: Intel-

Forum Wissenschaft
erscheint vierteljährlich
mit 70-90 Seiten

8,50 DM kostet das Einzelheft,
35,- DM das Jahres-Abo im Inland,
40,- DM ein Auslands-Abo.

Ältere Titel:

3/93: Rückwärts in die Zukunft – Bildung & Studium im großen Deutschland

2/93: Der lange Schatten – Paradigmen der Wissenschaft nach 1933

1/93: Gentechnologie in der Offensive

4/92: Hochschule – Kein Platz für Frauen

Bestelladresse

BdWi-Verlag • PF 543 • 35017 Marburg
Tel. 06421-21395 • Fax 06421-24654

Heft 4/93

Intellektuelles Handeln ist kein Selbstzweck (Interview) • Oskar Negt: Formulierung von Alltagsutopien (Interview) • Frank Deppe: Es ist die Aufgabe der Intellektuellen, ihren Kopf zu gebrauchen

Wissenschaft Ost

Herbert Berteit: Bedingungen der Wiederbelebung – Zur Entwicklung der industrienahen Forschung in Ostdeutschland

Hochschule

Michael Daxner: Vom Gipfel hoch da komm Ich her ... Ich muß euch sagen, es geht gar nichts mehr • Konvent Uni-GH Kassel: Dringlichkeit tatkräftiger Konsequenzen • Lars von Törne: Politologe am rechten Rand – Kontakte der »Neuen Rechten« am Fachbereich Politikwissenschaft der FU Berlin

FuT

Frauen in Naturwissenschaft und Technik: Memorandum zum »Bundesbericht Forschung 1993«

Zeitgeschehen

Aziz Nesin: Deutschland schadet der Türkei (Interview)

Und im Magazin:

Frauenmagazin • Martin Zahntafel • Themen & Texte • Tagungsberichte • Termine

Summaries

Michael Brie: Collapse of Modernization or Global Revolution of Modes of Modernization?
By developing theses on the dialectical sublation of Marx's theory of capitalism through the working out of a complex theory of modern societies, the author challenges Robert Kurz's theory opposing the concept of the unavoidable collapse of modernization with the possibility of a global revolution in modes of modernization.

Maria Oppen: Modernization as Privatization

In comparison with other countries, the German state shows a considerable »rationalization deficit«. At the same time, the world economic crisis has begun to affect the state. The authoress analyzes the discussions of reduction of government as well as the models already practiced in the rest of Europe, showing that chances of democratization and development are being lost because of the short-term advantages of rationalization. This affects women above all, whose integration into the employment market has taken place largely in the public sector.

Yuri Krasin and Alexander Galkin: Elections in Russia

The authors, scholars from the Gorbachev-Foundation, analyze the results of the parliamentary elections in Russia (December 1993). Evaluating the failure of Gaidar's electoral bloc and the success of the ultranationalist Zherinovskiy's party, they connect the electorate's behaviour and choices with the downfall of »shock therapy« and the ensuing growth of social tension in Russia.

Otto Kreye: The Global Debt Crisis Revisited

The foreign debt of developing countries is »not an issue anymore«, in the opinion of the creditor bank, the International Monetary Fund and the World Bank. Neoliberal structural adjustment and stabilization measures have helped to guarantee regular debt-servicing payments. The developing countries' problems have only been aggravated. The growing drain on resources for the purpose of interest payments and regular debt servicing, combined with the still growing foreign debt, is bringing more and more countries to the edge of economic bankruptcy and political collapse.

Claude Mellissoux: Capitalist Production of »Overpopulation«

The author investigates the connection between global migrational movements and problems of population growth, above all on the basis of research in several African countries. The rapid growth of population in »backward« countries corresponds to a phase of industrialization and urbanization lasting from the fifties into the eighties; it is therefore not the result of apparently »wild« reproduction, but of political measures to which these countries have been subjected.

Bastiaan Wielenga: Reorienting Our Hopes

Because they could not break with the West's model of civilization, Communist parties in Eastern countries failed. Marx must be liberated from the evolutionist spirit of his century. In the latter part of his life, important counter-indications bring him closer to Benjamin's views of history as an ongoing catastrophe and of revolution as a decisive interruption of a destructive development: walking »backward into the future« (R. Williams). A socialist project based on a new alliance – of workers, peasants, women, an eco-groups – has to open up communitarian spaces.

Néstor Kohan: Chiapas – Modernity and the Insurrection

The Indian revolt in Mexico does not stand for a nostalgic resistance to modernity, but is rather an attempt to modernize society, e.g. in terms of equal rights for women and collective ownership of the land.

Dietrich Goldschmidt: In Maxim Gorki's Footsteps: Universities in the Third World

In his autobiography *My Universities*, Gorki interpreted his experiences with the mostly poor people there as his »education«. Nowadays, in the Third World, it is becoming clear that formal school and university education in the style of the industrialized countries does not correspond to local needs and is impossible to finance. Nonformal education must replace such models.

Debate on Cuba (Martin Franzbach, Werner Mackenbach)

The authors agree that the hitherto timid reforms of the political system in Cuba are in no way sufficient. While Franzbach criticizes the »selling out« of the few functioning sections of the Cuban economy to the foreign capital because they are a sign of political contempt for the people, Mackenbach responds that, after the breakdown of Soviet help, there can be no alternative to an opening to the world market, a possibility which is still blocked by the United States.

Erziehungswissenschaft

<i>Siebert, Horst</i> : Bildung im Schatten der Postmoderne. Von Prometheus zu Sisyphos (<i>W.Filla</i>)	310
<i>Skilbeck, Malcolm</i> : Curriculumreform. Eine Übersicht über neuere Entwicklungen (<i>H.Altrichter</i>)	311
<i>Becker, Gerold, und Otto Seydel (Hrsg.)</i> : Neues Lernen. Die wechselseitigen Erwartungen von Schule und Wirtschaft (<i>H.Paffenholz</i>)	313
<i>Faulstich, Peter, Hannelore Faulstich-Wieland, Ekkehard Nuisel, Johannes Weinberg, Christiane Brekmann-Nooren und Hans Dietrich Raaphe</i> : Weiterbildung für die 90er Jahre (<i>M.Bauer</i>)	315
<i>Eggert-Schmid Noerr, Annelinde</i> : Geschlechtsrollenbilder und Arbeitslosigkeit. Eine gruppenanalytische Studie (<i>K.A.Chassé</i>)	316

Psychologie

<i>Hermanns, Ludger M. (Hrsg.)</i> : Psychoanalyse in Selbstdarstellungen (<i>Chr.Schröder</i>)	317
<i>Simmel, Ernst</i> : Psychoanalyse und ihre Anwendungen (<i>Chr.Schröder</i>)	319

Geschichte

<i>Pipes, Richard</i> : Die Russische Revolution. Bd.1: Der Zerfall des Zarenreiches. Bd.2: Die Macht der Bolschewiki (<i>J.Becker</i>)	320
<i>Beyrau, Dietrich</i> : Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917-1985 (<i>J.Petersdorf</i>)	322
<i>Hedeler, Wladislaw, und Ruth Stoljarowa</i> : Nikolai Bucharin. Leben und Werk (<i>W.Haible</i>)	324



Argument Sonderband 90
 208 Seiten. 18,50 DM

Die übliche Frage nach der sexuellen Sozialisation schließt zwei Möglichkeiten ein: Die *Aufklärung* zu untersuchen als ein Zuviel oder Zuwenig an Information oder die *Einübung* in sexuelle Praxen als ein Zuviel oder Zuwenig an Technik. Dieses Buch stellt die Frage anders, indem es die Sexualisierung der Körper ins Zentrum rückt. Untersucht wird, wie einzelne Körperteile mit Sexualität verknüpft wurden, wie der Körper als Ganzes zum Ausdruck des Geschlechts wurde. In welchen Praxen wird welcher Umgang mit dem Körper eingeübt, und wie ist all dieses in die gesellschaftlichen Strukturen, in das soziale Geschlechterverhältnis eingebunden?

 Argument Verlag

Inhalt der letzten Hefte

203: Die Krise des Postfordismus und der Rechtsextremismus

J.Hirsch: Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat / G.Steinmetz: Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus / K.Holzkamp: Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer »Einstellungen«? / B.R.Büchner: Rechtsextreme Frauen als verfolgende Opfer / Ch.Ober: Enrique Dussels Entwurf einer Transzendentalökonomie im Anschluß an Marx / A.Sánchez Vázquez: Die Utopie des Don Quijote. / Besprechungen: Feministische Vernunft- und Ethik-Diskussion; Faschismus und Literaturgeschichte; Lateinamerikanische Literatur; Medien und neue Kommunikationsverhältnisse, Moralische Erziehung; Psychologie der Geschlechterverhältnisse; Anti/Faschismus; Despotie und Moderne; Ökologie

202: Re-Maskulinisierung

P.Watson: Osteuropa: Die lautlose Revolution der Geschlechterverhältnisse / N.Fraser: Clintons Umbau des Sozialsystems / K.Hauser: Maskulinisierungsprozesse und Frauenforschung / F.Haug: Anmerkung zur Diskussion um die Kategorie »Geschlecht« / F.Haug: Das Bild der Anderen und weibliche Angst / R.Azria: Juden und Araber – Bilder des Anderen und Spiegelfeffekte / E.Messer-Davidow: Die Neue Rechte der USA im Kampf um die Hochschulen. / Besprechungen: Marxistische Philosophen; Rhetorik; Peter Weiss; Feministische Medientheorie; Wissenschaft in der Geschichte; Austromarxismus

201: Metamorphosen der Öffentlichkeit

A.Mattelat: Neue Horizonte der Kommunikation / J.Becker: Die Lateinamerikanisierung der osteuropäischen Öffentlichkeit nach 1989 / J.Koivisto und E.Väliverroonen: Das Comeback kritischer Theorien der Öffentlichkeit / M.Piercy: Die Gestaltwechsler / M.-L. Angerer: Beziehungsgeflechte in einer telematischen Kultur / C.Klingemann: Massen-Wirklichkeiten und Massen-Konstruktionen im NS-Staat und in der Mediengesellschaft / K.Ruoff: Ortsbetrachtungen in Clintons Amerika / U.Menzer: Georg Simmels Geschlechterphilosophie / K.Hauser: Montage von Rezeptionen einer Theaterinszenierung / Besprechungen: Ideengeschichte; Geschichte und Politik in der englischsprachigen Literatur; Feministische Medientheorie; Gesellschaftliche Krisen und Pädagogik; Frauengeschichte; Rassismus; Antisemitismus

200: Brauchen wir einen neuen Antifaschismus?

K.-D.Bogdal: Von Glatzen und Gaffern / Z.Baumann: Das Urteil von Nürnberg hat keinen Bestand. / L.Baier, P.Bordieu, R.Rürup: Vor-Überlegungen / O.Negt und W.F.Haug: Ende der Nachkriegszeit – Ende des Antifaschismus? / W.Bialas: Antifaschismus in der DDR – historisch-kritische Auftrümmarbeiten / W.Kowalsky: Nicht Antifaschismus, sondern Anti-Rechtsextremismus / A.Klönne: Abschied vom Antifaschismus? / A.Hauff: Der alte Antifaschismus ist tot / Th.Laugstien: Das Heiber-Syndrom / U.Schmid: Biologen im NS-Staat / R.Alsich: Neuere Forschungen zur Anthroposophie im NS / Besprechungen: Politische Philosophie; Christoph Hein; Judenbilder; Fußball; Deutscher Faschismus, Regulation und Staat

199: Frauen im Umbruch der Arbeit

I.Kurz-Scherf: Fragen an eine Kritik der politischen Ökonomie der Arbeit / S.Andresen: Verfügte Zeit / A.Brensell: Einmischung in »Lean-Production« / A.Schnoor: Siemens-Arbeiterinnen / A.Braun: Zur Lage der Frauen in den »neuen Ländern« / H.Behrend: Ruhmlose Vereinigung / E.Kaufmann: Für Helga Königsdorf / K.Hauser: Brigitte Reimann und Christa Wolf / H.Peitsch: F.C. Delius / Besprechungen: Naturverhältnisse und Weltbilder; Massenmedien; Pädagogik-Biographien; Arbeiterbewegung; Entwicklungspolitik; Demokratietheorie

198: Das Ende der Markt-Euphorie

A.Malkiewicz/J.Palys: Wege und Fragen beim Aufbau des Kapitalismus in Polen / Y.Krasin: Perspektiven nach dem Scheitern der »Schocktherapie« in Rußland / J.Hirsch: Internationale Regulation / P.M.Sweezy/H.Magdoff: Den Kapitalismus in seiner Geschichte begreifen / I.Arbeitlang: Wie befreiend war die DDR-Frauenförderung / Th.Weber: Glücklose Engel / J.Hermand: Fragen an Heiner Müllers »Autobiographie« / Besprechungen: Antike Philosophie und Sozialgeschichte; Deutsche Mythen; Mediale Inszenierungen; Pädagogische Selbstreflexion; Bilanz des Sozialismus; Nicaragua; Israel/Palästina; Frauenarbeit in Europa

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

- Augsburg »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/57 91 73
Berlin Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/313 40 17
Berlin Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/341 74 32
Berlin Buchhandlung Tell, Thielallee 32; Tel. 030/832 40 51
Berlin Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/831 50 89
Berlin Argument-Buchladen, Reichenberger Str. 150; Tel. 030/611 39 83
Berlin Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/851 15 09
Bremen Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel. 0421/7 20 73
Essen Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel. 0201/82 07 00
Frankfurt/M. Uni-Buch, Jügelstr. 1; Tel. 069/77 50 82
Frankfurt/M. Wiss. Buchhandlung Theo Heclor, Gräfrstr. 77; Tel. 069/77 73 03
Frankfurt/M. Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr. 11; Tel. 069/77 88 07
Freiburg Jos Fritz, Politische Buchhandlung, Wilhelmstr. 15; Tel. 0761/2 68 77
Fulda Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/7 49 34
Gießen Buchladen Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9; Tel. 0641/7 18 50
Göttingen Rote Straße-Buchladen, Rote Str. 10
Hamburg ARGUMENTE, Rentzelstr. 1; Tel. 040/45 36 80
Hamburg Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/441 13 30
Heidelberg Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 64
Kassel ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/7 77 04
Köln Der andere Buchladen, Wahlenstr. 1; Tel. 0221/52 05 79
Köln Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel. 0221/41 63 25
Konstanz Zur Schwarzen Geiß, Obermarkt 14; Tel. 07531/1 54 33
Marburg Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel. 06421/2 47 87
München BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel. 089/280 95 22
Münster ROSTA-Buchladen, Aegidiistr. 12; Tel. 0251/4 49 26
Nürnberg Bücherkiste, Jakobstr. 26
Oldenburg Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/1 39 49
Osnabrück Dieter zur Heide, Osterberger Reihe 2-8; Tel. 0541/2 10 51 und 2 64 05
Regensburg Ulrich Dombrowsky, Wollwürgergasse 4; Tel. 0941/56 04 22
Saarbrücken Der Buchladen GmbH, Försterstr. 14; Tel. 0661/3 11 71
Stuttgart Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 9; Tel. 0711/22 32 87
Tübingen Die Gruppe, Alternativer Buchladen GmbH, Münzgasse 15; Tel. 0707/2 33 58
Würzburg Werner Beyer, Sandersstr. 33/35; Tel. 0931/5 99 43
Schweiz Basel, Buchlade Theaterpassage, Theaterstr. 7.; Tel. 061/271 84 04
Bern, Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel. 031/22 82 18
Zürich, Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft, Froshaugasse 7; Tel. 01/251 26 74
- Österreich Wien 1, Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel. 0222/43 32 21
Wien 10, Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel. 0222/42 12 34

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

- Berlin Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/312 31 02
Berlin Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/215 25 00
Bielefeld bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/6 84 61
Bochum Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12
Bonn Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/65 47 67
Braunschweig Frauenbuchladen im Magniviertel, Magnikirchstr. 4; Tel. 053/4 07 44
Bremen Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/7 41 40
Dortmund Frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/6 84 61
Düsseldorf Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/46 44 05
Frankfurt/M. Frauenbuchladen gmbh, Klesstr. 27, Tel. 069/70 52 95
Göttingen Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3
Hamburg Frauenbuchladen »Von heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/420 47 48
Hannover Annabee Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/32 40 24
Heidelberg Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/2 22 01
Kassel Aradia Frauenbuchladen, Roginastr. 14; Tel. 0561/1 72 10
Mainz Cardabela Buchladen GmbH, Frauenlobstr. 40; Tel. 06131/61 41 74
Mannheim Frauenbuchladen Xanthippe, T 3, 4; Tel. 0621/2 16 63
München Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/272 12 05
Tübingen Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 07071/2 65 90
Schweiz Bern, Frauenbuchladen, Münstergasse 41; Tel. 031/21 12 85
Zürich, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/202 62 74
- Österreich Innsbruck, Parnassé, Müllerstr. 6; Tel. 05222/2 39 80
Wien, Frauenzimmer, Langegeasse 11; Tel. 0222/43 86 78
Wien, Sprachlos, Radetzkystr. 6; Tel. 0222/752 42 45